



Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2012

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der Landkreis dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2012 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO), in der Fassung vom 18.03.2003, rechtsbereinigt mit Stand vom 1. Juli 2006 legt dazu fest:

„(1) Dem Gemeinderat ist bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(2) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens fünf Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüber zustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebereich der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(3) Der Beteiligungsbericht ist öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2012 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, neun unmittelbare und neun mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über zehn Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2012 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten. Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2012 die Grundlage.

Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2012

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,
Stabsstelle Controlling und Beteiligungsmanagement
Redaktionsschluss: 10.01.2014

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
Teil I		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	11
	3. Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises	13
	4. Übersicht über die Eigenbetriebe	14
	5. Übersicht über die Zweckverbände	14
	6. Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen	15
	7. Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen	15
Teil II		
Einzeldarstellung der Eigenbetriebe		
	1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	17
	2. Musikschulen des Landkreises Leipzig	24
Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform		
	a) Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 5 %	31
	1. Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH	32
	2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH	37
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	45
	Servicegesellschaft Muldental mbH	52
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	57
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	60
	5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	67
	6. Technologiezentrum Borna GmbH	75
	7. WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH	76
	8. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	79
	9. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)	86

10.	SASKIA® Informations-Systeme GmbH	87
11.	Lecos GmbH	88
b)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe unter 5 %	89
12.	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	90
13.	Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	93

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

1.	Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	95
2.	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	112
	Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	113
3.	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	127
4.	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	132
	Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH	140
5.	Kulturraum Leipziger Raum	148
6.	Regionaler Planungsverband Westsachsen	154
7.	Kommunaler Sozialverband Sachsen	173
8.	Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	181
	Beteiligungsbericht für den Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig	187
9.	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	190
10.	Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig	218

Anlagen:

Anlage 1:	Kennzahlendefinition	222
-----------	----------------------	-----

Landratsamt Landkreis Leipzig
Dezernat 1
Finanzverwaltung /
Beteiligungsmanagement
Stauffenbergstraße 4,
04552 Borna
Telefon: 03433/241 1200
Fax: 03437/984 99 1200

Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat

LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr

TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2012 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2013.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2012 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 9 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 2 weiteren Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig neun mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 10 Zweckverbänden vertreten.

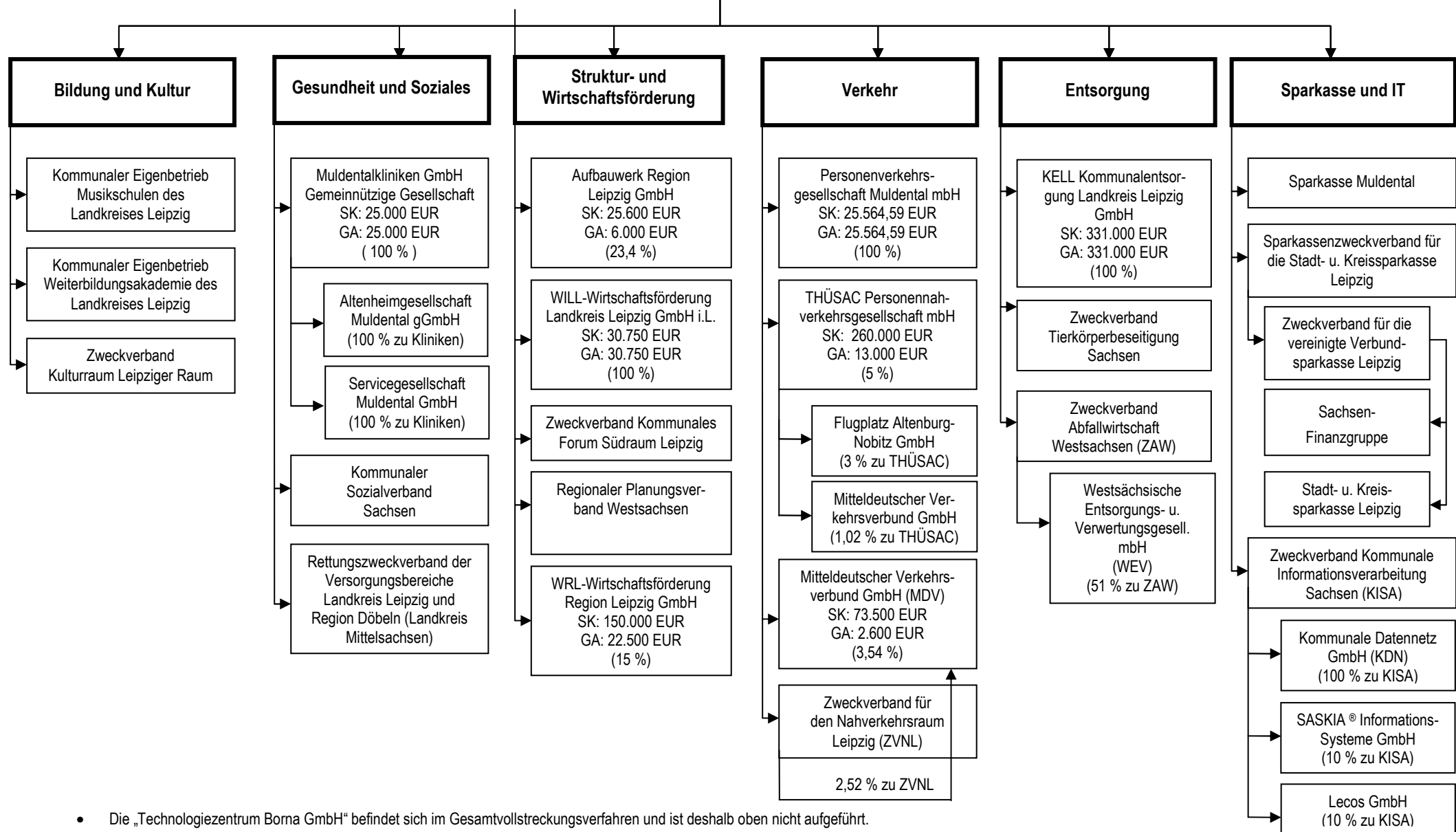
Die Sparkasse Muldentale mit Sitz in Grimma ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Sparkassenaufsichtsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Finanzen.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse im Berichtsjahr sind das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002.

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Die Sparkasse unterhält 18 Geschäftsstellen.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2012)



- Die „Technologiezentrum Borna GmbH“ befindet sich im Gesamtvollstreckungsverfahren und ist deshalb oben nicht aufgeführt.
- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** nimmt seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf. Mit Beschluss 2011/108 wurde die Betriebssatzung beschlossen und mit Beschluss 2011/139 Thomas Friedrich als Betriebsleiter gewählt.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2012 vom 16.05.2012 wurde von der Landesdirektion mit aufschiebender Bedingung erlassen. Der überarbeitete Wirtschaftsplan 2012 wurde in geänderter Form vom Kreistag am 10.10.2012 bestätigt.

Zum neuen Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig gehören:

- die Volkshochschule Leipziger Land
- die Volkshochschule Muldental
- das Berufliche Qualifikationszentrum und
- das Schullandheim Bennewitz.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Dieses Ergebnis wurde erreicht, weil der Landkreis zusätzlich zu dem mit dem Wirtschaftsplan beschlossenen Zuschuss einen Zuschuss per Kreistagsbeschluss 2012/147 vorgenommen hat. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb ein Zuschuss in Höhe von 783.201,44 EUR gewährt. Mittel die noch nicht zur Auszahlung kamen (40.303,91 EUR), sind als Forderungen gegen den Landkreis ausgewiesen. Umsatzerlöse wurden in Höhe von 1.321,7 TEUR erzielt. Die Planvorgaben des Eigenbetriebes für die Umsatzerlöse wurden im Jahr 2012 um 3,2 % verfehlt, was Mindereinnahmen von 30 TEUR entspricht.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nimmt seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss 2011/071 zum 01.01.2012 auf. Mit Beschluss 2011/111 wurde die Betriebssatzung beschlossen und mit Beschluss 2011/140 der Betriebsleiter gewählt.

Der Festsetzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2012 erfolgte im Kreistag am 29.02.2012 mit Beschluss 2012/005. Mit Schreiben vom 16.05.2012 erfolgte die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit durch die Rechtsaufsicht. Der Eingang bei der Landesdirektion zum 22.03.2012 wurde bestätigt und da der Wirtschaftsplan keine genehmigungspflichtigen Teile enthielt begann die Rechtswirksamkeit am 23.04.2012.

Zum neuen Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig gehören:

- die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ und
- die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Die Umsatzerlöse aus Unterrichtsgebühren und Instrumentenverleih betragen 1.071,2 TEUR.

Der Zuschuss des Landkreises stellt sich wie folgt dar:

Wirtschaftsplan 2012:	610.200,00 EUR
Beschlussvorlage BV-2012/104 Erhöhung des Zuschusses (Tarifabschlüsse/Absenkung der Spenden)	132.610,00 EUR
Beschlussvorlage BV-2012/147 Erhöhung des Zuschusses (Ausgleich Verlust/Ausstattung Gebäude)	50.200,00 EUR
Gesamtzuschuss:	793.010,00 EUR.

Hiervon wurden für das Wirtschaftsjahr 2012 jedoch nur 669.287,03 EUR verbraucht, so dass sich der Zuschuss des Landkreises insgesamt um 123.722,97 EUR reduziert. Ein Teil des Zuschusses wurde nicht in Anspruch genommen (51.258,97 EUR), der verbleibende Teil wurde als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis in den Jahresabschluss eingestellt (72.464,00 EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis unterteilen sich dabei in allgemeine (36.608,23 EUR) und zweckgebundene Verbindlichkeiten (35.855,77 EUR). Mit dem Landkreis ist vereinbart, dass letztere nur dann an den Landkreis zu erstatten sind, wenn die Zweckbindung zur Finanzierung der Gebäudeausstattung 04416 Markkleeberg, Am Festanger 1, entfällt. Der Landkreis hatte diese Mittel mit

der o.g. BV-2012/147 dem Eigenbetrieb im Dezember 2012 zur Verfügung gestellt, eine Verwendung im Wirtschaftsjahr 2012 war jedoch nicht mehr möglich.

Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen sowie entscheidende Veränderungen in den Einnahme- bzw. Ausgabepositionen sind derzeit nicht erkennbar. Es kann eingeschätzt werden, dass in den Wirtschaftsjahren 2013 bis 2015 keine wesentlichen Änderungen auftreten werden.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Die Umlage erfolgt in Abhängigkeit des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes und betrug im Jahr 2012 bei einem Hebesatz von 0,78381253 v.H. 1.929.648,75 EUR (Vj. 1.931.058,67 EUR).

Die Jahresrechnung schließt mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 9.158.550,56 EUR (Plan: 8.743.336,00 EUR). ab. Der Vermögenshaushalt schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 712.593,72 EUR (Plan 251.646,00 EUR) ab. Im Ergebnis konnten 687.645,77 EUR der Rücklage zugeführt werden.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan 2012 bis 2013 mit 365 Planbetten.

Das Wirtschaftsjahr 2012 schließt die Gesellschaft mit einem Bilanzgewinn von 418 TEUR (Vj.450 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2012 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 03.07.2013 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 417.638 EUR erhält der Landkreis Leipzig eine Zuwendung in Höhe von 200.000 EUR für eine ausschließlich gemeinnützige Verwendung im Einzugsgebiet der Kliniken.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von 53.405 TEUR (2011 51.218 TEUR) und einem Aufwand in Höhe von 53.199 TEUR (2011 50.979 TEUR) ein Jahresüberschuss von 206 TEUR (2011 239 TEUR) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um 2.353 TEUR auf 44.525 TEUR gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2010. Diese resultierten überwiegend aus den vereinbarten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich auf 31.803.920 EUR (2011 30.059.938 EUR). 2012 waren unverändert 539 Vollkräfte beschäftigt.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2012 eine Sozialumlage in Höhe von 21.595.230,85 EUR (Vj. 21.632.681,32 EUR).

Der Jahresabschluss 2012 wurde termingemäß vor dem 30.06.2013 erstellt und vom Rechnungsprüfungsamt des KSV Sachsen geprüft. Der Kommunalhaushalt des KSV Sachsen wurde 2012 erstmalig nach dem doppischen Rechnungssystem abgeschlossen. Der Haushaltsvollzug ist planmäßig verlaufen.

Die ordentlichen Erträge liegen bei 486,6 Mio. EUR und damit um 8,6 Mio. EUR über dem Plan. 0,9 Mio. EUR mehr Sozialumlage wurden eingenommen, da der Hebesatz für die Sozialumlage vor der Herausgabe der Umlagegrundlagen 2012 durch das SMF von der Verbandsversammlung beschlossen wurde. Die ordentlichen Aufwendungen liegen bei 481,4 Mio. EUR und damit 3,4 Mio. EUR über dem Plan. Der Finanzierungsmittelüberschuss beträgt am Ende des Haushaltsjahres 2012 19,5 Mio. EUR.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Der Rettungszweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfes eine Umlage in Höhe von 562.011,47 EUR (Vj. 588.740,30 EUR).

Der Jahresabschluss 2012 des Rettungszweckverbandes endet mit Erträgen in Höhe von 13.387.613,52 EUR (Vorjahr: 12.859.663,92 EUR) und Aufwendungen in Höhe von 13.699.185,56

EUR (Vorjahr: 13.211.277,61 EUR). Das ergibt einen Fehlbetrag von 311.572,04 EUR (Vorjahr: 351.613,69 EUR). Der Jahresfehlbetrag entfällt ausschließlich auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ und ist in voller Höhe auf neue Rechnung im Ergebnis der Entgeltverhandlungen nach § 32 Sächs-BRKG vom 16.05.2013 vorzutragen. Der Fehlbetrag ist Bestandteil der Entgeltbedarfsrechnung 2014. Der Umgang mit den Fehlbeträgen ist im Rahmen der Feststellung der Jahresrechnung von der Versammlungsversammlung entsprechend zu beschließen.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Schwerpunkt der **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Das Aufbauwerk schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 16.648 EUR.

Die Gesamtleistung belief sich auf 702 TEUR (+94 TEUR ggü. 2011). Die Umsatzerlöse betrugen 510 TEUR, die sonstigen betrieblichen Erträge 43 TEUR und die Bestandsveränderungen 149 TEUR.

Die Differenzierung zwischen Umsatzerlösen und Bestandsveränderungen gehen auf den EU- Abrechnungsmodi zurück, wonach Bestandsveränderungen erst nach erfolgreichem Projektabschluss (Zwischen – bzw. Schlussrechnung) als Umsatzerlöse erfasst werden dürfen.

Korrespondierend zur höheren Gesamtleistung steigt der Betriebsaufwand gegenüber 2011 auf 682 TEUR (2011: 609 TEUR). Der Personalaufwand ist um 68 TEUR auf 438 TEUR gestiegen.

Zum 31.12.2012 hatte die Gesellschaft 18 Mitarbeiter inklusive der Geschäftsleitung beschäftigt.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss am 10.10.2012 die Gründung der **WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH** mit den Gesellschaftern Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen und Industrie- und Handelskammer zu Leipzig. Der Landkreis Leipzig ist mit einem Anteil von 15 % am Stammkapital beteiligt. Hauptgesellschafter ist die Stadt Leipzig mit 51 %. Das Stammkapital beträgt insgesamt 150.000 Euro. Die Gesellschaftereinlage des Landkreises Leipzig in Höhe von 22.500 Euro wurde durch den Landkreis Leipzig eingezahlt.

Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Die Gesellschaft schließt das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.12.2012 bis 31.12.2012 mit einem Jahresfehlbetrag von 20.958,77 Euro. Der operative Geschäftsbetrieb wurde im Rumpfgeschäftsjahr noch nicht aufgenommen.

Der **Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig** setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS-Projektes im Südraum Leipzig. Weitere Aufgaben sind die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes sowie das ILE- Regionalmanagement. Der Landkreis zahlte 2012 eine Umlage in Höhe von 16.400,00 EUR.

Die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2012 des Zweckverbandes Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ausgeglichen und ergibt

Einnahmen und Ausgaben von je	620.114,22 EUR
davon im Verwaltungshaushalt	610.547,81 EUR
davon im Vermögenshaushalt	9.566,41 EUR.

Unverbrauchte Mittel in Höhe von 2.510,53 EUR, die im Verwaltungshaushalt für die MEDIOS-Betriebskosten bereit gestellt waren, fließen in den Haushalt 2013 ein.

Die allgemeine Rücklage des Zweckverbandes beträgt zum Ende des Jahres 2012 46.468,00 EUR. Es wurden keine Kredite, auch keine Kassenkredite, aufgenommen. Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist schuldenfrei.

Dem **Regionalen Planungsverband Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband und der Zweckverband Kommunales Forum Leipzig spielen für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis 2012 betrug 10.600,00 EUR.

Der Gesamthaushalt des Regionalen Planungsverbandes schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.159.644,73 EUR (Vj.: 1.209.333,65 EUR). Im Ergebnis der Jahresrechnung konnten 94.329,70 EUR (Vj.: 137.438,51 EUR) der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Verkehr

Unter weiterhin anspruchsvollen Bedingungen ist es der **Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH** (im Folgenden auch PVM genannt) im Geschäftsjahr 2012 erneut gelungen, ein zuverlässiges Leistungsangebot sicherzustellen. Der öffentliche Personennahverkehr bildet mit über 90% des Leistungsvolumens den Hauptteil der Geschäftstätigkeit der PVM.

Gestiegene Aufwendungen für Material und Personal führten zu einem erheblichen Kostendruck und konnten teilweise durch Anpassung der Betriebskostenzuschüsse (BKZ) ausgeglichen werden. Die Grundlage für die Bereitstellung der notwendigen Zuschüsse für den ÖPNV bildet der zwischen dem Landkreis Leipzig als Aufgabenträger und der PVM geschlossene Verkehrsfinanzierungsvertrag vom 02.12.2009.

Der von 2010 zu 2011 zu verzeichnende deutliche Rückgang der Anzahl der Beförderungsfälle hat sich nicht fortgesetzt. Von 2011 zu 2012 konnte ein leichter Anstieg der Beförderungsfälle (0,5%) verzeichnet werden.

Mit einem Ergebnis von T€ 26 nahm das Geschäftsjahr einen insgesamt positiven Verlauf. Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 6.860 (2011: T€ 6.471) erzielt. Der größte Teil der Erhöhung ergibt sich aus der Anpassung der BKZ durch den Landkreis Leipzig und der gegenüber dem Vorjahr erhöhten Zahlungen für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG.

Die Anwendung des Verkehrsfinanzierungsvertrages zwischen dem Aufgabenträger Landkreis Leipzig und der PVM schafft eine verlässliche Finanzierungsbasis und bildet damit auch künftig die Grundlage für die Erbringung des ÖPNV-Angebotes durch die PVM.

In diesem Zusammenhang kommt den Beschlüssen 2012/153 und 2012/155 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 05.12.2012 eine besondere Bedeutung zu. Darin erfolgt die Absichtserklärung einer Direktvergabe von Verkehrsleistungen im Landkreis Leipzig (Bediengebiete Muldental und Raum Zwenkau) an die PVM ab dem Jahr 2014.

Vor diesem Hintergrund ist es zentrales Ziel der PVM, den ÖPNV auch in einem künftig erweiterten Bediengebiet in einer guten Qualität und zu einem kundenorientierten Preis anzubieten. Es wird stetig daran gearbeitet, das Verkehrsangebot zu optimieren, die Erlössituation zu verbessern und kostenbewusst die Ausgaben zu beeinflussen.

Für die **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** war das Geschäftsjahr 2012 von einer schwierigen Ertragslage aufgrund sinkender Umsatzerlöse und Kostensteigerungen im ÖPNV gekennzeichnet.

Die Geschäftsführung hebt hervor, dass der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2012 die Erbringung der Verkehrsleistungen im ÖPNV im Auftrag der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig war.

Die THÜSAC erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag von 67,7 TEUR im Berichtsjahr, nach - 67,7 TEUR im Vorjahr und damit einschließlich des Verlustvortrages aus dem Vorjahr einen Bilanzgewinn von 3.129,7 TEUR (Vorjahr 3.197,4 TEUR).

Das im Plan 2012 erwartete Defizit in Höhe von 639 TEUR, davon 702 TEUR im Bereich Verkehr, wurde im IST nicht erreicht. Ursachen sind nicht im Planansatz berücksichtigte Erträge aus Anpassungsverlangen (Landkreis Leipzig) in Höhe von 273 TEUR und zusätzliche Erträge aus der Einnahmeaufteilung durch den MDV.

Die THÜSAC hat zum zweiten Mal in Folge einen Jahresverlust „eingefahren“. Die Rahmenbedingungen, insbesondere sinkende Umsatzerlöse und sinkende Fahrgastzahlen im Linienverkehr um 2,5 %, stellten erhöhte Anforderungen.

Umsatzrückgänge sind zu verzeichnen bei:

- Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG um 249 TEUR,
- im Mietwagenverkehr um 84 TEUR,
- im Bereich Fahrzeuginstandsetzung und –vermietung um 371 TEUR
- verkaufte Reiseleistungen um 90 TEUR

Umsatzsteigerungen im Bereich Verkehr von 107 TEUR und im Schülerverkehr infolge Preisanpassung von 90 TEUR sowie leicht gestiegene Fahrgeldeinnahmen aus eigenen Verkaufsvorgängen konnten die Rückgänge nicht kompensieren.

Nach Sparten stellt sich der Jahresfehlbetrag in TEUR wie folgt dar:

	2012	2011
Sparte Verkehr	- 108	- 255
Sparte Technik	+ 142	+ 247
Sparte Touristik	- 102	- 60
	<hr/>	<hr/>
	- 68	- 68

So fielen die Materialaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 407 TEUR hauptsächlich aufgrund gesunkener Aufwendungen für Ersatzteile und Reifen (- 251 TEUR) und bezogene Leistungen (- 157 TEUR). Die Personalaufwendungen sanken um 62 TEUR trotz Tarifierpassungen von 3,00 % zum 1. Januar 2012 aufgrund der Reduzierung von 7 Mitarbeitern im Jahresdurchschnitt.

Die rückläufige Investitionstätigkeit führt zu geringeren Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um 61 TEUR.

Bei den übrigen betrieblichen Aufwendungen ist ebenfalls ein Rückgang um 56 TEUR zu verzeichnen. Durch planmäßige Darlehenstilgungen wurde ein Rückgang des mittel- und langfristigen Fremdkapitals um 500 TEUR erreicht.

Das Eigenkapital sank von 52,5 % auf 51,4 %. Die Veränderung betrifft den erwirtschafteten Jahresfehlbetrag.

Der Finanzmittelbestand stieg von 2.880 TEUR um 872 TEUR auf 3.752 TEUR. Die Liquidität war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

Das Investitionsvolumen lag bei 758 TEUR. Geplant waren 910 TEUR. Für den Erwerb von 2 MAN-Bussen und zwei Kleinbussen wurden mit 735 TEUR ca. 97 % des Investitionsvolumens gebunden. Die Planunterschreitung in Höhe von 152 TEUR begründet sich mit Lieferschwierigkeiten für zwei Busse. Diese konnten erst im Januar 2013 geliefert werden. Die Investitionsförderung des Thüringer Landesamtes für Bau und Verkehr und des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr belief sich auf 310 TEUR. Insgesamt erhielt die THÜSAC Fördermittel für die Anschaffung von Bussen in Höhe von 430 TEUR sowie für andere Investitionsvorhaben 60 TEUR.

Risiken werden u. a. durch sich verändernde Rahmenbedingungen auf Grund gesetzlicher und beihilferechtlicher Änderungen beeinflusst. Risiken stellen insbesondere Änderungen der gesetzlichen Vorschriften nach § 45a PBefG und §§ 148 ff. SGB IX, beihilferechtliche Änderungen sowie mögliche Einschränkungen bei der Gewährung von Fördermitteln für Ersatzinvestitionen und Finanzhilfen der Aufgabenträger dar.

Des Weiteren sind die Kostensteigerungen insbesondere für Kraftstoffe ein Risiko. Die Mehrkosten können nicht erwirtschaftet werden, eine Erhöhung der Fahrpreise ist nicht darstellbar.

Die THÜSAC beförderte 8.635 Tausend Fahrgäste (Vorjahr 8.790 Tausend Fahrgäste).

Der Jahresabschluss 2012 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die von den Gesellschaftern ge-

zahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von 2.430 TEUR wurden in Höhe von 2.138 TEUR in Anspruch genommen. Der nicht verbrauchte Zuschuss in Höhe von 292 TEUR wurde passiviert. Die Gesellschafterversammlung hat am 6.12.2012 beschlossen, Mittel des Jahres 2012 und 2011 in Höhe von 166 TEUR nach 2013 zu übertragen. Die Verwendung der nicht verbrauchten und nicht bereits übertragenen Mittel in Höhe von 126 TEUR wurde der Gesellschafterversammlung am 28.08.2013 zur Entscheidung vorgelegt. Auch diese Mittel werden in das Jahr 2013 übertragen.

Die Einnahmen aus den Tarifierlösen der Verkehrsunternehmen stiegen, bereinigt um die Wirkung des Ausscheidens des Alt-Landkreises Döbeln, um 7 Mio. Euro, d. h. 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und damit auf insgesamt 166 Mio. Euro. 2012 war damit eines der erfolgreichsten Jahre seit Bestehen des MDV.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Das Geschäftsergebnis der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** liegt deutlich über den Erwartungen. Die Umsätze sind im Berichtsjahr um 11,3% auf 7,6 Mio. EUR gestiegen. Wesentliche Ursache für den Umsatzzuwachs ist die Ausweitung des Kommunalvertrages auf alle hoheitlichen Entsorgungsleistungen im Landkreis Leipzig.

Der Jahresüberschuss beträgt 358 Tsd. EUR. Der über dem Planansatz liegende Gewinnanteil resultiert im Wesentlichen aus Einmaleffekten, welche sich einerseits aus der operativen Steuerung der Vertragsumstellung und andererseits aus dem budgetierten, jedoch nicht realisierten Buchverlust aus der Veräußerung des Verwaltungsgebäudes Markranstädt ergeben haben.

Wegen des Aufgabenzuwachses wurden bereits im Dezember 2011 neue Mitarbeiter eingestellt. Im Januar 2012 kamen nochmals 12 Mitarbeiter hinzu.

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2012 wurden ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert. Für die noch ausstehenden Fahrzeuersatzinvestitionen des Jahres 2012 hat die Gesellschaft ein Zinssicherungsgeschäft für die erforderliche Fremdkapitalaufnahme im Jahr 2013 abgeschlossen. Die durch den neuen Kommunalvertrag bedingten Investitionen sind im Geschäftsjahr 2012 abgeschlossen worden.

Trotz der hohen Kreditaufnahme des Vorjahres konnte durch den Abbau von offenen Verbindlichkeiten sowie die laufenden Kredittilgungen der Verschuldungsgrad der Gesellschaft auf 2,7 (Vorjahr 4,1) gesenkt werden. Die Eigenkapitalquote liegt bei 26,9% (Vorjahr 19,6%).

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2012 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Die Gesamterträge geplant mit 6.482.152,00 EUR wurden mit 7.159.269,33 erfüllt und liegen mit 677.117 EUR über dem Plan. Die Umsatzerlöse liegen mit 670.623 EUR über dem Planansatz. Dieses positive Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf von Tierfett. Der Verkauf wurde zu Lasten des Eigenverbrauchs um 1.827 Tonnen erhöht. Die Fettverbrennung für den Eigenverbrauch wurde 2011 eingestellt. Des Weiteren ist der Preis pro Tonne Tierfett von 362,25 EUR/t auf 484,97 EUR/t gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen eine Planüberschreitung von 6.495 EUR aus. Die Materialaufwendungen lagen mit 772.655 EUR (Vorjahr 72.097 EUR) über dem Planansatz. Bei Aufwendungen für RHB wurden Mehraufwendungen von 1.146.377 EUR erzielt. Insbesondere ursächlich hier die erhöhten Aufwendungen für den Gasbezug um 1.081 TEUR. Der Gasverbrauch stieg gegenüber dem Vorjahr um 1.719 Tm³. Der Gaspreis stieg ebenfalls von 0,61 EUR/m³ auf 0,62 EUR/m³. Der Mengenanstieg ergab sich als Folge der geringeren Fettverbrennung, die Ende 2011 eingestellt wurde. Das Tierfett wurde verkauft und nicht wie bisher zur Energiegewinnung verbrannt, was sich in den gestiegenen Umsatzerlösen niederschlägt.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** liegt bisher kein geprüfter und testierter Jahresabschluss zum 31.12.2012 vor.

Die Feststellungsbeschlüsse für die Jahresabschlüsse zum 31.12.2009, zum 31.12.2010 und zum 31.12.2011 erfolgten in der am 14.10.2013 stattgefundenen Verbandsversammlung.

Alle Jahresabschlüsse wurden von der RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG (RBS) geprüft. Den betreffenden Jahresabschlüssen und Lageberichten wurden uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Der Bestätigungsvermerk für 2010 wurde unter dem Vorbehalt der Feststellung des Jahresabschlusses 2009 in der von RSB geprüften und unter dem 31.05.2013 testierten Fassung erteilt. Analog steht der Bestätigungsvermerk für 2011 unter dem Vorbehalt der unveränderten Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010.

Die örtliche Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Leipzig ist abgeschlossen. Im Ergebnis bestehen keine Bedenken, die einer Feststellung des Jahresabschlusses entgegenstehen.

Die hohe außerplanmäßige Abschreibung auf die WEV-Beteiligung im Jahresabschluss 2009 beeinflusst maßgeblich die Vermögens- und Ertragslage des ZAW in den Berichtsjahren. Sie ist ursächlich für den Jahresverlust 2009 des ZAW (3.368 TEUR) und die Entstehung eines negativen Eigenkapitals. Durch die beschlossenen Verrechnungen der Verbandsversammlung am 14.10.2013

- Jahresverlust 2009 in Höhe von 3.368.236,60 EUR => 1.637.676,60 EUR Verrechnung mit dem Gewinnvortrag und Vortrag des verbleibenden Betrags in Höhe von -1.730.560,00 EUR auf neue Rechnung,
 - Jahresgewinn 2010 in Höhe von 615.308,30 EUR => Verrechnung mit dem Verlustvortrag und
 - Jahresgewinn 2011 in Höhe von 796.446,80 EUR => Verrechnung mit dem Verlustvortrag
- kann der sich 2009 ergebende „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ in Höhe von 906 TEUR zum 31.12.2010 auf 269 TEUR abgebaut und zum 31.12.2011 bereits wieder ein positives Eigenkapital (527 TEUR) ausgewiesen werden. Der Verlust aus dem Jahr 2009 wäre bis 2011 bereits auf einen verbleibenden Betrag von minus 319 TEUR ausgeglichen; mit dem vorläufigen Jahresgewinn 2012 (688 TEUR) würde der Verlustausgleich in Gänze möglich.

Folgende Tatsachen, die den Bestand des Verbandes gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, wurden vom Abschlussprüfer bei den Jahresabschlussprüfungen 2009 bis 2011 festgestellt:

- Der Verband finanziert sein Anlagevermögen nahezu vollständig (2009 und 2010) bzw. zu 44,6 % (2011) durch kurzfristige Verbindlichkeiten. Voraussetzung für die Zahlungsfähigkeit des ZAW ist eine jeweils fortgesetzte Prolongation der bestehenden kurzfristigen Kreditgewährungen bzw. eine Anschlussfinanzierung durch Kreditinstitute oder der Verbandsmitglieder.
- Mit 917 TEUR (2009) bzw. 499 TEUR (2010, 2011) stellt die Beteiligung an der WEV den wesentlichen Vermögensgegenstand des ZAW dar. Unter Zugrundelegung der Langfristplanung der WEV 2012 bis 2040 sei der im Jahr 2009 außerplanmäßig abgeschriebene Beteiligungsansatz durch die künftig erwarteten Erträge bzw. ausschüttungsbedingten Rückflüsse gedeckt.
- Auf Grund der Preisgleitklausel im Dienstleistungsvertrag mit der WEV kann es in Abhängigkeit der Preisentwicklung, insbesondere der heizwertreichen Fraktion, zur Schwankung beim Dienstleistungsentgelt kommen, die im Falle von Preissteigerungen durch Erhöhungen der Verrechnungssätze zu den Verbandsmitgliedern kompensiert werden müssten.
- Eine Genehmigung der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Nordsachsen kann erhebliche Auswirkungen (Risiken, aber auch Chancen) auf die Ertragslagen der WEV und über die Entgeltvereinbarung (Preisgleitklausel) des ZAW haben.

Sparkassen

Die Sparkasse Muldentale mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Das Kompetenzzentrum Vermögensmanagement befindet sich in Grimma mit Betreuersitzen in den Geschäftsstellen Wurzen, Brandis, Bad Lausick, Naunhof und Colditz. Beschäftigte des Kompetenzzentrums Firmen- und Gewerbekunden beraten die Kunden in Grimma und Wurzen. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Der Jahresüberschuss konnte mit 1,4 Mio EUR stabilisiert werden. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 09.10.2013 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Grundsätzlich ist eine Ausschüttung von bis zu 75 % des Jahresüberschusses an den kommunalen Träger möglich. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldentale genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach § 99 SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** fungiert als Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe. In dieser Eigenschaft ist er für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auch Empfänger von Ausschüttungen der Sachsen-Finanzgruppe. Außerdem ist der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig Verbandsmitglied des zum 24.09.2004 gegründeten Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Dieser entstand als Dachzweckverband im Zusammenhang mit der Vereinigung der Kreissparkasse Torgau-Oschatz mit der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und dient der Wahrnehmung der trägerschaftlichen Restbefugnisse der ehemaligen kommunalen Träger der Sparkasse gegenüber der vereinigten Verbundsparkasse Leipzig bzw. der Sachsen-Finanzgruppe. Im Zuge der zum 01.07.2005 vollzogenen dinglichen Vereinigung der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurde eine Änderung des bestehenden Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig vollzogen. Hiernach trat der neugegründete Sparkassenzweckverband Nordwestsachsen, dem wiederum die Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch als Mitglieder angehörten, an die bisherige Stelle des Landkreises Torgau-Oschatz im Dachzweckverband. Infolge des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise im Freistaat Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze vom 29.01.2008 (Sächsisches Kreisgebietsneugliederungsgesetz - SächsKrGebNG) wurde zum 01.08.2008 der aus den aufgelösten Landkreisen Delitzsch und Torgau-Oschatz neu gebildete Landkreis Nordsachsen Verbandsmitglied des ZV vereinigte Verbundsparkasse (anstelle des aufgelösten Sparkassenzweckverbandes Nordwestsachsen). Des Weiteren wurde der neu gebildete Landkreis Leipzig Verbandsmitglied des Sparkassenzweckverbandes (anstelle des bisherigen Landkreises Leipziger Land). Die Einnahmen- und Ausgabensituation des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wird allein von den Ausschüttungen bestimmt, die er als Anteilseigner an der Sachsen-Finanzgruppe erhält und die satzungsmäßig vollständig an die Verbandsmitglieder verteilt werden. Mit Wirkung zum Ablauf des Jahres 2012, d. h. am 31. Dezember 2012, 24.00 Uhr (Ausscheidenszeitpunkt), sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Landkreis Nordsachsen als Anteilseigner aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Zum Ausscheidenszeitpunkt erfolgte die dingliche (Rück-)Übertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auf den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und auf den Landkreis Nordsachsen (kommunale Träger) gemäß Sparkassen-Rückübertragungsvertrag vom 10. Dezember 2012. Die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig befindet sich damit wieder in kommunaler Trägerschaft. Kommunale Träger sind gemeinsam der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (mit seinen beiden Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig) zu (gerundet) 85,85 % und der Landkreis Nordsachsen zu (gerundet) 14,15 %. Dieses Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt. Mit der Rückführung der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig in kommunale Trägerschaft ist die bisherige originäre Aufgabe des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig, die in der Wahrnehmung der sog. „trägerschaftlichen Restbefugnisse“ nach dem ÖRKSF-G bestand, entfallen. Das aktuell verfolgte Zielbild für die künftige Trägerstruktur sieht daher in einem ersten Schritt – auch im Sinne einer Vereinfachung der Strukturen – eine Auflösung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig vor.

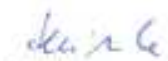
Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** lag der Jahresabschluss zum 31.12.2012 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt. Danach sind für das Jahr 2013 keine außerordentlichen Risiken für den Haushalt des Landkreises zu erwarten.

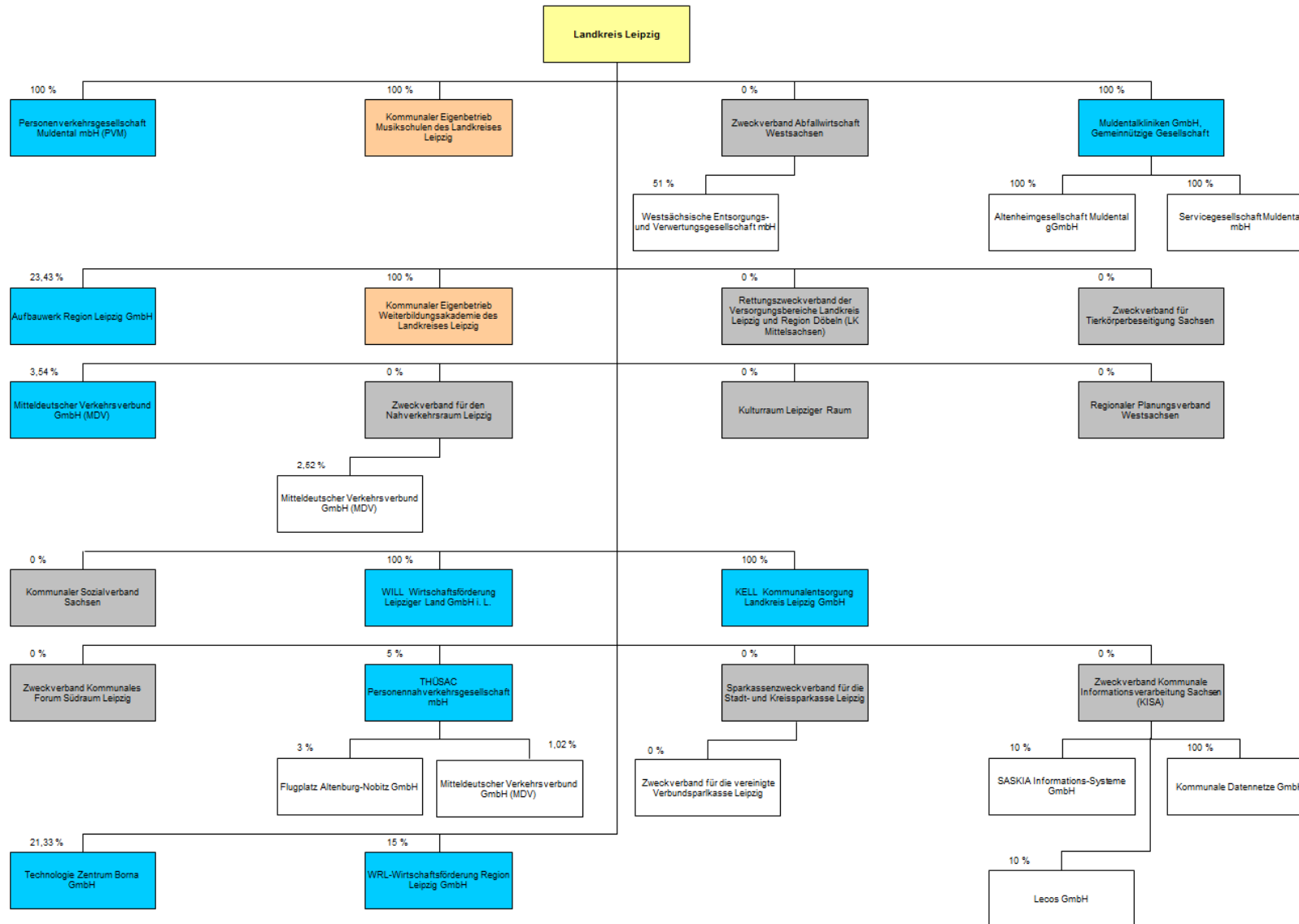
Borna, den 10.01.2014


Heine
Amtsleiterin Finanzverwaltung

Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2011 in €	2012 in €	2011 in €	2012 in €	2012 in €	2012 in €
Kultur und Bildung									
<i>Kultur und Weiterbildung Muldental - kommunaler Eigenbetrieb</i>	0,00	0,00	0,00	959.005,58	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	829.743,53	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	705.142,79	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	783.201,44	0,00	0,00	0,00	
<i>Kulturraum Leipziger Raum</i>	0,00	0,00	0,00	1.931.058,67	1.931.058,67	0,00	0,00	0,00	
Gesundheit/Soziales									
<i>Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft</i>	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	100.000,00	200.000,00	0,00	
<i>Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	588.740,30	562.011,47	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	65.429,70	84.096,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Sozialverband Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	21.632.681,32	21.595.230,85	0,00	0,00	0,00	
Wirtschaftsförderung/Tourismus									
<i>WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.</i>	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Aufbauwerk Region Leipzig GmbH</i>	25.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Technologie Zentrum Borna GmbH</i>	230.081,34	49.084,02	21,33	960,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH</i>	150.000,00	22.500,00	15,00	0,00	21.250,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Regionaler Planungsverband Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	10.787,76	10.600,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2011 in €	2012 in €	2011 in €	2012 in €	2012 in €	2012 in €
<i>Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	16.119,11	16.400,00	0,00	0,00	0,00	
Verkehr									
<i>Personenverkehrsgesellschaft Muldentental mbH (PVM)</i>	25.564,59	25.564,59	100,00	1.908.526,08	1.907.294,57	0,00	0,00	0,00	
<i>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	5,00	1.744.919,85	1.582.162,79	0,00	0,00	0,00	
<i>Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	77.065,80	77.065,80	0,00	0,00	0,00	
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Ver- und Entsorgung									
<i>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	7.143,00	7.143,00	2.381.000,00	
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstiges									
<i>Servicegesellschaft Muldentental mbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunale Datennetze GmbH (KDN)</i>	60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>SASKIA® Informations-Systeme GmbH</i>	256.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Lecos GmbH</i>	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	900.559,72	1.201.480,12	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	1.768.625,12	499.498,61		30.665.597,42	30.476.994,50	107.143,00	207.143,00	2.381.000,00	

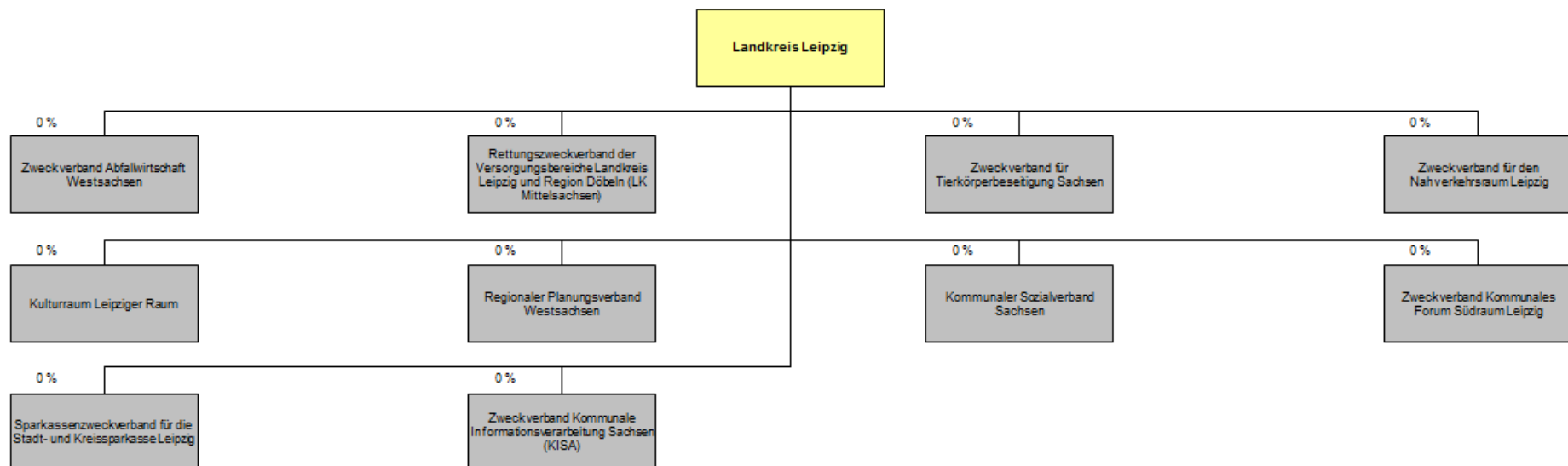
3. Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



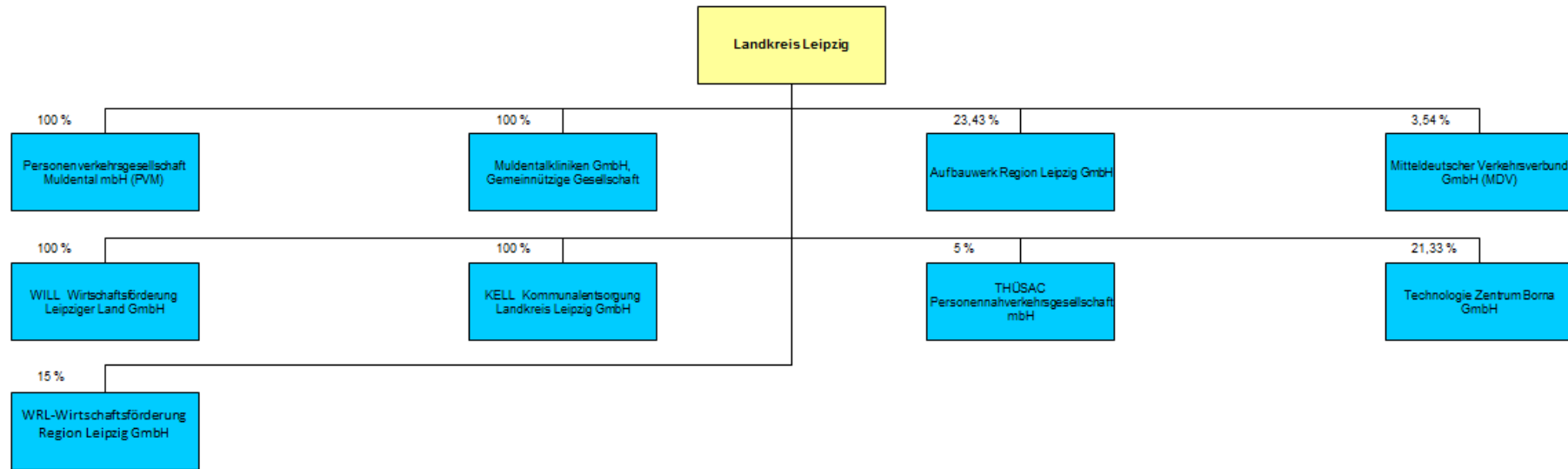
4. Übersicht über die Eigenbetriebe



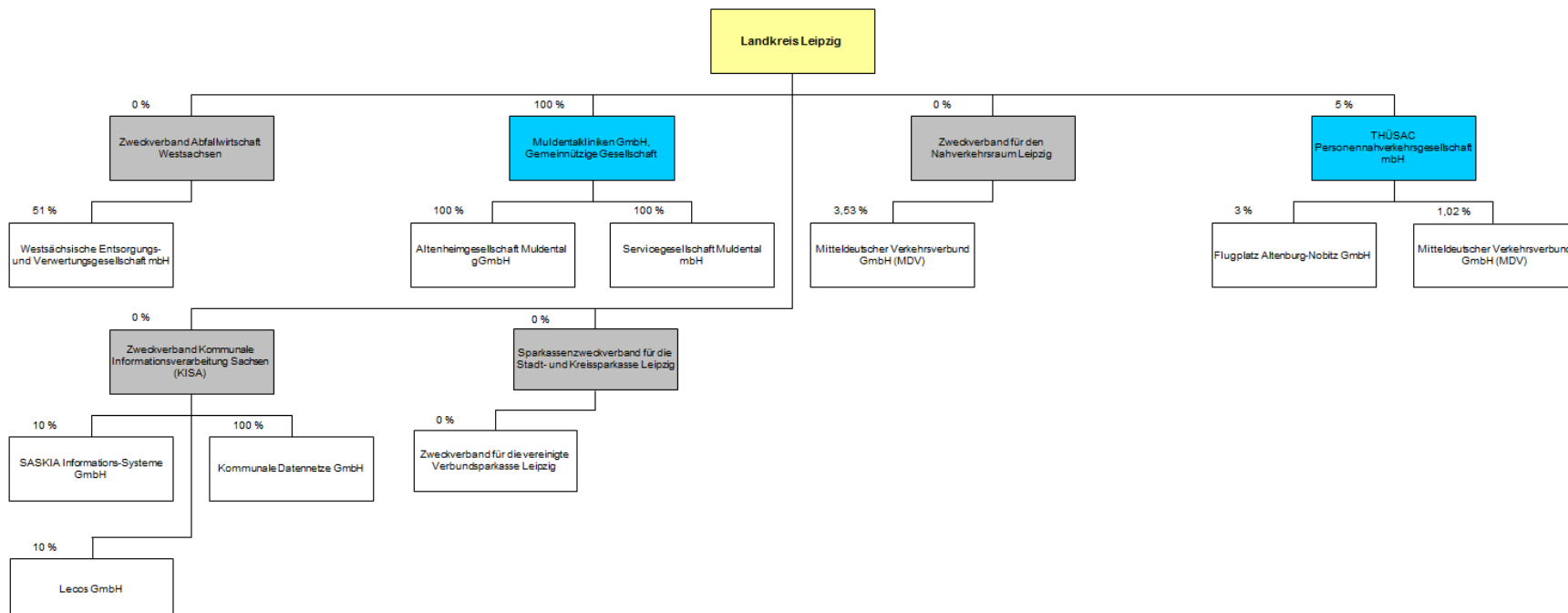
5. Übersicht über die Zweckverbände



6. Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



7. Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



Teil II

Einzeldarstellung der Eigenbetriebe

- 1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig**
- 2. Musikschulen des Landkreises Leipzig**

Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

Lüptitzer Straße 2
04808 Wurzen

Tel. 03425 90470
Fax 03425 904718
Email thomas.friedrich@vhs-muldental.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.2012

Rechtsform Eigenbetrieb

Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennewitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt.

Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

Unternehmensleitung

Betriebsleiter	Thomas Friedrich
----------------	------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	783.201,44

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Betriebsausschuss	
	Thomas Kratzsch
	Andreas Zielke
	Dr. Jürgen Schmidt
	Dietmar Senf
	Kurt Schwuchow
	Wolfram Böttger
	Hartmut Harbich
	Eberhard Kupfer
	Thomas Glaser
	Jürgen Wiesner
	Maria Gangloff
	Jürgen Bönitz
	Ulrich Gäbel
	Frieder Muschler
	Eberhard Schneidenbach
	Rainer Rahmlow
	Helga Metzker

Abschlussprüfer	Dipl.-Kaufmann Berthold Hußendörfer
Mitarbeiter	28,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig vereinigt die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das Berufsqualifikationszentrum und das Schullandheim Bennewitz.

Der Weiterbildungsbetrieb ist gemeinnützig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) in selbstständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim (SLH) und das Berufsqualifikationszentrum (BOZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2012 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dieses Ergebnis wurde erreicht, weil der Landkreis zusätzlich zu dem mit dem Wirtschaftsplan beschlossenen Zuschuss einen Zuschuss per Kreistagsbeschluss 2012/147 vorgenommen hat. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb ein Zuschuss in Höhe von 783.201,44 EUR gewährt. Mittel, die noch nicht zur Auszahlung kamen, sind als Forderung gegen den Landkreis ausgewiesen.

Die Planvorgaben des Eigenbetriebes für die Umsatzerlöse wurden im Jahr 2012 um 3,2 % verfehlt, was Mindereinnahmen von TEUR 30 entspricht,

Die Einnahmen des Schullandheimes sind um TEUR 7 gegenüber dem Planansatz gestiegen, was 7,8 % entspricht. Gegenüber dem Vorjahreswert hat das Schullandheim TEUR 12 mehr Umsatz erwirtschaftet.

Gegenüber dem Vorjahreswerten haben aber auch die Volkshochschulen den Umsatz um TEUR 91 gesteigert. Die Einrichtungen Volkshochschulen und Schullandheim existierten vor 2012 bereits in anderen kommunalen Eigenbetrieben, so dass Vergleichswerte der Vorjahre vorliegen.

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

A. Eigenkapital

	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
I. Rücklagen			
1. Kapitalrücklage	1.238.919,94	1.238.919,94	0,00
	1.238.919,94	1.238.919,94	0,00
II. Gewinn/Verlust			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00		0,00
	1.238.919,94	1.238.919,94	0,00

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

	31.12.2012	01.01.2012
	EUR	EUR
Anfangsbestand	2.358.693,50	2.358.693,50
Einstellungen	4.941,45	
Auflösungen	103.165,93	
Endstand	2.260.469,02	2.358.693,50

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldental und das Schullandheim. Die Zuführungen für 2012 betreffen das Projekt Elternakademie der Volkshochschule Leipziger Land. In diesem Zusammenhang wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft.

Der Sonderposten wird analog der Nutzungsdauern der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

C. Rückstellungen

	Stand 01.01.2012	Auflösung	Verbrauch	Zuführung	Auf-/Ab- Zinsung	Stand 31.12.2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeit	209.988,97	0,00	0,00	66.752,46	9.447,96	286.189,39
Rückzahlung Fördermittel	3.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	8.075,00	3.000,00	5.075,00	8.150,00	0,00	8.150,00
Interne Jahresabschluss- kosten	2.500,00	0,00	2.500,00	2.500,00	0,00	2.500,00
ausstehende Rechnungen	32.151,30	0,00	12.400,45	900,00	0,00	20.650,85
	255.715,27	3.000,00	19.975,45	78.302,46	9.447,96	320.490,24

Bei der Gründung dieses Eigenbetriebes wurden die Rückstellungsbeträge analog wie die Sonderposten vom Landkreis übergeben.

Die Rückstellungen sind gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der Rückstellung größer ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre (Abzinsungssätze der deutschen Bundesbank). Die Altersteilzeitrückstellungen wurden nach den Grundsätzen IDW RS HFA 3 gebildet,

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes wurde ganzjährig gewährleistet.

Die Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2012	Umsatzerlöse 2011	Differenz	Differenz
	EUR	EUR	EUR	%
VHS LL	319.668,87	234.301,85	85.367,02	36,43
VHS MTL	500.232,11	452.105,05	48.127,06	10,65
SLH	101.291,14	89.295,00	11.996,14	13,43
BQZ	400.465,11	200.314,10	200.151,01	99,92
	1.321.657,23	976.016,00	345.641,23	35,41

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2012 insgesamt 424 Kurse mit 9.402 Unterrichtsstunden und 4.007 Teilnehmern veranstaltet. Außerdem wurden im Rahmen des Projektes Mehrgenerationenhaus in Markranstädt 45 Veranstaltungen mit 9.478 Teilnehmern in 8.625 Unterrichtsstunden durchgeführt.

Insgesamt wurden in der Volkshochschule Muldentale 755 Kurse mit 17.111 Unterrichtsstunden und 8.983 Teilnehmern durchgeführt.

Im Schullandheim wurden 3.744 Übernachtungen verzeichnet.

Im Wirtschaftsjahr 2012 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2012
	EUR
Löhne und Gehälter	1.058.878,67
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	220.497,42
-davon für Altersvorsorge EUR 34.874,73	
	1.279.376,09

In 2012 war für sechs vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Muldentale die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis in Anlehnung an den ausgelaufenen Haustarifvertrag auf 95% gesenkt geblieben, Alle Mitarbeiter der Volkshochschule Leipziger Land und des Schullandheimes haben ihre Arbeitszeiten entsprechend ihrer Arbeitsverträge beibehalten. Für das Berufsqualifikationszentrum wurden vier Mitarbeiter in Teilzeit (je 0,8 VbE) befristet eingestellt.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 28.

Der Stellenplan wurde eingehalten.

2. Zuweisungen des Landkreises im Sinne von § 12 Abs. 3 SächsEigBVO

Unser Träger, der Landkreis Leipzig, unterstützte die laufende Betriebsführung mit Zuweisungen in Höhe von TEUR 783.

3. Perspektiven

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie nahm zum 01.01.2012 seine Tätigkeit auf.

Er verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2012 eine positive wirtschaftliche Entwicklung aller Betriebszweige. Die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit dem Kommunalen Jobcenter hat sich bezüglich Bewerbercenter 2012 stabil entwickelt. Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich für die Volkshochschule Muldentale weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt. Für die Volkshochschule Leipziger Land wird ein Außenstellennetz aufgebaut. Auch hier sollen Kooperationen mit Schulen geschlossen werden. Es wird erwartet, dass sich hier positive Auswirkungen auf die Kurs- und Teilnehmerzahlen ergeben.

Besonders für die Volkshochschule Leipziger Land wird eine Steigerung der Kurse, Teilnehmerzahlen und Unterrichtseinheiten erwartet.

4. Risikoabschätzung

Volkshochschulen:

Nach wie vor ist für die Volkshochschulen die Förderung der Weiterbildung durch den Freistaat Sachsen ein wichtiger Faktor. Durch eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises und die beauftragte Übernahme der Bewerbungcenter erhöhen sich die Einnahmen deutlich.

Schullandheim:

Für das Schullandheim wird für 2013 eine kontinuierliche Auslastung erwartet. Durch den Abschluss der Sanierungsarbeiten kommt es zu keinen Einschränkungen im Betrieb. Neue Produkte für alle Zielgruppen werden erarbeitet.

Zusammenfassung:

Risiken für das Wirtschaftsjahr 2013 sind für den Eigenbetrieb „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ bezüglich geringerer Zuweisungen des Freistaates für die Volkshochschulen auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Zeit nicht exakt zu beziffern. Die Zuwendung der Sparkasse Muldentale auf der Grundlage des Sponsoringvertrages erfolgte im Jahr 2012 wieder in einem um 35 TEUR geringeren Betrag als geplant. Der Fehlbetrag wurde durch den Landkreis ausgeglichen. Diesem Umstand wurde in der Planung für 2013 Rechnung getragen.

Es ist davon auszugehen, dass in den Folgejahren die Wirtschaftssituation ähnlich erwartet werden muss. Ergänzung zum 19.07.2013: Das Hochwasser im Juni 2013 hat bei den Gebäuden Volkshochschule und Musikschule in Grimma Schaden verursacht. Bei der Volkshochschule war der Keller überflutet. Es entstand jedoch kein wesentlicher Bauschaden, so dass in diesem Gebäude die Kurse fortgesetzt werden können. Bei dem Musikschulgebäude stand das Erdgeschoss ca. 1,60m unter Wasser. Die Räume sind wegen der erheblichen Schädigungen noch nicht wieder benutzbar.

Wurzen, 28. April 2013

Ergänzt 19. Juli 2013


Dr. Gerhard Gey
Landrat


Thomas Friedrich
Betriebsleiter

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	96,27	0,00
Arbeitsproduktivität	103,30	111,30
Effektivverschuldung	-250.885,08	0,00
Eigenkapitalquote	85,78	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-0,00	0,00
Fremdkapitalquote	14,22	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,23	0,00
Investitionsdeckung	163,77	100,00
Kurzfristige Liquidität	235,21	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	47.202,04	0,00
Vermögensstruktur	89,15	0,00
Lohnquote	96,80	89,85
Verschuldungsgrad	0,04	0,00
Debitorenlaufzeit	16,27	0,00

GuV

	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	1.321.657,23	1.412.873,00
Bestandsänderung	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	1.349.413,49	1.237.701,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>0,00</i>	<i>625.501,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>1.349.413,49</i>	<i>612.200,00</i>
Gesamtleistung	2.671.070,72	2.650.574,00
Materialaufwand	680.150,01	715.703,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>46.993,73</i>	<i>63.825,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>633.156,28</i>	<i>651.878,00</i>
Personalaufwand	1.279.376,09	1.269.431,00
Abschreibungen	178.310,49	161.952,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	523.601,61	540.234,00
Zinserträge	335,25	0,00
Zinsaufwendungen	9.447,96	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	519,81	-36.746,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Steuern	519,81	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	530,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-0,00	-37.276,00

Bilanz

	2012 (Ist)
AKTIVA	4.079.687,09
Anlagevermögen	3.636.860,89
Vorräte	3.355,73
Forderungen	64.737,22
Forderungen gegen Gesellschafter	40.303,91
Sonstige Vermögensgegenstände	37.560,26
Wertpapiere	0,00
Kassenbestand, Bank	296.420,08
ARAP	449,00
PASSIVA	4.079.687,09
Eigenkapital	1.238.919,94
Stammkapital	0,00
Kapitalrücklagen	1.238.919,94
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00
Gewinnrücklagen	0,00
Sonderposten mit Rücklageanteil	2.260.469,02
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	2.260.469,02
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00
Rückstellungen	320.490,24
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	249,24
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	1.744,82
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.916,20
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	171.675,13
PRAP	71.222,50

Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

An der Wyhra 1A
04552 Borna

Tel. 03433 269721
Fax 03433 269720
Email kanders@musikschule-leipzigerland.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.2012
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

Unternehmensleitung

Betriebsleiter	Dr. Klaus-Dieter Anders
----------------	-------------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	705.142,79

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Betriebsausschuss	
	Thomas Kratzsch
	Andreas Zielke
	Dr. Jürgen Schmidt
	Dietmar Senf
	Kurt Schwuchow
	Wolfram Böttger
	Hartmut Harbich
	Eberhard Kupfer
	Thomas Glaser
	Jürgen Wiesner
	Maria Gangloff
	Jürgen Bönitz
	Ulrich Gäbel

	Frieder Muschler
	Eberhard Schneidenbach
	Rainer Rahmlow
	Helga Metzker

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	Dipl.-Kaufmann Berthold Hußendörfer
Mitarbeiter	46,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Allgemeines

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden. Die Eröffnungsbilanz für den Eigenbetrieb war gesondert aufzustellen.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2012 von durchschnittlich ca. 2.050 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen. Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit fünf Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 350 Schülerinnen und Schüler eingebunden.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2012 197 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 30.500 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden. Besonders hervorzuheben sind dabei das Festkonzert zum 50-jährigen Bestehen der Musikschule sowie der Musikschulkongress „Hast Du Töne?!“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten a.D. Horst Köhler.

Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2012 von durchschnittlich ca. 1.100 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen. Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit zwei Grundschulen in Wurzen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 100 Schülerinnen und Schüler eingebunden.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2012 85 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 8.500 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Ein Gemeinschaftsorchester aus Musikschulschülern der Musikschule und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ nahm 2012 erfolgreich am Europäischen Jugendmusikfestival in Italien teil.

Die Abteilung Tanz gestaltet jedes Jahr ein Märchen. 2012 war es „Frau Holle“ mit insgesamt 6 Vorstellungen und ca. 1.030 Zuschauern. Darüber hinaus präsentierten die Tanzklassen zum Jubiläum „1050

Jahre Wurzeln“ die „Wurzener Geschichten“.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

2. Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug. Mit einem Gebührenanteil von ca. 40% der Erlöse, erwirtschaftet der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen einen höheren Anteil als vergleichbare Einrichtungen in Sachsen (nach Statistik des Verbandes deutscher Musikschulen ca. 36,5%).

Die Kalkulation für die neue Gebührensatzung hat sich dabei bestätigt. Die Umwandlung in die neue Struktur führte zu keiner erkennbaren Änderung des Nutzerverhaltens.

Der Eigenbetrieb arbeitete 2012 in dieser Struktur erstmalig. Der Umsatz der beiden Musikschulen in den vorhergehenden Strukturen betrug ca. 2,6 Mill. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 2,76 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen sowie gestiegenen Personalkosten (Honorare, Löhne und Gehälter).

Zur Transparenz von Erträgen und Aufwendungen sind die einzelnen Betriebsteile in einer gesonderten Erfolgsübersicht (Anlage zum Anhang) dargestellt. Unter Berücksichtigung der Ausführungen in § 13 Abs. 3 SächsEigBVO werden die Aufwendungen und Erträge der Betriebsleitung den einzelnen Betriebsteilen zugeordnet.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 sah einen Jahresverlust in Höhe von 23,9 TEUR vor. Dieser Verlust resultierte insbesondere aus den erhöhten Abschreibungen für das mit Gründung des Eigenbetriebes neu zugeordnete Grundstück/Gebäude in 04416 Markkleeberg, Am Festanger 1.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Ursächlich für die Veränderungen sind insbesondere die Zuschüsse des Landkreises, die sich wie folgt darstellen:

Wirtschaftsplan 2012:	610.200,00 EUR
Beschlussvorlage BV-2012/104 Erhöhung des Zuschusses (Tarifabschlüsse/Absenkung der Spenden)	132.610,00 EUR
Beschlussvorlage BV-2012/147 Erhöhung des Zuschusses (Ausgleich Verlust/Ausstattung Gebäude)	50.200,00 EUR
Gesamtzuschuss:	793.010,00 EUR.

Hiervon wurden für das Wirtschaftsjahr 2012 jedoch nur 669.287,03 EUR verbraucht, so dass sich der Zuschuss des Landkreises insgesamt um 123.722,97 EUR reduziert. Ein Teil des Zuschusses wurde nicht in Anspruch genommen (51.258,97 EUR), der verbleibende Teil wurde als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis in den Jahresabschluss eingestellt (72.464,00 EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis unterteilen sich dabei in allgemeine (36.608,23 EUR) und zweckgebundene Verbindlichkeiten (35.855,77 EUR). Mit dem Landkreis ist vereinbart, dass letztere nur dann an den Landkreis zu erstatten sind, wenn die Zweckbindung zur Finanzierung der Gebäudeausstattung 04416 Markkleeberg, Am Festanger 1, entfällt. Der Landkreis hatte diese Mittel mit der o.g. BV-2012/147 dem Eigenbetrieb im Dezember 2012 zur Verfügung gestellt, eine Verwendung im Wirtschaftsjahr 2012 war jedoch nicht mehr möglich.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2012 lässt sich folgendes feststellen:

	<i>Plan 2012</i>	<i>Ist 2012</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	1.063,9	1.071,2	
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.633,3	1.697,5	Veränderungen im Zuschuss des Landkreises sind oben bereits dargestellt
Erträge GESAMT	2.697,2	2.768,7	
5. Materialaufwand	576,0	591,8	
6. Personalaufwand	1.758,2	1.759,4	
7. Abschreibungen	104,7	117,1	
8. Sonstige	282,3	300,4	
Aufwendungen GESAMT	2.721,2	2.768,7	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-23,9	0,00	

3. Prognose

Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen sowie entscheidende Veränderungen in den Einnahme- bzw. Ausgabepositionen sind derzeit nicht erkennbar. Es kann eingeschätzt werden, dass in den Wirtschaftsjahren 2013 bis 2015 keine wesentlichen Änderungen auftreten werden.

4. Chancen und Risiken

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb Musikschulen fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrücklage) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2013 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen und den Kulturraum Leipziger Raum ist derzeit nicht erkennbar. Für das Wirtschaftsjahr 2013 liegen entsprechende Zuwendungsbescheide vor.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation
- Risikobewertung
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Sachgebiet Controlling und Beteiligungen, wird regelmäßig ein Quartalsbericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Wirtschaftsjahres

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne des § 289 Abs. 1 und 2 Nr. 1 HGB haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht ereignet. Hingewiesen sei jedoch auf die Schäden, die durch das Hochwasser im Juni 2013 an der Musikschule in Grimma entstanden sind. Das Gebäude selbst ist dem Eigenbetrieb nicht zu-geordnet, durch das Hochwasser entstanden jedoch auch Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

6. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 12 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Mit der Zuordnung des Objektes 04416 Markkleeberg, Am Festanger 1, zum Eigenbetrieb erfolgte durch den Landkreis eine Wertsteigerung des Anlagevermögens.

In der Eröffnungsbilanz setzte sich dies wie folgt zusammen:

Buchwerte	Grundstück	359.000,00 EUR
	Gebäude (Wert vor Sanierung)	122.225,58 EUR
	Gebäude – Anlagen im Bau	
	Fördermittel KJP II	1.721.835,72 EUR
	Eigenmittel	791.985,13 EUR
	Außenanlagen – Anlagen im Bau	
	Fördermittel KJP II	179.044,28 EUR
	Eigenmittel	44.761,07 EUR

Ab Juni 2012 wurde das Gebäude genutzt, so dass zu diesem Zeitpunkt die Position „Anlagen im Bau“ aufgelöst wurde; ab Juni werden die entsprechenden Abschreibungen gebildet.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2012 wurden weitere Mittel des Landkreises für das Gebäude zugeführt.

Im Dezember 2012 stellte der Landkreis mit einem gesonderten Beschluss Mittel für die Ausstattung des Gebäudes zur Verfügung. Die zusätzlichen Mittel wurden über den Zuschuss des Landkreises ausgereicht.

Darüber hinaus sei erwähnt, dass der Landkreis mit Bildung des Eigenbetriebes Vermögen und Schulden an den Eigenbetrieb übertragen hat; Grundlage hierfür waren die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, in die zuvor die beiden Musikschulen integriert waren.

Borna, den 30.04.2013, ergänzt im Juli 2013

Dr. Anders
Direktor

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	102,42	0,00
Arbeitsproduktivität	60,88	60,51
Effektivverschuldung	-145.325,30	0,00
Eigenkapitalquote	94,82	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	0,00	0,00
Fremdkapitalquote	5,18	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,00	0,00
Investitionsdeckung	9,06	100,00
Kurzfristige Liquidität	165,35	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	23.286,45	0,00
Vermögensstruktur	92,58	0,00
Lohnquote	164,25	165,26
Verschuldungsgrad	0,03	0,00
Debitorenlaufzeit	9,79	0,00

GuV

	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	1.071.176,82	1.063.900,00
Bestandsänderung	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	1.697.542,71	1.633.316,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>904.532,71</i>	<i>1.023.116,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>793.010,00</i>	<i>610.200,00</i>
Gesamtleistung	2.768.719,53	2.697.216,00
Materialaufwand	591.794,85	576.000,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>591.794,85</i>	<i>576.000,00</i>
Personalaufwand	1.759.417,25	1.758.156,00
Abschreibungen	117.115,81	104.690,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	300.029,65	282.290,00
Zinserträge	0,00	0,00
Zinsaufwendungen	8,97	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	353,00	-23.920,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Steuern	353,00	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	-23.920,00

Bilanz

	2012 (Ist)
AKTIVA	4.957.396,39
Anlagevermögen	4.589.693,80
Vorräte	0,00
Forderungen	36.440,00
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	27.276,18
Wertpapiere	0,00
Kassenbestand, Bank	301.200,18
ARAP	2.786,23
PASSIVA	4.957.396,39
Eigenkapital	2.772.185,76
Stammkapital	0,00
Kapitalrücklagen	2.772.185,76
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00
Gewinnrücklagen	0,00
Sonderposten mit Rücklageanteil	1.928.593,86
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	1.928.593,86
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00
Rückstellungen	34.239,48
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	0,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	72.464,00
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	149.913,29
PRAP	0,00

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

5. Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 5 %

- 1. Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH**
- 2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**
- 5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 6. Technologiezentrum Borna GmbH**
- 7. WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH**
- 8. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**
- 9. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)**
- 10. SASKIA® Informations-Systeme GmbH**
- 11. Lecos GmbH**

Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM)

Beteiligungsübersicht

Leipziger Straße 79
04828 Deuben

Tel. 03425/89890
Fax 03425/898913
Email info@pvm-mtl.de
Internet <http://www.pvm-mtl.de>

Gründungsdatum 13.05.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 20.02.1992

Handelsregistereintrag am 09.07.2005 unter HRB 7969

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.564,59
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.564,59

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen und allen Leistungen des Gelegenheitsverkehrs sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf sich im In- und Ausland an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, andere Unternehmen gründen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Verkehrsunternehmen abschließen.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Andreas Kultscher
-----------------	-------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.907.294,57

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Aufsichtsrat	
	Manfred Heinz
	Helga Preissler
	Dr. Thomas Voigt
	Wolfram Böttger
	Thomas Glaser
	Prof. Dr. Peter Lipinski
	Jörg Grundig
	Helga Metzker

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	Karl Berg GmbH
Mitarbeiter	133,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit und Geschäftsverlauf

Unter weiterhin anspruchsvollen Bedingungen ist es der Personenverkehrsgesellschaft Muldentail mbH (im Folgenden auch PVM genannt) im Geschäftsjahr 2012 erneut gelungen, ein zuverlässiges Leistungsangebot sicherzustellen.

Der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 16.12.2005 ist nach wie vor die Grundlage der Geschäftstätigkeit.

Der öffentliche Personennahverkehr bildet mit über 90% des Leistungsvolumens den Hauptteil der Geschäftstätigkeit der PVM.

Gestiegene Aufwendungen für Material und Personal führten zu einem erheblichen Kostendruck und konnten teilweise durch Anpassung der Betriebskostenzuschüsse (BKZ) ausgeglichen werden.

Die Grundlage für die Bereitstellung der notwendigen Zuschüsse für den ÖPNV bildet der zwischen dem Landkreis Leipzig als Aufgabenträger und der PVM geschlossene Verkehrsfinanzierungsvertrag vom 02.12.2009.

Eine große Herausforderung stellt weiter die Finanzierung der dringend notwendigen Fahrzeuginvestitionen dar. Hier bildeten wie schon im Vorjahr der Preis und das Alter der ausgesonderten Fahrzeuge die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Fördermittel. In der Folge ergab sich für die PVM wiederum ein geringerer Förderbetrag gegenüber der bis zum Jahr 2009 geltenden Regelung.

Der von 2010 zu 2011 zu verzeichnende deutliche Rückgang der Anzahl der Beförderungsfälle hat sich nicht fortgesetzt. Von 2011 zu 2012 konnte ein leichter Anstieg der Beförderungsfälle (0,5%) verzeichnet werden.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nahmen mit knapp 10% einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang ein. Diese erreichten im Geschäftsjahr die im Wirtschaftsplan aufgestellten Erwartungen und trugen so stabilisierend zur Ergebnisentwicklung bei.

Mit einem Ergebnis von T€ 26 nahm das Geschäftsjahr einen insgesamt positiven Verlauf. Zu den Hintergründen verweisen wir auf die Ertragslage.

II. Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich insgesamt um T€ 1.614 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Auf der Aktivseite ist der Bestand des Anlagevermögens um T€ 567 und der liquiden Mittel um T€ 1.060 gestiegen. Der Anstieg der liquiden Mittel begründet sich durch den Bestand an nicht verwendeten Fördermitteln im Rahmen des „Rechnergestütztes Betriebsleitsystem“ (RBL) Projektes. Auf der Passivseite zeigt sich dies in der Erhöhung der Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital erhöht sich um den ausgewiesenen Jahresüberschuss.

Eine Erhöhung des Fremdkapitals in Form der Darlehensaufnahme für Businvestitionen war notwendig, so dass die Eigenkapitalquote auf 24,6% (2011: 28,3%) gesunken ist.

Finanzlage

Die Liquidität war in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen, einem zeitnahen Mahnwesen und einem detaillierten Liquiditätsplan jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 26 (2011: Jahresüberschuss T€ 256).

Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 6.860 (2011: T€ 6.471) erzielt.

Der größte Teil der Erhöhung ergibt sich aus der Anpassung der BKZ durch den Landkreis Leipzig und der gegenüber dem Vorjahr erhöhten Zahlungen für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG. Hier erfolgten die Zahlungen nach vorläufigen Bescheiden, so dass noch Veränderungen der Zuschüsse der Höhe nach möglich sind.

Auf der Kostenseite sind deutliche Erhöhungen bei den Material- und Personalkosten zu verzeichnen. Im Bereich der Materialkosten spielt die Entwicklung der Treibstoffkosten dabei eine entscheidende Rolle. Im Personalkostenbereich kommen Erhöhungen von Löhnen und Gehältern (jeweils ca. 2,5% zum 01.10.2011 sowie zum 01.12.2012) gemäß dem Vergütungstarifvertrag vom 19.10.2011 zum Tragen.

Weiterhin galt es vor allem im gewerblichen Bereich einen hohen Krankenstand zu überbrücken. Bedingt durch umfangreiche Projektarbeit fielen zudem Überstunden in nennenswertem Maß an.

Die Sondereinflüsse setzen sich aus periodenfremden Aufwendungen (T€ 5) und periodenfremden Erträgen (T€ 67) zusammen. Daraus ergibt sich ein Saldo von T€ 62, welcher letztendlich den Jahresüberschuss 2012 maßgeblich beeinflusst.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden folgende Investitionen getätigt:

T€	1.060	5 Busse
T€	28	sonstige Betriebsausstattung
T€	22	Software
T€	605	rechnergestütztes Betriebsleitsystem
T€	1.715	gesamt

Bei den Businvestitionen wurden vier Busse als Ersatzinvestitionen angeschafft. Die sonstige Betriebsausstattung umfasst Hardware, Werkstattausrüstung sowie geringwertige Wirtschaftsgüter. Weiterhin wurde in ein Werkstattanwendungs- und ein Zeiterfassungsprogramm investiert. Das Projekt „RBL“ ist noch nicht fertiggestellt.

Es wird ein Risikofrüherkennungssystem angewendet, um die Risiken für die wirtschaftliche Tätigkeit gegenwärtig und zukünftig so gering wie möglich zu halten. Für alle Unternehmensbereiche werden regelmäßig systematische Risikobeurteilungen vorgenommen.

Als wesentliche Risikofaktoren mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens sehen wir die weitere Entwicklung der Dieselmotorkraftstoffpreise, Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Gewährung von Ausgleichs- und Fördermitteln, insbesondere für Fahrzeuginvestitionen, sowie die Wiederausreichung der Fördermittel für die beantragte Verlängerung des Projektes „RBL“ bis zum 31.12.2013.

III. Vorgänge nach dem Abschlussstichtag von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag gab es nicht.

IV. Künftige Entwicklung

Die Anwendung des Verkehrsfinanzierungsvertrages zwischen dem Aufgabenträger Landkreis Leipzig und der PVM schafft eine verlässliche Finanzierungsbasis und bildet damit auch künftig die Grundlage für die Erbringung des ÖPNV-Angebotes durch die PVM.

In diesem Zusammenhang kommt den Beschlüssen 2012/153 und 2012/155 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 05.12.2012 eine besondere Bedeutung zu. Darin erfolgt die Absichtserklärung einer Direktvergabe von Verkehrsleistungen im Landkreis Leipzig (Bediengebiete Muldental und Raum Zwenkau) an die PVM ab dem Jahr 2014.

Vor diesem Hintergrund ist es zentrales Ziel der PVM, den ÖPNV auch in einem künftig erweiterten Bediengebiet in einer guten Qualität und zu einem kundenorientierten Preis anzubieten. Es wird stetig daran gearbeitet, das Verkehrsangebot zu optimieren, die Erlössituation zu verbessern und kostenbewusst die Ausgaben zu beeinflussen.

Das im Jahr 2011 begonnene Projekt „RBL“ mit einem Gesamtvolumen von ca. T€ 1.700 stellt nach wie vor das umfangreichste Investitionsprojekt der PVM dar. Durch eine höhere Qualität der Anschlusssicherung, Verbesserung der Pünktlichkeit, Echtzeitauskunft für die Fahrgäste sowie umfangreiche Prüfmöglichkeiten für neue Fahrausweisarten wird es einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der PVM leisten. In Anbetracht der Übernahme von zusätzlichen Verkehrsleistungen durch die PVM im Raum Muldental ab dem Jahr 2014 wurde eine entsprechende Projekterweiterung vorgenommen. Aufgrund der Bereitstellung von Fördermitteln des ZVNL konnte zudem eine Ergänzung um ein regionales dynamisches Fahrgastinformationssystem (Regio-DFI) an wichtigen Umstiegspunkten erfolgen. Perspektivisch soll das Projekt zudem auf den Verkehrsraum Zwenkau ausgedehnt werden.

V. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur soweit, wie sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2012 wurde die Karl Berg GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Leipzig, bestellt.

Deuben, den 22. April 2013

Andreas Kultscher
Geschäftsführer

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	87,17	83,63	88,91	0,00
Arbeitsproduktivität	193,40	188,22	189,22	98,29
Effektivverschuldung	367.849,00	551.414,30	972.076,83	0,00
Eigenkapitalquote	58,14	59,56	52,78	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	2,80	4,28	0,43	0,00
Fremdkapitalquote	41,86	40,44	47,22	0,00
Gesamtkapitalrendite	2,49	3,29	0,78	0,00
Investitionsdeckung	253,10	111,80	66,93	100,00
Kurzfristige Liquidität	212,07	128,28	135,60	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	49.609,99	49.398,07	51.580,30	26.174,24
Vermögensstruktur	81,39	82,15	75,65	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	6.498.908,72	6.471.147,28	6.860.179,76	3.455.000,00
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	913.968,10	1.106.575,73	863.882,87	3.987.000,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>913.968,10</i>	<i>1.106.575,73</i>	<i>863.882,87</i>	<i>2.137.000,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1.850.000,00</i>
Gesamtleistung	7.412.876,82	7.577.723,01	7.724.062,63	7.442.000,00
Materialaufwand	1.952.261,44	2.028.201,87	2.130.141,60	1.930.000,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>1.459.249,99</i>	<i>1.577.997,57</i>	<i>1.652.138,74</i>	<i>1.480.000,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>493.011,45</i>	<i>450.204,30</i>	<i>478.002,86</i>	<i>450.000,00</i>
Personalaufwand	3.360.380,30	3.438.045,67	3.625.443,40	3.515.000,00
Abschreibungen	1.091.066,79	1.094.280,07	1.147.596,21	1.149.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	759.635,48	697.675,89	729.405,32	760.000,00
Zinserträge	13.808,83	18.527,99	6.813,57	10.000,00
Zinsaufwendungen	88.456,71	74.238,83	64.706,50	90.000,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	174.884,93	263.808,67	33.583,17	8.000,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	7.372,70	7.448,70	7.127,70	7.000,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	167.512,23	256.359,97	26.455,47	1.000,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	10.546.992,24	10.283.093,26	10.046.255,08	11.659.882,95
<i>Anlagevermögen</i>	<i>9.028.949,33</i>	<i>8.368.956,29</i>	<i>8.253.463,95</i>	<i>8.820.384,70</i>
<i>Vorräte</i>	<i>109.016,03</i>	<i>117.664,39</i>	<i>123.664,71</i>	<i>105.904,87</i>
<i>Forderungen</i>	<i>20.398,52</i>	<i>18.212,55</i>	<i>36.359,61</i>	<i>27.360,39</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>273.853,87</i>	<i>151.571,16</i>	<i>345.333,13</i>	<i>355.724,52</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>1.097.088,31</i>	<i>1.604.650,91</i>	<i>1.273.135,37</i>	<i>2.332.999,38</i>
<i>ARAP</i>	<i>17.686,18</i>	<i>22.037,96</i>	<i>12.482,00</i>	<i>10.727,09</i>
<i>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung</i>				<i>6.782,00</i>
PASSIVA	10.546.992,24	10.283.093,26	10.046.255,08	11.659.882,95
<i>Eigenkapital</i>	<i>2.418.826,73</i>	<i>2.586.338,96</i>	<i>2.842.698,93</i>	<i>2.869.154,40</i>
<i>Stammkapital</i>	<i>25.564,59</i>	<i>25.564,59</i>	<i>25.564,59</i>	<i>25.564,59</i>
<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>2.074.209,30</i>	<i>2.074.209,30</i>	<i>2.074.209,30</i>	<i>2.074.209,30</i>
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	<i>316.411,93</i>	<i>319.052,84</i>	<i>486.565,07</i>	<i>742.925,04</i>
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	<i>2.640,91</i>	<i>167.512,23</i>	<i>256.359,97</i>	<i>26.455,47</i>
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>5.689.043,46</i>	<i>5.087.972,60</i>	<i>4.710.831,74</i>	<i>4.928.145,94</i>
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	<i>3.792.695,64</i>	<i>3.391.981,73</i>	<i>3.140.554,49</i>	<i>3.285.430,63</i>
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	<i>1.896.347,82</i>	<i>1.695.990,87</i>	<i>1.570.277,25</i>	<i>1.642.715,31</i>
<i>Rückstellungen</i>	<i>76.000,00</i>	<i>126.900,00</i>	<i>124.500,00</i>	<i>137.100,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>476.000,00</i>	<i>450.000,00</i>	<i>397.680,29</i>	<i>559.603,05</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>1.552.757,25</i>	<i>1.317.217,45</i>	<i>918.985,71</i>	<i>1.687.935,68</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>334.364,80</i>	<i>397.104,13</i>	<i>902.058,41</i>	<i>1.451.349,48</i>
<i>PRAP</i>	<i>0,00</i>	<i>317.560,12</i>	<i>149.500,00</i>	<i>26.594,40</i>

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102
Fax 03425/932399
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet <http://www.kh-wurzen.de>

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 25.09.2003

Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

1. Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
2. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
3. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
4. Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich
	Dr. Uwe Krause

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Ausschüttung	200.000,00

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Aufsichtsrat	
	Fritz-Dieter Mittenzwei
	Erik Bodendieck
	Dr. Gerhard Gey
	Dr. Roswitha Brunzlaff
	Denny Trölenberg
	Lothar Mörl
	Georg-Ernst Dornig
	Gottfried Schröpfer
	Matthias Schmiedel

Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	100,0000 %	25.000,00
Servicegesellschaft Muldental mbH	100,0000 %	25.000,00

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	WRG Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft mbH
Mitarbeiter	637,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft betreiben die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan 2012 bis 2013 des Freistaates Sachsen mit insgesamt 365 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	115
Innere Medizin (davon 3 Betten ITS)	186
Gynäkologie und Geburtshilfe	30
Pädiatrie	21
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	2
Augenheilkunde	1
Gesamt	365

Die seit dem Jahr 2006 als 100%ige Tochtergesellschaft zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH mit seit August 2010 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/Geburtshilfe), Grimma (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/ Geburtshilfe) und Wurzen (Allgemeinmedizin, Chirurgie und Pädiatrie) zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die am 2. Januar 2007 gegründete Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit und Archiv und seit August 2008 in der Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan - Vermögensplan - Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2012 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger 14.752,026

Mittelwert der vereinbarten Bewertungsrelationen 0,826

Landesbasisfallwert 2012 EUR 2.942,24

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug EUR 43.736.802,00. Dieses setzt sich zusammen aus:

	Anzahl	EUR
Fallpauschalen nach E1 - Jahresfälle	17.681	42.375.167
Fallpauschalen nach E1 - Überlieger	178	1.028.834
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Jahresfälle	269	304.803
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Überlieger	16	27.999

2. Leistungsdaten

2.1. Leistungsdaten 2012

	Plan	Ist	Abweichung
Fallzahl vollstationär inkl. Neugeborene	17.859	18.172	+ 313
Ø Verweildauer	-	5,81	-
Nutzungsgrad der Planbetten in %		81,3	

2.2. Leistungsentwicklung 2003 – 2012

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2012 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von TEUR 53.405 (2011: TEUR 51.218) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 53.199 (2011: TEUR 50.979) ein Betriebsergebnis von TEUR 206 (2011: TEUR 239) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 2.353 (5,6 %) auf TEUR 44.525 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2011. Diese resultieren überwiegend aus den vereinbarten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2012 betragen aufgrund der erzielten Mehrerlöse ./ TEUR 762 (2011: ./ TEUR 813).

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 64,7 % bzw. 14,8 % am meisten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2012 zu 2011:

	2012	2011
Vollkräfte	535	539

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	26.710.378,96	25.165.676,94
Soziale Abgaben und Aufwendungen	5.093.541,62	4.894.261,31
davon für Altersversorgung und Unterstützung	797.105,71	770.079,99
Gesamt	31.803.920,58	30.059.938,25

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2011 um TEUR 1.744 gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer zum Jahr 2011 nicht. Er betrug für den Arbeitgeber 3,2 %, und der Arbeitnehmeranteil betrug 2,0 %. Bei den Ärzten betrug der Arbeitgeberanteil 1,2 % und der des Arbeitnehmers 4 %.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen Arbeitnehmer, die zum Bilanzstichtag die Voraussetzung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse erfüllen und eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hatten.

Im Berichtsjahr beinhalteten die Rückstellungen für Altersteilzeit Verpflichtungen für insgesamt 21 Arbeitnehmer in bestehenden Altersteilzeitverhältnissen. Alle Arbeitnehmer wählten jeweils das so genannte Blockmodell. Insgesamt besteht dafür eine Rückstellung in Höhe von TEUR 1.252.

Der Anstieg der Materialaufwendungen um TEUR 349 ist im Wesentlichen durch die Leistungssteigerungen beeinflusst, dies spiegelt sich insbesondere in der Erhöhung der Aufwendungen für medizinischen Bedarf um TEUR 360 wider.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr eine Steigerung um TEUR 361 zu verzeichnen, der aus erhöhtem Instandhaltungsaufwand resultiert. Im Geschäftsjahr erfolgte am Standort Grimma eine Fassadenerneuerung mit Wartung und Reparatur der Außenjalousien.

Das Investitions- oder Abschreibungsergebnis sank im Berichtsjahr um TEUR 78.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 29 auf Grund geringerer Zinserträge verschlechtert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 71.885 (2011: TEUR 74.902) lag um TEUR 3.017 unter dem des Jahres 2011. Das Vermögen betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 84,7 %, Vorräte mit 1,4 %, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 7,2 % und liquide Mittel mit 6,7 %. Die Finanzierung erfolgt mit 16,5 % durch Eigenkapital, mit 74,0 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 9,5 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2011 um TEUR 1.478 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um die Aktivierung eines Gebäudes, das für die Unterbringung des Medizinischen Versorgungszentrums am Standort Wurzen und der Verwaltung bestimmt ist. Die Finanzierung erfolgte mit Eigenmitteln. Zugänge bei den Einrichtungen und Ausstattungen im Bereich der Medizintechnik waren ein C-Bogen (TEUR 130), der in Höhe von TEUR 116 durch den Landkreis gefördert wurde, vier Video-Gastroskope, ein Beatmungsgerät u. a. Geräte sowie die Ausstattung der OP-Säle mit Instrumenten. Weitere Zugänge waren im Bereich der EDV im Zusammenhang mit der Einführung der digitalen Patientenakte zu verzeichnen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gingen im Vergleich zum Jahr 2011 um TEUR 32 zurück. Diese Veränderung resultiert aus den ab September wirksam gewordenen Zahlungsbeträgen, die die Rückzahlungen der Erlösausgleiche beinhalten.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft bestehen langfristige Forderungen in Höhe von TEUR 561.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2011 sowie der für gemeinnützige Zwecke vorgenommenen Ausschüttung an den Gesellschafter (TEUR 200).

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2011 wie folgt:

	EUR
Anfangsbestand per 1.1.2012	4.075.982,37
Inanspruchnahme	1.692.363,79
Auflösung	26.281,33
Zugang	1.412.150,34
Ab-/Aufzinsung	54.335,00
Endbestand per 31.12.2012	3.823.822,59

Die Verbindlichkeiten gingen in Höhe von TEUR 522 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahmen stichtagebedingt um TEUR 399 ab. Weiterhin sanken die Verbindlichkeiten aus pauschalen Fördermitteln.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zu erhöhten Forderungen geführt.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2012 waren, wie im Vorjahr, durch umfangreiche Veränderungen des DRG-Systems, die erst zu Jahresbeginn zur Verfügung standen, erschwert. Die Budgetverhandlung für das Jahr 2012 hat im Mai stattgefunden. Es konnten im stationären Bereich Mehrleistungen vereinbart werden, die mengenmäßig dem erreichten Ist aus dem Jahr 2011 entsprachen. Im Geschäftsjahr 2012 konnten die vereinbarten Budgetvorgaben wiederum übererfüllt werden, und es wird mit einer Budgetsteigerung für das Geschäftsjahr 2013 gerechnet.

Infolge der Verabschiedung des GKV-Finanzierungsgesetzes ergeben sich Einnahmebeschränkungen, insbesondere durch den gesetzlich festgelegten Mehrerlösabschlag (30 %) für vereinbarte Mehrleistungen.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch die strukturellen Veränderungen im Zuge der Gesundheitsreform:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Ein besonderes Risiko stellt der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es wird immer schwieriger, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit bis Dezember 2012) brachte eine Erhöhung um 2,9 % sowie indirekte Steigerungen durch Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgeltes, Zusatzurlaub und Zeitzuschläge für Nachtarbeit, Stufenerweiterungen und Stufenlaufzeitverkürzungen.

Bei den übrigen Beschäftigten (Laufzeit bis Februar 2014) gab es im Geschäftsjahr Tarifsteigerungen um 3,5 % linear. Im Jahr 2013 gibt es eine weitere Erhöhung um 1,4 % ab Januar und 1,4 % ab August sowie die Steigerung der Leistungsentgelte um 0,25 % pro Jahr.

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

Für das Geschäftsjahr 2013 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2012 aus.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

IV. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages

		Ist 2 0 1 2	Plan 2 0 1 2	Ist 2 0 1 1	Ist 2 0 1 0
Kennzahlen					
§ 99 Abs. 2 SächsGemO					
Arbeitsproduktivität		1,46	1,44	1,46	1,47
Effektivverschuldung	TEUR	-4.366	-6.905	-5.392	-7.4106
Eigenkapitalquote	%	20,15	19,46	19,38	18,49
Eigenkapitalreichweite		n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Eigenkapitalrendite	%	1,30	0,42	1,58	1,40
Fremdkapitalquote	%	79,62	80,54	80,62	81,51
Gesamtkapitalrendite	%	0,25	0,11	0,31	0,26
Investitionsdeckung	%	121,74	193,91	127,09	131,34
kurzfristige Liquidität	%	128,19	192,48	176,40	194,37
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	86,24	73,45	81,70	83,76
Vermögensstruktur	%	81,09	77,34	79,87	77,95

V. Organe der Gesellschaft

1. Geschäftsführung im Kalenderjahr 2012

Geschäftsführer Dr. oec. Andreas Ehrlich
 Medizinischer Geschäftsführer Dr. med. Uwe Krause

2. Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2012

<u>Name</u>	<u>Berufliche Tätigkeit</u>	<u>Wohnort</u>
Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat	Grimma
Herr Denny Trölenberg	Betriebsratsvorsitzender	Grimma
Herr Erik Bodendieck	Arzt, selbstständig	Wurzen
Frau Dr. Roswitha Brunzlaff	Vertriebsmanagerin	Belgershain
Herr Georg Dornig	Rentner	Grimma
Herr Fritz-Dieter Mittenzwei	Rentner	Wurzen OT Nemt
Herr Lothar Mörl	Sicherheitsfachkraft	Malkwitz
Herr Matthias Schmiedel	Bürgermeister	Zschadraß
Herr Gottfried Schröpfer	Gastronom, selbstständig	Zschadraß

VI. Sonstige Angaben

Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 15. März 2013

Dr. oec. Andreas Ehrlich
Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause
Medizinischer Geschäftsführer

Jörg Christian Langner
Geschäftsführer

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	26,75	27,34	27,91	0,00
Arbeitsproduktivität	147,06	146,50	146,18	143,62
Effektivverschuldung	-6.378.764,56	-4.566.506,46	-3.367.841,81	0,00
Eigenkapitalquote	18,49	19,38	20,16	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	1,40	1,58	1,36	0,00
Fremdkapitalquote	81,51	80,62	79,84	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,43	0,47	0,44	0,00
Investitionsdeckung	134,73	127,17	163,23	100,00
Kurzfristige Liquidität	253,94	231,87	218,39	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	71.185,20	73.150,29	72.986,37	0,00
Vermögensstruktur	77,95	79,87	81,09	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	43.494.157,93	44.036.471,60	46.492.314,51	45.173.921,00
<i>Erlöse aus Krankenhausleistungen</i>	<i>40.992.729,72</i>	<i>42.171.882,53</i>	<i>44.525.043,53</i>	<i>43.477.921,00</i>
<i>Erlöse aus Wahlleistungen</i>	<i>44.329,47</i>	<i>60.883,79</i>	<i>111.205,83</i>	<i>60.000,00</i>
<i>Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses</i>	<i>2.314.280,22</i>	<i>1.666.680,71</i>	<i>1.701.727,81</i>	<i>1.506.000,00</i>
<i>Nutzungsentgelte der Ärzte</i>	<i>142.818,52</i>	<i>137.024,57</i>	<i>154.337,34</i>	<i>130.000,00</i>
Bestandsänderung	25.551,27	87.489,90	139.309,94	0,00
Zuschüsse und Zuweisungen der öffentlichen Hand	349.327,70	252.965,05	222.849,98	250.000,00
sonstige betriebliche Erträge	1.994.647,67	2.310.700,36	2.376.512,46	1.971.800,00
Gesamtleistung	45.863.684,57	46.687.626,91	49.230.986,89	47.395.721,00
Materialaufwand	11.166.468,79	11.362.768,95	11.711.493,95	11.169.200,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>7.395.154,09</i>	<i>7.600.601,98</i>	<i>7.877.582,88</i>	<i>7.445.900,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>3.771.314,70</i>	<i>3.762.166,97</i>	<i>3.833.911,07</i>	<i>3.723.300,00</i>
Personalaufwand	29.575.035,91	30.059.938,25	31.803.920,58	31.454.118,00
Zwischenergebnis	5.122.179,87	5.264.919,71	5.715.572,36	4.772.403,00
Investitionsbereich	3.454.498,41	3.364.377,43	3.096.850,98	3.634.500,00
<i>Erträge aus Zuwendungen z. Finanzierung von Invest</i>	<i>755.487,25</i>	<i>781.816,25</i>	<i>752.277,52</i>	<i>580.239,00</i>
<i>Erträge a. Einstellg. v. Ausgleichsposten f. EM-Fi</i>	<i>36.303,00</i>	<i>17.465,00</i>	<i>17.466,00</i>	<i>17.500,00</i>
<i>Erträge a. Auflös. Sopo nach KH-Finanz. u. sonst.</i>	<i>3.615.914,96</i>	<i>3.497.934,63</i>	<i>3.228.877,34</i>	<i>3.617.000,00</i>
<i>Aufwendung aus Zuführung z. Verbl. n. KH-Finanz</i>	<i>953.206,80</i>	<i>932.838,45</i>	<i>901.769,88</i>	<i>580.239,00</i>
Abschreibungen	4.082.305,03	4.005.720,35	3.814.963,22	4.092.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.242.849,85	4.482.434,91	4.842.955,76	4.266.200,00
Zinserträge	229.164,53	232.889,20	175.230,77	150.000,00
Zinsaufwendungen	140.418,63	130.540,91	121.507,13	130.200,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	340.269,30	243.490,17	208.228,00	68.503,00
Außerordentliches Ergebnis	-125.965,81	0,00	0,00	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	4.113,43	4.627,05	2.362,55	4.400,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	210.190,06	238.863,12	205.865,45	64.103,00
Gewinnvortrag aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Entnahme aus der Kapitalrücklage	211.773,00	211.774,00	211.773,00	211.800,00
Einstellung in Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/-verlust	421.963,06	450.637,12	417.638,45	275.903,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	82.120.293,71	81.219.099,00	78.195.910,01	75.195.755,37
Anlagevermögen	64.360.651,31	63.308.353,67	62.452.433,71	60.974.597,96
immaterielle Vermögensgegenstände	150.973,00	57.979,00	170.853,00	171.504,00
Sachanlagevermögen	64.159.678,31	63.200.374,67	62.231.580,71	60.753.093,96
Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Vorräte	702.818,64	726.531,67	825.098,64	1.006.095,04
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.459.127,57	5.894.733,82	5.187.407,27	5.117.715,87
Forderungen aus LL	3.059.294,15	4.015.648,89	3.781.024,02	3.749.323,60
Forderungen an den Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen nach KH-Finanzierungsrecht	1.738.962,78	145.652,04	26.822,84	364.918,01
sonstige Vermögensgegenstände	99.062,91	138.623,16	41.893,54	75.951,75
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.561.807,73	1.594.809,73	1.337.666,87	927.522,51
Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
Kassenbestand, Bank	7.357.990,81	8.013.471,46	6.437.497,01	4.786.407,12
Ausgleichsposten nach KHG	3.239.705,38	3.276.008,38	3.293.473,38	3.310.939,38
ARAP	0,00	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	82.120.293,71	81.219.099,00	78.195.910,01	75.195.755,37
Eigenkapital	14.884.735,99	15.014.926,05	15.153.789,17	15.159.654,62
Stammkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapitalrücklagen	12.738.280,76	12.526.507,76	12.314.733,76	12.102.960,76
Gewinnrücklagen	1.577.014,58	2.041.455,23	2.363.418,29	2.614.055,41
Bilanzgewinn/-verlust	544.440,65	421.963,06	450.637,12	417.638,45
Sonderposten	56.554.005,00	53.882.820,00	51.716.074,00	49.500.997,00
Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	54.259.495,00	51.705.597,00	49.538.202,00	47.334.241,00
Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	2.292.128,00	2.176.717,00	2.177.718,00	2.166.706,00
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	2.382,00	506,00	154,00	50,00
Rückstellungen	4.384.952,19	4.583.578,91	4.075.982,37	3.823.822,59
Verbindlichkeiten	6.071.600,54	7.529.440,72	7.058.397,82	6.536.281,18
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.170.000,00	1.984.541,25	1.921.849,86	1.857.746,61
dav. langfristige Kredite über ein Jahr	1.146.241,25	1.921.849,86	1.921.849,86	1.857.746,61
dav. kurzfristige Kredite bis zu einem Jahr	23.758,75	62.691,39	0,00	0,00
Verbindlichkeiten LL, sonst. Verbindlichkeiten	1.615.917,64	1.775.922,55	1.936.604,52	1.653.465,72
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	58.400,16	58.400,16	53.466,47	24.442,27
Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	112.299,56	130.522,03	123.069,23	143.527,71
Verbindlichkeiten nach KH-Finanzierungsrecht	3.109.284,13	3.580.054,73	3.023.407,74	2.857.098,87
dav. Restlaufzeiten über ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00
dav. mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	3.109.284,13	3.580.054,73	3.023.407,74	2.857.098,87
Verbindlichkeiten a. son. Zuwendg. z. Finanzg. AV	5.699,05	0,00	0,00	0,00
Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.699,05	0,00	0,00	0,00
Restlaufzeit über ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00
PRAP	224.999,99	208.333,32	191.666,65	174.999,98

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Beteiligungsübersicht

Bergstraße 2a
04821 Brandis

Tel. 034292 /41730
Fax 034292 / 417 59
Email info@altenpflegeheim-brandis.de
Internet

Gründungsdatum 01.10.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 04.05.2006

Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und –betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
- (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege

i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich
-----------------	---------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Aufsichtsrat	
	Klaus-Jürgen Linke (bis 28.02.2012)
	Dr. Roswitha Brunzlaff
	Fritz-Dieter Mittenzwei
	Gottfried Schröpfer
	Matthias Schmiedel
	Dr. Thomas Voigt (ab 29.02.2012)

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	WRG Audit
-----------------	-----------

Mitarbeiter	164,00
-------------	--------

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt zwei Objekte am Standort Brandis. Das erste Objekt - Haus 1 - mit 72 Plätzen existiert seit 1998 und wurde ursprünglich mit 80 % öffentlichen Fördermitteln finanziert. Das zweite Objekt - Haus 2 - mit 30 Plätzen wurde 2001 eröffnet und wurde frei finanziert. Durch die Muttergesellschaft erfolgte 2009/2010 der Umbau und die Sanierung eines Gebäudes am Krankenhausstandort Wurzen zur Nutzung als Altenpflegeheim mit 38 Pflegeplätzen. Die Altenheimgesellschaft fungiert mit Fertigstellung zum 30. August 2010 als Betreiber.

Zum 1. Juli 2008 wurde an die Altenheimgesellschaft ein medizinisches Versorgungszentrum (Gynäkologie und Allgemeinmedizin) mit Sitz in Colditz angegliedert. Zum 1. Oktober 2010 erfolgte die Angliederung der medizinischen Versorgungszentren Grimma und Wurzen an die Altenheimgesellschaft.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,

der seit dem Jahr 2007 als Geschäftsgrundlage aufgestellt wird.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Vergleichsdaten letzten Jahre 2008 bis 2012.

Kennzahlen zur Ertragslage		2012	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlöse	TEUR	6.034	5.577	3.952	3.317	2.961
Umsatzrentabilität	%	4,2	4,9	6,8	12,0	12,0
Personalaufwand	TEUR	3.902	3.484	2.648	2.200	1.883
Personalaufwandsquote	%	64,7	62,5	67,0	66,3	63,6
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	124,1	121,7	74,04	74,04	67,55
durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	31	29	36	30	28
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	49	46	53	45	44
Materialaufwand	TEUR	1.146	1.128	773	594	601
Materialaufwandsquote	%	19,0	20,2	19,6	17,9	20,3

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.034	97,0	5.577	96,4
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	39	0,6	47	0,8
Sonstige betriebliche Erträge	145	2,4	163	2,8
Betriebliche Erträge	6.218	100,0	5.787	100,0
Personalaufwand	3.902	62,8	3.484	60,2
Materialaufwand	1.146	18,4	1.128	19,5
Planmäßige Abschreibungen auf eigenmittelfinanziertes Anlagevermögen	402	6,4	397	6,9
Instandhaltung	81	1,3	94	1,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	346	5,6	320	5,5
Betriebliche Aufwendungen	5.877	94,5	5.423	93,7
Betriebsergebnis	341	5,5	364	6,3
Finanzergebnis	-79	-1,3	-86	-1,5
Jahresergebnis	262	4,2	278	4,9

Die betrieblichen Erträge enthalten Umsatzerlöse in Höhe TEUR 6.034, Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (TEUR 39) und sonstige betriebliche Erträge (TEUR 145). Die Höhe der Umsatzerlöse ist weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, abhängig. Die Auslastung der Pflegeplätze betrug bezogen auf alle Pflegestufen 98,2 Prozent.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen der Agentur für Arbeit sowie Erstattungen des Personals und Dritter.

Die Personalaufwendungen für 124,1 Vollkräfte betrugen im Geschäftsjahr 2012 TEUR 3.902.

In den Materialaufwendungen in Höhe von TEUR 1.146 sind Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 260), Aufwendungen für Zusatzleistungen (TEUR 73), Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (TEUR 190) sowie Wirtschafts- und Verwaltungsaufwendungen (TEUR 622) enthalten.

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt TEUR 97 gebildet. Sie betreffen mit TEUR 69 Personalverpflichtungen und mit TEUR 28 übrige Posten. Diese beinhalten insbesondere Rückstellungen für Instandhaltung, Rechts- und Beratungskosten und Aufbewahrungspflichten.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 102 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 504.

In den Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von TEUR 81 sind hauptsächlich Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und der Betriebsausstattung sowie Wartungsaufwendungen für technische Anlagen enthalten.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -79 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 80.

3. Vermögenslage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	6.407	94,3	6.688	94,3
Umlaufvermögen	391	5,7	404	5,7
BETRIEBSVERMÖGEN	6.798	100,0	7.092	100,0
Eigenkapital	1.990	29,3	1.728	24,4
Sonderposten	2.510	36,9	2.612	36,8
Rückstellungen	97	1,4	108	1,5
Verbindlichkeiten	2.201	32,4	2.644	37,3
BETRIEBSKAPITAL	6.798	100,0	7.092	100,0

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 6.798 betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 94,3 %, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 5,2 % und liquide Mittel mit 0,5 %. Die Finanzierung erfolgt mit 66,2 % durch Eigenkapital (einschließlich Sonderposten), mit 24,7 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 9,1 % mit kurzfristigen Fremdmitteln. Wesentliche Investitionen betreffen die Ausstattung des Hauses 1 in Brandis mit Pflegebetten, die Anschaffung eines Sonographiegerätes für das MVZ am Standort Colditz sowie Ausstattungen für die Küche. Die Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus Kreditverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.186, einer Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 847 und aus weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 168.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage hebt die Geschäftsleitung die gesunden Finanzierungsstrukturen und die Sicherstellung der Kapitalbedarfsdeckung und Liquidität im gesamten Geschäftsjahr hervor.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Heimbereich für das Jahr 2012 erzielten Ergebnisse lagen im Rahmen der Erwartungen und waren die Grundlage für eine weitere, stabile wirtschaftliche Entwicklung.

Dem Risiko im Bereich der Altenpflege durch den favorisierten Ansatz „Ambulant vor Stationär“ konnte seit dem Berichtsjahr 2007 entgegengesteuert werden. Entsprechend den Erfahrungen aus dem ambulanten Sektor ist sich die Altenheimgesellschaft bewusst, dass der Aufbau eines ambulanten Dienstes auch mit Risiken verbunden ist. Nachdem der „Ambulante Pflegedienst Bergstraße“ kostendeckend arbeitete, wurde der Ausbau eines zweiten ambulanten Dienstes am Standort Wurzen fortgesetzt.

Im Juli 2008 wurde ein medizinisches Versorgungszentrum (Gynäkologie und Allgemeinmedizin) mit Standort in Colditz der Altenheimgesellschaft angegliedert. Das Ergebnis in diesem Bereich ist kostendeckend. Im Oktober 2010 wurden die medizinischen Versorgungszentren Grimma (Gynäkologie und zwei Allgemeinmedizinische Praxen) und Wurzen (Chirurgie und Allgemeinmedizin) an die Altenheimgesellschaft angegliedert. Die Maßnahme dient der Straffung der Organisationsstruktur.

Im Jahr 2011 erfolgte am Standort Wurzen eine Erweiterung um eine Allgemeinärztliche Praxis und eine Kinderarztpraxis.

Nach Fertigstellung eines Gebäudes durch die Muttergesellschaft erfolgte der Umzug der medizinischen Versorgungszentren am Standort Wurzen in dieses Gebäude.

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH führt sehr verantwortungsbewusst die Versorgung Demenzkranker fort. In dem mittlerweile verabschiedeten Pflegeweiterentwicklungsgesetz (PfWG) wird dem zumindest im kleinen Rahmen Rechnung getragen. So sieht das Gesetz vor, dass es für jeweils 25 Demenzkranke speziell geschulte Betreuungskräfte zusätzlich zum bereits vorhandenen Personal geben soll, sofern die Einrichtung hierfür explizite Betreuungsangebote bereithält. Diese hält das Altenpflegeheim bereits seit einigen Jahren vor und engagiert sich auf dem Gebiet der Betreuung Demenzkranker über den Standort Brandis hinaus. So ist die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH Mitglied in der DED- Deutsche Expertengruppe Dementenbetreuung e.V.- und beteiligte sich aktiv an dem vom BMFSFJ geförderten Forschungsprojekt: Heidelberger Instrument zur Erfassung von Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.D.E.).

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland ist für eine positive Leistungsentwicklung der

Altenheimgesellschaft gesorgt. Eine Auswirkung der Wirtschaftskrise in Europa auf den Altenpflegebereich ist somit nicht zu erwarten.
Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.
Für die nächsten zwei Jahre wird von einer positiven Ergebnisentwicklung ausgegangen. Im Übrigen haben sich auch nach Ablauf des Geschäftsjahres Besonderheiten nicht ergeben.

IV. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

		Plan 2 0 1 2	Ist 2 0 1 2	Ist 2 0 1 1
<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>				
Arbeitsproduktivität		1,56	1,55	1,60
Effektivverschuldung	TEUR	1.792	1.809	2.240
Eigenkapitalquote ¹	%	27,93	29,39	24,36
Eigenkapitalrendite	%	11,39	13,30	16,12
Fremdkapitalquote	%	72,07	70,61	75,64
Gesamtkapitalrendite	%	2,10	2,74	2,71
Investitionsdeckung	%	378,64	247,32	158,81
kurzfristige Liquidität	%	83,83	63,81	54,59
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	61,41	49,46	45,71
Vermögensstruktur	%	91,11	94,23	94,30

¹ hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 wurde am 30. November 2011 durch den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH beschlossen und durch die Gesellschafterversammlung bestätigt.

V. Organe der Gesellschaft

1. Geschäftsführung

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war in 2012 ganzjährig Herr Dr. oec. Andreas Ehrlich. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

2. Angaben zum Aufsichtsrat

Der Kreistag hat in seiner 19. Sitzung mit Beschluss 2012/029 vom 12. März 2012 folgende Mitglieder für den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH bestellt:

<u>Name</u>	<u>Berufliche Tätigkeit</u>	<u>Wohnort</u>
Herr Dr. Thomas Voigt (ab 13.06.2012)	Beigeordneter, Vorsitzender	Borna
Frau Dr. Roswitha Brunzlaff	freiberufliche Dozentin	Belgershain
Herr Fritz-Dieter Mittenzwei	CNC-Dreher	Wurzen OT Nemt
Herr Gottfried Schröpfer	Gastronom, selbstständig	Zschadraß
Herr Matthias Schmiedel	Bürgermeister	Zschadraß
Herr Klaus-Jürgen Linke (bis 13.06.2012)	Beigeordneter	Grimma

VI. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen.

Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Brandis, 1. März 2013

Dr. oec. Andreas Ehrlich
Geschäftsführer

Jörg Christian Langner
Geschäftsführer

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	78,40	83,21	88,76	0,00
Arbeitsproduktivität	149,24	160,09	154,62	156,29
Effektivverschuldung	2.596.445,01	2.243.300,14	1.813.737,15	0,00
Eigenkapitalquote	57,47	61,19	66,20	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	6,48	6,42	5,82	0,00
Fremdkapitalquote	42,53	38,81	33,80	0,00
Gesamtkapitalrendite	5,04	5,15	5,03	0,00
Investitionsdeckung	89,74	158,81	226,18	100,00
Kurzfristige Liquidität	21,14	28,26	38,13	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	32.394,48	35.521,92	36.793,04	0,00
Vermögensstruktur	94,88	94,30	94,24	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	3.952.126,60	5.576.941,23	6.034.058,38	5.833.748,00
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	46.403,50	46.209,00	39.339,00	0,00
sonstige betreibliche Erträge	290.729,11	163.346,35	144.282,50	140.505,00
Gesamtleistung	4.289.259,21	5.786.496,58	6.217.679,88	5.974.253,00
Personalaufwand	2.648.182,71	3.483.556,77	3.902.420,12	3.732.602,00
<i>Löhne und Gehälter</i>	<i>2.231.149,34</i>	<i>2.947.956,53</i>	<i>3.302.371,23</i>	<i>3.116.944,00</i>
<i>soziale Abgaben und Aufwendungen</i>	<i>417.033,37</i>	<i>535.600,24</i>	<i>600.048,89</i>	<i>615.658,00</i>
Materialaufwand	772.655,35	1.127.883,79	1.145.844,10	1.166.843,00
<i>Aufwand Wasser, Energie, Brennstoffe</i>	<i>139.021,10</i>	<i>181.720,87</i>	<i>190.244,26</i>	<i>179.075,00</i>
<i>Lebensmittel</i>	<i>229.299,17</i>	<i>263.179,69</i>	<i>259.483,88</i>	<i>254.578,00</i>
<i>Aufwendungen für Zusatzleistungen</i>	<i>62.511,87</i>	<i>72.727,57</i>	<i>73.003,84</i>	<i>68.042,00</i>
<i>Wirtschaftsbedarf</i>	<i>341.823,21</i>	<i>610.255,66</i>	<i>623.112,12</i>	<i>664.148,00</i>
<i>med. und therapeut. Bedarf</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1.000,00</i>
Steuern, Abgaben, Versicherung	54.465,91	66.479,22	69.301,24	110.084,00
Mieten, Pachten, Leasing	91.053,93	241.342,62	257.287,56	252.038,00
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	101.303,00	101.303,00	101.303,00	101.300,00
Abschreibungen	402.651,16	497.955,15	504.120,07	444.900,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.553,47	94.365,77	80.512,74	67.927,00
sonst. ordentl. und außerordentl. Aufwendungen	20.385,97	12.313,55	20.058,12	5.000,00
Erträge aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinserträge	3.707,61	884,20	870,23	882,00
Zinsaufwendungen	95.133,99	86.903,94	79.891,12	76.291,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	272.187,33	277.882,97	260.418,04	220.750,00
Außerordentliche Erträge	550,00	650,00	1.600,00	1.315,00
weitere Erträge	-2.975,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	269.762,33	278.532,97	262.018,04	222.065,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	7.251.335,29	7.243.037,77	7.092.287,88	6.798.317,71
Anlagevermögen	6.826.516,91	6.872.528,91	6.688.131,91	6.406.896,91
Vorräte	3.258,81	3.010,10	3.222,20	4.679,25
Forderungen	128.240,59	266.702,32	315.413,43	341.630,37
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	39,88	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	111.606,61	4.216,84	1.869,07	9.842,61
Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
Kassenbestand, Bank	181.712,37	96.539,72	83.651,27	35.268,57
ARAP	0,00	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	7.251.335,29	7.243.037,77	7.092.287,88	6.798.317,71
Eigenkapital	1.179.598,67	1.449.361,00	1.727.893,97	1.989.912,01
Stammkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapitalrücklagen	755.232,76	1.154.598,67	1.424.361,00	1.702.893,97
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	399.365,91	269.762,33	278.532,97	262.018,04
Sonderposten mit Rücklageanteil	2.814.426,00	2.713.123,00	2.611.820,00	2.510.517,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	2.814.426,00	2.713.123,00	2.611.820,00	2.510.517,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	107.285,00	116.610,00	108.340,00	97.410,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	178.810,36	76.195,36	0,00	0,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	1.396.026,25	1.225.403,63	1.225.403,63	1.186.243,30
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.505.376,20	1.571.927,80	1.317.947,51	901.651,05
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	69.812,81	90.416,98	100.882,77	112.584,35
PRAP	0,00	0,00	0,00	0,00

Servicegesellschaft Muldental mbH

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930
Fax 03425 / 93 23 99
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet

Gründungsdatum 05.12.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.12.2006

Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich
-----------------	---------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	WRG Audit
Mitarbeiter	81,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Servicegesellschaft Muldental mbH (nachfolgend SGM genannt) wurde zum 01.02.2007 gegründet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 17.01.2007.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft (vormals: Kliniken des Muldentalkreises gGmbH), Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

1.1 Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste sowie Sterilgutversorgung vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

Seit dem 01.02.2007 erbringt die SGM Dienstleistungen in den Bereichen Gebäude- und Unterhaltsreinigung sowie Catering. Im Geschäftsjahr 2008 erfolgte eine Erweiterung der Geschäftstätigkeit um zwei Wirtschaftsbereiche. Demnach erbringt die SGM seit dem 01.05.2008 im Krankenhaus Wurzen Dienstleistungen im Bereich Sicherheits- und Empfangsdienste, Rezeption und Archiv. Seit 01.01.2009 werden diese auch für das Krankenhaus Grimma erbracht. Zudem übernimmt die SGM seit dem 01.08.2008 die Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial. Im Geschäftsjahr erfolgte die Leistungserbringung überwiegend für die Muttergesellschaft; im Bereich der Sterilgutversorgung auch für niedergelassene Ärzte. Seit dem 01.10.2010 erfolgte im Reinigungsbereich eine Erweiterung für den Hol- und Bringdienst.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2012 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht und
- Liquiditätsplan.

2. Ertragslage

	2012		2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Betriebliche Erträge	2.738	100,0	2.604	100,0
Materialaufwand	882	32,2	856	32,9
Personalaufwand	1.291	47,2	1.226	47,0
Sonstige betrieblichen Aufwendungen	559	20,4	518	19,9
Betriebliche Aufwendungen	2.732	99,8	2.600	99,8
Betriebsergebnis	6	0,2	4	0,2
Finanzergebnis	1	0,0	1	0,0
sonstige Steuern	3	0,1	1	0,0
Jahresergebnis	4	0,1	4	0,2

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht. Die Preise für die Durchführung der Sterilisationsleistungen sind in Verträgen fest vereinbart und wurden zum 01.07.2012 angepasst.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 2.717 (Vj.: TEUR 2.585) setzen sich wie folgt zusammen:

	2012		2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.169	43,0	1.144	44,3
Umsatzerlöse aus Reinigung	783	28,8	742	28,7
Umsatzerlöse aus Sterilisation	552	20,3	515	19,9
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdiensten	213	7,9	184	7,1
	2.717	100,0	2.585	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 21, Vj.: TEUR 19) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit (TEUR 12, Vj.: TEUR 11) und Erstattungen der U2-Umlage (TEUR 1, Vj.: TEUR 2).

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2012 (TEUR 882, Vj.: TEUR 856) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 498, Vj.: TEUR 484) und auf Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 360, Vj.: TEUR 351).

Die Leistungen für die Betreuung Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit für die SGM werden seit dem 01.09.2009 von der Dienstleistungsgesellschaft DGT mbH erbracht (TEUR 4, Vj.: TEUR 4).

Der Materialaufwand für Lebensmittel wurde grundsätzlich vertraglich festgelegt. Abweichungen zu den vertraglichen Zielgrößen können durch abweichende IST-Beköstigungstage auftreten. Mehr- und Sonderleistungen auf Anforderung werden ebenfalls gesondert in Rechnung gestellt.

Die Höhe der Aufwendungen für bezogene Sterilisationsleistungen ist ebenfalls vertraglich geregelt. Bei Nichteinhaltung der vertraglich festgelegten Sterilisationseinheiten erfolgt eine Nachberechnung bzw. Rückvergütung.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.291 (Vj.: TEUR 1.226). Davon entfielen TEUR 1.081 auf Löhne und Gehälter sowie TEUR 209 auf Sozialabgaben. Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wurden nicht gezahlt.

Die Höhe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2012 TEUR 559 (Vj.: TEUR 518). Darin enthalten sind die Managementgebühren für den Reinigungsbereich (TEUR 314, Vj.: TEUR 292), für den Sicherheits- und Empfangsdienst (TEUR 17, Vj.: TEUR 17), Geschäftsbesorgungskosten (TEUR 30, Vj.: TEUR 29) sowie Mietaufwendungen (TEUR 104, Vj.: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Das Finanzergebnis des Geschäftsjahres ergibt sich aus den Zinserträgen in Höhe von TEUR 1 (Vj.: TEUR 1).

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2012		2011		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
Betriebsvermögen	277	100,0	248	100,0	29	11,7
Eigenkapital	46	16,6	42	16,9	4	9,5
Rückstellungen	21	7,6	15	6,1	6	40,0
Verbindlichkeiten	210	75,8	191	77,0	19	9,9
Betriebskapital	277	100	248	100	29	11,7

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Das Umlaufvermögen betrifft zum einen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 53,4 % (Vj.: 51,2 %) und zum anderen Guthaben bei Kreditinstituten mit 46,6 % (Vj.: 48,8 %).

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 129 (Vj.: TEUR 121) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 210 (Vj.: TEUR 191) setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 115 (Vj.: TEUR 96), aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 26 (Vj.: TEUR 20) und aus sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 70 (Vj.: TEUR 75) zusammen.

1.1.1 Im Geschäftsjahr 2012 wurden Steuerrückstellungen in Höhe von TEUR 1 (Vj.: TEUR 2), Rückstellungen für Urlaubsansprüche TEUR 10 (Vj.: TEUR 5), für Prüfungs- und Beratungskosten TEUR 8 (Vj.: TEUR 6), für Jubiläen TEUR 1 (Vj.: TEUR 1) und für Personalkosten bzw. Einmalzahlung TEUR 1 (Vj.: TEUR 1) in Höhe von insgesamt TEUR 21 (Vj.: TEUR 15) gebildet.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Kostenstruktur der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden. Gemäß den vertraglichen Regelungen werden Preis- und Lohnerhöhungen an die Muttergesellschaft weitergegeben. Die künftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird daher von der Lage der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft abhängen.

Seit Anfang des Jahres 2009 führt die SGM Sterilisationsleistungen für Dritte, vorwiegend für niedergelassene Ärzte durch. Die Verträge wurden weitgehend von der Muttergesellschaft übernommen, welche bis dahin die Leistungen erbracht hatte.

Zukünftig ist eher von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Auch für die Sterilisationsleistungen für niedergelassene Ärzte gibt es Preisanpassungen zum 01.07.2012. Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

Für die nächsten Jahre ist geplant, weitere Steigerungen der Umsatzerlöse zu erzielen und ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften.

IV. Sonstige Angaben

1. Geschäftsführung im Kalenderjahr 2012

Zum Geschäftsführer war Herr Dr. oec. Andreas Ehrlich bestellt. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB Gebrauch gemacht.

2. Sonstiges

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offen gelegt.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 29. Januar 2013

Dr. oec. Andreas Ehrlich
- Geschäftsführer -

Jörg Christian Langner
- Geschäftsführer -

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	0,00	0,00	0,00	0,00
Arbeitsproduktivität	217,81	212,36	212,12	215,53
Effektivverschuldung	-57.953,11	-57.337,93	-67.696,17	0,00
Eigenkapitalquote	15,57	16,93	16,65	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	7,30	8,44	9,17	0,00
Fremdkapitalquote	84,43	83,07	83,35	0,00
Gesamtkapitalrendite	1,14	1,43	1,53	0,00
Investitionsdeckung	0,00	0,00	0,00	0,00
Kurzfristige Liquidität	127,96	130,06	132,23	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	30.534,49	32.546,18	33.799,87	0,00
Vermögensstruktur	0,00	0,00	0,00	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	2.503.828,58	2.603.694,59	2.737.789,59	2.607.900,00
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	35.244,83	0,00	0,00	0,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>35.244,83</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Gesamtleistung	2.539.073,41	2.603.694,59	2.737.789,59	2.607.900,00
Materialaufwand	901.831,69	856.169,17	882.303,26	891.000,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>509.537,19</i>	<i>501.076,44</i>	<i>518.414,40</i>	<i>526.000,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>392.294,50</i>	<i>355.092,73</i>	<i>363.888,86</i>	<i>365.000,00</i>
Personalaufwand	1.149.538,00	1.226.094,58	1.290.684,50	1.210.000,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	482.826,72	517.548,24	558.879,30	499.900,00
Zinserträge	1.271,15	998,17	910,95	1.000,00
Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	250,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	6.148,15	4.880,77	6.833,48	7.750,00
Außerordentliches Ergebnis	-250,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	0,00	1.335,52	0,00	2.950,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	2.844,27	0,00	2.590,67	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3.053,88	3.545,25	4.242,81	4.800,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	290.704,71	265.210,43	248.086,21	277.768,35
<i>Anlagevermögen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Vorräte</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>112.299,56</i>	<i>130.482,15</i>	<i>123.069,23</i>	<i>143.527,71</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>3.228,33</i>	<i>5.774,95</i>	<i>4.225,35</i>	<i>4.750,53</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>175.176,82</i>	<i>128.953,33</i>	<i>120.791,63</i>	<i>129.490,11</i>
<i>ARAP</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
PASSIVA	290.704,71	268.588,63	248.086,21	277.768,35
<i>Eigenkapital</i>	<i>35.404,23</i>	<i>41.831,31</i>	<i>42.003,36</i>	<i>46.246,17</i>
<i>Stammkapital</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>
<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>7.031,03</i>	<i>13.777,43</i>	<i>13.458,11</i>	<i>0,00</i>
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>17.003,36</i>
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	<i>3.373,20</i>	<i>3.053,88</i>	<i>3.545,25</i>	<i>4.242,81</i>
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Rückstellungen</i>	<i>25.764,00</i>	<i>19.500,00</i>	<i>15.334,57</i>	<i>21.450,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>56.431,53</i>	<i>22.881,93</i>	<i>19.719,36</i>	<i>25.871,46</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>173.104,95</i>	<i>184.375,39</i>	<i>171.028,92</i>	<i>184.200,72</i>
<i>PRAP</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>

WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.

Beteiligungsübersicht

Staufenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 2413711
Fax
Email
Internet

Gründungsdatum 10.06.1997

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.06.1997

Handelsregistereintrag am 02.09.2005 unter HRB 13821

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		30.750,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	30.750,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Benno Fromeyer (Liquidator)
-----------------	-----------------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Aufsichtsrat	
	Manfred Heinz
	Rainer Wünsche
	Maik Kunze
	Simone Luedtke
	Matthias Berger

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	ECOVIS Wirtschaftsprüfung
Mitarbeiter	0,00

Lagebericht 2012

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen. Bei Redaktionsschluss lag kein geprüfter und testierter Jahresabschluss zum 31.12.2012 vor.

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)
Anlagendeckung	2.234,09	10.770.866,00
Arbeitsproduktivität	191,17	46,13
Effektivverschuldung	-555.059,21	-385.660,51
Eigenkapitalquote	32,32	18,74
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,66
Eigenkapitalrendite	82,55	-151,72
Fremdkapitalquote	67,68	81,26
Gesamtkapitalrendite	27,90	-27,90
Investitionsdeckung	-22,56	-85,33
Kurzfristige Liquidität	304,26	304,07
Pro-Kopf-Umsatz	76.490,39	0,00
Vermögensstruktur	1,45	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	535.432,74	65.486,29	0,00
Bestandsänderung	-48.930,00	0,00	0,00
Aktiviert Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	167.580,49	46.038,19	0,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>167.580,49</i>	<i>46.038,19</i>	<i>0,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Gesamtleistung	654.083,23	111.524,48	0,00
Materialaufwand	65.495,43	64.573,45	2.000,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>2.000,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>65.495,43</i>	<i>64.573,45</i>	<i>0,00</i>
Personalaufwand	280.080,44	141.955,57	5.300,00
Abschreibungen	14.096,89	5.587,14	0,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	125.259,69	165.545,87	31.200,00
Zinserträge	11.224,97	9.357,76	2.100,00
Zinsaufwendungen	10.247,61	3.093,93	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	170.128,14	-259.873,72	-36.400,00
Außerordentliches Ergebnis	212.945,76	75.000,00	0,00
Steuern	363,87	16.232,67	22.000,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	158.881,75	-37.685,84	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	223.828,28	-163.420,55	-58.400,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)
AKTIVA	887.198,85	838.930,13	574.647,43
Anlagevermögen	88.711,00	12.136,00	1,00
Vorräte	48.930,00	0,00	0,00
Forderungen	1.943,94	19.931,81	9.694,00
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	37.924,95	6.089,27	3.173,40
Wertpapiere	0,00	296.283,57	298.610,42
Kassenbestand, Bank	706.621,48	503.045,48	263.168,61
ARAP	3.067,48	1.444,00	0,00
PASSIVA	887.198,85	838.930,13	574.647,43
Eigenkapital	47.300,93	271.129,21	107.708,66
Stammkapital	30.750,00	30.750,00	30.750,00
Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	10.909,19	16.550,93	240.379,21
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.641,74	223.828,28	-163.420,55
Sonderposten mit Rücklageanteil	63.795,00	0,00	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	63.795,00	0,00	0,00
Rückstellungen	151.812,00	296.066,00	277.952,85
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	0,00	0,00	0,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	0,00
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	624.290,92	271.734,92	188.985,92
PRAP	0,00	0,00	0,00

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Schwarzer Weg 4
04420 Markranstädt

Tel. 034205 / 4114-0
Fax 034205 / 4114 - 40
Email jens.adam@kell-gmbh.de
Internet http://www.kell-gmbh.de

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.10.2009

Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	331.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst die dem Landkreis als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien sein, soweit die Gesellschaft überwiegend die dem Gesellschafter als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Jens Adam
-----------------	-----------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Avalprovision	7.143,00

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	0,00
Landkreis an das Unternehmen	2.381.000,00

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Beirat	
	Dr. Nicolaus Legutke
	Joachim Schruth
	Hans-Edgar Kirsch
	Jürgen Kretschel
	Peter Georgi
	Klaus Sommer
	Frank Feldmann

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	CONNEX.MKP Audit
Mitarbeiter	80,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2012 war in der Entsorgungswirtschaft vom neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie der Diskussion über ein Wertstoffgesetz geprägt. Sinkende Wertstoffpreise gestalteten das Wirtschaftsjahr in der Branche schwieriger als das Vorjahr.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sind im Berichtsjahr um 11,3% auf 7,6 Mio. EUR gestiegen. Wesentliche Ursache für den Umsatzzuwachs ist die Ausweitung des Kommunalvertrages auf alle hoheitlichen Entsorgungsleistungen im Landkreis Leipzig.

Umstellungen im Abrechnungssystem mit dem Landkreis sowie deutlich schlechtere Verkaufserlöse für das erfasste Altpapier wirkten der Abbildung des Auftragszuwachses im Umsatz entgegen. Die Auftragsentwicklung wird durch die Steigerung um 54,4% im Nettoertrag deutlich besser abgebildet.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis liegt deutlich über unseren Erwartungen. Der Jahresüberschuss beträgt 358 Tsd. EUR. Der über dem Planansatz liegende Gewinnanteil resultiert im Wesentlichen aus Einmaleffekten, welche sich einerseits aus der operativen Steuerung der Vertragsumstellung und andererseits aus dem budgetierten, jedoch nicht realisierten Buchverlust aus der Veräußerung des Verwaltungsgebäudes Markranstädt ergeben haben.

4. produktiver Geschäftsbetrieb

Durch die weitgehende Beschränkung auf den Kommunalvertrag ist der produktive Geschäftsbetrieb in der Regel gut planbar. Dies trifft jedoch nicht auf das Berichtsjahr zu. Mit der Umstellung des Kommunalvertrages und der damit verbundenen Erhöhung des Leistungsumfanges musste das operative Geschäft insbesondere im 1. Halbjahr mehrfach an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden.

Neben den dadurch erzielten positiven Effekten schlagen gesamtwirtschaftliche Preisentwicklungen auf die Kostenstruktur der Gesellschaft durch. Dies betraf im Geschäftsjahr erneut die Wertstoffpreise sowie die Preise für Mineralölerzeugnisse. So sanken die Verkaufserlöse für Papier um 0,5 Mio EUR. Die Preise für Treibstoffe stiegen um 5%.

Durch die Erweiterung des Auftragsumfanges sind die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. EUR auf 2,6 Mio EUR gestiegen. Die sonstigen Kosten erhöhten sich (ohne Berücksichtigung der Treibstoffkosten) moderat um 27% zum Vorjahr. Mit dieser im Vergleich zum erweiterten Auftragsumfang geringen Steigerungsquote ist die erwartete Effizienzerhöhung auch eingetreten.

5. Beschaffung und Investitionen

Das durch den neuen Kommunalvertrag bedingte Investitionsvolumen ist fast vollständig umgesetzt worden. Offen ist noch die Ertüchtigung eines Wertstoffhofes, bei welchem die abschließende Genehmigung noch immer nicht vorliegt.

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern wurden im Umfang von 128 Tsd. EUR getätigt. Die vorgesehenen Ersatzinvestitionen in 5 Fahrzeuge konnten im Berichtsjahr noch nicht realisiert werden. Das notwendige Vergabeverfahren hat sich bis zum Ende des Jahres hingezogen, so dass die Aufträge erst im Dezember 2012 erteilt werden konnten.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2012 wurden ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert. Für die noch ausstehenden Fahrzeuersatzinvestitionen des Jahres 2012 hat die Gesellschaft ein Zinssicherungsgeschäft für die erforderliche Fremdkapitalaufnahme im Jahr 2013 abgeschlossen.

Die durch den neuen Kommunalvertrag bedingten Investitionen sind im Geschäftsjahr 2012 abgeschlossen wurden. Der durch die bereits im IV. Quartal 2011 aufgenommen Fremdmittel zum 31.12.2011 bestandene Liquiditätsüberhang konnte somit im Geschäftsjahr weitestgehend abgebaut werden. Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall wurde durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig eine Bürgschaft gestellt.

Durch diese Kreditaufnahmen sowie die vereinbarten Bürgschaftsentgelte hat sich die Zinsbelastung im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Innerhalb des Finanzergebnisses konnte diese Mehrbelastung nicht kompensiert werden. Die Zinsbelastung liegt jedoch deutlich unter den Planwerten.

Für die Folgejahre wird wieder eine stärkere Eigenfinanzierung angestrebt.

7. Personal- und Sozialbereich

Wegen des Aufgabenzuwachses wurden bereits im Dezember 2011 neue Mitarbeiter eingestellt. Im Januar 2012 kamen nochmals 12 Mitarbeiter hinzu. Durch die rechtzeitige Schulung und Einweisung der neuen Mitarbeiter konnte die KELL die neuen Aufgaben ohne nennenswerte Probleme übernehmen.

Durch die genehmigungsbedingte spätere Inbetriebnahme von Wertstoffhöfen sowie die unterjährige Optimierung der Abläufe an den Wertstoffhöfen war es nicht notwendig im Berichtsjahr die Mitarbeiterzahl auf die geplante Personalstärke anzuheben.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
Angestellte	15	15
Arbeiter	65	52
Aushilfskräfte	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>80</u>	<u>67</u>

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

Für den Wertstoffhof in Groitzsch wird mit dem Betreiber der Deponie Groitzsch-Wischstauden eine Aktualisierung des Planfeststellungsbeschlusses der Landesdirektion Sachsen angestrebt.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im Jahr 2011 unterzeichnete die Geschäftsführung einen langfristigen Mietvertrag mit der WEV GmbH. Darin verpflichtet sich die WEV für die KELL einen Betriebshof mit Büros und Sozialräumen am Standort Cröbern (Gemeinde Großpösna) zu errichten. Die Bauphase wurde im Berichtsjahr durch die Geschäftsführung der KELL intensiv begleitet.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die durch den neuen Kommunalvertrag bedingte Umbruchphase ist zum Bilanzstichtag weitgehend abgeschlossen. Damit verbunden ist ein deutlicher Rückgang der im Vorjahr erheblich angestiegenen Bilanzsumme. Der noch immer hohe Bestand an Zahlungsmitteln soll über eine vorwiegende Eigenfinanzierung der zukünftigen Behälterinvestitionen, für die eine Fremdkapitalaufnahme aufgrund fehlender Sicherheitenstellung eingeschränkt ist, abgeschmolzen werden.

Trotz der hohen Kreditaufnahme des Vorjahres konnte durch den Abbau von offenen Verbindlichkeiten sowie die laufenden Kredittilgungen der Verschuldungsgrad der Gesellschaft auf 2,7 (Vorjahr 4,1) gesenkt werden. Die Eigenkapitalquote liegt bei 26,9% (Vorjahr 19,6%). Da keine Ausschüttung vorgesehen ist, derzeit nur Ersatzinvestitionen geplant sind und diese zum Teil durch eigene Mittel finanziert werden sollen, ist eine Verschlechterung des Verschuldungsgrades bzw. der Eigenkapitalquote unwahrscheinlich.

2. Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die Gesellschaft aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 605 Tsd. EUR erwirtschaften. Wesentlich beeinflusst wurde dieser einerseits durch die erhöhten Abschreibungsvolumina aus den im Geschäftsjahr 2011 und 2012 getätigten Investitionen sowie andererseits durch den Abbau der zum Vorjahresstichtag bestehenden hohen Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Errichtung bzw. Ertüchtigung der Wertstoffhöfe im Landkreis durch Verwendung der bereits in 2011 aufgenommenen Fremdmittel.

Die im Rahmen des neuen Kommunalvertrages durchgeführten Investitionen führten zu einem Zahlungsmittelfehlbetrag aus dem Investitionsbereich in Höhe von 978 Tsd. EUR. Die planmäßigen Tilgungsleistungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten führten ebenfalls zu einem Zahlungsmittelfehlbetrag aus dem Finanzierungsbereich in Höhe von 716 Tsd. EUR.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2012 der zum Vorjahresbilanzstichtag bestehende Liquiditätsüberschuss um 1.089 Tsd. EUR abgebaut.

Die Gesellschaft weist mit einer kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von 118% (Vorjahr 111%) und einer mittelfristigen Zahlungsfähigkeit von 182% (Vorjahr 147 %) eine stabile Liquiditätslage nach.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wie erwartet stabil. Sie liegt im Geschäftsjahr mit 358 Tsd. EUR sogar über unseren Erwartungen. Mit diesem Ergebnis liegen die wesentlichen Ertragskennziffern über den branchenüblichen Werten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in der den Umsätzen zugrundeliegenden LSP-Kalkulation die erwarteten Aufwendungen des Kalkulationszeitraumes 2012 und 2013 enthalten sind. Darüber wirken umzugsbedingte Kosten sowie die erst ab 2013 fällige Miete für den neuen Betriebsstandort im Geschäftsjahr ergebniserhöhend. Die spätere Inbetriebnahme von Wertstoffhöfen erzeugte über niedrigere Betriebskosten sowie geringere anteilige Jahresabschreibungen einmalig zusätzli-

ches Ergebnis.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Am 01.01.2012 begann der langfristige Vertrag über die kommunale Abfallentsorgung mit dem Landkreis Leipzig. Gemeinsam mit dem Papiervertrag aus dem Jahr 2009 ergibt sich daraus eine langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der beiden Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben keine weitere Akquisition und damit ein Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Die in 2013 vorgesehene Standortverlagerung von Borna zur Zentraldeponie in Cröbern wird für einen weiteren Effizienzgewinn sorgen.

IV. Sonstige Angaben

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Für die in 2013 geplante Fremdkapitalaufnahme zur Finanzierung der Fahrzeugersatzinvestitionen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr ein Zinsicherungsgeschäft abgeschlossen.

Darüber hinaus existieren weiterhin Leasingverträge für Dienstfahrzeuge.

Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2012 nicht beansprucht.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall wurde durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig eine Bürgschaft gestellt.

3. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2012 nicht betrieben.

4. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Borna, den 04.03.2013

Adam
Geschäftsführer

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	98,23	117,35	113,56	0,00
Arbeitsproduktivität	367,13	390,29	299,25	259,47
Effektivverschuldung	1.426.496,03	2.945.212,66	2.284.761,79	0,00
Eigenkapitalquote	31,92	19,64	26,88	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	12,29	9,26	16,69	0,00
Fremdkapitalquote	68,08	80,36	73,12	0,00
Gesamtkapitalrendite	6,76	3,52	7,18	0,00
Investitionsdeckung	100,00	100,00	100,00	100,00
Kurzfristige Liquidität	153,50	177,54	242,02	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	117.936,72	102.361,09	95.408,46	86.338,92
Vermögensstruktur	71,07	59,32	66,17	0,00
Lohnquote	27,24	25,62	33,42	38,54
Verschuldungsgrad	0,08	0,15	0,05	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	6.486.519,34	6.858.193,17	7.632.676,83	7.770.503,00
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	235.191,64	264.136,14	340.563,69	0,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>235.191,64</i>	<i>264.136,14</i>	<i>340.563,69</i>	<i>0,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Gesamtleistung	6.721.710,98	7.122.329,31	7.973.240,52	7.770.503,00
Materialaufwand	3.375.658,63	3.742.606,04	2.895.970,43	1.762.228,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>424.337,15</i>	<i>549.625,77</i>	<i>735.613,29</i>	<i>1.762.228,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>2.951.321,48</i>	<i>3.192.980,27</i>	<i>2.160.357,14</i>	<i>0,00</i>
Personalaufwand	1.766.808,03	1.757.216,23	2.550.564,11	2.994.718,00
Abschreibungen	578.739,79	612.617,52	1.096.059,41	951.100,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	580.645,61	551.940,79	699.994,78	1.508.670,00
Zinserträge	2.663,37	6.511,83	7.861,83	0,00
Zinsaufwendungen	144.329,61	155.075,36	214.438,27	270.386,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	278.192,68	309.385,20	524.075,35	283.401,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	-268.055,00
Steuern	33.626,66	68.929,01	12.004,90	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	45.334,65	74.937,45	154.000,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	199.231,37	165.518,74	358.070,45	15.346,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	30.771,67	5.079.437,30	9.096.432,81	7.977.933,85
Anlagevermögen	4.783,70	3.609.902,26	5.396.452,28	5.278.906,01
Vorräte	0,00	39.534,45	34.516,69	31.898,33
Forderungen	0,00	494.449,32	203.881,48	315.514,92
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	217.000,00	316.000,00	567.000,00
Sonstige Vermögensgegenstände	1.515,07	2.662,35	311.394,46	6.222,49
Wertpapiere	0,00	86.523,84	85.776,00	0,00
Kassenbestand, Bank	24.472,90	595.302,11	2.707.138,77	1.703.865,73
ARAP	0,00	34.062,97	41.273,13	74.526,37
Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	30.771,67	5.079.437,30	9.096.432,81	7.977.933,85
Eigenkapital	15.427,51	1.621.258,55	1.786.777,29	2.144.847,74
Stammkapital	25.000,00	331.000,00	331.000,00	331.000,00
Kapitalrücklagen	0,00	1.100.599,67	1.100.599,67	1.100.599,67
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	-9.572,49	189.658,88	355.177,62
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-9.572,49	199.231,37	165.518,74	358.070,45
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	1.250,00	555.682,13	577.912,17	603.983,57
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	0,00	514.771,88	716.187,64	696.264,88
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	0,00	1.924.889,76	4.546.105,44	3.849.840,56
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	14.094,16	416.834,98	1.348.383,42	405.785,86
PRAP	0,00	0,00	1.066,85	3.211,24
Passive latente Steuern	0,00	46.000,00	120.000,00	274.000,00

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0
Fax 0341 / 1 40 77 9-11
Email info@aufbauwerk-leipzig.com
Internet

Gründungsdatum 22.11.1993

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 05.05.1992

Handelsregistereintrag am unter HRB 8541

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Stadt Leipzig	57,0300 %	14.600,00
Landkreis Leipzig	23,4400 %	6.000,00
Landkreis Mittelsachsen	17,5800 %	4.500,00
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	1,9500 %	500,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Zur Unterstützung der Gesellschaft bei der Erreichung ihrer vertragsmäßigen Ziele und zur Beratung der Geschäftsführung, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturentwicklung, soll gemäß § 11 der Satzung ein Beirat gebildet werden.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Silvana Rückert
-----------------	-----------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	Diplom-Ingenieurökonom Jürgen Vogel
Mitarbeiter	16,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2012

Die **Allgemeine Lage** der Gesellschaft ist positiv. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 Projektmittel i. H. v. 40 Mio. € zu akquirieren, davon 12 Mio. € für die Region Sachsen. Dieses Ziel wurde erfüllt. Es wurden bislang über 48 Mio. € eingeworben, davon 15,5 Mio. € für sächsische Einrichtungen.

Dank der intensiven Akquisitionstätigkeit im vergangenen Jahr konnten 2012 fünf weitere neue Projekte (siehe Punkt 3) ihre Arbeit aufnehmen. Die aufgebauten Projektentwicklungskompetenzen führten dazu, dass weiterhin nicht nur Einrichtungen aus der Region Leipzig, sondern auch Auftraggeber aus Grenzregionen und anderen Regionen auf die Leistungen der Gesellschaft zurückgriffen (u. a. Stadt Oberwiesenthal, Stadt Wilthen, Gemeinde Neukirch/Lausitz). Vor allem die Aktivitäten und geschäftlichen Beziehungen im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet im Rahmen des Ziel-3 Programmes wurden im Berichtszeitraum intensiviert.

Darüber hinaus wurden die bereits zuvor begonnenen Projekte fortgeführt. Im Jahr 2012 wurden zwei Projekte abgeschlossen. Alle anderen Vorhaben haben eine Laufzeit bis 2013 bzw. darüber hinaus bis 2014.

Die Entwicklung des Unternehmensumfeldes war 2012 positiv und stabil. Auch wenn wegen des Auslaufens der alten EU-Förderperiode (2007-2013) und des Übergangs zur neuen Förderperiode (2014-2020) mit einer vorübergehenden Modifizierung des Geschäftsumfeldes zu rechnen ist, wurden in 2012 die Weichen für eine auch in der Übergangsphase erfolgreiche Projekt- und Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gestellt. Durch ein konsequentes Ausschreibungsmonitoring und das Bedienen relevanter „Calls“ (Ausschreibungen von EU Förderprogrammen) ist es gelungen, für die Übergangszeit Projekte zu akquirieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Aktivitäten des Aufbauwerks auf stabilen Niveau fortzusetzen. Diese Strategie wird auch in Zukunft konsequent weiter verfolgt.

Alle Projekte, gleich ob in direkter Trägerschaft der Gesellschaft oder im Unterauftrag von Dritten, konnten kostendeckend durchgeführt werden.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von 16.648,41 EUR ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 51.571,55 EUR).

Weiterhin verfolgt die Gesellschaft ein konsequentes Liquiditätsmanagement, was aufgrund von Zahlungsverzögerungen seitens der Auftraggeber und der Vorfinanzierungspflicht in INTERREG- und ESF-Projekten sehr anspruchsvoll ist. Die zeitnahe Abrechnung erbrachter Projektleistungen wurde weiterhin forciert, um Verzögerungen in Auszahlung der Fördermittel zu vermeiden.

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. v. 150 T€ zurückgreifen. Im Jahr 2012 wurde eine Inanspruchnahme i. H. v. 50 T€ erforderlich, die bis Anfang 2013 sukzessiv zurückgeführt werden.

Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter wie in den Vorjahren überwiegend projektbezogen. Zum 31. Dezember 2012 sind 18 Angestellte (inklusive der Geschäftsführerin) tätig. Erweitert und unterstützt wird das Team von Studenten und Praktikanten. Sporadische Anforderungen an spezielle Fachkompetenzen, wie Recht, Wirtschaftsberatung, Netzwerk / Internet oder wissenschaftliche Begleitung werden über Expertenverträge erfüllt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Lage des Unternehmens ist weiterhin stark geprägt von der Gestaltung des operativen Geschäftes in Bezug auf die Abwicklung der Projekte.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich im Geschäftsjahr um 361.719,68 EUR auf 1.317.823,80 EUR. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf den Anstieg der unfertigen Leistungen um 149.338,00 EUR, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 70.912,86 EUR und der sonstigen Vermögensgegenstände um 94.122,49 EUR zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich insbesondere der Zugang der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen um 89.766,49 EUR und die Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um 240.534,11 EUR aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 240.222,57 EUR (Vorjahr: 223.933,99 EUR). Die Eigenkapitalquote sank somit gegenüber dem Vorjahresstichtag um 5,2 Prozentpunkte.

Die Finanzlage ist weiterhin stabil. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2012 ohne Subventionierung durch die Gesellschafter jederzeit gesichert.

3. Darstellung der Projekte

Die Geschäftstätigkeit der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist auf die Entwicklung, Vorbereitung, Begleitung, Durchführung und Dokumentation von Projekten mit EU-Fördergeldern fokussiert. Im Folgenden werden die laufenden und neuen Projekte der Gesellschaft kurz dargestellt.

a) Projekte in eigener Trägerschaft

Aus dem Jahr 2010 und 2011 wurden 11 Projekte fortgeführt, die vorrangig eine Laufzeit über das Jahr 2012 hinaus haben und daher in 2012 keinen Abschluss fanden. Zwei Projekte wurden in 2012 finalisiert und abgeschlossen. Hinzu kam im Berichtsjahr der Start von fünf weiteren Projekten. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH beteiligt sich bei den Projekten selbst als Antragsteller (Leadpartner) oder als Partner. Die Gesellschaft ist somit direkter Zuschussempfänger.

Fortgeführte Projekte (in 2012 abgeschlossen)

- REURIS (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Die Entwicklung von Gewässerlandschaften steht im Mittelpunkt des REURIS - Projekts, an dem neben dem Aufbauwerk auch die Universität Leipzig als Partner beteiligt waren. Von investiven Realisierungsmaßnahmen profitierte das Einzugsgebiet der Vereinigten Mulde. REURIS startete im September 2008 und wurde im August 2012 abgeschlossen.

- TRANSGREDIO (Förderprogramm IdA II: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH war Träger des Projekts, das benachteiligten Jugendlichen aus Mittel- und Nordsachsen die Möglichkeit eines berufsvorbereitenden Praktikums in Polen oder der Tschechischen Republik einräumte. Die Projektlaufzeit startete mit einer Vorbereitungsphase im Mai 2009 und endet im Dezember 2012.

fortgeführte Projekte (über 2012 hinaus laufend):

- CREATIVE CITIES (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Unter Federführung der Stadt Leipzig als Antragstellerin tauschen die Projektpartner ihre Strategien zur Förderung der Kreativwirtschaft aus und entwickeln gemeinsam neue Ansätze. Das Projekt hat eine Laufzeit von Januar 2010 bis Mai 2013.
- EMPOWER (Förderprogramm: Intelligent Energy Europe): Um den Einsatz von Energietechnologien zur Steigerung von Energieeffizienz bzw. zur Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen, setzen die Projektpartner unter Federführung des Aufbauwerks als Antragstellerin gemeinsam Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen um. Die Projektumsetzung begann im Juli 2010 und endet im Juni 2013.
- RESQUE PLUS (Förderprogramm: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): Die erfolgreiche Zusammenarbeit in einem lokalen Netzwerk zur Förderung der Arbeitsmarktkoordination von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen wird fortgeführt. Das Projekt hat eine Laufzeit von Dezember 2010 bis November 2013.
- SECOND CHANCE (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Im Fokus des Projektes steht die Revitalisierung von Industriebrachen durch Kultur und Kunst. Die Partner nahmen die Projektarbeit im Januar 2010 auf und werden bis September 2013 auf der Suche nach Lösungsstrategien zusammenarbeiten.
- SMART+ (Förderprogramm INTERREG IVC): In Subprojekten werden Lösungsansätze zur Stärkung der Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers gesucht, die später in regionale Wirtschaftsförderstrategien einfließen sollen. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH verwaltet die für Sachsen bestimmten Mittel des Mini-Programms, welches zwischen Januar 2010 und Dezember 2013 realisiert wird.
- HEROS (Förderprogramm IdA II: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): In diesem Projekt werden Teilnehmer mit körperlichen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen in enger Abstimmung mit dem Jobcenter Landkreis Nordsachsen durch ein internationales Praktikum nach Italien oder Spanien vermittelt. Durch die Kombination von praktischer Erprobung im Ausland mit einer intensiven Vor- und Nachbetreuung sowie sozialpädagogischen Begleitung werden insgesamt 50 Personen (Projektgesamtziel) an den Arbeitsmarkt herangeführt. Bei dem im Jahr 2011 gestarteten Projekt mit einer Laufzeit bis Juni 2014 ist das Aufbauwerk hauptverantwortlicher Projektpartner.
- VIS NOVA (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): In dem im Mai 2011 gestarteten Projekt ist das Aufbauwerk hauptverantwortlicher Projektpartner. Insgesamt 13 Institutionen aus vier europäischen Mitgliedsstaaten widmen sich der Förderung und Implementierung verschiedener Instrumente zum Thema erneuerbarer Energien. Es widmet sich zudem Aspekten die mit der Erhöhung der Energieeffizienz einhergehen. Die Förderung von Netzwerken sowie dem Wissenstransfer zwischen den Partnerregionen ist ein weiterer Aspekt. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Oktober 2014.
- LOGICAL (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Thema dieses Projektes ist die Entwicklung und Präsentation einer innovativen Informations- und Kommunikationstechnologie für die Logistikwirtschaft, basierend auf dem Cloud Computing Ansatz. Insgesamt 14 Partner aus sechs Mitgliedstaaten haben sich unter der Führung der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH zusammengefunden, um die Interoperabilität multimodaler Logistiknetzwerke zu verbessern. Das Projekt hat ebenfalls eine Laufzeit von Mai 2011 bis Oktober 2014.
- EPOurban (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Das im September 2011 gestartete Projekt will die Einbeziehung privater Eigentümer von Wohngebäuden in den Stadterneuerungsprozess verbessern. Aus diesem Grund suchen die insgesamt neun Projektpartner aus sieben Mitgliedstaaten nach innovativen Ansätzen, um die Entwicklung finanzierbarer alternativer Nutzungsangebote in Kooperation mit Eigentümern zu befördern, den Leerstand zu reduzieren, energetische Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen etc. Das Projekt hat eine Laufzeit bis November 2014.

In 2012 neu gestartete Projekte:

- CYCLE CITIES (Förderprogramm INTERREG IVC): Die Förderung des Radverkehrs im Rahmen nachhaltiger Verkehrskonzepte ist Gegenstand des dreijährigen Projektes. Zwischen Januar 2012 und Dezember 2014 wird in den Partnerländern ein Wissens- und Erfahrungspool aufgebaut und Good-Practice-Beispiele vorbereitet.
- PROGRESS 2wards healthy ageing in Europe (Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und

Innovation – CIP): Die fünf Partnerländer beschäftigen sich zwischen Dezember 2011 und November 2013 mit dem Umgang des demographischen Wandels. Durch die Förderung sportlicher Aktivität und gesundheitsbewusstem Verhalten in der Zielgruppe 45 bis 68 Jähriger, betrieblicher Gesundheitsförderung und der engen Zusammenarbeit mit den Krankenkassen sollen u.a. die Dienstleistungsangebote verbessert werden.

- GrowMobile (Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation – CIP): Die Förderung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien im Tourismusbereich ist oberstes Ziel dieses Projektes, bei dem drei Partnerländer zusammenarbeiten. Zwischen März 2012 und Februar 2014 werden mobile Anwendungen (Apps) zur Stärkung der touristischen Attraktivität der Regionen entwickelt und weitere Destinationsmanagementsysteme entwickelt.
- KTFforce (Förderprogramm INTERREG IVC): In der Konstellation Portugal, Irland, Rumänien, Frankreich, Litauen und Deutschland beschäftigt sich das Projekt mit der Analyse der regionalen Innovationspolitik und entwickelt Strategien der Innovationsförderung, die einen nachhaltigen und effizienten Wissenstransfer befördern. Die Laufzeit des Projektes ist von Januar 2012 bis März 2014.
- ESSENCE (Förderprogramm: INTERREG IVC Mitteleuropa): Dieses Projekt strebt die Förderung des Netzwerk-Managements für KMU durch den Aufbau einer eService-Plattform an. Zwischen Juli 2012 und Dezember 2014 beschäftigen sich die sechs Partnerländer mit diesem Thema.

Ausblick:

Mit Auslaufen der aktuellen Förderperiode (2009-2013) reduzieren sich im Allgemeinen die Ausschreibungsverfahren bzw. Möglichkeiten der Antragstellung der EU-Programme. Im Verlauf des Jahres 2012 wurden daher verstärkt Projekte gestartet, die eine Laufzeit bis 2014 haben. Zusätzlich gelang es, einen Antrag für Pilot projects for the development of sector skills alliances zu entwickeln. Darüber hinaus wurde im Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit ein Andockprojekt für CREATIVE CITIES erfolgreich beantragt und umgesetzt.

b) Werkverträge

Auch die aus dem Jahr 2011 fortgeführten Werkverträge haben eine das Berichtsjahr überschreitende Laufzeit und enden zum Teil erst im Jahr 2014.

fortgeführte Verträge:

- Grundvertrag zur Unterstützung der Europaarbeit der Stadt Leipzig (Auftrag der Stadt Leipzig): Das Aufbauwerk berät Einrichtungen der Stadtverwaltung in europäischen Fragen und hinsichtlich der Nutzung europäischer Fördermittel. Der Auftrag wird jährlich erneuert.
- TROLLEY (Auftrag der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH): Das Projekt befasst sich mit den technischen Möglichkeiten der (Wieder-) Einführung von Oberleitungs-Bussen in Leipzig und weiteren beteiligten Städten Mitteleuropas. Das Vorhaben hat eine Laufzeit von Februar 2010 bis Januar 2013.
- Central Meet Bike (Auftrag des Verkehrs- und Tiefbauamtes der Stadt Leipzig): Innerhalb des Projektes, das die Potenziale des Radverkehrs im Alltag aufzeigt und damit Aspekte des Umweltschutzes und der Lebensqualität in Innenstädten erhöhen möchte, übernimmt das Aufbauwerk zwischen 2011 und 2014 das Finanzmanagement/Abrechnungsverfahren.
- EnercitEE (Auftrag des Hochbauamtes des Stadt Leipzig): Das Projekt beschäftigt sich mit der Energieeffizienz in der kommunalen Verwaltung. Es erarbeitet Konzepte und bietet Trainings für Betriebspersonal zur Energieeinsparung an. Das Projekt hat eine Laufzeit von Juni 2011 bis Mai 2013. Das Aufbauwerk übernimmt hierbei das Finanzmanagement/Reporting.
- Das im Auftrag der BTU Cottbus entwickelte Projekt URBAN CREATIVE POLES (Förderprogramm: INTERREG IVC Ostseeraum) wurde Ende 2010 für eine Förderung ausgewählt und hat die Förderung von Kreativwirtschaft zum Inhalt. Das Aufbauwerk ist Auftragnehmer im Bereich Projekt- und Finanzmanagement und wurde zwischen April 2011 und Dezember 2013 mit der Koordinierung beauftragt.
- STANDORTMARKETING FÜR DIE REGION LEIPZIG (Förderung durch das „Regionalbudget“): Seit 01.11.2011 ist nach erfolgreicher Ausschreibung die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH als ausführende Institution mit der Koordinierung und Moderation der Sitzungen des gebildeten Beirats sowie des Managements der Einzelprojekte (Erstellung von Marketinginstrumenten und Durchführung von Marketingaktionen) beauftragt.

- Zentrum Erzgebirgische Volkskunst (Auftrag der Stadt Annaberg-Buchholz): Gemeinsam mit der Stadt Chomutov, dem Zoopark Chomutov und den Museen von Most und Chomutov wird die Stadt Annaberg-Buchholz eine kunsthistorisch einmalige Sammlung erzgebirgischer Volkskunst grenzüberschreitend präsentieren. Das Projekt nahm im Juli 2009 die Arbeit auf und wurde im Juni 2012 abgeschlossen. Das Aufbauwerk unterstützt die Projektpartner beim Projekt- und Finanzmanagement.

neue Verträge:

- Marketingmaßnahmen – der Partnerstädte Annaberg-Buchholz und Chomutov (Auftrag der Stadt Annaberg-Buchholz): Gemeinsam mit der Stadt Chomutov, dem Zoopark Chomutov und dem Museum Chomutov führt die Stadt Annaberg-Buchholz im Tourismusbereich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einem Andockprojekt zum Zentrum Erzgebirgische Volkskunst fort. Das Projekt nahm im Juli 2012 die Arbeit auf und wird bis Juni 2014 laufen. Das Aufbauwerk unterstützt die Projektpartner beim Projekt- und Finanzmanagement.
- Oberwiesenthal-Ostrov (Auftrag der Stadt Oberwiesenthal): Das Aufbauwerk unterstützt im Projekt- und Finanzmanagement das grenzüberschreitende Tourismus-Projekt. Die Laufzeit ist zwischen März 2012 und Dezember 2014.
- Neukirch-Wilthen-Vilémov (Auftrag der Gemeinde Neukirch/Lausitz): Als Dienstleister für das Projekt- und Finanzmanagement beteiligt sich das Aufbauwerk bei der Optimierung der Zusammenarbeit der Feuerwehren Gemeinde Neukirch, Stadt Wilthen und Obec Vilémov beim grenzübergreifenden Krisenmanagement, insbesondere dem operativen und präventiven Hochwasserschutz.

Ausblick:

Aus der Zusammenarbeit in den grenznahen Städten und Gemeinden im Programmraum von Ziel3 entwickelten sich im Jahr 2012 weitere Kleinprojektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (und bei Antragsbewilligung in die Umsetzung) immer stärker involviert ist.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung

Auch im Jahr 2013 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten ebenso auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Der Großteil der Projekte wird in eigener Trägerschaft realisiert. Nach den aktuellen Wirtschaftsplanungen wird für 2013 mit einer steigenden Gesamtleistung von ca. 128 TEUR gerechnet.

2. Wesentliche Risiken

Die Mittelfristplanung ab 2014 ist risikobehaftet, da aufgrund des Beginns der neuen Förderperiode (2014 bis 2020) aktuell nicht absehbar ist, welche Projekte in welchem Umfang förderfähig sein werden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der ARL jedoch inhärent und konnte durch die Gesellschaft bislang erfolgreich bewältigt werden.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 20 und 25). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragsstätigkeiten in der Regionalentwicklung (Werkverträge) erwirtschaftet.

Das wesentliche Risiko für die Gesellschaft liegt in der oft unentgeltlichen Vorleistung in der Projektentwicklungsphase, die erst nach Bewilligung in einzelnen Förderprogrammen im geringeren Umfang abrechnungsfähig ist. Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar. Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie beispielsweise im Rahmen von INTERREG oder ESF üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

3. Chancen

Aufgrund seiner Eigenschaft als kommunale Agentur mit einem hohen Maß an Erfahrungen verfügt die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH über ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Leistungen der Gesellschaft auch im Jahr 2013 anhalten wird. Darüber hinaus wirkt die Gesellschaft durch Stellungnahmen und Gremienarbeit bei der inhaltlichen Gestaltung der kommenden Förderperiode mit.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

E. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 23. Mai 2013

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	6.838,30	5.030,53	4.531,22	0,00
Arbeitsproduktivität	110,14	25,92	116,31	30,48
Effektivverschuldung	-52.203,83	414.307,10	562.595,75	0,00
Eigenkapitalquote	28,14	23,42	18,23	0,00
Eigenkapitalreichweite	12,53	4,34	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-7,98	-23,03	6,93	0,00
Fremdkapitalquote	71,86	76,58	81,77	0,00
Gesamtkapitalrendite	-2,25	-5,39	1,53	0,00
Investitionsdeckung	50,91	47,27	64,73	100,00
Kurzfristige Liquidität	107,78	34,97	43,57	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	30.505,19	7.373,90	31.851,64	0,00
Vermögensstruktur	0,41	0,47	0,40	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	427.072,61	95.860,64	509.626,30	128.000,00
Bestandsänderung	-6.462,00	484.740,00	149.338,00	779.000,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	90.517,38	26.991,83	43.044,33	20.000,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>90.517,38</i>	<i>26.991,83</i>	<i>43.044,33</i>	<i>20.000,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Gesamtleistung	511.127,99	607.592,47	702.008,63	927.000,00
Materialaufwand	29.718,12	120.678,81	113.277,65	350.000,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>0,00</i>	<i>87,10</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>29.718,12</i>	<i>120.591,71</i>	<i>113.277,65</i>	<i>350.000,00</i>
Personalaufwand	387.744,03	369.860,43	438.169,31	420.000,00
Abschreibungen	2.813,33	1.550,08	2.397,00	3.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	112.607,85	116.817,20	128.062,55	150.000,00
Zinserträge	116,27	4,28	266,86	0,00
Zinsaufwendungen	0,00	70,71	3.548,30	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	-21.639,07	-1.380,48	16.820,68	4.000,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	-50.019,07	0,00	0,00
Steuern	172,00	172,00	0,00	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	-2,84	0,00	172,27	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21.808,23	-51.571,55	16.648,41	4.000,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	631.256,69	971.082,14	956.104,12	1.317.823,80
<i>Anlagevermögen</i>	<i>2.722,50</i>	<i>3.995,50</i>	<i>4.451,50</i>	<i>5.301,50</i>
<i>Vorräte</i>	<i>250.537,00</i>	<i>244.075,00</i>	<i>728.815,00</i>	<i>878.153,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>109.087,50</i>	<i>100.065,40</i>	<i>32.232,16</i>	<i>103.145,02</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>3.893,60</i>	<i>530.258,71</i>	<i>62.369,80</i>	<i>156.492,29</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>264.396,05</i>	<i>92.075,81</i>	<i>127.728,19</i>	<i>173.496,25</i>
<i>ARAP</i>	<i>620,04</i>	<i>611,72</i>	<i>507,47</i>	<i>1.235,74</i>
PASSIVA	631.256,69	971.082,14	956.104,12	1.317.823,80
<i>Eigenkapital</i>	<i>295.032,31</i>	<i>273.224,08</i>	<i>223.933,99</i>	<i>240.222,57</i>
<i>Stammkapital</i>	<i>25.600,00</i>	<i>25.600,00</i>	<i>25.600,00</i>	<i>25.600,00</i>
<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>1.500,00</i>	<i>1.500,00</i>	<i>1.500,00</i>	<i>1.500,00</i>
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	<i>220.708,75</i>	<i>267.932,31</i>	<i>248.405,54</i>	<i>196.474,16</i>
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	<i>47.223,56</i>	<i>-21.808,23</i>	<i>-51.571,55</i>	<i>16.648,41</i>
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Rückstellungen</i>	<i>49.474,00</i>	<i>25.350,25</i>	<i>74.725,00</i>	<i>77.695,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>398,82</i>	<i>50.000,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>286.750,38</i>	<i>670.807,81</i>	<i>636.745,90</i>	<i>946.965,05</i>
<i>PRAP</i>	<i>0,00</i>	<i>1.700,00</i>	<i>20.300,41</i>	<i>2.941,18</i>

Technologie Zentrum Borna GmbH

Beteiligungsübersicht

Roßmarktsche Straße 5
04552 Borna

Tel.
Fax
Email
Internet

Gründungsdatum 27.10.1990

Rechtsform GmbH

Handelsregistereintrag am 13.06.1996 unter HRB 1936

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		230.081,34
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	21,3300 %	49.084,02
Gemeinde Deutzen	16,8900 %	38.858,18
Stadtverwaltung Regis-Breitingen	16,8900 %	38.858,18
Technologie Zentrum Borna GmbH	11,1100 %	25.564,59
Stadtverwaltung Borna	33,7800 %	77.716,37

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Förderung der Entwicklung im Kreis; Schaffung NEG und Ansiedlung von Gewerbegebieten.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Jürgen Linke
-----------------	--------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Mit Beschluss des Amtsgerichtes Leipzig vom 20.10.1997, Az.: 92 N 1140/97, wurde das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Technologiezentrum Borna GmbH (TBZ) eröffnet.

WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Martin- Luther- Ring 4-6
04109 Leipzig

Tel. 0341.123-5848
Fax 0341-123-5825
Email Wennemar.deWeldige@leipzig.de
Internet

Gründungsdatum 30.11.2012

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.10.2012

Handelsregistereintrag am 01.02.2013 unter HRB 29067

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		150.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	15,0000 %	22.500,00
Landkreis Nordsachsen	15,0000 %	22.500,00
IHK Leipzig	19,0000 %	28.500,00
Stadt Leipzig	51,0000 %	76.500,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standort-marketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	21.250,00
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wurde am 30.11.2012 gegründet. Die Anmeldung zum Handelsregister erfolgte am 30.11.2012. Die Gesellschafter haben die gesellschaftsvertraglich vereinbarten Einlagen von insgesamt 150.000 EUR in die Gesellschaft geleistet. Die Gesellschaft wurde am 01.02.2013 in das Handelsregister eingetragen.

Die Gesellschaft erhielt im Jahr 2012 Zahlungen von insgesamt 120 TEUR auf die vorgesehenen Gesellschafterzuschüsse, soweit deren Finanzierung aus den Haushalten der Gesellschafter vorgesehen war. Damit war die Liquidität der Gesellschaft im Jahr 2012 und mindestens für das 1. Halbjahr 2013 gesichert.

Im Ausblick auf das Geschäftsjahr 2013 ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft unter Berücksichtigung der erwarteten Aktivitäten und Gesellschafterzuschüsse stets gegeben.

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2012 (Ist)
Anlagendeckung	0,00
Arbeitsproduktivität	0,00
Effektivverschuldung	-138.491,23
Eigenkapitalquote	47,34
Eigenkapitalreichweite	0,00
Eigenkapitalrendite	-16,24
Fremdkapitalquote	52,66
Gesamtkapitalrendite	-7,69
Investitionsdeckung	0,00
Kurzfristige Liquidität	203,30
Pro-Kopf-Umsatz	0,00
Vermögensstruktur	0,00
Lohnquote	0,00
Verschuldungsgrad	0,05
Debitorenlaufzeit	0,00

GuV

	2012 (Ist)
Umsatz	0,00
Bestandsänderung	0,00
Aktiviert Eigenleistungen	0,00
sonstige betriebliche Erträge	0,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>0,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>0,00</i>
Gesamtleistung	0,00
Materialaufwand	0,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>0,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>0,00</i>
Personalaufwand	0,00
Abschreibungen	0,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.958,77
Zinserträge	0,00
Zinsaufwendungen	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	-20.958,77
Außerordentliches Ergebnis	0,00
Steuern	0,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-20.958,77

Bilanz

	2012 (Ist)
AKTIVA	272.561,18
Anlagevermögen	0,00
Vorräte	0,00
Forderungen	0,00
Forderungen gegen Gesellschafter	22.500,00
Sonstige Vermögensgegenstände	2.155,73
Wertpapiere	0,00
Kassenbestand, Bank	247.905,45
ARAP	0,00
PASSIVA	272.561,18
Eigenkapital	129.041,23
Stammkapital	150.000,00
Kapitalrücklagen	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-20.958,77
Gewinnrücklagen	0,00
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00
Rückstellungen	9.450,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig	0,00
Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	120.416,67
Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten	13.653,28
PRAP	0,00

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

Industriestraße 4
04603 Windischleuba

Tel. 03447 8503
Fax 03447 850444
Email info@thuesac.de
Internet <http://www.thuesac.de>

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 17.01.1992

Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Altenburger Land	52,0000 %	135.200,00
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00
Landkreis Leipzig	5,0000 %	13.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Stephan Bog
-----------------	-------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.582.162,79
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Beirat	
	Reinhard Pohl
	Eberhard Kupfer
	Maik Kunze
	Dr. Nicolaus Legutke
	Dr. Thomas Voigt
	Martina Stenker

Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	3,0000 %	1.533,87
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,0200 %	750,00

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	BDO Deutsche Warentreuhand AG
Mitarbeiter	210,00

Lagebericht 2012

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis 31. Dezember 2020) und Landkreis Leipzig (Verkehrsfinanzierungsvertrag, gültig bis zum 31. Dezember 2013). Unter schwieriger werdenden Bedingungen ist es uns im Geschäftsjahr 2012 abermals gelungen, ein weitgehendes stabiles Leistungsangebot anzubieten und somit das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beizubehalten. Trotz intensiver Anstrengungen zur Verringerung des Defizits im Planansatz schließen wir das Geschäftsjahr wiederum mit einem negativen Ergebnis ab. Weiterhin hohe Kraftstoffkosten, Rückgang bei Umsatzerlösen in den Profit-Centern MAN und Touristik sowie stagnierende als auch rückläufige Erträge bei Ausgleichszahlungen sind der Hauptgrund für dieses Ergebnis. Durch Sondereinflüsse, insbesondere Umsatzerlöse aus dem Anpassungsverlangen gemäß Verkehrsfinanzierungsvertrag Landkreis Leipzig, periodenfremde Erträge aus dem Einnahmeaufteilungsvertrag sowie Einsparungen beim Materialverbrauch, wurde dieses Ergebnis erreicht.

Die Rahmenbedingungen zur Finanzierung eines attraktiven ÖPNV haben sich im Jahresverlauf nicht grundlegend geändert. Daher wurden in einem Katalog Maßnahmen zur Verringerung des Defizits definiert und unterlagen einer permanenten Kontrolle durch die Geschäftsleitung und den Beirat. Die daraus resultierenden Effekte, wie z. B. Fahrplananpassungen im Stadtverkehr Altenburg und Borna, Wegfall der Fahrscheinautomaten in Bussen des Stadtverkehrs Altenburg, trugen nicht unwesentlich zur Verbesserung des Ergebnisses bei. Der ebenfalls erzielte moderate Tarifaabschluss mit der Gewerkschaft ver.di stellt einen wichtigen Baustein zur Einhaltung der Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Geschäftsverlauf dar.

Als Servicepartner der MTBD (MAN Truck & Bus Deutschland GmbH) konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2012 die Reparatur Erlöse nicht auf dem Niveau des Vorjahres halten. Die einzelnen Untereinheiten erreichten nicht die geplanten Ergebnisse. Dabei spielten konjunkturelle Faktoren, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Kundschaft ausüben, eine wichtige Rolle. Während des Geschäftsjahres wurden diese Entwicklungen bei der Ausrichtung der Werkstattkapazitäten beachtet.

In der Sparte Touristik hat uns die Entwicklung im Jahr 2012 gezeigt, dass die geplanten Ergebnisse ausbleiben. Diese Sparte bewegt sich weiterhin in einem schwierigen und weiter sinkenden Marktsegment. Einflüsse privater Marktteilnehmer zeigen jedoch die Perspektiven für eine erfolgreiche Marktteilnahme auf.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2012 um 2,6 % auf 19,6 Mio. € verringert. Das Anlagevermögen verringerte sich um 9,7 % auf 13,9 Mio. €. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 71,2 % (Vorjahr 76,8 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor bestimmend.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2012 (T€)	2011 (T€)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	- 997	-2.610
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 444	- 942
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.313	3.680
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	872	128

Der Finanzmittelfonds entspricht dem Bestand an flüssigen Mitteln (3.752 T€) am 31. Dezember 2012.

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Finanzhilfen für den ÖPNV der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2012 haben wir 758 T€ (Vorjahr 1.876 T€) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in Busse, lagen damit auf Grund geringerer wirtschaftlicher Spielräume weit unter dem Vorjahresniveau. Die Finanzierung erfolgte mit 430 T€ Fördermitteln.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2012 entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2012 (T€)	2011 (T€)
Personennahverkehr	11.996	11.943
Erlöse aus Linien-, freigestelltem Schüler-, Gelegenheits- und Schienenersatzverkehr einschließlich der MDV-Ausgleichsleistungen	6.180	5.718
EBE	11	17
	6.191	5.731
Ausgleichsleistungen		
§ 45a PBefG (davon periodenfremd ./ 10 T€; Vorjahr 102 T€)	2.789	3.038
§§ 148 ff. SGB IX (davon periodenfremd 4 T€; Vorjahr 2 T€)	134	132
	2.923	3.170

Erträge mit Verlustausgleichscharakter

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag – Landkreis Altenburger Land	1.300	1.300
Verkehrsfinanzierungsvertrag – Landkreis Leipzig	1.309	1.309
Anpassungsverlangen - Landkreis Leipzig -	273	433
	2.882	3.042
Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung	2.905	3.276
Reiseleistungen	612	702
	5.513	15.921
	=====	

Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – ist die Umsatzsteigerung auf höhere Fahrgeldeinnahmen aus eigenen Verkaufsvorgängen (+26 T€), höheren Umsätzen im Schülerverkehr – infolge Preisanpassung (+90 T€), der Wirkung des Einnahmeaufteilungsverfahrens (+ 214 T€), der Endabrechnung des MDV aus dem Geschäftsjahr 2011 (+ 216 T€) sowie der Tarifierung zum 1. August 2012/ 1. August 2011 zurückzuführen. Gegenläufig wirkte der Rückgang der Umsatzerlöse im Mietwagenverkehr (-84 T€).

Die Erlöse aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG gingen gegenüber dem Vorjahr um 249 T€ zurück. Während die Erträge in Sachsen auf dem Vorjahresniveau lagen, sind die Erträge in Thüringen auf Grund der Nichtanerkennung der Berechnungsgrundlage (Gültigkeitstage für die im ABO-Verfahren verkauften Schülermonatskarten von 26 auf 24 korrigiert) rückläufig (-134 T€). Periodenfremde Ausgleichsleistungen verzeichnen wir gegenüber dem Vorjahr -112 T€.

Die Erträge aus dem öffentlichem Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) und dem Verkehrsfinanzierungsvertrag (Landkreis Leipzig) bewegen sich auf dem Vorjahresniveau. Das positiv beschiedene Anpassungsverlangen im Landkreis Leipzig in Höhe von 273 T€ für den Ausgleich der rückläufigen Erträge im Ausbildungsverkehr sowie der hohen Kraftstoffkosten schlägt sich als Sondereinfluss im Geschäftsjahr 2012 nieder.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sanken die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr (-370 T€), wobei auf den Reifendienst -56 T€ und auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN -194 T€ entfallen. Die Erträge aus der Fahrzeugvermietung (Bus und LKW) gingen um 123 T€ zurück. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurde die LKW-Vermietung eingestellt.

Die Erträge aus Reiseleistungen sanken um 90 T€.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 407 T€ insbesondere in der Position MAN-Ersatzteile (-209 T€) auf Grund rückläufiger Erträge. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen gingen um 157 T€ zurück. Dies widerspiegelt sich unter anderem in den Fremdleistungen mit – 94 T€ und Reisevorleistungen mit – 48 T€.

Der Personalaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um 62 T€, hauptsächlich durch Personalarückgang.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 139 T€, insbesondere durch höhere Versicherungsaufwendungen (+43 T€), wertberichtigte Forderungen (+100 T€) und Beratungskosten für die Vergabe der Verkehrsleistungen Landkreis Leipzig (+97 T€). Gegenläufig wirken geringere Instandhaltungsaufwendungen und Betriebskosten für Grundstücke (-34 T€), geringere Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungskosten (-14 T€), geringere Aufwendungen für Werbung und Präsentation (-13 T€), Hard- und Softwarewartung (-11 T€) und Betriebskostenzuschüsse (-15 T€).

2.3. Personalentwicklung

Stand am Bilanzstichtag
(Angaben in Personen)

	31.12.2012	31.12.2011
Fahrer	109	115
Schlosser	26	26
Übriges Personal	58	59
Azubi	19	18
Gesamt	212	218

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres vor.

4. Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2012 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Als weitere Risikofaktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage unseres Unternehmens haben können, sehen wir insbesondere die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen nach § 45a PBefG und §§ 148 ff. SGB IX, beihilferechtliche Änderungen sowie mögliche Einschränkungen bei der Gewährung von Fördermitteln für Investitionen und Finanzhilfen für den ÖPNV. Außerdem werden unsererseits die angedachten Änderungen in der Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Leipzig in der Gesamtbetrachtung als riskant eingeschätzt.

Ein hohes Risiko sehen wir im Fortbestand der Sparte Touristik in der jetzigen Struktur. Trotz aller Gegensteuerungsmaßnahmen ist es bisher nicht gelungen, eine Umkehr hin zu positivem Geschäftsverlauf zu erreichen.

5. Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung

Die negative Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres widerspiegelte sich bereits im Planansatz für das Jahr 2012. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft immer mehr auseinander. Steigende Kosten und Investitionsdruck zehren zusätzliche Einnahmen meist rasch auf. Mit einem Maßnahmenkatalog zum Ausgleich des geplanten Defizits ist es uns teilweise gelungen, diese zu minimieren. Allerdings können wir als Verkehrsunternehmen die Last nicht allein tragen. Seitens der Politik bedarf es eines klaren Bekenntnisses zum ÖPNV auf jetzigem Niveau. Zu beachten sind dabei die gesetzlich bis zum Jahr 2022 geforderten Ausrüstungsstandards gemäß PBefG, die ohne kontinuierliche Investitionen in Fahrzeuge und Infrastruktur nicht erreicht werden. Bei gleich bleibendem Leistungsangebot bedeutet das Investitionen in Höhe von mindestens 11,5 Mio Euro in den nächsten 9 Jahren.

Für die Jahre 2013 und 2014 gehen wir davon aus, dass wir durch Rationalisierungsmaßnahmen und strukturelle Änderungen erfolgreich gegensteuern können, vorausgesetzt, die übrigen Rahmenbedingungen ändern sich nicht grundlegend.

Mit dem Verfahren zur Erteilung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages im Landkreis Leipzig würde ein weiteres entscheidendes Stück Finanzierungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC geschaffen.

Mit dem Servicevertrag der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH (MTBD) ist die stabile Grundlage für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN gegeben. Ziel ist es, den erhöhten Anforderungen der MTBD gerecht zu werden um somit noch mehr Marktpotential für Zusatzerlöse abschöpfen zu können. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Linienbussen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit entsprechendem Gegensteuern entgegen.

Die Sparte Touristik unterliegt weiterhin einer kritischen Kontrolle und Analyse. Da hier die erhoffte positive Entwicklung ausgeblieben ist, werden in dieser Sparte einschneidende Veränderungen unumgänglich sein. Ziel ist, bei diesen Maßnahmen die Traditionsmarke „THÜSAC ReiseCenter“ am Markt zu halten.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses, da hier in den nächsten Jahren in vielen Bereichen ein Generationswechsel vorstattengeht.

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 rechnet die THÜSAC gemäß Wirtschaftsplan mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Altenburg, den 28. März 2013

Bog
Geschäftsführer

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	100,38	105,61	108,11	0,00
Arbeitsproduktivität	235,75	227,15	223,32	182,60
Effektivverschuldung	1.403.143,34	1.078.096,36	539.117,21	0,00
Eigenkapitalquote	66,55	66,97	65,00	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	198,66	187,97	0,00
Eigenkapitalrendite	2,04	-0,50	-0,53	0,00
Fremdkapitalquote	33,45	33,03	35,00	0,00
Gesamtkapitalrendite	2,12	0,38	0,31	0,00
Investitionsdeckung	167,62	813,47	-591,51	100,00
Kurzfristige Liquidität	128,08	180,28	157,49	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	74.963,10	73.370,18	73.872,80	63.994,95
Vermögensstruktur	77,10	76,76	71,17	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	16.117.067,21	15.921.328,13	15.513.288,20	12.671.000,00
Bestandsänderung	-4.849,95	1.727,54	-33.707,72	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	717.594,26	473.530,69	428.997,99	2.930.400,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>0,00</i>	<i>473.530,69</i>	<i>428.997,99</i>	<i>1.621.900,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>717.594,26</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1.308.500,00</i>
Gesamtleistung	16.829.811,52	16.396.586,36	15.908.578,47	15.601.400,00
Materialaufwand	6.652.531,77	6.500.910,21	6.093.702,11	6.488.600,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>3.814.459,03</i>	<i>3.795.103,46</i>	<i>3.544.972,21</i>	<i>3.940.500,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>2.838.072,74</i>	<i>2.705.806,75</i>	<i>2.548.729,90</i>	<i>2.548.100,00</i>
Personalaufwand	6.836.632,05	7.009.089,59	6.946.691,53	6.939.100,00
Abschreibungen	1.190.480,25	1.337.461,13	1.276.446,59	1.323.400,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.544.243,56	1.374.512,31	1.513.943,17	1.284.600,00
Zinserträge	13.361,98	10.172,79	6.278,94	14.000,00
Zinsaufwendungen	164.198,77	144.058,65	128.510,32	144.800,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	455.087,10	40.727,26	-44.436,31	-565.100,00
Außerordentliches Ergebnis	4.100,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	25.598,23	33.886,68	22.433,07	74.100,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	141.869,93	74.546,38	797,44	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	291.718,94	-67.705,80	-67.666,82	-639.200,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	24.187.126,21	21.519.371,52	20.085.217,37	19.568.490,79
<i>Anlagevermögen</i>	<i>17.071.552,29</i>	<i>16.591.295,13</i>	<i>15.418.248,82</i>	<i>13.926.007,56</i>
<i>Vorräte</i>	<i>638.009,23</i>	<i>685.898,54</i>	<i>725.215,31</i>	<i>721.216,48</i>
<i>Forderungen</i>	<i>907.565,95</i>	<i>1.091.571,91</i>	<i>884.752,39</i>	<i>979.146,85</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>217.300,00</i>	<i>362.187,63</i>	<i>150.992,41</i>	<i>179.707,84</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>1.512.247,25</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>3.813.848,41</i>	<i>2.751.942,11</i>	<i>2.879.723,97</i>	<i>3.751.564,68</i>
<i>ARAP</i>	<i>26.603,08</i>	<i>36.476,20</i>	<i>26.284,47</i>	<i>10.847,38</i>
PASSIVA	24.187.126,21	21.519.371,52	20.085.217,37	19.568.490,79
<i>Eigenkapital</i>	<i>8.612.261,81</i>	<i>7.391.733,50</i>	<i>7.324.027,70</i>	<i>7.256.360,88</i>
<i>Stammkapital</i>	<i>260.000,00</i>	<i>148.200,00</i>	<i>148.200,00</i>	<i>148.200,00</i>
<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>5.378.892,44</i>	<i>3.978.445,19</i>	<i>3.978.445,19</i>	<i>3.978.445,19</i>
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	<i>992.588,36</i>	<i>2.973.369,37</i>	<i>3.265.088,31</i>	<i>3.197.382,51</i>
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	<i>1.980.781,01</i>	<i>291.718,94</i>	<i>-67.705,80</i>	<i>-67.666,82</i>
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>7.606.185,14</i>	<i>6.930.268,11</i>	<i>6.126.477,29</i>	<i>5.462.825,92</i>
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	<i>7.606.185,14</i>	<i>6.930.268,11</i>	<i>6.126.477,29</i>	<i>5.462.825,92</i>
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Rückstellungen</i>	<i>1.271.301,05</i>	<i>1.444.812,07</i>	<i>1.422.973,68</i>	<i>1.330.073,15</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>1.048.974,24</i>	<i>932.187,27</i>	<i>1.069.317,65</i>	<i>997.722,59</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>3.265.234,18</i>	<i>2.333.066,83</i>	<i>2.833.401,01</i>	<i>2.335.618,42</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>2.284.561,68</i>	<i>2.380.067,09</i>	<i>1.117.130,94</i>	<i>2.127.042,95</i>
<i>PRAP</i>	<i>98.608,11</i>	<i>107.236,65</i>	<i>191.889,10</i>	<i>58.846,88</i>

Kommunale Datennetze GmbH (KDN)

Beteiligungsübersicht

Käte-Kollwitz-Ufer 88
01309 Dresden

Tel. 0351 / 315 69 50
Fax 0351 / 315 69 66
Email kdn@kdn-gmbh.de
Internet

Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		60.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	100,0000 %	60.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

SASKIA® Informations-Systeme GmbH

Beteiligungsübersicht

An den Teichen 5
09224 Chemnitz-Mittelbach

Tel. 03718088300
Fax 03718088200
Email info@saskia.de
Internet

Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		256.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	25.600,00
GISA GmbH	90,0000 %	230.400,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die SASKIA® Informations-Systeme GmbH ist ein in Chemnitz ansässiges Software- und Systemhaus. Sie bietet Dienstleistungen, Produkte und Lösungen für öffentliche Verwaltungen bundesweit an.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lecos GmbH

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341/2538111
Fax
Email info@lecos-gmbh.de
Internet

Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		200.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Stadt Leipzig	90,0000 %	180.000,00
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	20.000,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig.

Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe unter 5 %

- 12. Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV) GmbH**
- 13. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH**

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0
Fax 0341 / 8 68 43 99
Email post@mdv-info.de
Internet <http://www.mdv.de>

Gründungsdatum 27.03.1998

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 13.05.2004

Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
verschiedene VKU	22,7200 %	16.700,00
DB Regio AG	5,9900 %	4.400,00
Veolia Verkehr GmbH	1,0200 %	750,00
Stadt Leipzig	15,9200 %	11.700,00
Stadt Halle	12,4500 %	9.150,00
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3,5400 %	2.600,00
Landkreis Burgenlandkreis	3,5400 %	2.600,00
verschiedene VKU	20,7500 %	15.250,00
Landkreis Leipzig	3,5400 %	2.600,00
verschiedene VKU	1,0200 %	750,00
Landkreis Altenburger Land	1,0200 %	750,00
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1,0200 %	750,00
Landkreis Nordsachsen	3,5400 %	2.600,00
Landkreis Saalekreis	3,5400 %	2.600,00
Erfurter Bahn GmbH	0,4100 %	300,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Steffen Lehmann
-----------------	-----------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	77.065,80

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Organe

Aufsichtsrat	
	Martin zur Nedden
	Francois Girard
	Lutz Däumler
	Dr. Manfred Graetz
	Dietmar Harbig
	Volker Heepen
	Uwe Heft
	Ronald Juhrs
	Christoph Naacke
	Dr. Thomas Pohlack
	Harri Reiche
	Lothar Riese
	Angelika Stoye
	Ronny Thieme
	Stephan Georg Wigger
	Joachim Hoffmann
	Thorsten Rühle
	Holger Klemenz
	Klaus Rüdiger Malter
	Jens Herrmann
	Dietmar Kern
	Hartmut Handschak
	Martin Hörl
	Dr. Linda Kisabaka
	Ute Kniesche
	Rene Pietsch
	Oliver Mietzsch
	Prof. Krause

Sonstige Angaben

Abschlussprüfer	Deloitte & Touche GmbH
Mitarbeiter	26,00

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Anlagendeckung	207,74	221,92	248,91	0,00
Arbeitsproduktivität	29,88	37,61	38,38	42,73
Effektivverschuldung	-724.861,62	-588.507,51	-618.411,02	0,00
Eigenkapitalquote	51,56	48,26	42,36	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-0,00	0,00	-0,00	0,00
Fremdkapitalquote	48,44	51,74	57,64	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,01	0,07	0,18	0,00
Investitionsdeckung	-844,14	209,82	205,21	100,00
Kurzfristige Liquidität	287,77	223,93	223,39	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	14.264,60	18.639,74	19.697,56	19.800,00
Vermögensstruktur	24,82	21,75	17,02	0,00

GuV

	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2012 (Plan)
Umsatz	370.879,58	484.633,18	512.136,65	584.100,00
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	2.769.131,31	2.832.749,71	2.591.474,12	2.690.800,00
<i>sonstige Zuschüsse</i>	<i>2.692.065,51</i>	<i>2.755.683,89</i>	<i>2.514.408,32</i>	<i>2.613.730,00</i>
<i>Zuschuss LK / BKZ</i>	<i>77.065,80</i>	<i>77.065,82</i>	<i>77.065,80</i>	<i>77.070,00</i>
Gesamtleistung	3.140.010,89	3.317.382,89	3.103.610,77	3.274.900,00
Materialaufwand	1.292.925,50	1.527.803,88	1.288.123,25	1.397.800,00
<i>Aufwand RHB</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1.397.800,00</i>
<i>Aufwand für bezogene Leistungen</i>	<i>1.292.925,50</i>	<i>1.527.803,88</i>	<i>1.288.123,25</i>	<i>0,00</i>
Personalaufwand	1.241.119,83	1.288.509,30	1.334.497,92	1.367.000,00
Abschreibungen	227.589,24	136.104,27	128.504,84	135.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	381.546,62	370.437,23	358.607,31	375.500,00
Zinserträge	3.677,01	6.805,24	8.808,40	5.000,00
Zinsaufwendungen	186,71	1.013,45	2.365,85	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	320,00	320,00	320,00	4.600,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	320,00	320,00	320,00	300,00
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-0,00	0,00	-0,00	4.300,00

Bilanz

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Ist)
AKTIVA	1.505.759,41	1.477.632,01	1.358.871,18	1.349.234,01
<i>Anlagevermögen</i>	<i>621.290,20</i>	<i>366.739,88</i>	<i>295.502,66</i>	<i>229.618,70</i>
<i>Vorräte</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>13.344,06</i>	<i>75,52</i>	<i>96.069,26</i>	<i>11.317,70</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>159.230,50</i>	<i>387.416,40</i>	<i>278.486,94</i>	<i>219.623,39</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>299.083,40</i>	<i>116.827,96</i>	<i>59.871,20</i>	<i>60.747,06</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>406.449,40</i>	<i>596.729,75</i>	<i>619.737,10</i>	<i>817.365,27</i>
<i>ARAP</i>	<i>6.361,85</i>	<i>9.842,50</i>	<i>9.204,02</i>	<i>10.561,89</i>
PASSIVA	1.505.759,41	1.477.632,01	1.358.871,18	1.349.234,01
<i>Eigenkapital</i>	<i>461.341,60</i>	<i>461.341,60</i>	<i>461.341,60</i>	<i>461.341,60</i>
<i>Stammkapital</i>	<i>73.500,00</i>	<i>73.500,00</i>	<i>73.500,00</i>	<i>73.500,00</i>
<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>387.841,60</i>	<i>387.841,60</i>	<i>387.841,60</i>	<i>387.841,60</i>
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>545.279,71</i>	<i>300.535,38</i>	<i>194.434,83</i>	<i>110.207,05</i>
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	<i>545.279,71</i>	<i>300.535,38</i>	<i>194.434,83</i>	<i>110.207,05</i>
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Rückstellungen</i>	<i>102.371,01</i>	<i>137.955,19</i>	<i>131.731,70</i>	<i>141.988,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>308.616,08</i>	<i>230.054,33</i>	<i>333.603,57</i>	<i>377.742,71</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>76.052,35</i>	<i>155.976,18</i>	<i>141.257,44</i>	<i>123.461,58</i>
<i>PRAP</i>	<i>12.098,66</i>	<i>191.769,33</i>	<i>96.502,04</i>	<i>134.493,07</i>

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

Beteiligungsübersicht

Flugplatz
04603 Nobitz

Tel. 03447-5900
Fax 03447-590199
Email info@leipzig-altenburg-airport.de
Internet

Gründungsdatum 27.01.1992
Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,0000 %	1.533,87
Landkreis Altenburger Land	60,0000 %	30.677,51
Stadtwerke Altenburg	19,0000 %	9.714,57
Gemeinde Nobitz	10,0000 %	5.112,92
Stadt Meerane	2,0000 %	1.022,58
Altenburger Brauerei	3,0000 %	1.533,87
eigene Anteile	3,0000 %	1.533,87

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Dipl.-Ing. (FH) Dietmar Harbig (bis 30.06.2012)
	Dipl.-Kfm. Jürgen Grahmann

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

- 1. Rettungszweckverband der Landkreise Döbeln, Leipziger Land und des Muldentalkreises**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH**
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsch Verkehrsverbund GmbH**
- 5. Kulturraum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunalen Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Beteiligungsbericht für den Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig**
- 9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**
- 10. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig**

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

Beteiligungsübersicht

Heinrich-Zille-Straße 3
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0
Fax 03437 / 933 111
Email RZV_DLLMLTL@t-online.de
Internet

Gründungsdatum 08.12.1995

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	
	Carola Schneider
Verbandsvorsitzender	
	Dr. Gerhard Gey

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	562.011,47

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Zuarbeit zum Beteiligungsbericht 2012 des Landkreises Leipzig

Anschrift:

Heinrich - Zille - Straße 3
04668 Grimma

Telefon: 03437/933 100
Fax: 03437/933 111
E-Mail: sekretariat@rzv-grimma.de
Website: www.rzvgrimma.de

Gründung:

08.12.1995

Rechtsform:

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ziele und Aufgaben:

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgabe

- der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes;
- der Aufstellung eines Bereichsplanes auf der Grundlage der Landesrettungsdienstplanverordnung;
- der Errichtung, Unterhaltung und Betreibung einer Leitstelle für Rettungsdienst, Brandschutz und sonstige Dienstleistungen der Verbandsmitglieder nach Maßgabe des SächsBRKG;
- der Erhebung und Festsetzung von Entgelten/Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle aufgrund Entgeltvereinbarung/Gebührensatzung.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- Ausübung der Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS - Funk;
- Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- Ausübung der Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst.

Verbandsmitglieder:

- Landkreis Leipzig
- Landkreis Mittelsachsen für die Region des Altlandkreises Döbeln

Organe des Verbandes:

- die Verbandsversammlung
- der Verbandsvorsitzende

Verbandsversammlung vom 01.01.2012 bis 31.12.2012:

Verbandsvorsitzender:	Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Stellvertretender Verbandsvorsitzender:	Herr Volker Uhlig	Landrat Landkreis Mittelsachsen

Hartmut Harbig	Kreisrat Landkreis Leipzig
Manfred Heinz	Kreisrat Landkreis Leipzig
Gottfried Schröpfer	Kreisrat Landkreis Leipzig
Tim Barczynski	Kreisrat Landkreis Leipzig
Uwe Herrmann	Kreisrat Landkreis Leipzig
Heiner Stephan	Kreisrat Landkreis Mittelsachsen
Ullrich Kuhn	Kreisrat Landkreis Mittelsachsen
Elgine Tur de la Cruz	Kreisrätin Landkreis Mittelsachsen

Geschäftsführerin: Frau Carola Schneider

Einschätzung der Lage des Verbandes (mit Auszügen aus dem Lagebericht mit Anhang zur Jahresrechnung 2012)

a) Finanzlage zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel (Liquiditätsrechnung)

	2011	2012
	TEUR	TEUR
Jahresergebnis	- 352	- 312
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 781	+ 905
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 3	+ 12
Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 414	- 398
Gewinn/Verlust aus Vermögensabgängen	- 15	+ 2
Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+ 32	- 293
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	- 241	+ 28
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	- 212	- 56
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens	0	+ 190
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 15	+ 6
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 1.322	- 572
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	- 1.307	- 376
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von Krediten	+ 1.536	+ 836
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Krediten	- 268	- 403
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	+ 1.268	+ 433
Zahlungswirksame Veränderungen aus Finanzmittelfonds	- 251	+ 1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	257	+ 6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6	7

b) Ertragslage

	2011	2011	2012	2012	Veränderung	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse RD, BS, SDL	11.420	88,8	12.268	91,6	848	7,4
Erlöse aus Sonderpostenaufösungen	414	3,2	398	3,0	- 16	- 3,9
Umsatzerlöse gesamt	11.834		12.666			
Sonstige betriebliche Erträge	1.025	8,0	722	5,4	- 303	- 29,6
Betriebsleistung	12.859	100,0	13.388	100,0	529	4,1
Materialaufwand	9.827	76,4	9.972	74,5	145	1,5
Personalaufwand	1.242	9,7	1.268	9,5	26	2,1
Planmäßige Abschreibungen	781	6,1	905	6,8	124	15,9
Übrige Betriebsaufwendungen	1.325	10,3	1.492	11,1	167	12,6
Betriebsergebnis	- 316	- 2,5	- 249	- 1,9	67	21,2
Finanzergebnis	- 36	- 0,3	- 63	- 0,5	- 27	- 75,0
Jahresfehlbetrag	- 352	- 2,8	- 312	- 2,4	40	11,4

c) Erfolgsübersicht

	2012	2012	2012
	Rettungsdienst	Feuerwehr und Landkreisleistungen	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	12.500.004,78	165.402,89	12.665.407,67
2. Sonstige betriebliche Erträge	16.602,31	705.603,54	722.205,85
3. Materialaufwand			
a) Roh-, Hilfs-, Betriebs-stoffe	330.735,12	11.230,58	341.965,70
b) Bezogene Leistungen	9.626.043,86	4.407,05	9.630.450,91
4. Personalaufwand	859.177,56	408.855,54	1.268.033,10
5. Abschreibungen	734.041,52	170.601,18	904.642,70
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.215.641,19	275.912,08	1.491.553,27
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	62.539,88	0,00	62.539,88
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresfehlbetrag/-überschuss)	- 311.572,04	0,00	- 311.572,04

d) Vermögenslage

	2011	2011	2012	2012	Veränderung	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen	4.341	102,0	4.000	90,5	- 341	- 7,9
Abzgl. Sonderposten zum Anlagevermögen	- 2.060	- 48,4	- 1.852	- 41,9	208	- 10,1
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	2.281	53,6	2.148	48,6	- 133	- 5,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.903	44,7	2.091	47,3	188	9,9
Sonstige kurzfristige Posten	66	1,6	171	3,9	105	159,1
Flüssige Mittel	6	0,1	7	0,2	1	16,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.975	46,4	2.269	51,4	294	14,9
Vermögen gesamt	4.256	100,0	4.417	100	161	3,8
Kapital						
Kapitalrücklage	44	1,0	44	1,0	0	0,0
Gewinnrücklage	1.548	36,4	1.548	36,4	0	0,0
Verlust-/Gewinnvortrag	- 10	- 0,2	- 362	- 8,1	- 352	> 100,0
Jahresfehlbetrag	- 352	- 8,3	- 312	- 7,1	40	- 11,4
Eigenkapital	1.230	28,9	918	20,8	- 312	- 25,4
Verbindlichkeiten Kreditmarkt	1.699	39,9	1.293	29,3	- 406	- 23,9
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	1.699	39,9	1.293	29,3	- 406	- 23,9
Sonstige Rückstellungen	33	0,8	45	1,0	12	36,4
Kurzfrist. Verbindl. Kreditmarkt	1.040	24,4	1.879	42,5	839	80,7
Lieferantenschulden	64	1,5	110	2,5	46	71,9
Sonstige kurzfristige Posten	190	4,5	172	3,9	- 18	- 9,5
Kurzfristiges Fremdkapital	1.327	31,2	2.206	49,9	879	66,2
Kapital insgesamt	4.256	100,0	4.417	100	161	3,8

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	2011	2011	2012	2012	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.281	100,0	2.148	100,0	- 133
Kapitalrücklage Mittel- und langfristiges Kapital	2.929	128,4	2.211	102,9	- 718
Überdeckung	648	28,4	63	2,9	- 585

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

e) Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2011	2012
Umsatz	TEUR	11.834	12.666
Materialaufwand	TEUR	9.827	9.972
Materialaufwandsquote	%	83,0	78,7
Personalaufwand	TEUR	1.242	1.268
Personalaufwandsquote	%	10,5	10,0
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	7,2	8,6
Abschreibungen	TEUR	781	905
Investitionen	TEUR	1.322	572
Finanzergebnis	TEUR	- 36	- 63
Jahresergebnis	TEUR	- 352	- 312
Bilanzstichtag		31.12.2011	31.12.2012
Bilanzsumme	TEUR	6.316	6.270
Anlagevermögen	TEUR	4.341	4.000
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	1.975	2.269
Eigenkapital	TEUR	1.230	918
Eigenkapitalquote I	%	19,5	14,6
Sonderposten	TEUR	2.060	1.852
Eigenkapitalquote II	%	52,1	44,2
Rückstellungen	TEUR	33	45
Verbindlichkeiten	TEUR	2.993	3.454
Fremdkapitalquote	%	47,9	55,8
Anlagendeckungsgrad I	%	75,8	69,3
Anlagendeckungsgrad II	%	114,9	101,6

Das Jahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 311.572,04 EURO. Der Jahresfehlbetrag 2012 entfällt ganzheitlich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“. Der Jahresfehlbetrag ist im Rahmen der Beschlussfassung der Verbandsversammlung zur Jahresrechnung 2012 auf neue Rechnung vorzutragen und ist gemäß Verhandlungsergebnis mit den Sozialleistungsträgern über die Entgelte des Jahres 2014 auszugleichen.

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzgesetz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 01.08.2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolge wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 03.11.2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.041,35 km² mit 330.475 Einwohnern (Stand 30. Juni 2012).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der integrierten Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- DRK Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH
- DRK Kreisverband Döbeln – Hainichen e. V.
- DRK Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH
- DRK Kreisverband Geithain e. V.
- Johanniter Unfallhilfe e. V., Regionalverband Leipzig.
- Arbeiter-Samariter-Bund e. V. , Regionalverband Leipzig

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 21. November 2011 stattgefundenen 38. Beratung über die Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012. Der Bescheid zur Genehmigung der Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde am 08. Dezember 2011 durch die Landesdirektion Leipzig erteilt. Die Haushaltsatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Betsandteile in Form von Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie Verpflichtungsermächtigungen.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltsatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Liquiditätsplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2012 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

Erfolgsplan	704.237,25 €
Liquiditätsplan	0,00 €
Gesamt:	704.237,25 €
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	142.225,78 €
Leipzig	562.011,47 €

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2012 nachstehende Gebühren nach §§ 10 ff SächsKAG und Entgelte fest:

Entgelte/Gebühren – IST -	
Gebühr Rettungstransportwagen	262,00 €/Einsatz
Gebühr Notarzteinsetzfahrzeug	89,80 €/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	88,50 €/Einsatz
zzgl. 2,60 € /km ab Besetzt - km 151.	

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

Einsätze – Ist –	
Krankentransporte	27.252 Einsätze = 2.418.629,60 €
Rettungswageneinsätze	30.430 Einsätze = 7.972.660,00 €
Notarzteinsätze	19.989 Einsätze = 1.795.012,20 €.

III. Geschäftsverlauf

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde.

Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Der gesamte bewegliche Anlagenbestand ist in einem automatisierten Anlagenbuchhaltungsprogramm gemäß § 10 SächsEigBG erfasst und wird regelgerecht abgeschrieben.

Der Rettungszweckverband verfügt über festen Anlagenbestand.

Dazu gehören

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bestanden ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht sowie
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird.

2. Bauvorhaben

Im Jahr 2012 wurden keine Bauvorhaben geplant und durchgeführt.

Der Rettungszweckverband hatte im Jahr 2012 keine Anlagen im Bau.

3. Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Investitionshauptschwerpunkt im Wirtschaftsjahr 2012 war die Ersatzbeschaffung der Digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung des Funkalarmierungsnetzes mit Multimastertechnik im gesamten Verbandsgebiet im Wert von 511.830,25 EUR. Der Freistaat Sachsen förderte den Anteil Brandschutz mit Zuschüssen in Höhe von 190.545,78 EUR.

Darüber hinaus wurden im Wirtschaftsjahr 2012 umgesetzt:

- Speichererweiterungen in der Leitstelle im Wert von 9.079,70 EUR;
- Medizinische Ausrüstungen im Wert von 2.960,80 EUR;
- Ersatzneubau Gleichwelle im Wert von 13.966,10 EUR;
- GWG im Wert von 29.231,66 EUR

4. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich, wie folgt:

	Vortrag 31.12.2011 in EURO	Zugänge/ Einstellungen in EURO	Abgänge/ Entnahmen in EURO	Stand 31.12.2012 in EURO
Kapitalrücklagen	43.459,81	0,00	0,00	43.459,81
Gewinnrücklagen	1.548.166,90	0,00	0,00	1.548.166,90
Verlustvortrag	- 361.681,07	0,00	0,00	- 361.681,07
Jahresfehlbetrag	-	- 311.572,04	--	- 311.572,04
Summen	1.229.945,64	- 311.572,04	--	918.373,60

Das Wirtschaftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresverlust von 311.572,04 EURO.

Der Jahresverlust 2012 entfällt ganzheitlich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“. Er resultiert insbesondere aus Erlösverlusten durch Einsatzrückgang bei Krankentransporten (- 213 TEUR) und Notarzteinsatzfahrten (- 123 TEUR) sowie Mehraufwendungen für Medikamente und medizinisches Verbrauchsmaterial (+ 52 TEUR) bedingt durch veränderte Qualitätsstandards; Budgetanpassungen im Ergebnis der IST – Kostenverhandlungen 2012 zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen (+ 103 TEUR); Mehraufwand für Rechtsanwalts- und Rechtsberatungskosten (+66TEUR) infolge BAG – Abschlussverfahren in 2012 sowie Rechtsberatung und Verfahrensunterstützung zur Ausschreibung der Leistungen des Rettungsdienstes; Mehraufwand für Versicherungsbeiträge (+ 11 TEUR) durch Reserveeinsatzmittelvorhaltung; Mehraufwand durch verschleißbedingte Gebäudeinstandhaltungen (+ 22 TEUR) sowie alters- und verschleißbedingte Mehraufwendungen für KFZ – Instandhaltungen (+ 72 TEUR).

Der Jahresfehlbetrag 2012 in Höhe von 311.572,04 EURO ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Der planerische Ansatz zur Erwirtschaftung rettungsdienstlicher Mehrerlöse im Jahr 2012 zur Deckung des Vorjahresfehlbetrages (362 TEUR) konnte infolge Einsatzstagnation und –rückgangs im Bereich Rettungsdienst nicht realisiert werden. Die Verluste aus Vorjahren (361.681,07 EUR) erhöhen sich um den Jahresfehlbetrages 2012 in Höhe von 311.572,04 EUR auf einen Gesamtverlustvortrag von 673.253,11 EUR in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“. Sie flossen vollumfänglich in die Entgeltverhandlungen und -kalkulationen der Jahre 2013 und 2014 ein.

6. Rückstellungen

Im Abschluss zum Wirtschaftsjahr 2012 wurden Urlaubsrückstellungen, Jubiläumsrückstellungen, Kosten für die Abschlussprüfungen sowie Archivierungsrückstellungen wie folgt berücksichtigt:

Entwicklung der Rückstellungen

Stand 1. Januar 2012	32.921,41 €
Zugänge	33.275,36 €
Auflösung	884,77 €
Inanspruchnahme	<u>20.008,94 €</u>
Stand 31. Dezember 2012	<u>45.303,60 €</u>

7. Personal

Zum 31. Dezember 2012 waren 27 beschäftigte Angestellte auf 26,0 Stellen im Rettungszweckverband beschäftigt.

Der Gesamtpersonalaufwand im Wirtschaftsjahr 2012 belief sich für:

Löhne und Gehälter	1.038.350,86 €
Soziale Abgaben und Aufwendungen für	
Altersvorsorge und für Unterstützung	<u>229.682,24 €</u>
Personalaufwand gesamt	<u>1.268.033,10 €</u>

8. Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von 12.256.449,85 EUR (2011: 11.409.583,60 EUR) erzielt.

Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen des Zweckverbandes wurden in Höhe von 10.905,00 EUR aus dem Betrieb der auf die Rettungsleitstelle aufgeschalteten Brandmeldeanlagen erzielt.

Leistungsentgelte an Leistungserbringer wurden in Höhe von 9.492.976,40 EUR (Vorjahr: EUR 9.360.642,01) gezahlt.

IV. Lage des Zweckverbandes

Das Wirtschaftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 311.572,04 EURO.

Im Ergebnis der Kostenspartenrechnung entfällt der Jahresfehlbetrag ganzheitlich auf die Kostenträgersparte Rettungsdienst.

Die Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen“ schließt mit +/- 0,00 EURO.

Als wesentlicher ergebnisbeeinflussender Faktor der Jahresrechnung 2012 stellt sich die unterjährig von den Sozialleistungsträgern vorgenommenen erhöhenden Anpassungen der Budgetzahlungen an Leistungserbringer im Ergebnis der Kassenverhandlungen im Juni 2012 für das laufende Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von + 102.711,45 EURO dar, obwohl zum Zeitpunkt der Anpassung bereits absehbar war, dass die rettungsdienstlichen Umsatzerlöse stagnierend gegenüber dem Vorjahr verlaufen und mit Einnahmeverlusten zu rechnen ist.

Negativ wirken darüber hinaus, Mehraufwendungen für ungeplante qualitätsstandardbedingte Anpassungen; ungeplante Kostenaufwendungen für Rechtsanwalts- und Rechtsberatungskosten sowie unvorhersehbare alters- und verschleißbedingte Mehraufwendungen für Instandhaltungen.

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2012 führt zum Erfordernis einer künftig durchzuführenden erhöhten Risikoabschätzung zu Einnahmefallverlusten und Mehraufwandsbedarf in den Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern nach § 32 Absätze 1 und 2 SächsBRKG, um die Entgelte für Notfallrettung und Krankentransport jahreskostendeckend zu gestalten und so die Liquidität des Zweckverbandes zu erhalten.

Im Jahr 2010 änderten die Sozialleistungsträger ihre Gebaren in der Finanzierung von Anlagevermögen. Danach war ab dem Jahr 2009 die Beschaffung hochwertiger Anlagengüter durch Kredite durch den Zweckverband vorzufinanzieren, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Im Jahr 2010 wurden zur Nachfinanzierung rettungsdienstlicher Einsatzmittel aus dem Jahr 2009 und zur Finanzierung weiterer Investitionen des Jahres 2010 1.342.440,00 EURO Kreditmittel aufgenommen.

Im Jahr 2011 wurden zur Fortsetzung der Erneuerung des Fuhrparks und weiterer Investitionen 1.120.500,00 EURO Darlehen aufgenommen.

Im Jahr 2012 erfolgten keine Kreditaufnahmen zur Realisierung von Investitionen.

Der Schuldenstand des Zweckverbandes beläuft sich unter Berücksichtigung der im Jahr 2012 getätigten Tilgungen zum 31.12.2012 auf insgesamt 1.699.271,89 EURO gegenüber Kreditinstituten.

Aus der aus Abschreibungen resultierenden Refinanzierung der Kreditmittel ergeben sich ergebnisbeeinflussende Faktoren:

Der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Sozialleistungsträgern (SK 4892) betrug zum 31.12.2011/01.01.2012 114.148,29 EURO zur Sicherung von Finanzierungen.

Im Jahr 2012 flossen aus Regulärabschreibungen des Rettungsdienstes 399.757,60 EURO. Tilgungen wurden in Höhe von 402.534,99 EURO geleistet, so dass 2.777,39 EURO aus Beständen der Vorjahre eingesetzt wurden.

Unter Berücksichtigung eines den Sozialleistungsträgern aus dem Jahr 2011 noch erlösseitig zuzurechnenden Gutschriftbetrages in Höhe von 2.000,66 EURO schließen die Verbindlichkeiten gegenüber Sozialleistungsträgern (SK 4892) mit einem Bestand von 109.370,24 EURO. In der Gewinn- und Verlustrechnung schlagen sich damit 4.778,05 EURO ergebnisbeeinflussend erlöswirksam nieder. Im Ergebnis der Budgetverhandlungen im Jahr 2013 sind die Verbindlichkeiten gegenüber Sozialleistungsträgern liquiditätssichernd zu halten, eine Auflösung zur Verbesserung des Jahresergebnisses 2012 wurde durch die Sozialleistungsträger ausgeschlossen.

Im Jahr 2012 erfolgte die geplante Umsetzung der Erneuerung Ersatzbeschaffung der Digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung des Funkalarmierungsnetzes mit Multimastertechnik im gesamten Verbandsgebiet im Wert von 511.830,25 EUR. Der Freistaat Sachsen förderte den Anteil Brandschutz mit Zuschüssen in Höhe von 190.545,78 EUR.

V. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kennzahlenentwicklung

		Wirtschaftsjahr 2012	Wirtschaftsjahr 2011
Umsatz	TEUR	12.665	11.834
Materialaufwand	TEUR	9.972	9.827
Materialaufwandsquote	%	79	83
Personalaufwand	TEUR	1.268	1.242
Personalaufwandsquote	%	10,0	10,5
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	8,6	7,2
Abschreibungen	TEUR	905	781
Investitionen	TEUR	572	1.322
Finanzergebnis	TEUR	- 63	- 36
Jahresergebnis	TEUR	- 312	- 352
Umsatzrentabilität	%	Negativ	negativ
Eigenkapitalrentabilität	%	Negativ	negativ
		Bilanzstichtag 31.12.2012	Bilanzstichtag 31.12.2011
Bilanzsumme		6.270	6.316
Anlagevermögen		4.000	4.341
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten		2.269	1.975
Eigenkapital		918	1.230
Eigenkapitalquote I		14,6	19,5
Sonderposten		1.852	2.060
Eigenkapitalquote II		44,18	52,1
Rückstellungen		45	33
Verbindlichkeiten		3.454	2.993
Fremdkapitalquote		55,8	47,9
Anlagendeckungsgrad I		69,25	75,8
Anlagendeckungsgrad II		101,6	114,9

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2012 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2012		2011		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienst, Krankentransport und sonstige Dienstleistungen	12.267	91,6	11.420	88,8	+ 847	+ 2,9
Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten	398	3,0	414	3,2	- 22	- 0,3
Umsatzerlöse gesamt	12.665	94,6	11.834	92,0	+ 825	+ 2,6
Sonstige betriebliche Erträge	722	5,4	1.025	8,0	- 303	- 2,6
Betriebsleistung	13.387	100	12.859	100	+ 522	
Materialaufwand	9.972	74,5	9.827	76,4	+ 145	- 1,9
Personalaufwand	1.268	9,5	1.242	9,7	+ 26	- 0,2
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	904	6,7	781	6,1	+ 123	+ 0,6
Übrige Betriebsaufwendungen	1.492	11,1	1.325	10,3	+ 161	+ 0,8
Betriebsergebnis	- 249	- 1,8	- 316	- 2,5	- 67	- 0,7
Finanzergebnis	- 63	- 0,5	- 36	- 0,3	+ 27	+ 0,1
Jahresfehlbetrag	- 312	- 2,3	- 352	- 2,8	- 40	- 0,5

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen – RTW	7.973	7.275
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen – RTW	2.419	2.212
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen – RTW	1.795	1.844
Periodenfremde Umsatzerlöse Rettungsdienstleistungen	65	79
Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse	4	0
	12.256	11.410
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	398	414
Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	11	10
	12.665	11.834

Zum Jahresergebnis haben vor allem folgende ergebnisbeeinflussende Faktoren beigetragen:

- Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse im Rettungsdienst um TEUR 698 und gegenüber dem Planansatz (TEUR 12.089) um TEUR 167 gestiegenen Umsatzerlöse resultieren aus der Erhöhung der Entgelte und Gebühren für die Leistungen des Rettungsdienstes auf der Grundlage der Entgeltbedarfsrechnung für das Jahr 2012 unter Berücksichtigung stagnierender Einsatzzahlenentwicklung.
- Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst die Sonderpostenaufösungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 245 sowie Sonderpostenaufösungen aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147. Eine weitere Sonderpostenauflösung in Höhe von TEUR 6 entfällt auf den Abgang von Vermögensgegenständen infolge unreparabler Medizintechnikdefekte. Der Rückgang an Sonderpostenaufösungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus den veränderten Finanzierungsgebaren der Sozialleistungsträger zur Finanzierung des Anlagevermögens seit dem Jahr 2009 aus vorfinanzierenden Kreditmitteln. Im Vergleich zum Planansatz von TEUR 396 wurde das Ergebnis um TEUR 2 infolge zeitlich bedingter Abweichungen beim Sonderpostenzugang zur Finanzierung von Sachanlagen sowie dem ungeplanten Abgang von Vermögensgegenständen überschritten.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 304. Ursache hierfür sind insbesondere geringere Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen, Versicherungserstattungen und anderen betrieblichen Erträgen. Im Vergleich zum Planansatz TEUR 717 sind TEUR 5 Mehrerträge resultierend aus Kostenerstattungen Dritter zu verzeichnen.
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen unter Berücksichtigung der Verhandlungsergebnisse mit den Sozialleistungsträgern zur IST – Kostenabrechnung 2012 (Mai 2013) in Höhe von 9.492.976,40 EURO aus. Im Ergebnis der Verhandlungen der Sozialleistungsträger mit den Leistungserbringern wurde der Planansatz im Juni 2012 für das laufende Wirtschaftsjahr 2012 um 102.710,45 EURO infolge zu erwartender erhöhter Aufwendungen durch entsprechende Marktpreisentwicklungen angepasst. Diese Anpassung hatte ergebnisbeeinflussende Wirkung, da die Sozialleistungsträger eine zeitgleiche unterjährige Anpassung der Entgelte/Gebühren ablehnten.
- Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 20 und gegenüber dem Planansatz um TEUR 43. Ursache für die Erhöhung sind insbesondere höhere Aufwendungen für medizinische Verbrauchsmaterialien infolge der veränderter nationaler Qualitätsstandards.
- Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26 nach stellenplangerechter Besetzung aller Planstellen. Darüber hinaus schlugen sich die Tarifierungen (TVöD) erhöhend nieder. Der Planansatz betrug TEUR 1.268 und wurde im Ergebnis eingehalten.
- Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 123 und überschritten den Planansatz im Ergebnis um TEUR 33. Dies begründet sich im Verhältnis der Abschreibungen zum Anteil der Investitionen und deren Beschaffungszeitpunkt.
- Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 167 und weisen gegenüber dem Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 341 aus. Ursache hierfür sind insbesondere Mehraufwendungen für Rechtsanwalts- und Rechtsberatungskosten (TEUR 66) infolge BAG – Abschlussverfahren in 2012 sowie Rechtsberatung und Verfahrensunterstützung zur Ausschreibung der Leistungen des Rettungsdienstes; Mehraufwand für Versicherungsbeiträge (TEUR 11) durch Reserveeinsatzmittelvorhaltung; Mehraufwand durch verschleißbedingt notwendig gewordene Gebäudeinstandhaltungen (TEUR 22) sowie alters- und verschleißbedingte Mehraufwendungen für KFZ – Instandhaltungen (TEUR 72).

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 63	- 36
	- 63	- 36

Der Rückgang des Finanzergebnisses ist auf die seit 2009 veränderten Investitionsgebaren der Sozialleistungsträger zurückzuführen. Die Mehrerlöse aus Vorjahren des Rettungsdienstes waren im Zuge der Ersatzbeschaffungen 2009 aufzulösen. Seit dem Jahr 2010 sind alle größeren Investitionen des Rettungsdienstes aus Kreditmarktmitteln zu finanzieren und über die Abschreibungen des jeweiligen Anlagengutes zu refinanzieren. Dies führte dazu, dass die bis 2009 als Verbindlichkeiten des Rettungszweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern gehaltenen Mehrerlöse aus Vorjahren vollständig für die Ersatzbeschaffung der Einsatzmittel (26 Rettungsdienstfahrzeuge) in 2009 aufgelöst wurden und damit keine Finanzierungsmittel mehr zur Verfügung standen. Da die Mehrerlöse aus Vorjahren zur Finanzierung der Investitionen im Jahr 2009 nicht ausreichten, erfolgte eine Vorfinanzierung aus Mitteln der Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“. Die bis zur Kreditaufnahme in 2010 in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ benötigten Fremdspartenmittel waren zu verzinsen und den Landkreisen als Kostenträger in 2010 zu erstatten. Für den in 2010 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Wirtschaftsjahr 2012 Zinsen in Höhe von 18.273,97 EURO an. Für den in 2011 aufgenommenen Investitionskredit waren im Wirtschaftsjahr 2012 18.998,13 EURO Zinsen zu zahlen.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 6 Wochen Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wirkten sich die nicht im Wirtschaftsjahr 2012 aufgrund von Einsatzstagnation und erhöhten Aufwendungen im Rettungsdienst ausgleichbaren Jahresfehlbetragsvorräte aus 2011 negativ aus. Die Aufwendungen für Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach auf insgesamt 25.267,78 EURO.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes per 31.12.2012 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig. Die Sonderposten werden – da eine Ertragssteuerbelastung des Rettungszweckverbandes nicht besteht – zu 100 % dem Eigenkapital zugerechnet. Der für die im Zuge des Abschlusses der Erbpachtverträge überlassenen Gebäude gebildete Sonderposten aus Nutzungsüberlassung wird zu 100 % dem Fremdkapital zugerechnet.

	2012		Vorjahr		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	4.000	90,56	4.341	102	- 341	- 11,44
Abzüglich						
Sonderposten zum Anlagevermögen	- 1.852	- 41,93	- 2.060	- 48,4	- 208	- 6,47
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	2.148	48,63	2.281	53,6	- 133	- 4,97
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.091	47,34	1.903	44,7	+ 188	+ 2,64
Sonstige kurzfristige Posten	150	3,4	66	1,6	+ 84	+ 1,8
Flüssige Mittel und RAP	28	0,63	6	0,1	+ 22	+ 0,53
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.269	51,37	1.975	46,4	+ 294	+ 4,97
Vermögen insgesamt	4.417	100	4.256	100	+ 161	
Kapital						
Kapitalrücklage	44	0,99	44	1,0	0	-0,01
Gewinnrücklagen	1.548	35,05	1.548	36,4	0	- 1,35
Gewinn-/Verlustvortrag	- 362	- 8,19	- 10	- 0,2	+ 352	+ 7,99
Jahresfehlbetrag	- 312	- 7,05	- 352	- 8,3	- 40	- 1,25
Eigenkapital	918	20,78	1.230	28,9	- 312	- 8,12
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.293	38,46	1.699	49,4	0	- 10,94
Mittel- und langfristiges Kapital	1.293	38,46	1.699	39,9	0	- 10,94
Sonstige Rückstellungen	45	1,02	33	0,8	+ 12	+ 0,22
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.879	33,35	1.040	14,9	+ 836	+ 18,45
Lieferantenschulden	110	2,49	64	1,5	+ 46	+ 0,99
Sonstige kurzfristige Posten	172	3,89	190	4,5	- 18	- 0,61
Kurzfristiges Fremdkapital	2.206	40,76	1.327	31,2	+ 473	+ 9,56
Kapital insgesamt	4.417	100	4.256	100	+ 161	

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2012 zu 48,63 % (TEUR 2.148 - Vorjahr: zu 53,6 %, d. h. TEUR 2.281) aus Anlagevermögen und zu 51,37 % (TEUR 2.269 - Vorjahr: zu 46,4 %, d. h. TEUR 1.975) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermögensentwicklung im Jahr 2012 unter Berücksichtigung der Investitionen im Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von TEUR 572.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2012 zu 20,78 % (TEUR 918 - Vorjahr: 28,9 %, d. h. TEUR 1.230) aus Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Mitteln sowie zu 40,77 % (TEUR 1.293 - Vorjahr: 39,9 %, d. h. TEUR 1.293) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 59,23 % (TEUR 2.206 - Vorjahr: 31,2 %, d. h. 2.206) aus kurzfristigem Fremdkapital. Die Veränderungen im Eigenkapital resultieren insbe-

sondere aus den Verlustvorträgen aus Vorjahren sowie der rückläufigen Entwicklung der Ertragszuschüsse zur anteiligen Vermögensfinanzierung aus Vorjahren. Das kurzfristige Fremdkapital stieg durch die ganzjährige Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung des laufenden Betriebes der Verwaltung.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2012		Vorjahr		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.148	100	2.281	100	- 133
Mittel- und langfristiges Kapital	2.617	121,8	2.929	128,4	- 312
Überdeckung	469	21,8	648	28,4	- 179

Das mittel- und langfristige Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

Zweckgebundene Rücklagen und Gewinne der Vorjahre

Die zweckgebundenen Rücklagen setzen sich zum 31.12.2012 wie folgt zusammen:

Rücklagenbildung 1997	EURO	30.677,51
Rücklagenbildung 1998	EURO	128.322,19
Rücklagenbildung 1999	EURO	197.198,67
Rücklagenbildung 2000	EURO	137.922,62
Rücklagenbildung 2001	EURO	18.062,48
Rücklagenbildung 2002	EURO	473.394,73
Rücklagenbildung 2003	EURO	202.438,74
Rücklagenbildung 2004	EURO	178.510,95
Rücklagenbildung 2005	EURO	281.183,84
Rücklagenbildung 2006	EURO	63.422,70
Rücklagenbildung 2007	EURO	85.820,57
Rücklagenbildung 2008	EURO	12,70
Rücklagenbildung 2009	EURO	1.506,88
Gewinne aus Vorjahren	EURO	206.847,87
Jahresverlust 2010	EURO	- 216.915,25
Auflösung Gewinne aus Vorjahren	EURO	- 206.847,87
Jahresverlust 2011	EURO	- 351.613,69
Jahresverlust 2012	EURO	- 311.572,04
Stand gesamt 31.12.2012	EURO	918.373,60

Das Jahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 311.572,04 EURO ab und entfällt im Ergebnis der Kostenträgerrechnung ganzheitlich auf die Sozialleistungsträger als Kostenträger der Sparte „Rettungsdienst“. Der Jahresfehlbetrag ist im Rahmen der Beschlussfassung der Verbandsversammlung zur Jahresrechnung 2012 auf neue Rechnung vorzutragen und ist gemäß Verhandlungsergebnis mit den Sozialleistungsträgern über die Entgelte des Jahres 2014 auszugleichen.

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Zweckverbandes:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Jahresergebnis	-312	-352
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+905	+781
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	12	-3
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-398	-414
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2	-15
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-293	+32
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	28	-241
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-56	-212
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	+190	+0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	+6	+15
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-572	-1.322
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-376	-1.307
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	+836	+1.536
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-403	-268
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	+433	+1.268
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1	-251
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	6	257
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7	6

Ereignisse nach dem Abschlussstichtag

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde mit Erstellung der Jahresrechnung am 18. März 2013 gefasst. Unberücksichtigt blieben darin zunächst die Ergebnisse der IST – Kostenabrechnungen in der Sparte Rettungsdienst für das Jahr 2012, welche am 21.05.2013 im Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern vom 06. bis 07. Mai 2013 sowie 16. Mai 2013 in die endgültige Jahresrechnung einfließen.

VI. Ausblick und Prognose

Am 11. Februar 2011 trat die Dritte Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung in Kraft. Danach sind die Träger des Brandschutzes und bodengebundenen Rettungsdienstes verpflichtet, Integrierte Regionalleitstellen an vorgegebenen Standorten zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Die am Zweckverband beteiligten Landkreise Mittelsachsen und Leipzig bekannten sich mit ihren Kreistagsbeschlüssen zur gesetzeskonformen Umsetzung der Aufgabe an den Standorten kreisfreien Stadt Chemnitz (Landkreis Mittelsachsen) und kreisfreie Stadt Leipzig (Landkreis Leipzig) bei gleichzeitiger Übertragung der weiteren Aufgaben der materiellen Sicherstellung des Brandschutzes und Rettungsdienstes vom Rettungszweckverband in die Landkreisverwaltungen.

Mit dem Bau der Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig wurde zwischenzeitlich an beiden Standorten begonnen. Mit einer Inbetriebnahme der Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig und Überleitung der Leitstelle Grimma zu den neuen Standorten wird vollzugsseitig im I. Quartal 2016 gerechnet.

Von der Überleitung der Leitstelle Grimma an die Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig ist der Bestand des Zweckverbandes abhängig. Mit Vollzug der Überleitungen der Leitstelle an die Integrierten Regionalleitstellen geht die Überleitung der Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes an die Landkreisverwaltungen einher. Mithin endet die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes mit einer angemessenen den Verband auflösenden Nachlaufzeit, voraussichtlich zum 31.12.2016, da nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) keine Rechtsgrundlage zum Fortbestand des Zweckverbandes mehr besteht. Bis zu diesem Zeitpunkt geht die Geschäftsführung von der Fortführung der wirtschaftlichen Tätigkeiten des Zweckverbandes aus.

Nach § 31 Absatz 1 SächsBRKG wären ab 01.01.2009 die Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes nach Durchführung eines formalen Auswahlverfahrens zu binden gewesen. Der Sächsische Landtag beschloss im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes 2011/2012 über die Aussetzung der Auswahlverfahren bis zum 31.12.2012, um insbesondere im Hinblick auf ergangene Rechtsentscheidungen der Vergabekammern, des Bundesgerichtshofes und Bundesverfassungsgerichts in der Sache durch erforderliche Gesetzesanpassungen reagieren zu können. Zur Sicherung des Rettungsdienstes verlängerte der Rettungszweckverband damit auf der Grundlage von § 12 Absatz 5 SächsLRettDPVO in Verbindung mit Beschlüssen der Verbandsversammlung die mit den Leistungserbringern bestehenden öffentlich – rechtlichen Verträge.

Mit Rechtsbereinigung vom 15.09.2012 wurde das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) der aktuellen Rechtsprechung im Hinblick auf die zwingende Durchführung von Vergabeverfahren zur Erbringung von Leistungen des Rettungsdienstes angepasst.

Der Zweckverband legte bereits aufgrund der sich abzeichnenden Rechtsveränderung in seiner am 03.09.2012 stattgefundenen Verbandsversammlung die Rahmenbedingungen für eine nationale Ausschreibung der Leistungen des Rettungsdienstes fest und begann unmittelbar danach mit den Vorbereitungen unter Hinzuziehung rechtlicher Beratung und Betreuung.

Wesentliche Grundlagen zur Ausschreibung der Leistungen des Rettungsdienstes erschienen in der Verordnung des SMI über die Rettungsdienstplanung im Freistaat Sachsen (SächsLRettDPVO), rechtsbereinigt mit Stand 01.01.2013, so dass die Ausschreibung nach Vollzug der Beteiligung der Sozialleistungsträger am 22.02.2013 im Sächsischen Ausschreibungsblatt erfolgte.

Die Leistungen des Rettungsdienstes wurden in 6 Losen ausgeschrieben. Als Leistungsbeginn ist 01.01.2014 vorgesehen, um erforderliche Nachlaufzeiten der Verträge mit den Bestandsleistungserbringern einhalten und gegebenenfalls auftretenden Verfahren vor der Vergabekammer zeitlich in hinreichendem Maße begegnen zu können.

Im Hinblick auf die Leistungsangebote und deren Kostenkalkulationen sowie etwaige Verfahren vor der Vergabekammer werden erhebliche Risiken für den Zweckverband und dessen Liquidität gesehen.

Grimma, 18.03.2013 / 21.05.2013

C. Schneider

Geschäftsführerin

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050
Fax 034299/705 22
Email info@zaw-wachau.de
Internet

Gründungsdatum 14.05.1994

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

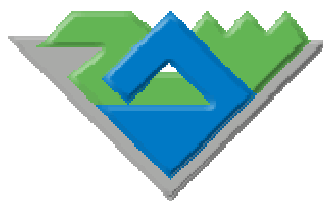
Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Andre Albrecht
Verbandsvorsitzender	Burkhard Jung

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	



Beteiligungsbericht 2012

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen



Stand: Juni 2013

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist mehrheitlich an dem privatwirtschaftlichen Unternehmen Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) beteiligt. Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2012 bildet der geprüfte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2012.


Burkhard Jung
Verbandsvorsitzender des
Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

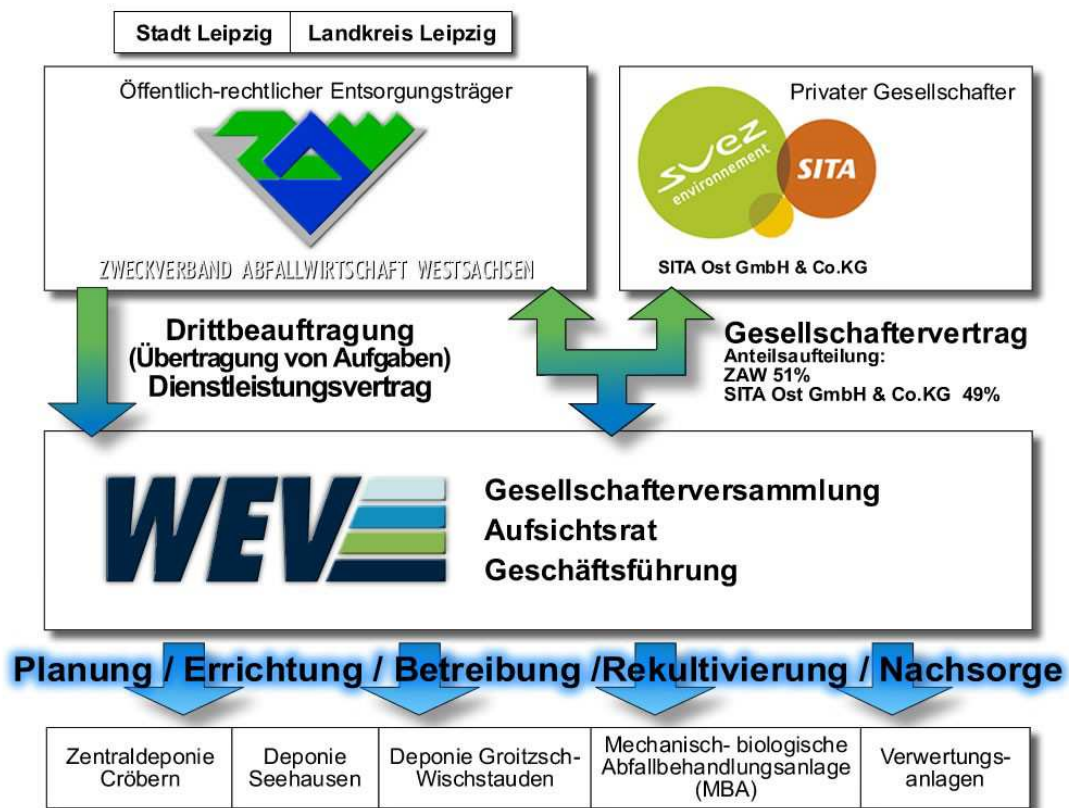
- 1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur
- 2 Einzeldarstellung der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)
 - 2.1 Allgemeine Angaben zur WEV
 - 2.2 Organe der Gesellschaft
 - 2.2.1 Gesellschafterversammlung
 - 2.2.2 Aufsichtsrat
 - 2.2.3 Geschäftsführung
 - 2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie
 - 2.4 Übersicht über die Finanzbeziehungen des ZAW zur WEV
 - 2.4.1 Bürgschaften / Kredite
 - 2.4.2 Erbbaurechtsverträge
 - 2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung
 - 2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV
 - 2.5.1 Bilanzdaten (T€)
 - 2.5.2 GuV Daten (T€)
 - 2.5.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen
 - 2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO
 - 2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung
 - 2.6.2 Qualitätsmanagement
 - 2.6.3 Entwicklung der Unternehmensbereiche
 - 2.6.4 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres
 - 2.6.5 Investitionstätigkeit
 - 2.6.6 Finanz- und Vermögenslage
 - 2.6.7 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge
 - 2.6.8 Wirtschaftliche und technische Risiken
 - 2.6.9 Ausblick

Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Tabellenverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit rund 802.200 Einwohnern (Stand: 30.09.2012, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).

2 Einzeldarstellung der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Gegenstand des Unternehmens sind die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
SITA Ost GmbH & Co. KG	490.000,00 €	49,0 %

2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden des ZAW und der Geschäftsführung der SITA Ost GmbH & Co. KG.

Gesellschafterversammlung 2012:

Burkhard Jung –	Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender des ZAW
Beate Ibiß –	Geschäftsführerin SITA Ost GmbH & Co. KG

Gemäß Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und Gesellschaftervertrag der WEV beschließen die Gremien entsprechend ihrer festgelegten Zuständigkeiten.

2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2012 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Dr. Gey, Gerhard Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Groß, Oliver 1. stellv. Vorsitzender	Geschäftsführer SITA Deutschland GmbH
Herr Rosenthal, Heiko 2. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Frau Ibiß, Beate	Geschäftsführerin SITA Ost GmbH & Co. KG
Herr Trinks, Rüdiger (bis 08.11.2012)	Geschäftsführer SITA Entsorgung Erzgebirge GmbH
Herr Grimm, Oliver (ab 08.11.2012)	Geschäftsführer SITA Rohstoffwirtschaft GmbH

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Scheer, Wilhelm-Friedrich Arbeitnehmervertreter (bis 31.12.2012)	Technischer Angestellter WEV/ Betriebsrat
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW
Herr Georgi, Peter	Kreisrat Verbandsrat ZAW
Herr Niethammer, Hans-Eckert	Leiter Rechtsabteilung SITA Deutschland GmbH

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2012

Abschlussprüfer: Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Leipzig
Petersstr. 39/41
04109 Leipzig

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV ist Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.

2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie

Im Juni 1991 wurde durch die Landkreise Borna, Grimma, Geithain und Leipzig unter Beteiligung der Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik (DWU) GmbH die Zentraldeponie Cröbern Betriebsgesellschaft mbH (ZDC Betriebs GmbH) gegründet. Die DWU hielt 66 2/3 %, die Landkreise teilten sich 33 1/3 % Geschäftsanteile. Der Gesellschaftszweck bestand im Bau und Betrieb der ZDC. Die Stadt Leipzig trat der Gesellschaft 1993 unter der Bedingung bei, dass die kommunalen Gesellschafter 66 2/3 % der Geschäftsanteile übernehmen.

Nach dem Ausscheiden der DWU 1995 hält der ZAW 100 % der Geschäftsanteile. 1998 wird die ZDC Betriebs GmbH zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) umfirmiert. Die WEV übernimmt auch die Betreibung und alle damit verbundenen Tätigkeiten für die Deponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW). Der Gesellschaftszweck wird auf Planung, Bau und Betrieb von Entsorgungsanlagen im westsächsischen Raum, insbesondere im Gebiet des ZAW, und auf alle mit dieser Tätigkeit verbundenen notwendigen Aufgaben ausgedehnt. Seit Oktober 2006 betreibt die WEV die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern.

Nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren verkauft der ZAW im Juli 2001 49% der Geschäftsanteile der WEV an die SITA Ost GmbH & Co. KG.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2012 beträgt 102 (im Vorjahr: 103).

Davon sind 35 Angestellte (im Vorjahr: 35) und 67 Arbeiter (im Vorjahr: 68).

2.4 Übersicht über die Finanzbeziehungen des ZAW zur WEV

2.4.1 Bürgschaften / Kredite

Übersicht zum 31.12.	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	37.017	32.744	28.580	25.477	22.727	19.977

Tabelle 2: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der oben dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

2.4.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtet 2012 Erbbauzinsen in Höhe von 154 T€ an den ZAW.

2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung. Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2012 betrug 130,99 €/t zzgl. Mehrwertsteuer.

2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV

Die Entwicklung des Unternehmens lassen die nachfolgenden Zahlen erkennen.

2.5.1 Bilanzdaten (T€)

AKTIVA				
	2012 Ist	2012 Plan	2011	2010
Anlagevermögen	93.225	95.193	102.574	113.639
Immaterielles Vermögen	25	35	35	61
Sachanlagen	93.194	95.144	102.526	113.578
Finanzanlagen	7	14	14	0
Umlaufvermögen	29.103	21.035	27.643	22.753
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.135	4.517	4.435	5.205
Wertpapiere / liquide Mittel	24.968	16.518	23.208	17.548
Aktive RAP	445	10	10	65
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	58	50	50	0
Bilanzsumme	122.831	116.288	130.277	136.457

PASSIVA				
	2012 Ist	2012 Plan	2011	2010
Eigenkapital	20.594	20.072	20.410	20.003
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000	1.000
Rücklagen	18.896	18.895	18.895	18.895
Bilanzgewinn / -verlust	699	177	515	108
Sonderposten m. RL-anteil	0	0	0	0
Rückstellungen	45.029	38.216	43.315	41.286
Verbindlichkeiten	30.240	30.844	35.239	40.011
Passive RAP	24.667	24.668	28.825	32.855
Passive latente Steuern	2.300	2.488	2.488	2.302
Bilanzsumme	122.831	116.288	130.277	136.457

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2012

2.5.2 GuV Daten (T€)

	2012 Ist	2012 Plan	2011	2010
Umsatz	29.998	30.043	33.344	28.140
Sonstige betriebliche Erträge	2.104	1.531	3.656	6.207
Gesamtleistung	32.102	31.574	37.000	34.347
Materialaufwand	-10.386	-10.454	-11.671	-10.626
Personalaufwand	-4.081	-4.437	-4.494	-4.896
Abschreibungen	-10.309	-10.064	-12.162	-11.101
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-6.923	-6.802	-7.913	-9.091
Betriebliches Ergebnis	403	-183	761	-1.367
Steuern	-219	-155	-354	-273
Jahresergebnis	184	-338	407	-1.640
Vortrag aus Vorjahr	515	515	108	1.748
Bilanzgewinn/-verlust	699	177	515	108

Tabelle 4: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2012

2.5.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2012	2011	2010	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	75,9	78,7	83,3	%
Änderung des Anlagevermögens	90,9	90,3	94,3	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	16,8	15,7	14,7	%
Fremdkapitalquote	83,2	84,3	85,3	%

	2010	2011	2010	Maßeinheit
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	174,2	148,3	119,1	%
Liquidität 2.Grades	206,5	176,6	154,1	%
working capital	11.086	7.836	3.946	T€
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	0,9	2,0	-8,2	%
Gesamtkapitalrendite	3,7	3,7	1,1	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	0,6	1,2	-5,8	%
Pro-Kopf- Umsatz	294,1	323,7	260,6	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	102	103	108	MA
Personalaufwandsquote	13,4	13,1	16,5	%

Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2010 - 2012

2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2012 waren unverändert schwierige Bedingungen am Markt zu verzeichnen. Dabei spielten das weiterhin auf niedrigem Niveau stagnierende Abfallaufkommen sowie die bestehenden Überkapazitäten an Entsorgungsanlagen eine zentrale Rolle.

Die WEV betreibt am ihrem Standort Cröbern eine der leistungsfähigsten mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) Deutschlands sowie eine hochmoderne Deponie. Weiterhin ist die WEV mit der Rekultivierung und Nachsorge von zwei bereits geschlossenen Deponien beauftragt.

Das wirtschaftliche Ergebnis der WEV wird im Wesentlichen von den Erträgen aus den Sparten MBA und Deponiebetrieb bestimmt.

Im Geschäftsjahr 2012 hat die WEV einen Umsatz in Höhe von 30,0 Mio. € (Vorjahr: 33,3 Mio. €) erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr wurde in beiden Sparten weniger Abfall verarbeitet und damit in beiden Sparten weniger Umsatz erzielt.

2.6.2 Qualitätsmanagement

Die WEV wurde auch 2012 als Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 KrWG und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

2.6.3 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

In Jahr 2012 betrug die abgelagerte Ist-Gesamtabfallmenge 364,6 Tt. Die Ist-Gesamtablagerungsmenge teilt sich in 66,1 Tt Rottegut aus der MBA, abgelagerte DK-II Abfälle 160,6 Tt, abgelagerte DK III – Abfälle 81,0 Tt und 56,9 Tt Technologisches Baumaterial (TBM). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes 1996 sind somit 9.034,9 Tt abgelagert worden.

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2012 wurden 163,2 Tt (im Vorjahr: 182,2 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet.

Altdeponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Bauleistungen für die Errichtung eines endgültigen Oberflächenabdichtungssystems wurden für die Altdeponie DSH im Jahr 2012 fortgeführt. Gegenwärtig werden für die Altdeponie DGW die Vorbereitungen zur Ausschreibung für den Bau der endgültigen Oberflächenabdichtung durchgeführt.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandort DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne Vorkommnisse.

2.6.4 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Der ZAW, als Mehrheitsgesellschafter der Gesellschaft, hat Ende 2012 eine Klage gegen die SITA für Ansprüche aus dem Jahr 2009, eingereicht. Nach Einschätzung des ZAW war SITA verpflichtet, im Jahr 2009 bis zu 150.000 Tonnen Abfall in die MBA zu liefern. Da nach Auffassung des ZAW alle Initiativen für eine vertragskonforme Lösung ergebnislos blieben, wurde fristwährend im Dezember 2012 eine Klage eingereicht.

Die WEV hat auf der Grundlage einer Gesellschafteranweisung der Gesellschafterversammlung den Vertrag über die Überlassung von Akquisitions- und Andienungsrechten sowie die Übernahme von Akquisitions- und Auslastungspflichten vom 16.12.2005 mit den Nachtrag Nr. 1 vom 28.06.2006 mit der SITA gekündigt.

Zur Frage des Rechtsanspruches des ZAW auf Bürgschaftsentgelte konnte im Jahr 2012 keine Klärung zwischen den Gesellschaftern erreicht werden. In 2013 ist dies inzwischen erfolgt.

2.6.5 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden Investitionen in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) getätigt. Die wesentlichen Investitionen betreffen die Anschaffung einer Planierdraupe, den Ersatz eines Prozesswasserbehälters, die Bauleistungen im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau des Verwaltungsgebäudes und den Ersatz der EDV-Technik.

2.6.6 Finanz- und Vermögenslage

Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 23,2 Mio. € auf 25,0 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 4,2 Mio. € (Vorjahr: 4,2 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2012 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 4,2 Mio. € (im Vorjahr: 4,0 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungsposten getilgt. Eine wesentliche Auszahlung war die Auflösung für einen Zinsswapvertrag in Höhe von 445 T€.

In 2012 erfolgte keine Ausschüttung an die Anteilseigner.

2.6.7 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des Nachsorgezeitraums im Jahr 2060 unter Berücksichtigung der Kapazität und der Vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 beträgt die Rückstellung für die Zentraldeponie Cröbern 25.927 T€ (im Vorjahr: 23.233 T€).

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde am 30. Juni 2004 stillgelegt. Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge für den Zeitraum bis zum Jahr 2036 beträgt 8.739 T€ (im Vorjahr: 10.203 T€).

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2012 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2032 für das Altfeld in Höhe von 1.244 T€ (im Vorjahr: 1.209 T€) und für das Neufeld in Höhe von 3.583 T€ (im Vorjahr: 3.605 T€) ausgewiesen.

	2010	2011	2012
Zentraldeponie Cröbern	20.287	23.233	25.927
Deponie Seehausen	10.560	10.203	8.739
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	3.604	3.605	3.583
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.214	1.209	1.244
Gesamt	35.665	38.250	39.493

Tabelle 6: Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2010-2012

2.6.8 Wirtschaftliche und technische Risiken

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

Marktrisiken

Wie bereits im Vorjahr festgestellt, hat sich die wirtschaftliche Situation auf Grund stagnierender Abfallmengen auf niedrigem Niveau konsolidiert. In der Branche wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf dem bestehenden Niveau stabilisieren. Für das Jahr 2013 werden keine steigenden Abfallmengen erwartet.

Vertragsrisiken

Vertragsrisiken bestehen weiterhin durch die vertragliche Bindung an die KWD GmbH auf der Grundlage der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zwischen dem ZAW und dem Landkreis Nordsachsen für die Übernahme der heizwertreichen Faktion. Durch den Abschluss eines Vergleiches wurde die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien bis einschließlich 31.05.2013 geregelt. Zwischenzeitlich wurde der Vergleich bis zum 31.12.2014 verlängert.

Zins- und Derivatrisiken

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Ein weiteres Risiko ist die Abweichung von der angenommenen Preissteigerungsrate bei der Rückstellungsbildung. Sollten sich jeweils höhere Teuerungsraten ergeben, müssen die Unterschiedsbeträge aus dem laufenden Ergebnis zugeführt werden.

Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch Kreditwürdigkeitsprüfungen, eine abgeschlossene Warenkreditversicherung, Kreditlimite bzw. durch die Abforderung von Bankbürgschaften sowie ein funktionierendes Mahnwesen begrenzt.

Die Anforderung von Sicherheitsdienstleistungen durch die Landesdirektion Sachsen kann zur Reduzierung der frei verfügbaren Finanzmittel führen und für künftige Investitionen, abhängig vom Investitionszeitpunkt, die bisher nicht geplante Aufnahme von Fremdmitteln erforderlich machen.

Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Berater wurde eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt.

Die in der vorangegangenen Risikoanalyse von 2008 verwendeten Bewertungsgrundlagen wurden an das Risikomanagement der WEV angepasst. Es wurden potentielle Schadensereignisse hinsichtlich Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit analysiert.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

2.6.9 Ausblick

Der seit längerem bestehende Preisdruck auf Entsorgungsunternehmen wird auch im Jahr 2013 anhalten. Aufgrund der bestehenden Überkapazitäten zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen im mitteldeutschen Wirtschaftsraum, wird das inländische Preisniveau für gewerbliche Abfälle weiterhin auf niedrigem Niveau verharren. Sperrmüll- und Hausmüllaufkommen im Verbandsgebiet des ZAW werden weiterhin leicht rückläufig bleiben.

Die Geschäftsführung der WEV erwartet für das Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss, welcher höher liegt als der Jahresüberschuss 2012. In den Folgejahren ist ebenfalls mit positiven Jahresergebnissen zu rechnen.

Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$	x 100 %
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}}$	x 100 %
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	x 100 %
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	x 100 %
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatz}}$	x 100 %
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}}$	x 100 %
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}}$	x 100 %
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2012

Tabelle 2: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2012

Tabelle 4: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2012

Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2010 - 2012

Tabelle 6: Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2010-2012

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
DWU	-	Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik GmbH
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWD	-	Kreiswerke Delitzsch GmbH, Delitzsch
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Beteiligungsübersicht

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350
Fax 035 249 / 735 25
Email info@tba-sachsen.de
Internet <http://www.tba-sachsen.de>

Gründungsdatum 21.02.1991

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Sylvia Schäfer
Verbandsvorsitzender	Michael Geisler

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Umlage	84.096,00
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen – Allg. Angaben zum Unternehmen

Adresse

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz/OT Lenz

E-Mail

info@tba-sachsen.de

Homepage

www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr

1991

Aufgaben und Ziele

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen sammelt und verarbeitet unschädlich die im Verbandsgebiet (Freistaat Sachsen) anfallenden tierischen Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Rechtsform

Zweckverband

Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

Verbandsvorsitzender

Michael Geisler

Mitglieder

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13 Stimmen
Landkreis Bautzen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Görlitz	1 von 13 Stimmen
Landkreis Leipzig	1 von 13 Stimmen
Landkreis Meißen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Nordhausen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13 Stimmen
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Zwickau	1 von 13 Stimmen
Stadt Chemnitz	1 von 13 Stimmen
Stadt Leipzig	1 von 13 Stimmen

Beteiligungen

keine

Gremien

Verbandsversammlung, Verwaltungsrat

Mitglieder Verbandsversammlung

u.a. Michael Geisler, Burkhard Jung

Abschlussprüfer

MENOS GmbH, Wilsdruff

Kurzbildung

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung (ZV TBA) Sachsen ist für die Sammlung und Verarbeitung tierischer Nebenprodukte im gesamten Freistaat Sachsen zuständig. Der Verband besteht seit 1991. Die Wirtschaftsführung des Zweckverbands erfolgt nach dem Sächsischen Eigenbetriebsgesetz. Die heute bestehende Tierkörperbeseitigungsanlage in Lenz ging am 18. Dezember 1995 in Betrieb. Das Investitionsvolumen belief sich dabei auf ca. 25 Mio. EURO. Mit dem Beitritt des Zweckverbandes Chemnitz zum Zweckverband Lenz wurde am 1. April 2004 der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen gebildet. Anstelle seiner Mitglieder übernimmt dieser die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte (z.B. Tierkörper, Schlachtabfälle, Brütereiabfälle).

Situationsbericht

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2012 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des Zweckverbands ist geordnet. Im Jahr 2012 war ein geringer Rückgang der verarbeiteten Menge an Rohware auf ca. 31.000 t (2011: ca. 32.000 t) festzustellen. Ursache dafür ist die anhaltende Kategorisierung, das heißt die Aussortierung von frei zu entsorgenden Bestandteilen und damit die Verringerung der pflichtig in der Tierkörperbeseitigungsanlage zu verarbeitenden tierischen Nebenprodukte. Die Marktpreise für die Produkte Tiermehl, Tierfett und Tierhäute blieben stabil, so dass der Verkauf wesentlich mit zur Kostendeckung beitrug.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Neben der kontinuierlichen Beseitigung von tierischen Nebenprodukten aus der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel- sowie der Pharmaindustrie ist weiterhin ein leistungsfähiger Verarbeitungsbetrieb für den Tierseuchenfall vorzuhalten. Die vorhandene, starkem Verschleiß unterliegende Technik sowohl im Bereich Produktion als auch im Fuhrpark ist kontinuierlich zu ersetzen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Dauerhaftigkeit, die Effizienz sowie die sich ändernden Rohwarenmengen und –zusammensetzungen zu achten. Das System der externen Stell- und Ruheplätze des Fuhrparks ist zu konzentrieren.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

-

Bilanz zum 31. Dezember 2012
des
Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Priestewitz-Lenz

20028/4400/2012/20130617
Druckdatum 20.06.2013

Gewinn- und Verlustrechnung
des
Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Priestewitz-Lenz

für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	<u>EUR</u>	<u>2012 EUR</u>	<u>2011 EUR</u>
1. Umsatzerlöse		4.251.622,59	3.631.953,13
2. Sonstige betriebliche Erträge		2.907.646,74	3.334.679,63
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.747.877,01		1.656.632,88
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.050.277,82</u>		<u>1.539.963,53</u>
		3.798.154,83	3.196.596,41
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.634.529,81		1.580.103,64
b) Soziale Abgaben	<u>310.123,87</u>		<u>301.551,70</u>
		1.944.653,68	1.881.655,34
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		850.864,22	870.982,73
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		694.403,96	1.190.103,92
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		136.001,60	190.768,21
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		18.099,96	14.625,05
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	5.257,92
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>25.294,20</u>	<u>27.429,70</u>
11. Sonstige Steuern		25.294,20	27.429,70
12. Jahresgewinn/Jahresverlust		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Karl-Liebknecht-Straße 8
04107 Leipzig

Tel. 0341 / 22 586 0
Fax 0341 / 22 586 29
Email info@zvnl.de
Internet

Gründungsdatum 30.01.1998

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Unternehmensleitung

Geschäftsführer	Oliver Mietzsch
Verbandsvorsitzender	Dr. Gerhard Gey

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Ertragszuschuss	
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Anschrift: Emilienstraße 15
04107 Leipzig

E-Mail: info@zvnl.de
Internet: www.zvnl.de

Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 08.02.2010 beschloss die Verbandsversammlung die dritte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 9 vom 04.03.2010 veröffentlicht.

Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2012 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

Organe des Verbandes

Verbandsvorsitzender

Herr Dr. Gerhard Gey

Landrat Landkreis Leipzig

Verbandsversammlung

Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Karsten Schütze	Landkreis Leipzig
Herr Martin zur Nedden (bis 22.05.2013)	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Dietmar Kern	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Micheal Czupalla	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen

Verwaltungsrat

Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Martin zur Nedden (bis 22.05.2013)	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Michael Czupalla	Landrat Landkreis Nordsachsen

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

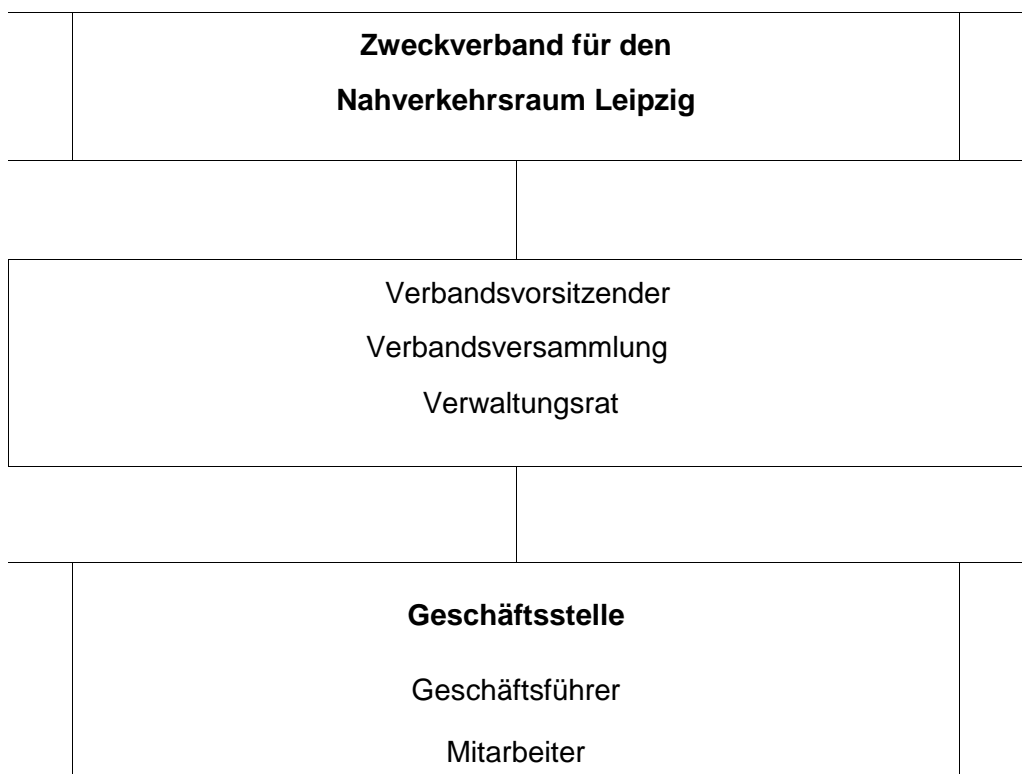
Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.

Die Erweiterung des Verbandsgebietes ist länderübergreifend möglich, sofern die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
- Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
 - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
 - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL gehört die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach ÖPNVFinAusG einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuführen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2012

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2012 - T € -	Stand 31.12.2011 - T € -		Stand 31.12.2012 - T € -	Stand 31.12.2011 - T € -
Anlagevermögen	47,19	51,17	Kapitalposition	9.074,44	4.529,42
Immaterielle Vermögensgegenstände	13,25	9,20	Rücklagen	9.074,44	4.529,46
Sachanlagevermögen	17,62	25,65	Ergebnis	0,00	-0,04
Finanzanlagevermögen	16,32	16,32	Sonderposten	30,87	34,84
Umlaufvermögen	12.767,87	8.354,07	Rückstellungen	1.882,95	1.800,67
Öffentlich-rechtliche Forderungen	6,74	0,62	für Entgeltzahlungen	13,82	7,29
Privatrechtliche Forderungen	3.000,24	2.887,47	für drohende Verpflichtungen	127,51	34,02
Liquide Mittel	9.760,89	5.465,98	für vertragliche	1.741,62	1.759,36

			Verpflichtungen		
Aktiver RAP	9,07	14,89	Verbindlichkeiten	1.835,87	2.055,20
			Passiver RAP	0,00	0,00
Bilanzsumme	12.824,13	8.420,13	Bilanzsumme	12.824,13	8.420,13

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
			- T€ -	- T€ -
1		Zuwendungen	110.687,78	110.405,65
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.121,90	2.164,89
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00
5		Finanzerträge	118,07	71,90
6		sonstige ordentliche Erträge	67,31	30,52
7		ordentliche Erträge	111.995,06	112.672,96
8		Personalaufwendungen	507,17	437,73
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59,60	57,49
10		planmäßige Abschreibungen	22,19	46,46
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	59,49	95,42
12		Transferaufwendungen	106.279,10	112.032,86
13		sonstige ordentliche Aufwendungen	633,59	695,64
14		ordentliche Aufwendungen	107.561,14	113.365,60
15		ordentliches Ergebnis	4.433,92	-692,64
16		Sonderergebnis	0,00	-0,04
17		Gesamtergebnis	4.433,92	-692,68
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
19		Verbleibendes Gesamtergebnis	4.433,92	-692,68

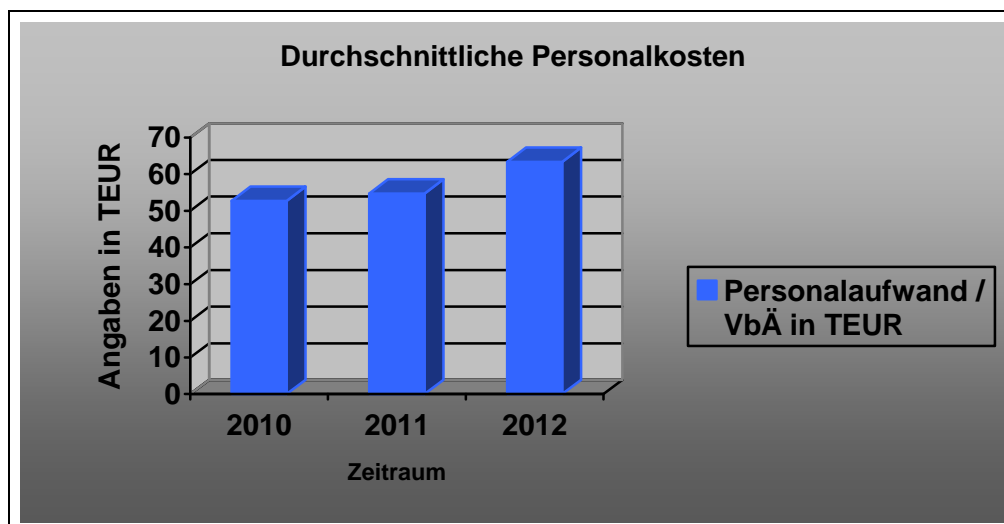
Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2010	2011	2012
	- T€ -	- T€ -	- T€ -
Löhne und Gehälter	328,34	371,34	421,88
Soziale Abgaben	62,62	59,10	77,41
Zuführung zu Rückstellungen	30,74	7,29	7,87
Personalaufwand gesamt	421,70	437,73	507,17

Anzahl der Beschäftigten

	2010 - VbÄ -	2011 - VbÄ -	2012 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	8	8	8
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	52,71	54,72	63,40
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	-7,3%	3,8%	15,9%
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	-7,3%	3,8%	15,9%



Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2012 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Durchführung verschiedener Ausschreibungen im Nahverkehrsraum Leipzig.

Nach erfolgreicher Ausschreibung koordinierte der ZVNL die Zusammenarbeit mit dem Verkehrsunternehmen zur Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes in Abstimmung mit den beteiligten fünf Aufgabenträgern aus vier Bundesländern (Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, Land Brandenburg und Freistaat Sachsen).

Ab Dezember 2013 werden im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit dem Kernstück City-Tunnel Leipzig (CTL) die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland fahren. Das Vergabeverfahren umfasste die Linien S 1 Leipzig-Militzter Allee–CTL–Wurzen–Oschatz, S 2 Bitterfeld–Delitzsch unterer Bahnhof–CTL–Gaschwitz (bis zum Fahrplanwechsel 2015/16), S 3 Halle (Saale) Hbf–Schkeuditz–CTL–Leipzig-Stötteritz, S 4 Hoyerswerda–Falkenberg (Elster)–Torgau–Eilenburg–Taucha–CTL–Borna–Geithain, S 5 Flughafen Leipzig/Halle–CTL–Altenburg–Werdau–Zwickau Hbf sowie S 5x Halle (Saale) Hbf–Flughafen Leipzig/Halle–CTL–Altenburg–Werdau–Zwickau Hbf.

Die Leistungen auf dem Mitteldeutschen S-Bahn-Netz umfassen jährlich rd. 9 Mio. Zkm (Anteil ZVNL: ca. 6,3 Mio. Zkm p. a.) und haben eine Vertragslaufzeit von 12 Jahren. Zukünftig sollen moderne Neubaufahrzeuge vom Typ „E-Talent2“ des Herstellers Bombardier zum Einsatz kommen. In Verbindung mit dem beschleunigten Fahrplankonzept wird es zu einer spürbaren qualitativen Verbesserung im SPNV kommen.

Bereits im Jahr 2009 hat der ZVNL zusammen mit dem Freistaat Thüringen und dem Land Sachsen-Anhalt das europaweite Ausschreibungsverfahren der Verkehrsleistung des sogenannten „Dieselnetzes Ostthüringen“ eingeleitet. Bestandteil des Vergabeverfahrens waren u. a. die Leistungen zwischen Leipzig Hbf und Gera. Insgesamt handelt es sich um eine Verkehrsleistung von jährlich 4,6 Millionen Zkm (Anteil ZVNL: ca. 0,5 Millionen Zkm p. a.) sowie eine Vertragslaufzeit von 12,5 Jahren. Die Zuschlagserteilung erfolgte im August 2010 an die Erfurter Bahn GmbH. Die Erfurter Bahn GmbH nahm den Betrieb des „Dieselnetzes Ostthüringen“ zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2012 auf. Die Qualitätsansprüche an die Bieter waren auch bei dieser Ausschreibung sehr hoch. So kommen auf der Strecke moderne, klimatisierte und behindertengerechte Fahrzeuge des Typs Regio-Shuttle zum Einsatz.

Außerdem wurde das Saale-Thüringen-Südharz-Netz (STS) ausgeschrieben, welches u. a. die Leistungen der heutigen Linie 125 Leipzig Hbf–Weißenfels und deren Weiterführung nach Erfurt bzw. Jena umfasst. Der Zuschlag für das Saale-Thüringen-Südharz-Netz wurde der Abellio Rail GmbH erteilt.

Weiterhin startete im Jahr 2012 die Ausschreibung des MDSB II-Netzes mit der Linie 118 Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Eilenburg, der Linie 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) und des MDSB II-Netzes erfolgt zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015.

Des Weiteren wurde im Jahr 2012 die Ausschreibung des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain, Leipzig Hbf–Chemnitz sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen vorbereitet.

Das Fahrplanangebot blieb 2012 weitgehend unverändert. Somit bestanden die im Jahr 2011 vorgenommenen Kürzungen fort. Das Kürzungskonzept betraf u. a. die Linien MRB 5 Leipzig Hbf–Flughafen Leipzig/Halle, MRB 2/70 Leipzig Hbf–Borna–Geithain, MRB 115 Leipzig Hbf–Eilenburg–Torgau und S 1 Leipzig Hbf–Leipzig-Miltitzer Allee. Die Kürzungen waren notwendig geworden durch die Verabschiedung des sächsischen Doppelhaushaltes für 2011/2012, in dessen Rahmen die Mittelzuweisungen an die sächsischen ÖPNV-Zweckverbände mit Wirkung zum 01. Januar 2011 um 6% reduziert wurden.

Mittelfristige Planung

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer trotz der verringerten wirtschaftlichen Möglichkeiten des ZVNL realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch die Hebung von Einsparpotenzialen im Rahmen laufender Wettbewerbsverfahren und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Insbesondere bei der Ausschreibung des MDSB-Netzes hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird zukünftig die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig steigt.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

Der ZVNL engagierte sich weiterhin im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen stehen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2012 wurden Mio. € 2,5 hierfür bereitgestellt.

Fertiggestellt wurden die ÖPNV-Verknüpfungsstelle Taucha, die P+R-Anlagen in Delitzsch unterer Bahnhof und der 2. Bauabschnitt der Verknüpfungsstelle Dahlen. Begonnen bzw. fortgeführt wurden die Maßnahmen an den Verkehrsstationen Markkleeberg und Dahlen. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde fortgesetzt. Das EFRE-Telematik-Programm des MDV und einer Vielzahl Verkehrsunternehmen im Verbandsgebiet wurde mit Unterstützung des ZVNL begonnen.

Im Stadtgebiet Leipzig konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden. Die Erstellung eines zusätzlichen Aufzugs an der CTL-Station Leuschner Platz wurde finanziell unterstützt. Die Planungen zur Vollsanierung der städtischen Fußgängerbrücke am S-Bahn-Haltepunkt Miltitzer Allee wurden abgeschlossen. Das Anti-Vandalismusprogramm wurde fortgesetzt.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2012 einen Anteil von 3,53% an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



Beteiligungsbericht
des
ZVNL

2013

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig
E-Mail	post@mdv.de
Homepage	www.mdv.de
Gründungsjahr	1998
Unternehmens-gegenstand/ Unternehmenszweck	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.
Rechtsform	GmbH
Stammkapital	73,5 T€
Geschäftsführung	Steffen Lehmann
Gesellschafter	<div> <div>Burgenlandkreis</div> <div>DB Regio AG</div> <div>Erfurter Bahn GmbH</div> <div>GbR der Verkehrsunternehmen Delitzsch</div> <div>GbR der Verkehrsunternehmen Muldentalkreis</div> <div>GbR der Verkehrsunternehmen Torgau-Oschatz</div> <div>HAVAG Hallesche Verkehrs-AG</div> <div>Landkreis Altenburger Land</div> <div>Landkreis Leipzig</div> <div>Landkreis Nordsachsen</div> <div>Landkreis Saalekreis</div> <div>Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</div> <div>Leobus GmbH</div> <div>Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA)</div> <div>Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH</div> <div>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH</div> <div>Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH</div> <div>Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH</div> <div>Stadt Halle (Saale)</div> <div>Stadt Leipzig</div> <div>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg</div> <div>Veolia Verkehr GmbH</div> <div>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</div> </div> <div> <div>3,54%</div> <div>5,99%</div> <div>0,41%</div> <div>1,70%</div> <div>1,70%</div> <div>1,70%</div> <div>10,95%</div> <div>1,02%</div> <div>3,54%</div> <div>3,54%</div> <div>3,54%</div> <div>15,92%</div> <div>1,70%</div> <div>2,99%</div> <div>1,02%</div> <div>1,70%</div> <div>1,70%</div> <div>3,40%</div> <div>12,45%</div> <div>15,92%</div> <div>1,02%</div> <div>1,02%</div> <div>3,53%</div> </div>
Beteiligungen	Keine

Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Finanz- und Rechtsausschuss Personalausschuss Verkehrsausschuss
----------------	--

Mitglieder Aufsichtsrat	Martin zur Nedden, Vorsitzender Francois Girard, 1. stellvertretender Vorsitzender (bis 31.12.2012) Vinzenz Schwarz (Mitglied ab 01.12.2012; 1. stellvertretender Vorsitzender ab 21.03.2013) Ronny Thieme, 2. stellvertretender Vorsitzender Dr. Wolfram Apitzsch, Mitglied (ab 01.01.2013) Stephan Bog, Mitglied Erich Engel, Mitglied Hartmut Handschak, Mitglied Volker M. Heepen, Mitglied Uwe Heft, Mitglied Jens Herrmann-Kambach, Mitglied Martin Hörl, Mitglied Joachim Hoffmann, Mitglied Ronald Juhrs, Mitglied Dietmar Kern, Mitglied Dr. Linda Kisabaka, Mitglied Egbert Kluge, Mitglied (ab 01.01.2013) Ute Kniesche, Mitglied Prof. Dr. Matthias Krause, Mitglied (am 29.08.2012) Andreas Kultscher, Mitglied (bis 31.12.2012) Klaus Rüdiger Malter, Mitglied Ulf Middelberg, Mitglied Oliver Mietzsch, Mitglied René Pietsch, Mitglied (bis 30.06.2012) Harri Reiche, Mitglied Lothar Riese, Mitglied Uwe Stäglin, Mitglied Angelika Stoye, Mitglied Stephan Georg Wigger, Mitglied (bis 31.03.2013) Karl-Hermann Fahsel, beratendes Mitglied Hans-Jürgen Hummel, beratendes Mitglied Bernd Sablotny, beratendes Mitglied
------------------------------------	--

Abschlussprüfer	Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig
------------------------	--

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich aktuell über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüsse gehalten.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2012 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 76.848,10 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 100.880,67 € (Netto) an den MDV ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Situationsbericht

Das Kalenderjahr 2012 war eines der erfolgreichsten Jahre seit Bestehen des MDV. Die Einnahmen aus den Tarifierlösen der Verkehrsunternehmen stiegen, bereinigt um die Wirkung des Ausscheidens des Alt-Landkreises Döbeln, um 7 Mio. €, d.h. um 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und damit auf insgesamt 166 Mio. €.

Diese positive Entwicklung im gesamten Verbundraum ist das Ergebnis:

- von zusätzlich rd. 1 Mio. Fahrgästen (+0,6 %) in Leipzig und der Region sowie stabilen Fahrgastzahlen in Halle trotz weiterhin verbundweit sinkender Auszubildendenzahlen
- der neu eingeführten und gut nachgefragten Tarifprodukte
- der Preisanhebung zum 1. August 2012
- der trotz deutlicher Kostensteigerung und kaum zusätzlicher Zuschüsse aufrecht erhaltenen Verkehrsleistung der Unternehmen
- der hohen Akzeptanz des handybasierten Informations- und Ticketsystems „easy.go“.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Für das Jahr 2013 ist – neben der Fortführung der Tarifstrategie im „Jedermann-Tarif“ - ein erster Schritt für die Weiterentwicklung der Tarifangebote für junge Leute geplant. Hierzu gehören die Durchführung einer Befragung zur Eruiierung der ÖPNV-Nutzeranteile, der Gründe bei Nicht-Nutzung sowie das Interesse an neuen Tarifprodukten.

Des Weiteren sollen ab dem 01.08.2013 die DB-Ländertickets Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen anerkannt werden, d. h. wenn ein Fahrgast mit einem dieser Ländertickets unterwegs ist, kann er dann auch öffentliche Nahverkehrsmittel Bus und Straßenbahn mitnutzen.

Das in 2012 gestartete EFRE-Telematikvorhaben bildet einen Schwerpunkt der Arbeiten in den Jahren 2013 und 2014. Das Projektende für das EFRE-Vorhaben ist zuwendungsbedingt auf Ende 2014 festgelegt.

Die Verbundkommunikation fokussiert sich im Jahr 2013 stark auf die Einführung des Regionalnetzes Bus in Kopplung mit der Einführung des Mitteldeutschen S-Bahnnetzes durch DB Regio. Hierfür erfolgt im ersten Schritt eine Ausschreibung für die Bindung einer geeigneten Agentur, mit der in der weiteren Folge eine Feinkonzeption erarbeitet und umgesetzt wird.

Für die Kommunikation der Angebote im Freizeitverkehr erarbeitet die MDV-Geschäftsstelle eine neue Konzeption. Ziel ist es, die bisherigen Publikationen „Fahr Rad“ und „Wanderlust“ durch ein neues Medium zu ersetzen. Hierfür besteht insbesondere mit Blick auf die Fahrradbeförderung Handlungsbedarf, da die deutlich gestiegenen Mitnahmezahlen von Fahrrädern stellenweise zu Kapazitätsengpässen geführt haben. Deshalb soll die Kommunikation von Ausflugs- und Erlebnismöglichkeiten im MDV-Gebiet auf eine breitere Basis gestellt werden.

Für den notwendigen Relaunch der MDV-online-Medien www.mdv.de und www.mdv-intranet.de (Bestellportal für die Verbundpartner) beginnen im Jahr 2013 die Vorbereitungen. Durch Einbeziehung interessierter Verbundpartner und über eine enge Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig sollen Synergien genutzt und Kosten für Entwicklung und Umsetzung minimiert werden.

Für 2013 und 2014 sind folgende Schwerpunkte für die verkehrsplanerischen Aufgaben gesetzt:

- Im Modellvorhaben Nahverkehr plus – „Muldentaldreieck“ sollen modellhaft und stellvertretend für den MDV-Raum Erfahrungen und Ideen zur Sicherung und Wiederherstellung der Mobilität im ländlichen Raum entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sollen vor allem die Verkehre abseits der starken Linien betrachtet werden, da diese den wichtigen Binnenvorkehr zwischen den Ortsteilen gewährleisten und als Zubringer zu den starken Achsen fungieren.
- Start des FOPS-Vorhabens (Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden) des Bundesverkehrsministeriums in den Jahren 2013 und 2014, mit der Zielsetzung nachhaltige Ansätze zur regionalen Daseinsvorsorge und nachhaltiger Mobilität erforschen zu lassen.

Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen hat die Verbundgesellschaft Ende 2012 eine Strategiediskussion mit allen Gesellschaftern begonnen.

Dabei stehen insbesondere die folgenden drei zentralen Fragen im Mittelpunkt:

1. Wie werden sich das Mobilitätsverhalten und die systemrelevanten Rahmenbedingungen in den kommenden 10-15 Jahren verändern?
2. Was bedeutet das für den Verbundraum und das Verbundsystem in Mitteldeutschland?
3. Welche Aufgaben und Handlungsfelder ergeben sich daraus für die Gesellschaftergruppen und für die Verbundgesellschaft?

Im Rahmen dieser unter externer Begleitung geführten Strategiediskussion soll bis Ende 2013 eine Strategiekonzeption zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“ entstehen. Dazu werden aktuell in einem ersten Schritt mögliche Szenarien erarbeitet, auf Grundlage derer dann Handlungsempfehlungen abgeleitet werden sollen.

Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2012 Plan		2012 Ist		2011 Ist		2010 Ist	
Anlagevermögen	337	29 %	229	17%	296	22 %	367	25 %
Immaterielles Vermögen	281		175		233		267	
Sachanlagen	56		54		63		100	
Umlaufvermögen	802	70 %	1.109	82%	1.054	77 %	1.101	74 %
Forderungen und sonst. Verm.	419		292		434		504	
Wertpapiere/Liquide Mittel	383		817		620		597	
Aktiver RAP	9	1 %	11	1%	9	1 %	10	1 %
Bilanzsumme	1.148	100%	1.349	100%	1.359	100 %	1.478	100 %

Passiva								
	2012 Plan		2012 Ist		2011 Ist		2010 Ist	
Eigenkapital	465	41 %	461	34%	461	34 %	461	32 %
Gezeichnetes Kapital	73		73		73		73	
Rücklagen	388		388		388		388	
Bilanzgewinn/-verlust	4		0		0		0	
Sonderposten	241	21 %	110	8%	194	14 %	301	20 %
Rückstellungen	120	10 %	142	11%	132	10 %	138	9 %
Verbindlichkeiten	322	28 %	501	37%	475	35 %	386	26 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	322		501		475		377	
Passiver RAP			135	10%	97	7 %	192	13 %
Bilanzsumme	1.148	100%	1.349	100%	1.359	100 %	1.478	100 %

2. G & V – Daten

	2012 Plan	2012 Ist	2011 Ist	2010 Ist
Umsatz	633	512	485	371
Zuschüsse der Gesellschafter	2.415	2.138	2.126	2.232
Sonstige betr. Erträge	356	454	706	537
Gesamtleistung	3.404	3.104	3.317	3.140
Materialaufwand	1.506	1.288	1.528	1.293
Personalaufwand	1.378	1.334	1.289	1.241
Abschreibungen	135	129	136	228
Sonstige betr. Aufwendungen	386	359	370	381
Betriebliches Ergebnis	-1	-6	-6	-3
Finanzergebnis	5	6	6	3
Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis	4	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust				

3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2012 Plan	2012 Ist	2011 Ist	2010 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	29,4 %	17,0 %	21,7 %	24,8 %
Investitionsdeckung	76,2 %	204,0 %	209,2 %	351,4 %
Fremdfinanzierung	49,0 %	51,8 %	51,8 %	45,6 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	40,5 %	34,2 %	33,9 %	31,2 %
Liquidität				
Effektivverschuldung	Keine	Keine	Keine	keine
Liquiditätsgrad I		163,1 %	130,5 %	158,4 %
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	22	19	18	14
Personalaufwandsquote	217,7 %	260,6 %	265,8 %	334,6 %
Zur Information (T€)				
Ertragszuschuss der Stadt Leipzig	347	347	347	347
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	26	26	26	26
Standardbeschäftigte				

Kulturraum Leipziger Raum

Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 / 241 162
Fax 03433 / 241 805
Email Kulturraum.LeipzigerRaum@t-online.de
Internet

Gründungsdatum 01.08.1994

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Unternehmensleitung

Verbandsdirektor	Manfred Schön
Verbandsvorsitzender	Dr. Gerhard Gey

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.931.058,67

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Kulturraum Leipziger Raum
c/o Landkreis Leipzig
Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna

Borna, den 11.11.2012
Kultursekretariat
Dienstgebäude: Stauffenbergstr. 4
04552 Borna
Bearbeiter: Frau Rößler
Telefon: 03433/241 3516
Fax: 03433/241 3598
Internet: www.kulturraum03.de
E-Mail: petra.roessler@kultur-leipzigerraum.de
Az: KR 03/12/Beteiligungsbericht

Beteiligungsbericht 2012

**Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“
Kultursekretariat
Stauffenbergstr. 4
04552 Borna**

1. Entstehung des Zweckverbandes

Zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen wurde der Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ am 01.08.1994 gebildet. Er entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Zweck des Verbandes ist es, bürgernahe, effiziente und wandlungsfähige Strukturen im Kulturbereich zu schaffen.

2. Aufgaben des Zweckverbandes

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturförderung, soweit diese regionale Bedeutung zukommt.

3. Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Landkreis Leipzig	1 Stimme	50 %
Landkreis Nordsachsen	1 Stimme	50 %

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen
Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

4. Organe des Zweckverbandes

Herr Dr. Gey	Landrat des Landkreises Leipzig
Herr Dr. Gey - Landrat	für den Landkreis Leipzig
Herr Czupalla - Landrat	für den Landkreis Nordsachsen
Frau Terpitz	Kreisrätin LK Nordsachsen
Herr Deneß	Kreisrat LK Nordsachsen
Herr Henjes	Kreisrat LK Nordsachsen
Herr Rühling	Kreisrat LK Nordsachsen
Frau Dr. Lantzsich	Kreisrätin LK Leipzig
Herr Schmidt	Kreisrätin LK Leipzig
Frau Gangloff	Kreisrätin LK Leipzig
Herr Berger	Kreisrat LK Leipzig
Herr Dr. Anders	Kulturbeiratsvorsitzender

4.1. Kulturbeirat

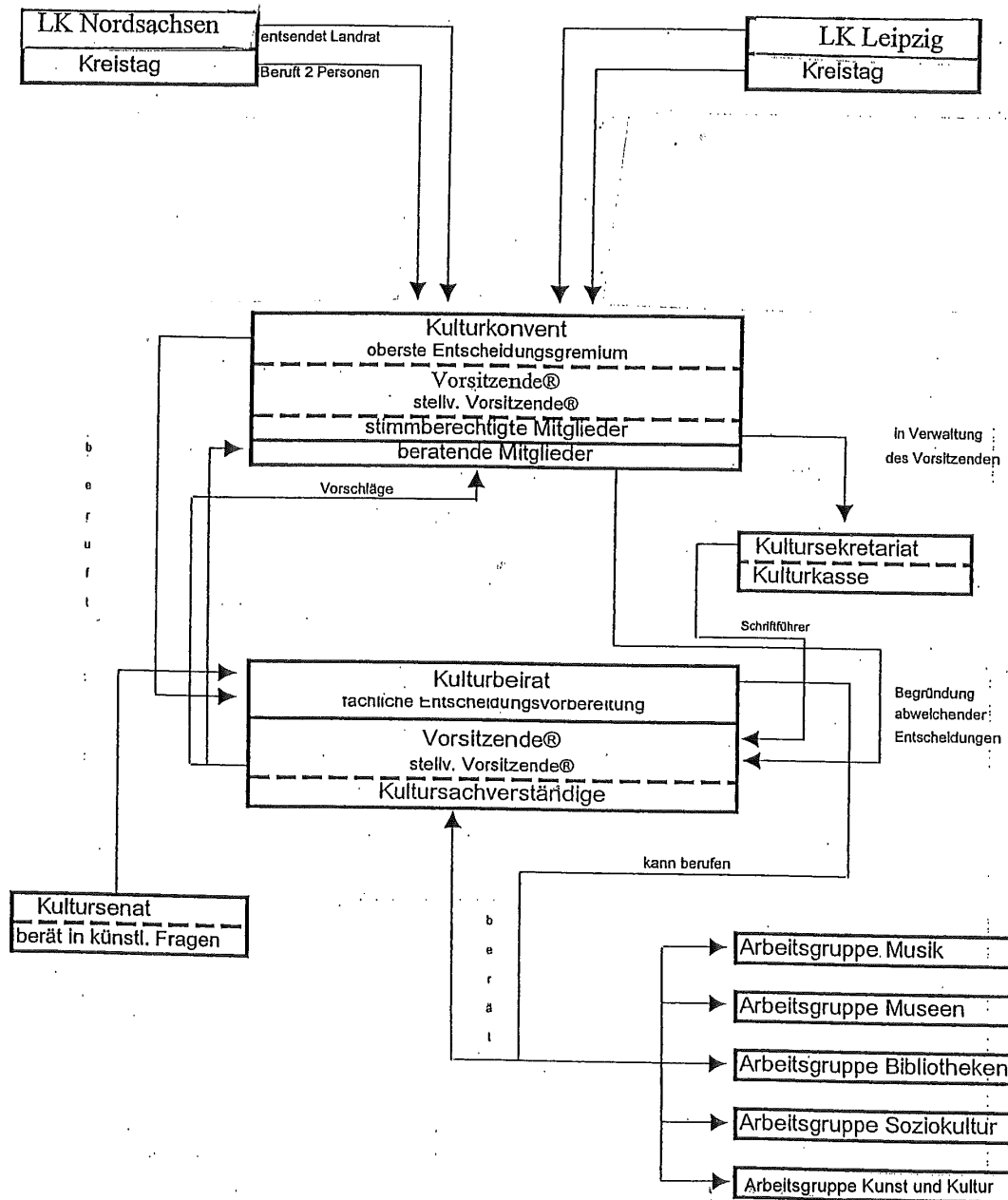
4.1.1 Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Anders	Vorsitzender/Landkreis Leipzig
Frau Jurzok	stellv. Vorsitzende/Landkreis Leipzig
Herr Brünner	Landkreis Nordsachsen
Frau Diedrich	Landkreis Nordsachsen
Herr Flegel	Landkreis Nordsachsen
Herr Krümmel	Landkreis Leipzig
Frau Kötz	Landkreis Leipzig
Frau Masroujah	Landkreis Nordsachsen
Frau Pertermann	Landkreis Leipzig
Herr Rößler	Landkreis Nordsachsen

4.1.2 Mitglieder ohne Stimmrecht

Herr Schön	Kultursekretär
------------	----------------

5. Organigramm



7. Ausgewählte Kennzahlen des Zweckverbandes

7.1 Entwicklung der gezahlten Verbandsumlage

(Vorl. Ergebnis 2012 noch nicht bestätigt)

	2010	2011	Plan 2012	Vorl. Ergebnis 2012
Verbandsumlage des Landkreises Leipzig	1 911 941	1 931 059	1 931 059	1 929 649

7.2 Personalentwicklung

Anzahl der Mitarbeiter:

Der Zweckverband beschäftigt lt. Satzung kein eigenes Personal.

Personalkosten

(Vorl. Ergebnis 2012 noch nicht bestätigt)

	2010	2011	Vorl. Ergebnis 2012
Vergütung Angestellte	215 648	220 905	237.145

Angestellte des Landratsamtes Landkreis Leipzig und des Landratsamtes Landkreis Nordsachsen führen im Auftrag des Kulturkonvents die Tätigkeit im Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ aus.

7.3 Investitionsentwicklung

Im Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ werden keine Bauinvestitionen durchgeführt.

7.4 Planung für die Zukunft

Der am 01.08.1994 gegründete Zweckverband übt seine Tätigkeit auf Grund des Sächsischen Kulturraumgesetzes vom 20.01.1994 aus. Mit rechtsbereinigtem SächsKRG i. d. F. vom 18.08.2008 gilt das Gesetz unbefristet.



Dr. Gey

Vorsitzender des Kulturkonvents

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen
Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

Regionaler Planungsverband Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Bautzner Straße 67
04347 Leipzig

Tel. 0341 / 33 74 16 - 0
Fax 0341 / 33 74 16 - 33
Email
Internet

Gründungsdatum 06.12.1992

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbeobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Unternehmensleitung

Verbandsdirektor	Prof. Dr. Andreas Berkner
Verbandsvorsitzender	Dr. Gerhard Gey

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	10.600,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

**REGIONALER PLANUNGSVERBAND
LEIPZIG-WESTSACHSEN**

**JAHRESRECHNUNG
2012**

Leipzig, den 21. Juni 2013

.....
Prof. Dr. habil. Andreas Berkner
Leiter der Regionalen Planungsstelle

.....
Dr. Gerhard Gey
Verbandsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

0	Vorbemerkungen	4
0.1	Rechtsgrundlagen	4
0.2	Kassenführung	4
0.3	Gesamtübersicht	4
1	Rechenschaftsbericht 2012	5
1.1	Allgemeines	5
1.2	Erläuterungen zur Haushaltsrechnung 2012	5
1.3	Stellenplan	7
1.4	Schuldenstand	7
1.5	Haushaltsreste	7
1.6	Außerplanmäßige Einnahmen/Ausgaben	7
1.7	Zweckgebundene Zuweisung des SMI (Mehrbelastungsausgleich – MBA)	7
1.8	Bestand der Gesamtrücklage	8
2	Abrechnung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012.....	11
3	Kassenabschluss 2012	12
4	Haushaltsrechnung 2012	13
4.1	Verwaltungshaushalt	13
4.1.1	Verwaltungshaushalt/Einnahmen	13
4.1.2	Verwaltungshaushalt/Ausgaben	14
4.2	Vermögenshaushalt	15
4.2.1	Vermögenshaushalt/Einnahmen	15
4.2.2	Vermögenshaushalt/Ausgaben	16
5	Vermögensrechnung 2012.....	17
5.1	Nachweis entsprechend § 45 Gemeindehaushaltsverordnung KomHVO	17
5.2	Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände und Geräte/Software in der Regionalen Planungsstelle Leipzig	18
6	Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012	19

Tabellen

Tabelle 1	Entwicklung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Jahren 2008 bis 2012 in €
-----------	--

Anlagen

Anlage 1	Inventarverzeichnis der Regionalen Planungsstelle (Auszug KAI vom 12.04.2013)
----------	---

0 Vorbemerkungen

0.1 Rechtsgrundlagen

Für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen finden die Vorschriften über die Gemeinwirtschaft entsprechende Anwendung (§ 88 SächsGemO, §§ 41-46 KomHVO des Freistaates Sachsen, § 8 und § 9 der Verbandssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom 09. Mai 2011 (SächsABl./AAz. Nr. 21 v. 26. Mai 2011, S. A 221, A 224). Nach § 88 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18.03.2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) geändert worden ist, ist innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahrs 2012 eine Jahresrechnung für diesen Haushalt aufzustellen und vom Regionalen Planungsverband bis spätestens 31.12.2013 mit Beschluss festzustellen. Der Verband hat für jedes Haushaltsjahr über alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen einen Haushaltsplan mit einer Satzung aufzustellen und nach Schluss des Haushaltsjahrs Rechnung zu tragen.

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2012 wird nach § 9 Abs. 3 der Verbandssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom 09. Mai 2011 (SächsABl./AAz. Nr. 21 v. 26. Mai 2011, S. A 221, A 224) dem Rechnungsprüfungsamt des Landratsamts Nordsachsen übertragen.

0.2 Kassenführung

Gemäß der Vereinbarung über eine Verwaltungsleihe vom 24.11.1994, geändert durch den Geschäftsbesorgungsvertrag vom 10.09.1996 wird die Kasse des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom Landratsamt des Muldentalkreises geführt. Im Zuge der durchgeführten Kreisgebietsreform im Jahr 2008 wird diese Aufgabe vom Landratsamt Leipzig weitergeführt. Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Landkreis Leipzig wurde zuletzt mit Datum vom 31.07.2012 (Beschluss der Verbandsversammlung V/VV 16/02/2012 vom 13.07.2012) geändert. Die Drucklisten befinden sich im Original in der Finanzverwaltung des Landratsamts Leipzig.

0.3 Gesamtübersicht

Für die Jahresrechnung 2012 wurden gemäß § 41 KomHVO des Freistaats Sachsen erstellt:

- Rechenschaftsbericht
- HKR – Haushaltsjahr 2012:

Endgültiger Jahresabschluss	Druckliste	7236	Blatt 1
Übertragung buchmäßiger Kassenbestand	Druckliste	7234	Blatt 1
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 0 bis EP 8)	Druckliste	5261_v1	Blatt 1/VWH
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 0 bis EP 8)	Druckliste	5262_v1	Blatt 1/VMH
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 9)	Druckliste	5263_v1	Blatt 2
HH-Rechnung Gruppierungsübersicht	Druckliste	5271_v2	Blatt 1-12
HH-Rechnung VWHH	Druckliste	5211_v1	Blatt 1-6
HH-Rechnung VMHH	Druckliste	5211_v1	Blatt 7-9
HH-Rechnung ShV	Druckliste	5211_v1	Blatt 10-13
Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV)	Druckliste	52c21	Blatt 1
HH-Rechnung ShV/VuV	Druckliste	52c1	Blatt 1
Gesamtrechnung VWHH	Druckliste	5231_v1	Blatt 1
Gesamtrechnung VMHH	Druckliste	5231_v1	Blatt 2
Gesamtrechnung ShV	Druckliste	5231_v1	Blatt 3
Kassenabschluss	Druckliste	7246	Blatt 1
Kassenabschluss Sachsen	Druckliste	724b	Blatt 1
Abstimmungsblatt (M1)	Druckliste	7244	Blatt 1
Gegenprobe	Druckliste	7243	Blatt 1
Ausweis Kassenreste	Druckliste	7242	Blatt 1 u. 2
HH-Rechnung/Ergebnisblatt	Druckliste	7245	Blatt 1
Tagesabschluss (endgültig)	Druckliste	4331	Blatt 1 u. 1a
Zeitbuch	Druckliste	4332	Blatt 1

1 Rechenschaftsbericht 2012

1.1 Allgemeines

Die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2012 am 13.10.2011 mit einem Gesamtvolumen von 1 384 000,00 € beschlossen (Beschluss Nr. V/VV 13/02/2011). Ein Nachtragshaushalt war 2012 nicht erforderlich. Die Haushaltsrechnung enthält den Planvergleich und das deckungswirtschaftliche Ergebnis.

Der Beschluss der Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans für das Jahr 2012 durch die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen wurde dem Sächsischen Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 18.10.2011 angezeigt. Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Durch die Rechtsaufsichtsbehörde wurden binnen der Frist von einem Monat nach Vorlage der Haushaltssatzung keine rechtlichen Bedenken gegenüber der vorgelegten Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans vorgetragen.

Die öffentliche Bekanntmachung zur Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans 2012 erfolgte im SächsABl./AAz. Nr.51/2011 S. A 522 vom 22. Dezember 2011 sowie in den Amtsblättern der Gebietskörperschaften des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan wurden in der Zeit vom 27. Dezember 2011 und 04. Januar 2012 in den Diensträumen der Regionalen Planungsstelle Leipzig öffentlich ausgelegt. Einsichtnahmen erfolgten nicht. Die ordnungsgemäße Bekanntmachung und das Ergebnis der öffentlichen Auslegung wurden der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 05. Januar 2012 mitgeteilt. Mit Schreiben vom 12. Januar 2012 bestätigte die Rechtsaufsichtsbehörde den ordnungsgemäßen Eingang der Mitteilung über die Bekanntmachung der zur Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012.

Der Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2012 vom 13.10.2011 (Beschluss Nr. V/VV 13/02/2011) enthielt eine Maßgabe. Gemäß § 76 Abs. 1 SächsGemO lag der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 nach Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 38/2011 vom 22. September 2011 Seite A 354 in der Zeit vom 26. September bis 06. Oktober 2011 öffentlich aus. Die Äußerungsfrist endete am 12. Oktober 2011. Während dieser Frist erfolgten keine Äußerungen. Entsprechend einem Hinweis der Rechtsaufsichtsbehörde wurde jedoch die Äußerungsfrist gemäß § 76 Abs. 1 SächsGemO von 7 Arbeitstagen durch den Planungsverband nicht gewährleistet. Aus diesem Grund wurde die Haushaltssatzung 2012 durch die Verbandsversammlung mit der Maßgabe beschlossen, dass die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung unter Einhaltung der in der SächsGemO geforderten Fristen nachgeholt wird. Im Fall von vorgebrachten Hinweisen und Einwendungen hätte in der Verbandsversammlung am 16. Dezember 2011 eine erneute Beschlussfassung erfolgen müssen. Erfolgen keine Einwendungen, gilt die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2012 als beschlossen. Die erneute öffentliche Auslegung erfolgte gemäß Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 44/2011 vom 03. November 2011 Seite A 464 in der Zeit vom 04. November bis 14. November 2011. Die Äußerungsfrist endete am 24. November 2011. Während dieser Frist erfolgten keine Äußerungen. Damit galten die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 als beschlossen.

1.2 Erläuterungen zur Haushaltsrechnung 2012

Die Abrechnung des Haushaltsplans des Haushaltsjahrs 2012 ist für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt unter Beachtung der jeweiligen Ein- und Ausgaben dargestellt. Die Verbandsumlage ist in beschlossener Höhe von 39 700,00 € und der Mehrbelastungsausgleich (MBA) gemäß Art.1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (SächsLPIG) vom 09.09.2005 in der festgelegten Höhe von 1 015 000,00 € in den Haushalt eingeflossen.

Der Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbands ist aus seinem Beschäftigungsverhältnis im laufenden Haushaltsjahr 2010 ausgeschieden. Die Stelle wurde nicht neu besetzt. Die anfallenden Aufgaben wurden im Fachbereich der Regionalen Planungsstelle verteilt. Aus diesem Grund wurde die Kostenstelle 6100/- mit Beginn des Haushaltsjahrs 2011 vollständig zur Minimierung des Verwaltungsaufwands aufgelöst. Die ehemaligen Verrechnungsstellen des VWHH 6100/4001 – Ehrenamt

(Sitzungsgeld, Aufwandsentschädigungen), 6100/6530 – Bekanntmachungen und 6100/6600 – Verfügungsfond des Verbandsvorsitzenden werden in den Kontenrahmen des Fachbereichs der Regionalen Planungsstelle 6101/- integriert. Gleiches gilt für die Einnahmestellen des VWHH als auch des VMHH. Die mit der Übernahme der Aufgaben der Geschäftsstelle durch die Regionale Planungsstelle verbundenen finanziellen Mehraufwendungen im Bereich der Sachkosten, wie Post- u. Fernmeldegebühren, Büromaterial oder Dienstreisen, sind in den jeweiligen Haushaltsstellen berücksichtigt. Im Zuge des Haushaltsjahrs 2012 wurde ein noch unter der Kostenstelle 6100 1300 – Einnahmen aus Verkauf von Druckerzeugnissen bestehender Kasseneinnahmerest in Höhe von 35,40 € als Abgang bereinigt.

Im Verwaltungshaushalt standen den Wenigereinnahmen in Höhe von 130 518,05 € Wenigerausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Der Gesamtrücklage wurden gegenüber dem Entnahmeansatz der Haushaltssatzung von 161 000,00 € Mittel in Höhe von 94 329,70 € zugeführt. Die unter der HHSt. 61010/40010 – Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit – angefallenen Kosten wurden in voller Höhe mit 3 953,60 € gemäß Satzung zur Entschädigung der Mitglieder der Verbandsversammlung vom 24. Juni 2010 (SächsABl./AAz. Nr. 36 vom 09. September 2010, S. A 330) erstattet. Die Aufwendungen für Fahrtauslagen wurden im Abrechnungszeitraum mit 0,25 €/km erstattet.

Für öffentliche Bekanntmachungen und für die Bekanntgabe der Verbandstermine wurden unter der HHSt. 61010/65300 Mittel in Höhe von 2 887,81 € aufgewendet. Für Personalkosten in der Regionalen Planungsstelle (Entgelt, ZVK, AG-Anteil SV) wurden Mittel in Höhe von 793 669,40 € aufgewendet. Damit überstiegen die Personalkosten, wie bereits in den Haushaltsjahren 2010 und 2011, den zweckgebundenen Anteil aus dem MBA von 761 100,00 €. Für das Haushaltsjahr 2012 beträgt der Fehlbetrag 32 569,40 €. Dies führte zu einer Verringerung des Anteils der Personalkosten in der zweckgebundenen Rücklage in gleicher Höhe. Gleichzeitig ist hauptsächlich aufgrund von Tarifierhöhungen eine Steigerung des bereinigten Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 26 788,44 € festzustellen. Durch die Beendigung von Altersteilzeitverträgen konnten die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr jedoch in vergleichbarer Gesamthöhe gehalten werden. Für Mieten u. Betriebskosten wurden 35 812,66 € und für Dienstleistungen Dritter (Bezügerechnung KVS, Kassengeschäfte Landratsamt Leipzig, div. Wartungen) Mittel in Höhe von 12 790,96 € aufgewendet. Für die Nutzung des Dienst-Kfz in der RPS betrugen die Kosten insgesamt 5 935,81 €. Davon entfielen auf die Haushaltsstellen 61010/53200 Kfz-Leasing 3 270,74 € sowie 61010/55000 Haltung von Fahrzeugen 2 665,07 €. Gegenüber dem Haushaltsvorjahr 2011 ist damit keine signifikante Kostenänderung zu verzeichnen. Unter der Haushaltsstelle 61010/65500 – Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten – standen Mittel in Höhe von insgesamt 100 000,00 € zur Verfügung. Für die von den Verbandsgremien beschlossenen oder befürworteten Leistungen für die Rechtsbegleitung und Honorarleistungen betrugen die angefallenen Aufwendungen 36 310,47 €. Gründe für die Nichtinanspruchnahme von geplanten Haushaltsmitteln bestanden u. a. darin, dass geplante Mittel für die Umstellung der kameralistischen auf die doppelte Haushaltsführung nicht in geplanter Höhe in Anspruch genommen werden mussten sowie dass keine Rechtsmittel gegen den Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain eingelegt wurden. Dagegen wurden die geplanten finanziellen Mittel für die beim Sächsischen Obergerichtsgericht und nunmehr beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Gerichtsverfahren im Zuge der Fortschreibung des Kapitels 11 „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Westsachsen für die anwaltliche Vertretung vor Gericht durch die Kanzlei LOH Berlin in Höhe von 26 221,06 € in Anspruch genommen. Zur Herstellung der Gerichtsakten zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung beim Sächsischen Obergerichtsgericht im Zuge der Teilfortschreibung „B 87n“ des Regionalplans Westsachsen mussten insgesamt 2 544,90 € aufgewendet werden. Aufwendungen für Gerichtskosten betrugen im Haushaltsjahr 2012 damit 28 765,96 €. Nach Inanspruchnahme des im MBA zweckgebundenen Anteils von 10 000,00 € und des Anteils in der zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 14 287,32 € verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von 4 478,64 €, welcher die Zunahme der allgemeinen Rücklage im Haushaltsjahr 2012 um den gleichen Betrag mindert. Der Anteil der Rechtsverfolgungskosten an der zweckgebundenen Rücklage beträgt damit zum 31.12.2012 0,00 €.

Für die redaktionelle Erarbeitung des ersten doppelten Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 durch die B & P Gesellschaft für Kommunale Beratung mbH Dresden wurden Leistungen in Höhe von 6 818,70 € gebunden. Für Rechtsberatungen zum Artenschutz und eines Mahnverfahrens durch die Kanzlei Dr. Dammert & Steinförth Leipzig wurden 725,81 € aufgewendet.

1.3 Stellenplan

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 09.09.2005 wurde die Grundlage für den Übergang der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter der Regionalen Planungsstelle Leipzig vom Freistaat Sachsen zum Regionalen Planungsverband Leipzig-West-sachsen geregelt. Im Regionalen Planungsverband Leipzig-West-sachsen hat ab 01.01.2007 der Tarifvertrag nach TVöD (VKA) einheitlich Gültigkeit. Der Regionale Planungsverband Leipzig-West-sachsen ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen e. V. (KAV).

Im Fachbereich Regionale Planungsstelle erfolgte ab 05/2010 zum Ausgleich eines Arbeitsverhältnisses in Altersteilzeit eine bis Ende 04/2012 befristete Neueinstellung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 32 h. Mit Beginn des Haushaltsjahrs 2011 betrug die wöchentliche Arbeitszeit für diese Stelle 40 h. Dieses Dienstverhältnis wurde mit Wirkung zum 01.05.2012 mit Beibehaltung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 h entfristet.

Für eine Bürosachbearbeiterstelle mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 h war im gegenseitigen Einvernehmen eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 h vereinbart. Mit Wirkung vom 01.07.2012 wurde diese Vereinbarung geändert. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt nunmehr 35 h.

Alle anderen Arbeitsverhältnisse im Fachbereich Regionale Planungsstelle bleiben unverändert.

1.4 Schuldenstand

Der Schuldenstand hatte am 31.12.2012 einen Wert von 0,00 €.

1.5 Haushaltsreste

Haushaltseinnahmereste und -ausgabereiste sind im Haushaltsjahr 2012 nicht angefallen.

1.6 Außerplanmäßige Einnahmen/Ausgaben

Außerplanmäßig sind im Verwaltungshaushalt Zinseinnahmen in Höhe von 14 168,13 € zu verzeichnen. Diese resultieren daraus, dass sich die Konditionen am Kapitalmarkt im Haushaltsjahr 2012 nicht wie bei der Haushaltsplanung angenommen weiter verschlechtert haben und keine Mittel aus der Rücklage entnommen werden mussten. Weitere außerplanmäßige Einnahmen wurden in der Haushaltsstelle 61010/ 13000 durch Schutzgebühren auf Druckerzeugnisse in Höhe von 623,00 € sowie in der Haushaltsstelle 61010/17300 durch den zweckgebundenen Druckkostenzuschuss zur Herstellung des Seenkatalogs Mitteldeutschland in Höhe von 1 000,00 € und die Auskehrung im Zuge eines Konkursverfahrens in Höhe von 59,98 € erzielt. Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Klimawandel“ wurden außerplanmäßig 14 665,44 € Bundesmittel zugewendet. Davon waren bereits 3 500,00 € für das Jahr 2011 für den Abschluss eines vorhergehenden Projekts eingeplant, welche aber erst in 2012 ausgereicht wurden. Im Zuge des bereits laufenden Haushaltsjahrs 2012 wurde der Regionale Planungsverband in die 2. Stufe „Versteigerung“ des Modellvorhabens aufgenommen. Die Zuwendungen waren damit im Zuge der Haushaltsplanungen 2012 noch nicht absehbar.

Dem Vermögenshaushalt konnten außerplanmäßig 67 162,78 € vom Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Außerplanmäßige Ausgaben waren nicht zu verzeichnen. Statt der geplanten Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 161 000,00 € konnten der Rücklage 94 329,70 € zugeführt werden.

1.7 Zweckgebundene Zuweisung des SMI (Mehrbelastungsausgleich – MBA)

Mit der Kommunalisierung ab 01.01.2006 sind Personal und Inventar der Regionalen Planungsstelle in den Regionalen Planungsverband Leipzig-West-sachsen übergegangen.

Gemäß Art. 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 09.09.2005 (Säch GVBl. S. 257) wird zur Deckung der Ausgaben für die Regionalplanung im Rahmen der Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben seitens des SMI ein pauschaler Mehrbelastungsausgleich (MBA) für die Regionale Planungsstelle und den Verband gewährt. Auf der Grundlage einer vom SMI in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung wurden die jährlichen Zuweisungen mit Zweckbestimmung als ein jährlicher Pauschalsatz ermittelt. Das Anwachsen der Personalkosten, Absichern von Ersatzinvestitionen (z. B. PC- und Drucktechnik, Büroausstattung) und die Drucklegung und Bekanntmachung

von Regional- und Braunkohlenplänen sowie mögliche Rechtsverfolgungskosten kann zunächst nur durch eine zugeordnete Akkumulation nicht benötigter finanzieller Mittel aus den jeweiligen Haushaltsjahren nach der Kommunalisierung zu Schwerpunkten als „zweckgebundene Rücklage“ abgesichert werden.

Es ist zu beachten, dass die Kostenstellen 6101/6600 – Verfügungsfond des Verbandsvorsitzenden und 6101/6552 – Projektkosten MORO keine Mittel aus dem Mehrbelastungsausgleich erhalten. Somit sind dafür notwendige Aufwendungen durch andere Einnahmen des Planungsverbands oder Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage zu decken.

Für das Haushaltsjahr 2012 stellt sich die Aufteilung des Mehrbelastungsausgleichs auf die einzelnen Kosten- und Haushaltsstellen wie folgt dar:

	Anteile der Haushaltsstellen am zweckgebundenen Mehrbelastungsausgleich (ab Haushaltsjahr 2011)					
	Regionale Planungsstelle			Regionaler Planungsverband		
	Personalkosten	Sachkosten	bew. Sachen AV	Aufwandsentg.	Bekanntmachg.	Rechtsverfolgung
Anteil MBA	761.100,00 €	218.400,00 €		25.500,00 €		10.000,00 €
Haushaltsstellen	61010/ 4120, 4140, 4320, 4340, 4420, 4440, 4500	61010/ 5200, 5300, 5320, 5400, 5500, 5620, 5630, 5700, 6300, 6400, 6450, 6501, 6502, 6510, 6520, 6540, 6550 (antei- lig), 6551, 6580, 6610	61010/9350	61010/4001	61010/6530	61010/6550 (anteilig)

In der Kostenstelle 61010/6550 sind nicht nur die Aufwendungen für die Rechtsverfolgung, sondern auch für Gutachten, Expertisen oder sonstige wissenschaftliche oder ingenieurtechnische Leistungen Dritter geplant. Im Zuge der Jahresrechnung ab dem Haushaltsjahr 2011 (Wegfall Kostenstelle 6100/--Geschäftsstelle) müssen deshalb die Leistungsinhalte zur Reduzierung oder Erhöhung der zweckgebundenen Rücklage exakt getrennt werden. Die zweckgebundene Rücklage ergibt sich aus der Differenz zwischen dem MBA und der in den dargestellten Haushaltsstellen abgerechneten Ergebnisse.

Eine getrennte Aufteilung der zweckgebundenen Zuweisung in Höhe von 218 400,00 € für Sachkosten und bewegliche Sachen des Anlagevermögens erfolgte durch das SMI nicht explizit. Die Aufteilung wird bedarfsgerecht im Zuge der jährlichen Haushaltsplanungen des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen durch eine entsprechende Zuweisung aus dem MBA zum Vermögenshaushalt vorgenommen. Damit kann eine getrennte Akkumulierung in der zweckgebundenen Rücklage vorgenommen werden. Für das Haushaltsjahr 2012 waren für bewegliche Sachen des Anlagevermögens 30 000,00 € aus dem MBA geplant. Damit standen für Sachkosten noch 188 400,00 € aus dem MBA zur Verfügung.

Nicht Inanspruch genommene Mittel aus dem zweckgebundenen MBA werden in der zweckgebundenen Rücklage als Bestandteil der Gesamtrücklage akkumuliert und sind dementsprechend zuerst wieder zweckgebunden einzusetzen.

1.8 Bestand der Gesamtrücklage

Der Mindestbetrag für die allgemeine Rücklage für den Kassenbedarf nach § 20 Abs.2, Satz 2 KomHVO wurde gemäß Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt ermittelt:

Ausgaben des Verwaltungshaushalts

2009	1 160 200,00 €	
2010	1 253 100,00 €	
2011	1 143 000,00	
SUMME	3 556 300,00 €	
Jahresdurchschnitt:	1 185 433,33 €	davon 2 % = 23 708,67 €

Ausgehend vom Stand der allgemeinen Rücklage per 31.12.2012 in Höhe von 281 311,32 € ist eine Überdeckung in Höhe von 257 602,65 € zu verzeichnen.

Die Gesamtrücklage erhöht sich im Ergebnis der Jahresrechnung 2012 um 94 329,70 € auf nunmehr insgesamt 1 166 860,71 €. Sie besteht aus der zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 885 549,39 € und der allgemeinen Rücklage in Höhe von 281 311,32 €. Eine detaillierte Übersicht über die Bildung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Haushaltsjahren von 2008 bis 2012 wird in nachstehender Tabelle 1 gegeben. Damit beträgt die Überdeckung der Gesamtrücklage für den Mindestbetrag nach § 20 Abs.2, Satz 2 KomHVO 1 143 152,04 €.

Aufwendungen für Gerichtskosten betrugen im Haushaltsjahr 2012 insgesamt 28 765,96 €. Nach Inanspruchnahme des im MBA zweckgebundenen Anteils von 10 000,00 € und des Anteils in der zweckgebundenen Rücklage in voller Höhe von 14 287,32 € verbleibt ein Fehlbetrag von 4 478,64 €. Dieser reduziert die Zunahme der allgemeinen Rücklage im Haushaltsjahr 2012. Der Anteil der Rechtsverfolgungskosten an der zweckgebundenen Rücklage beträgt damit zum 31.12.2012 0,00 €.

Bei den Personalkosten setzt sich der Trend der letzten Jahre dahingehend fort, dass die akkumulierten Mittel in der zweckgebundenen Rücklage weiter abschmelzen.

Tabelle 1

**Entwicklung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Jahren 2008 bis 2012
(in €)**

	Anteile an der zweckgebundenen Rücklage						zweckg. Rücklage	allg. Rücklage	Gesamtrücklage
	Regionale Planungsstelle			Regionaler Planungsverband					
	Personalkosten	Sachkosten	bew. Sachen AV	Aufwandsentg.	Bekanntmachg.	Rechtsverfolgung			
Anteil MBA	761.100,00	218.400,00		25.500,00		10.000,00			
Veränderung 2008	58.512,54	60.896,89	12.647,73	15.970,57		10.000,00	158.027,73	-14.880,14	143.147,59
Stand 31.12.2008	296.448,08	249.910,65	22.754,39	45.123,73		1.330,50	615.567,35	64.169,92	679.737,27
Veränderung 2009	-21.404,58	99.857,15	365,50	16.732,33		3.533,54	99.083,94	87.128,44	186.212,38
Stand 31.12.2009	275.043,50	349.767,80	23.119,89	61.856,06		4.864,04	714.651,29	151.298,36	865.949,65
Veränderung 2010	-26.390,96	33.808,26	7.263,35	12.865,59		8.743,36	36.289,60	32.853,25	69.142,85
Stand 31.12.2010	248.652,54	383.576,06	30.383,24	74.721,65		13.607,40	750.940,89	184.151,61	935.092,50
Veränderung 2011	-26.099,19	79.533,34	10.559,73	17.311,93		679,92	81.985,73	55.452,78	137.438,51
Stand 31.12.2011	222.553,35	463.109,40	40.942,97	92.033,58		14.287,32	832.926,62	239.604,39	1.072.531,01
Veränderung 2012	-32.569,40	53.653,98	27.166,92	18.658,59		-14.287,32	52.622,77	41.706,93	94.329,70
Stand 31.12.2012	189.983,95	516.763,38	68.109,89	110.692,17		0,00	885.549,39	281.311,32	1.166.860,71

HHSt 61010/65520 Forschungsprojekt MORO --> Aufwendungen im Ergebnis berücksichtigt (2009 Ausgaben in Höhe von 19 405,20 €, 2010 Ausgaben in Höhe von 60539,60 €, 2011 Ausgaben in Höhe von 10.552,09 € sowie 2012 Ausgaben in Höhe von 33.630,74 € abgezogen)

2 Abrechnung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012

(in €)

Einzelplan nung		Haushaltsansatz			Ergebnis der Jahresrech-	
Nr. Bezeichnung ben		Einnahmen	Ausgaben	Verpfl.	Einnahmen	Ausga- ben
Verwaltungshaushalt						
0 Allgemeine Verwaltung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Schulen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Wissenschaft, Forschung Kulturpflege		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Soziale Angelegenheiten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Bau, Wohnungswesen, Verkehr	1 025 000,00	1 193 000,00	0,00	1 041 313,82	995 319,17	
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8 Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund-u.Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	168 000,00	0,00	0,00	21 168,13	67 162,78	
0-9 Zusammen		1 193 000,00	1 193 000,00	0,00	1 062 481,95	1 062 481,95

Nr. Bezeichnung ben		Einnahmen	Ausgaben	Verpfl.	Einnahmen	Ausga- ben
Vermögenshaushalt						
0 Allgemeine Verwaltung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Schulen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Wissenschaft, Forschung Kulturpflege		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Soziale Angelegenheiten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Bau, Wohnungswesen, Verkehr	30 000,00	30 000,00	0,00	30 000,00	2 833,08	
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8 Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund-u.Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	161 000,00	161 000,00	0,00	67 162,78	94 329,70	
0-9 Zusammen		191 000,00	191 000,00	0,00	97 162,78	97 162,78
Gesamthaushalt		1 384 000,00	1 384 00,00	0,00	1 159 644,73	1 159 644,73

3 Kassenabschluss 2012

(in €)

Bezeichnung	VW-HH	VM-HH	ShV/VW/VS	Gesamthaushalt
-------------	-------	-------	-----------	----------------

EINNAHMEN

Soll-Einnahmen	1 062 517,35	97 162,78	1 839 996,71	2 999 676,84
+ Kassenrest Vorjahr	67,00	0,00	1 072 759,49	1 072 826,49
- Abgang Kassenrest	35,40	0,00	0,00	35,40
- Ist-Einnahmen	1 062 517,35	97 162,78	1 745 765,55	2 905 445,68
Kassen-Einnahmereste	31,60	0,00	1 166 990,65	1 167 022,25

AUSGABEN

Soll-Ausgaben	1 062 481,95	97 162,78	1 839 996,71	2 999 641,44
+ Kassenrest Vorjahr	295,48	0,00	1 072 531,01	1 072 826,49
- Abgang Kassenrest	0,00	0,00	0,00	0,00
- Ist-Ausgaben	1 062 777,43	97 162,78	1 745 505,47	2 905 445,68
Kassen-Ausgabereste	0,00	0,00	1 167 022,25	1 167 022,25

Buchmäßiger Kassenbestand 2012

Ist-Überschuss		0,00	260,08	0,00
Ist-Fehlbetrag	- 260,08			

Folgende Kassenbestände wurden ins Folgejahr 2013 übernommen

Verwaltungs-HH

1.92000.29500.00-000	0,00
1.92000.89500.00-000	

Vermögens-HH

2.92000.39500.00-001	0,00
2.92000.99500.00-001	

ShV/Verwahr u. Vorschuss

4.99000.10010.00-000	390 186,90
4.99000.50020.00-000	

Gesamt	390 186,90
---------------	-------------------

4 Haushaltsrechnung 2012

4.1 Verwaltungshaushalt

4.1.1 Verwaltungshaushalt/Einnahmen

Nr. niger	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- we-
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610	Orts- und Regionalplanung			
6100	Geschäftsstelle/Verband			
6100/1300	Einnahmen aus Verkauf von Druckerzeugnissen	0,00	- 35,40	- 35,40
6101	Fachaufgaben Regionale Planungsstelle			
6101/1000	Verwaltungsgebühren	0,00	0,00	0,00
6101/1300	Einnahmen aus Verkauf von Druckerzeugnissen	300,00	923,80	623,80
6101/1570	Ersätze priv.Nutzung Tel.	0,00	0,00	0,00
6101/1600	Bundesmittel MORO	0,00	14 665,44	14 665,44
6101/1610	Erstattung vom Land: Mehrbelastungsausgleich	985 000,00	985 000,00	0,00
6101/1614	Erstattung von Ausgaben des VWHH	0,00	0,00	0,00
6101/1710	Zuschuss vom Land	0,00	0,00	0,00
6101/1720	Verbandsumlage	39 700,00	39 700,00	0,00
6101/1730	Erstattungen von Zweckver- bänden	0,00	1 059,98	1 059,98
Summe Einzelplan 6 – VWH		1 025 000,00	1 041 313,82	16 313,82
9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	Sonstige allg. Finanzwirtschaft			
9100/2050	Zinseinnahmen	7 000,00	21 168,13	14 168,13
9100/2800	Zuführung v. VMHH	161 000,00	0,00	- 161 000,00
Summe Einzelplan 9 – VWHH		168 000,00	21 168,13	- 146 831,87
Gesamtsumme VWHH		1 193 000,00	1 062 481,95	- 130 518,05
- EINNahmen -				

4.1.2 Verwaltungshaushalt/Ausgaben

Nr. niger	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- we-
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610.	Orts- und Regionalplanung			
6101	Fachaufgaben Regionale Planungsstelle			
6101/4120	Vergütung ATZ	0,00	0,00	0,00
6101/4140	Verg. Angestellte	690 000,00	661 420,48	- 28 579,52
6101/4320	ZVK ATZ	0,00	0,00	0,00
6101/4340	ZVK Angestellte	35 000,00	22 827,74	- 12 172,26
6101/4420	AG-Ant. SV ATZ	0,00	0,00	0,00
6101/4440	AG-Anteil SV	125 000,00	109 421,18	- 15 578,82
6101/4001	Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeit	10 000,00	3 953,60	- 6 046,40
6101/4000		860 00,00	797 623,00	- 62 377,00
6101/5200	Geräte, Ausstattungs-gegenstände	2 000,00	1 107,81	- 892,19
6101/5300	Miete	30 000,00	23 845,35	- 6 154,65
6101/5320	KFZ-Leasing	7 000,00	3 270,74	- 3 729,26
6101/5400	Betriebskosten	15 000,00	11 967,31	- 3 032,69
6101/5500	Fahrzeughaltung	4 000,00	2 665,07	- 1 334,93
6101/5620	Aus- u.Fortbildung	5 000,00	2 274,65	- 2 725,35
6101/5630	Kosten med./tech. AS	1 000,00	562,21	- 437,79
6101/5700	Öffentlichkeitsarbeit	15 000,00	13 784,23	- 1 215,77
6101/6300	Datenverarb., Dienstlstg.	35 000,00	28 689,79	- 6 310,21
6101/6400	Versicherungen	2 500,00	1 841,29	- 658,71
6101/6450	Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung	3 000,00	2 075,53	- 924,47
6101/6501	Bürobedarf	5 000,00	2 164,50	- 2 835,50
6101/6502	Kopierleistungen	15 000,00	12 340,71	- 2 659,29
6101/6510	Bücher u. Zeitschriften	2 000,00	307,54	- 1 692,46
6101/6520	Post- u. Fernmelde-gebühren	10 000,00	4 425,50	- 5 574,50
6101/6530	Öffentl. Bekanntmachg.	7 000,00	2 887,81	- 4 112,19
6101/6540	Dienstreisen	7 000,00	5 335,31	- 1 664,69
6101/6550	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten	100 000,00	36 310,47	- 63 689,53
6101/6551	Projekte Regional-entwicklung	20 000,00	4 005,00	- 15 995,00
6101/6552	Forschungsprojekt MORO	34 500,00	33 630,74	- 869,26
6101/6580	sonstige Geschäfts-ausgaben	10 000,00	3 195,36	- 6 804,64
6101/6600	Verfügun gsmittel VV	2 000,00	553,45	- 1 446,55
6101/6610	Beitr. Arbeitgeberverb.	1 000,00	455,80	- 544,20
		333 000,00	197 696,17	- 135 303,83
Summe Einzelplan 6		1 193 000,00	995 319,17	- 197 680,83

9. Allgemeine Finanzwirtschaft
91. sonstige allg. Finanzwirtschaft

9100/8600	Allg. Zuführung zum Vermögenshaushalt	0,00	67 162,78	67 162,78
-----------	---------------------------------------	------	-----------	-----------

Summe Einzelplan 9		0,00	67 162,78	67 162,78
---------------------------	--	-------------	------------------	------------------

Gesamtsumme VWHH	1 193 000,00	1 062 481,95	- 130 518,05
- AUSGABEN -			

4.2 Vermögenshaushalt

4.2.1 Vermögenshaushalt/Einnahmen

Nr. niger	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- we-
--------------	-------------	---------------------	------------	--------------

6. Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
61. Städteplanung, Vermessung, Bauordnung
610. Orts- und Regionalplanung
6101 Fachaufgaben Regionale Planungsstelle

6101/3610	Zuweisung aus Mehrbelastungsausgleich	30 000,00	30 000,00	0,00
-----------	---------------------------------------	-----------	-----------	------

Summe Einzelplan 6		30 000,00	30 000,00	0,00
---------------------------	--	------------------	------------------	-------------

9. Allgemeine Finanzwirtschaft
91. Sonstige allg. Finanzwirtschaft

9100/3000	Zuführung vom VWHH	0,00	67 162,78	67 162,78
9100/3100	Entnahme aus Rücklagen	161 000,00	0,00	- 161 000,00

Summe Einzelplan 9		161 000,00	67 162,78	- 93 837,22
---------------------------	--	-------------------	------------------	--------------------

Gesamtsumme VMHH	191 000,00	97 162,78	- 93 837,22
-EINNAHMEN-			

4.2.2 Vermögenshaushalt/Ausgaben

Nr. niger	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- we-
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610.	Orts- und Regionalplanung			
6101	<u>Fachaufgaben – Regionale Planungsstelle</u>			
6101/9350	Bewegliche Sachen des Anlagevermögens	30 000,00	2 833,08	- 27 166,92
Summe Einzelplan 6 - Ausgaben VMHH		30 000,00	2 833,08	- 27.166,92
9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	Sonstige allg.Finanzwirtschaft			
9100/9000	Zuführung zum VWHH	161 000,00	0,00	- 161 000,00
9100/9100	Zuführung an Rücklagen	0,00	94 329,70	94 329,70
Summe Einzelplan 9 - Ausgaben VMHH		161 000,00	94 329,70	- 66 670,30
Gesamtsumme VMHH - AUSGABEN -		191 000,00	97 162,78	- 93 837,22

5 Vermögensrechnung 2012

Zum Ende des Haushaltsjahrs 2012 hat die Gesamtrücklage, bestehend aus der zweckgebundenen und der allgemeinen Rücklage, unter Berücksichtigung des ShV einen Endbestand von 1 166 860,71 €. Damit hat sich die Gesamtrücklage gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 von 1 072 531,01 € um 94 329,70 € erhöht.

Der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen war zum 31.12.2012 schuldenfrei.

5.1 Nachweis entsprechend § 45 Gemeindehaushaltsverordnung KomHVO

Konto	01.01.2012 (€)	Zugang (€)	Abgang (€)	31.12.2012 (€)
Deka				
Deka UK 00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Deka UK 01	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Sparkasse Mtl				
2110126470	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
2110111219	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
2110111200	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
1600009685	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
3040499938	250 000,00	0,00	0,00	258 756,99
Zinsen		8 756,99		
DKB				
1008522292	508 184,79	0,00	0,00	518 046,76
Zinsen		9 861,97		
2121385468	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Summe	758 184,79	0,00	0,00	758 184,79
Zinsen		18 618,96		18 618,96
Summe Gesamt	758 184,79	18 618,96	0,00	776 803,75

Im Haushaltsjahr 2012 entwickelten sich die Forderungen aus Geldanlagen wie folgt:

Stand 01.01.2012	758 184,79 €
+ Zugänge	18 618,96 €
./. Abgänge	0,00 €
Stand 31.12.2012	776 803,75 €

Im ShV ist folgende Bestandsentwicklung im Haushaltsjahr 2012 abgebildet:

Stand 01.01.2012	758 184,79 €
+ Zugänge	18 618,96 €
./. Abgänge	0,00 €
Stand 31.12.2012	776 803,75 €

Die in § 45 KomHVO weiter aufgeführten Punkte sind nicht zutreffend.

Die Gesamtrücklage im Haushaltsjahr 2012 entwickelte sich wie folgt:

Stand 01.01.2012	1 072 531,01 €
+ Zugänge	94 329,70 €
./. Entnahme	0,00 €
Stand 31.12.2012	1 166 860,71 €

5.2 Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände und Geräte/Software in der Regionalen Planungsstelle Leipzig

Im Jahr 2012 wurden für die Regionale Planungsstelle folgende Anschaffungen vorgenommen:

Pos.	Art der Anschaffung	Anschaffungskosten
	Hardware	
1	2 Stck. Monitore	511,70 €
2	2 Stck. Monitore	345,10 €
3	1 Notebook	1.220,94 €
	Software	
4	Bildbearbeitungssoftware CS 55	3.313,44 €
5	Update Antivirensoftware (TrendMicro) und Update Hardware-Firewall (ASTARO)	847,88 €
6	2 Lizenzen MS Office 2010 Stand.	544,97 €
	Sonstiges	
7	2 Stck. Schreibtischleuchten	38,00 €
8	1 Stck. Faxgerät	213,01 €
9	Transporthilfe (zus.klappbare Karre)	107,21 €
10	Ordnerregal	228,86 €
11	Regal	181,46 €
12	Franken Flipchart Pro Plus	173,42 €
13	1 Stck. Ersatzbatterie für USV	308,21 €
14	2 x Kabel für Beamer, 7 Stck. Mouse	91,63 €
15	Kurzdistanzprojektor	1.118,60 €
16	GPS-Kamera, Speicherkarte, Tasche	493,54 €

In Vorbereitung der Umstellung der kameralistischen auf die doppische Haushaltsführung mit Beginn des HH-Jahrs 2013 wurde das Inventar des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen auf der Grundlage des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags sowie geltender Dienstanweisungen des Regionalen Planungsverbands durch die Finanzverwaltung des Landratsamts Leipzig aufgenommen und in das Inventarprogramm KAI integriert. Der aktuelle Auszug aus dem Inventarverzeichnis ist als Anlage 1 dieser Jahresrechnung beigefügt.

6 Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

(in €)

	Verwaltungs- HH (VwH)	Vermögens- HH (VmH)	Gesamthaus- halt
1. Soll-Einnahmen (Ansatz)	1 062 517,35	97 162,78	1 159 680,13
2. + Neue Haushalteinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. - Abgang Haushalteinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
3a Abgang Kasseneinnahmereste vom Vorjahr	35,40	0,00	35,40
4. bereinigte Soll-Einnahmen	1 062 481,95	97 162,78	1 159 644,73
5. Soll-Ausgaben (Ansatz)	1 062 481,95	97 162,78	1 159 644,73
6. + Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
7. - Abgang Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
7a. - Abgang Kassenausgabereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
8. bereinigte Soll-Ausgaben	1 062 481,95	97 162,78	1 159 644,73
9. Überschuss/(-) Fehlbetrag (Nr.4 ./ Nr.8)	0,00	0,00	0,00
Nachrichtlich (Haushaltsausgleich)			
10. Soll-Ausgaben VwH enthaltene Zuführung an VmH (Grp. 86*)	67 162,78	-	-
11. Soll-Ausgaben VmH enthaltene Zuführung an VwH (Grp. 90*)	-	0,00	-
12. Mindestzuführung an den VmH 0,00 € (97*1+990*+933*+936*)	-	-	-
13. Soll-Ausgaben VmH – enthaltene Zuführung zur allgemeinen Rücklage (Überschuss, Grp. 910*)	-	94 329,70	-
14. Soll-Einnahme VmH – enthaltene Entnahme aus allgemeiner Rücklage (Grp.310*)	-	0,00	-
15. Fehlbetrag (nicht gedeckte ÜPL/APL)	0,00	0,00	0,00
16. aus Folgejahr(en) gedeckter Soll-Fehlbetrag (Gruppierung 292*/392*)	0,00	0,00	-

Kommunaler Sozialverband Sachsen

Beteiligungsübersicht

Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800
Email post@ksv-sachsen.de
Internet http://www.ksv-sachsen.de

Gründungsdatum 22.01.1993

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Unternehmensleitung

Verbandsdirektor	Andreas Werner
Verbandsvorsitzender	Michael Harig

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	21.595.230,85

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	



Impressum

Herausgeber

Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Telefon: 0341 1266-308

Telefax: 0341 1266-700

E-Mail: post@ksv-sachsen.de

Internet: www.ksv-sachsen.de

Allgemeine Angaben

Dienstsitz des KSV Sachsen

Adresse: Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig
Telefon: 0341 1266-0
Fax: 0341 1266-700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577-0
Fax: 0371 577-282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Sozialhilfeträger
Leistungen an Menschen mit Behinderung zwischen 18 und 65 Jahren
 - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
 - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
 - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag
 - 1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur Beschaffung eines Kfz
 - 1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
 - 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und Kreisfreien Städte
 2. Überörtliche Betreuungsbehörde
 3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
 4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz

5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, SVG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
 - 9.1 Landesversorgungsamt:
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung, Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
 - 9.2 Hauptfürsorgestelle
Leistungen der Kriegsopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
 - 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
 - 9.4 SächsLErzGG, BEEG, BErzG
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
10. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“ ab 1. Juli 2012

Zusammensetzung der Sechsten Verbandsversammlung (01.01.2012 – 31.12.2012)

Vorsitzender der

Verbandsversammlung: Michael Harig, Landrat des Landkreises Bautzen

Mitglieder des KSV Sachsen: (49)

Vertreter in der Sechsten Verbandsversammlung

Landkreis

Nordsachsen	3
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3

Kreisfreie Stadt

Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: keine, weder mittelbar noch unmittelbar
keine Eigenbetriebe

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

**Kurzvorstellung
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der nunmehrige KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderung. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Verwaltungshaushalt
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2012)
in Mio. EUR)

1. Ergebnisrechnung

Erträge:	486.514.741,70
Aufwendungen:	481.357.407,54
Jahresergebnis:	5.157.334,16

2. Finanzrechnung

Einzahlungen:	479.402.539,17
Auszahlungen:	459.947.250,66
Zahlungsmittelüberschuss:	19.455.288,51

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:

Anlagevermögen:	15.893.124,62
Umlaufvermögen:	57.238.189,68
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	1.333.329,52

Passiva:

Kapitalposition:	32.743.908,10
Sonderposten:	78.415,14
Rückstellungen:	8.611.331,46
Verbindlichkeiten:	28.663.679,20
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	4.367.309,92

Bilanzsumme:	74.464.643,82
---------------------	----------------------

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Beteiligungsübersicht

Humboldtstraße 25
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860
Fax 0341 9861109
Email info@sparkasse-leipzig.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Zweckverbandsmitglieder. Aufgabe des Zweckverbandes ist die Bündelung und gemeinsame Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder im Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Der Zweckverband ist Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe.

Unternehmensleitung

Verbandsvorsitzender	Dr. Harald Langenfeld
----------------------	-----------------------

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Allgemeine Angaben

Adresse

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig,
Humboldtstraße 25,
04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

Aufgaben und Ziele

Die Aufgaben bestimmen sich aktuell nach § 2 der gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 24. Juni 2013 geänderten bzw. neu gefassten Satzung des Zweckverbands.

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet (Gebiet der Zweckverbandsmitglieder bzw. Geschäftsgebiet der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig).

Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (im Nachfolgenden „ÖRKSF-G“) der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen.

Bis zum 31. Dezember 2012 war der Zweckverband Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe.

Rechtsform

Zweckverband,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Mitglieder/Stimmenanteile

Stadt Leipzig	15 von 25 Stimmen
Landkreis Leipzig	10 von 25 Stimmen

Beteiligungen (per 31.12.2012)

Sachsen-Finanzgruppe (Anteilseigner; satzungsmäßige Beteiligung am Stammkapital der Sachsen-Finanzgruppe per 31.12.2012 18,93 % bzw. rechnerischer Anteil von 24,38 % unter Berücksichtigung/Herausrechnung eigener Anteile der Sachsen-Finanzgruppe)

Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig (Verbandsmitglied, Stimmenanteil 6 von 10 Stimmen)

Organe

Verbandsversammlung
Verbandsvorsitzender

Mitglieder Verbandsversammlung (per 31.12.2012)

(satzungsgemäß insgesamt 25 Vertreter, davon 15 Stadt Leipzig und 10 Landkreis Leipzig)

Stadt Leipzig:

Burkhard Jung *Verbandsvorsitzender*, Dr. Arnd Besser, Ursula Grimm, Ines Hantschick, Gerd Heinrich, Margitta Hollick, Ute Köhler-Siegel, Annette Körner, Jens Lehmann, Wolfram Leuze, Juliane Nagel, Wolf-Dietrich Rost, Christian Schulze, René Wiesner, Christopher Zenker

Landkreis Leipzig:

Dr. Gerhard Gey *Stellvertretender Verbandsvorsitzender*, Henry Graichen, Dieter Hager, Maik Kunze, Dr. Gabriela Lantzsch, Simone Luedtke, Frank Rudolph, Eberhard Schneidenbach, Karsten Schütze, Klaus Sommer

Kurzvorstellung

Seit Übertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zum 1. Oktober 2000 fungierte der Sparkassenzweckverband als Träger und Anteilseigner des Sachsen-Finanzverbands bzw. seit 1. September 2003 der Sachsen-Finanzgruppe.

Mit dem wirksamen Ausscheiden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreis-sparkasse Leipzig sowie des Landkreises Nordsachsen aus der Sachsen-Finanzgruppe (SFG) zum Ende des Jahres 2012 und der gleichzeitigen Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig hat sich die bisherige Konstellation gravierend verändert. Die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig befindet sich wieder in kommunaler Trägerschaft. Kommunale Träger sind gemeinsam der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zu (gerundet) 85,85 % und der Landkreis Nordsachsen zu (gerundet) 14,15 %. Dieses Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt.

Im Nachgang des Austritts aus der SFG haben die unmittelbaren und mittelbaren Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig eine notwendige und sinnvolle Neuordnung sowie Regelung der Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der trägerschaftlichen Beziehungen vorgenommen. Die diesbezüglichen jeweiligen Beschlussfassungen der betroffenen Körperschaften und der neuen Trägerversammlung wurden am 24. Juni 2013 zum Abschluss gebracht. An diesem Tag trat auch die „Öffentlich-rechtliche Trägervereinbarung zwischen dem Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, bestehend aus den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig, und dem Landkreis Nordsachsen zur Ausübung der Trägerschaft über die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig“ (nachfolgend kurz „Trägervereinbarung“ genannt) in Kraft. Die Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, die Ausübung der Trägerbefugnisse, Beziehungen zwischen den unmittelbaren und mittelbaren Trägern der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie sonstige Vorstellungen der Vertragsbeteiligten bestimmen sich nunmehr – neben den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften – nach dieser Trägervereinbarung.

Ein wesentliches Element der neuen Konstellation sowie Regelungsgegenstand der Trägervereinbarung ist die durch den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und den Landkreis Nordsachsen gebildete „Trägerversammlung“. Der neuen Trägerversammlung als Beratungs- und Beschlussgremium obliegen insbesondere die Angelegenheiten, die das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (im Nachfolgenden „ÖRKSF-G“) den Vertretungen der Träger von kommunalen Sparkassen zuweist. In die für die laufende kommunale Wahlperiode aus insgesamt neunundzwanzig Vertretern bestehende Trägerversammlung entsendet für den Träger Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig die Stadt Leipzig dreizehn und der Landkreis Leipzig sechs Vertreter; der Träger Landkreis Nordsachsen entsendet zehn Vertreter. In der Trägerversammlung stehen dem Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sechs Stimmen und dem Landkreis Nordsachsen vier Stimmen zu.

Mit Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig entfiel die bisherige originäre Aufgabe des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig, die in der Wahrnehmung der sog. „trägerschaftlichen Restbefugnisse“ bestand. Im Rahmen der neuen Trägerstruktur wurde daher im „Schritt 1“ die Auflösung des „Dach-Zweckverbandes“ (dessen Mitglieder der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Landkreis Nordsachsen waren) beschlossen.

Beteiligungs-, Ausschüttungs- und Haftungsverhältnis

Das satzungsmäßige Beteiligungs- sowie zugleich Ausschüttungs- und Haftungsverhältnis der Verbandsmitglieder des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig untereinander auf Basis des Verhältnisses der Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder – Stadt Leipzig und ehemaliger Landkreis Leipziger Land – wurde zuletzt im Juni 2013 zum Stichtag 31. Dezember 2012 von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig berechnet. Die Berechnung auf Basis der Einwohnerdaten des Statistischen Landesamtes des Freistaats Sachsen zum 31. Dezember 2012 im Geschäftsgebiet der Sparkasse Leipzig ergibt ein aktuelles quotales Verhältnis von rd. 79,19 % (Vorjahr: 79,08 %) für die Stadt Leipzig und rd. 20,81 % (Vorjahr: 20,92 %) für den Landkreis Leipzig.¹

¹ Die aktuelle Bemessungsgrundlage zum Stichtag 31. Dezember 2012 beruht auf der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011. Das Statistische Landesamt hat zwar aktuell auch neue Bevölkerungsdaten zum 31.12.2011 nach den Zensus-Ergebnissen veröffentlicht; die angegebenen Vorjahreswerte zum Innenverhältnis zeigen jedoch die letztmalige Berechnung nach damaligen amtlichen Einwohnerzahlen.

Situationsbericht

Wesentliche Entwicklungen: Austritt aus der Sachsen-Finanzgruppe, Strukturelle Veränderungen

Mit dem Jahr 2012 verbanden sich entscheidende Weichenstellungen für das regionale Sparkassenwesen.

Die Hauptorgane des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und seiner Verbandsmitglieder wie auch des Landkreises Nordsachsen hatten bereits im März 2011 bzw. Mai 2012 Beschlüsse gefasst, die eine einheitliche Beschlusslage für weitere Maßnahmen und Handlungen – zum einen hinsichtlich der Zielstellung einer Auflösung der Sachsen-Finanzgruppe und zum anderen hinsichtlich der Prüfung eines Einzelaustritts aus der SFG – begründeten und entsprechende Aufträge an die Leiter der Verwaltungen enthielten.

Demgemäß wurden durch die Leiter der Verwaltungen notwendige Prüfungen und Arbeitshandlungen für die kommunale Seite eingeleitet und durchgeführt sowie insbesondere auch in der Anteilseignerversammlung bzw. gegenüber der SFG agiert.

Am 29. Juni 2012 wurde das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe“ verkündet und trat (mit Ausnahme seines Artikels 2) am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Das ÖRKSF-G erfuhr damit wesentliche Änderungen hinsichtlich der Zukunft der SFG - insbesondere mit Blick auf die von den kommunalen Anteilseignern der SFG angestrebten Erleichterungen zur Auflösung der Finanzgruppe und zum Ausscheiden eines Anteilseigners aus SFG. Mit der geänderten Fassung des betreffenden § 64 ÖRKSF-G ist die gesetzliche Grundlage für einen erleichterten Austritt jedes SFG-Anteilseigners durch Kündigungsmöglichkeit ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes geschaffen worden. Die gesetzliche Regelung einer möglichen Kündigung (Einzelaustritt) nach § 64 ÖRKSF-G in neuer Fassung bot – als Alternative zu einer Gesamtauflösung der SFG – nunmehr eine entsprechende Handlungsgrundlage für die kommunalen Träger bzw. Anteilseigner der SFG bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, d. h. den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und den Landkreis Nordsachsen, die in diesem Falle nur gemeinsam agieren konnten.

Seitens des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, seiner beiden Verbandsmitglieder (Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig) sowie des Landkreises Nordsachsen wurde sodann mit Beschlussfassungen im Oktober bzw. November 2012 eine übereinstimmende kommunale Beschlusslage hinsichtlich eines Ausscheidens aus der SFG im Wege der Kündigung mit Wirkung zum 31. Dezember 2012, hilfsweise spätestens mit Wirkung zum 31. Dezember 2013, oder vorsorglich einer Gesamtauflösung der SFG mit der jeweils damit verbundenen Wiedererlangung der kommunalen Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig herbeigeführt. Im Rahmen dieser Beschlussfassungen wie auch durch den Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig wurden zudem gleichgerichtete Beschlüsse dahin gehend gefasst, dass die Leiter der jeweiligen Verwaltungen zu sämtlichen vorbereitenden Maßnahmen und Handlungen im Zusammenhang mit einer künftigen Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig unter Einbeziehung der betroffenen Körperschaften und deren derzeitigen Rechtsverhältnisse ermächtigt und beauftragt wurden.

Die vorsorglich von den kommunalen Gremien beschlossene Alternative einer Gesamtauflösung der SFG kam nicht zum Tragen, so dass der Einzelaustritt aus der SFG zu verfolgen und umzusetzen war.

Am 5. November 2012 erfolgte – nach vorheriger Ankündigung – form- und fristgerecht die gemeinsame schriftliche Erklärung der Kündigung gegenüber der Finanzgruppe auf gesetzlicher Grundlage des § 64 ÖRKSF-G, einschließlich eines Antrags auf eine angestrebte Verkürzung der gesetzlichen Frist des § 64 Abs. 1 Satz 3 ÖRKSF-G bzw. eine Verständigung mit der SFG im Sinne von § 64 Abs. 1 Satz 4 ÖRKSF-G. In ihrer Sitzung am 6. November 2012 stimmte die Anteilseignerversammlung der SFG der beantragten Verkürzung der Kündigungsfrist und damit dem Ausscheiden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie des Landkreises Nordsachsen aus der SFG zum 31. Dezember 2012 (jeweils nach Maßgabe der „Gemeinsamen Regeln“) zu. Ebenfalls am 6. November 2012 beschloss die Anteilseignerversammlung der SFG außerdem auch einstimmig diese seit Frühjahr 2012 diskutierten „Gemeinsamen Regeln für die Rückübertragung von Verbundsparkassen“ nebst „Muster-Sparkassen-Rückübertragungsverträgen“, nach denen Kündigungen von Anteilseignern und Rückübertragungen von Trägerschaften betroffener Sparkassen abgewickelt werden sollen.

Mit den damit vorhandenen Beschlusslagen sowohl der zuständigen kommunalen Gremien als auch bei der SFG wurde im Jahr 2012 der Weg eines umzusetzenden frühestmöglichen Ausscheidens aus der SFG mit der damit verbundenen Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig eröffnet.

Am 10. Dezember 2012 unterzeichneten die Vertragsparteien (SFG auf der einen Seite und Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie Landkreis Nordsachsen auf der anderen Seite) den „Sparkassen-Rückübertragungsvertrag“.

Im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt kamen die ausscheidenden kommunalen Anteilseigner überdies weiteren rechtlichen Erfordernissen (nach dem Gesetz über das Kreditwesen, kartellrechtliches Verfahren im Rahmen der Fusionskontrolle nach § 35 ff. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen bzw. „Kartellamtliche Freigabe“, Einholung kommunalaufsichtliche Genehmigung) nach.

Mit Wirkung zum Ablauf des Jahres 2012, d. h. am 31. Dezember 2012, 24.00 Uhr (Ausscheidenszeitpunkt), sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Landkreis Nordsachsen als Anteilseigner aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Zum Ausscheidenszeitpunkt erfolgte die dingliche (Rück-)Übertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auf den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und auf den Landkreis Nordsachsen (kommunale Träger) in Übereinstimmung mit § 64 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 1 Abs. 1 und 3 ÖRKSF-G und gemäß Sparkassen-Rückübertragungsvertrag vom 10. Dezember 2012. Die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig befindet sich seitdem damit wieder in kommunaler Trägerschaft.

Die „Gemeinsamen Regeln“ und der individuelle Sparkassen-Rückübertragungsvertrag vom 10. Dezember 2012 treffen u. a. auch Bestimmungen hinsichtlich einer „angemessenen Gegenleistung“ für die Rückübertragung i. S. d. § 64 Abs. 2 ÖRKSF-G bzw. eines „Abfindungsanspruchs“. So wird auf den Ausscheidenszeitpunkt eine Bewertung durchgeführt und die Höhe des endgültigen Abfindungsanspruchs festgestellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag noch keine verbindliche Bewertung vor; die Höhe des endgültigen Abfindungsanspruchs und mithin die letztlich vom Zweckverband zu tragenden finanziellen Folgen des SFG-Austritts sind insofern noch nicht konkret bezifferbar. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der endgültige Abfindungsanspruch im Rahmen des bei den seinerzeitigen kommunalen Beschlüssen zum Ausscheiden aus der SFG angenommenen möglichen Korridors für einen rechnerischen, durch den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und den Landkreis Nordsachsen zu leistenden Ausgleichsbetrag liegen wird. Durch den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und den Landkreis Nordsachsen wurde im Januar 2013 im Übrigen bereits von der vereinbarten Möglichkeit einer Vorauszahlung an die SFG auf den endgültigen Abfindungsanspruch in Höhe des festgelegten sog. vorläufigen Abfindungsanspruchs (T€ 15.571) Gebrauch gemacht. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig übernahm hiervon einen Anteil am Anzahlungsbetrag in Höhe von 85,85 % (gerundet). Analog wird nach dem sich aus den seinerzeitigen SFG-Beteiligungen der beiden kommunalen Träger ergebenden rechnerischen Innenverhältnis eine abschließende Ausgleichszahlung gegenüber der SFG aufgeteilt werden.

Die Vorbereitung der künftigen Ausgestaltung/Regelung der kommunalen Trägerstruktur und trägerschaftlichen Beziehungen bildete einen umfänglichen Aufgabenschwerpunkt im ersten Quartal 2013. Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, die Landräte der Landkreise Leipzig und Nordsachsen sowie die Verbandsvorsitzenden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse trafen entsprechend der übereinstimmenden Auftragslage die erforderlichen Vorbereitungen zur Herbeiführung von Beschlüssen zur künftigen Ausgestaltung/Regelung der kommunalen Trägerstruktur, der trägerschaftlichen Beziehungen und anderweitiger Vereinbarungen sowie Satzungsanpassungen. Die notwendigen Beschlüsse der Vertretungen der betroffenen Körperschaften sowie der neuen Trägerversammlung wurden im Mai bzw. Juni 2013 gefasst. Seitens der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig erfolgte die Beschlussfassung am 24. Juni 2013; die Beschlusspunkte erstreckten sich hierbei auf eine grundsätzliche Befürwortung, die „Öffentlich-rechtliche Trägervereinbarung“, die Auflösung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig, die Änderung (Neufassung) der Satzung des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, die Änderung (Neufassung) der Satzung der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie eine weitere Information der Verbandsversammlung.

Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes im Jahr 2012

Wie schon in der Vergangenheit hat auch im Berichtsjahr eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nicht stattgefunden. Der Zweckverband verzeichnete im Haushaltsjahr 2012 neuerlich eine „Null-Haushaltssituation“: Sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben jeweils auf € 0, was auch der für das Haushaltsjahr 2012 erlassenen Haushaltssatzung nebst (kameralen) Haushaltsplanung entsprach. Der Zweckverband hatte keine Beschäftigten. Der Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten des Zweckverbandes wurden gemäß dessen Satzung von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig getragen.

Mittelfristige Planung

Der Zweckverband und dessen Organe werden zunächst weiterhin im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben bzw. der Bestimmungen der neu gefassten Verbandssatzung tätig sein. Ein wichtiger perspektivischer Punkt für den Sparkassenzweckverband und die beteiligten Gebietskörperschaften ist jedoch der im Rahmen der neuen Trägerstruktur für die Sparkasse Leipzig ausdrücklich mit befürwortete und in der Trägervereinbarung bereits angelegte „Schritt 2“ hinsichtlich einer künftigen Neuordnung der Trägerstruktur und trägerschaftlicher Beziehungen. So sollen auf mittlere Sicht – d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger – die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig soll dann aufgelöst werden. In der Trägerkonstellation der sog. „Gemeinschaftssparkasse“ Leipzig fände sich dann kein Zweckverband mehr, was strukturell eine weitere Erleichterung bedeutet. Der angestrebte „Schritt 2“ bleibt aber neuerlichen Entscheidungen der betroffenen Körperschaften vorbehalten.

Die Finanzierung seines Anteils an einem an die SFG zu zahlenden Wertausgleich in Folge des SFG-Austritts stellt der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig durch eine – genehmigte – Kreditaufnahme dar; die Refinanzierung ist über erwartete künftige anteilige Ausschüttungen der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig an die kommunalen Träger vorgesehen. Diese Sachverhalte sind wesentlicher Gegenstand der für das Haushaltsjahr 2013 erlassenen Haushaltssatzung und -planung des Zweckverbands.

Mit den am 30. Juni 2012 in Kraft getretenen Änderungen des ÖRKSF-G wurden zwar u. a. Erleichterungen für Sparkassenzweckverbände geschaffen. § 1 Abs. 4 ÖRKSF-G (n. F.) regelt, dass § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) auf Sparkassenzweckverbände keine Anwendung finden soll. Die Verweisung auf die entsprechende Anwendung des Gemeindefinanzierungsrechts sowie die Ermächtigung, stattdessen das Eigenbetriebsrecht anzuwenden, gelten somit nach dem Wortlaut des Gesetzes für Sparkassenzweckverbände nicht. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wäre hiernach insbesondere nicht mehr verpflichtet, Haushaltssatzungen zu erlassen. Allerdings äußerte sich das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) dahin gehend, dass der Anwendungsbereich des § 1 Abs. 4 ÖRKSF-G sich nur auf diejenigen Fälle erstrecken könne, in denen einem Sparkassenzweckverband keinerlei Einnahmen oder Ausgaben entstehen. Soweit er jedoch zur Erfüllung von Zahlungspflichten auf Kreditermächtigungen oder alternative Finanzierungsformen angewiesen ist, gelten die Bestimmungen der §§ 58 ff. SächsKomZG unmittelbar.

Vor dem Hintergrund dieser Äußerung des SMI und wegen der vorliegenden Finanzierungs- und Refinanzierungskonstellation im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus der SFG kam der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig dem Erfordernis des Erlasses einer Haushaltssatzung für das Jahr 2013 gemäß § 58 SächsKomZG i. v. m. §§ 74 ff. SächsGemO nach. Erstmals wurde durch den Sparkassenzweckverband dabei ein „doppischer Haushalt“ nach den Bestimmungen für das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen aufgestellt.

Unbeschadet des besonderen Sachverhaltes der Finanzierung des Ausscheidens aus der SFG/der Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig findet eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nach wie vor nicht statt, noch ist eine solche geplant. Der Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten des Zweckverbandes sind gemäß § 12 Absatz 3 der Satzung des Zweckverbandes von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zu tragen. Der Zweckverband unterhält keine Geschäftsstelle. Er hat weder hauptamtliche Bedienstete, noch beschäftigt er ehren- oder nebenamtliches Personal.

Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig

Allgemeine Angaben

Adresse

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig,
Humboldtstraße 25,
04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

2004

Aufgaben und Ziele

Die Aufgaben im Berichtsjahr bestimmten sich nach § 2 der Satzung des Zweckverbandes und korrespondierten mit der bis zum Ende des Jahres 2012 bestandenen Stellung der Verbandsmitglieder als Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe (SFG). Neben der allgemeinen Aufgabe der Förderung des Sparkassenwesens im Zweckverbandsgebiet oblagen dem Zweckverband satzungsgemäß hier- nach die sog. „trägerschaftlichen Restbefugnisse“, insbesondere die Rechte und Pflichten aus § 10 Abs. 1 bis 3, § 11 Abs. 1 und 2, § 56 Abs. 2 Nr. 11 und 12 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (ÖRKSF-G) a. F., die den frühe- ren Trägern nach der Übertragung der Trägerschaft an den ehemaligen kommunalen Sparkassen Leipzig, Torgau-Oschatz und Delitzsch-Eilenburg auf die SFG und der Vereinigung dieser Sparkassen zur Verbundsparkasse Leipzig verblieben waren.

Im Jahr 2013 wurde im Zuge der Neuordnung der Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig die Auflösung des Zweckverbandes, der mit dem Ausscheiden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie des Landkreises Nordsachsen aus der SFG seine bisherige originäre Aufgabe verlor, beschlossen. Die Auflösung des Zweckverbandes ordnet sich in die Gesamtkonzeption zur (vereinfachten) Trägerstruktur für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und zu den trägerschaftlichen Beziehungen nach dem erfolgten SFG- Austritt ein.

Rechtsform

Zweckverband,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Mitglieder/Stimmenanteile

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	6 von 10 Stimmen
Landkreis Nordsachsen	4 von 10 Stimmen

Beteiligungen

Keine

Organe

Verbandsversammlung
Verbandsvorsitzender

Mitglieder Verbandsversammlung (per 31.12.2012)

(satzungsgemäß insgesamt 29 Vertreter, davon 19 Vertreter Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig – 13 Stadt Leipzig, 6 Landkreis Leipzig – und 10 Vertreter Landkreis Nordsachsen)

Stadt Leipzig (Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig):

Burkhard Jung *Verbandsvorsitzender*, Dr. Arnd Besser, Ursula Grimm, Ines Hantschick, Gerd Heinrich, Margitta Hollick, Annette Körner, Wolfram Leuze, Juliane Nagel, Wolf-Dietrich Rost, Christian Schulze, René Wiesner, Christopher Zenker

Landkreis Leipzig (Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig):

Dr. Gerhard Gey *2. Stellvertretender Bandsvorsitzender*, Henry Graichen, Dieter Hager, Dr. Gabriela Lantzsch, Simone Luedtke, Klaus Sommer

Landkreis Nordsachsen:

Michael Czupalla *1. Stellvertretender Bandsvorsitzender*, Edwin Bendrin, Heinz Bieniek, Hans-Jürgen Deutrich, Dr. Michael Friedrich, Mathias Gürke, Friedhelm Kuschel, Roland März, Matthias Müller, Peter Streubel

Kurzzvorstellung

Der Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig entstand im Jahr 2004 als „Dachzweckverband“ im Zusammenhang mit der Vereinigung der Kreissparkasse Torgau-Oschatz auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig. Im Zuge der zum 1. Juli 2005 vollzogenen dinglichen Vereinigung der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurde eine Änderung im Mitgliederbestand des bestehenden Zweckverbands für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig vollzogen (Satzungsänderung zum 28. Oktober 2005). Hiernach trat der neu gegründete Sparkassenzweckverband Nordwestsachsen, dem die Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch als Mitglieder angehörten, an die bisherige Stelle des Landkreises Torgau-Oschatz im Dachzweckverband. Seit dem 1. August 2008 waren der von der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig gebildete Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie der Landkreis Nordsachsen Mitglieder des Zweckverbands. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig verfügte in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig über 6 Stimmen, der Landkreis Nordsachsen über 4 Stimmen.

Der Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig diente bis Ende des Jahres 2012 der Wahrnehmung der sog. „trägerschaftlichen Restbefugnisse“ der ehemaligen kommunalen Träger der Sparkassen gegenüber der vereinigten Verbundsparkasse Leipzig bzw. gegenüber der SFG. Diese umfassten die Wahl des Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie das Vorschlagsrecht gegenüber der Anteilseignerversammlung der SFG zur Auflösung der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig oder deren Vereinigung mit anderen Verbundsparkassen.

Mit dem wirksamen Ausscheiden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreis-sparkasse Leipzig sowie des Landkreises Nordsachsen aus der SFG zum Ablauf des 31. Dezember 2012 und der gleichzeitigen Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig entfiel die bisherige originäre Aufgabe des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig, die in der Wahrnehmung der trägerschaftlichen Restbefugnisse bestand. Im Rahmen der notwendigen und sinnvollen Neuordnung sowie Regelung der Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der trägerschaftlichen Beziehungen im Nachgang des Austritts aus der SFG wurde daher im Jahr 2013 die Auflösung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig beschlossen. Die Ausübung der – umfassenderen – Trägerbefugnisse der beiden kommunalen Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurde durch die betroffenen Körperschaften in einer „Öffentlich-rechtlichen Trägervereinbarung“ geregelt. Hiernach wurde eine neue „Trägerversammlung“ als Beratungs- und Beschlussgremium gebildet, der insbesondere die Angelegenheiten obliegen, die das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe den Vertretungen der Träger von kommunalen Sparkassen zuweist.

Situationsbericht

Wesentliche Entwicklungen: Austritt der Verbandsmitglieder aus der Sachsen-Finanzgruppe, Strukturelle Veränderungen

Die Verbandversammlung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig war im Berichtsjahr in die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Sachsen-Finanzgruppe (SFG) bzw. die verfolgte Absicht, das Sparkassenwesen bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wieder in kommunale Hand zu legen, befassungsseitig eingebunden. So begrüßte sie im Mai 2012 ausdrücklich die vorhandenen Beschlüsse der Vertretungen der Zweckverbandsmitglieder des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und des Kreistages des Landkreises Nordsachsen aus März 2011 bzw. Mai 2012, die eine einheitliche Beschlusslage für weitere Maßnahmen und Handlungen – zum einen hinsichtlich der Zielstellung einer Auflösung der SFG und zum anderen hinsichtlich der Prüfung eines Einzelaustritts aus der SFG – begründeten und entsprechende Aufträge an die Leiter der Verwaltungen enthielten. Sie begrüßte in dem Kontext des Weiteren die Möglichkeit, ein Ausscheiden aus der SFG durch Kündigung noch im zweiten Halbjahr 2012 mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 zuzulassen und damit die gesetzliche Fristenregelung zu verkürzen.

Im November 2012 wurde die Verbandversammlung über die seitens des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, seiner beiden Verbandsmitglieder (Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig) sowie des Landkreises Nordsachsen herbeigeführte übereinstimmende kommunale Beschlusslage hinsichtlich eines Ausscheidens aus der SFG im Wege der Kündigung mit Wirkung zum 31. Dezember 2012, hilfsweise spätestens mit Wirkung zum 31. Dezember 2013, oder vorsorglich einer Gesamtauflösung der SFG mit der jeweils damit verbundenen Wiedererlangung der kommunalen Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig informiert. Sie ermächtigte und beauftragte den Verbandsvorsitzenden zu sämtlichen vorbereitenden Maßnahmen und Handlungen im Zusammenhang mit einer künftigen Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig unter Einbeziehung der betroffenen Körperschaften (Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen, Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig) und deren derzeitigen Rechtsverhältnisse. Bestandteil des seinerzeit bereits skizzierten Zielbildes einer künftigen Trägerstruktur in einem ersten Schritt war u. a. auch schon die Auflösung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig gewesen.

Die Vorbereitung der künftigen Ausgestaltung/Regelung der kommunalen Trägerstruktur und trägerschaftlichen Beziehungen – nach dem zwischenzeitlich zum Ende des Jahres 2012 vollzogenen Austritt aus der SFG – bildete einen umfänglichen Aufgabenschwerpunkt im ersten Quartal 2013. Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, die Landräte der Landkreise Leipzig und Nordsachsen sowie die Verbandsvorsitzenden des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse trafen entsprechend der übereinstimmenden Auftragslage die erforderlichen Vorbereitungen zur Herbeiführung von Beschlüssen zur künftigen Ausgestaltung/Regelung der kommunalen Trägerstruktur, der trägerschaftlichen Beziehungen und anderweitiger Vereinbarungen sowie Satzungsanpassungen. Die notwendigen Beschlüsse der Vertretungen der betroffenen Körperschaften sowie der neuen Trägerversammlung wurden im Mai bzw. Juni 2013 gefasst. Seitens der Verbandversammlung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig erfolgte die Befassung zur neuen Trägerstruktur am 24. Juni 2013; die Verbandversammlung hat hierbei gemäß § 62 Abs. 1 SächsKomZG i. V. m. § 16 und § 6 Abs. 2 Nr. 7 der Verbandssatzung einstimmig die Auflösung des Zweckverbandes beschlossen. Zuvor war bereits die erforderliche Zustimmung durch die Vertretungen der Verbandsmitglieder zu dem Auflösungsbeschluss erteilt worden.

Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes im Jahr 2012

Wie schon in der Vergangenheit hat auch im Berichtsjahr eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nicht stattgefunden. Der Zweckverband verzeichnete im Haushaltsjahr 2012 neuerlich eine „Null-Haushaltssituation“: Sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben jeweils auf € 0, was auch der für das Haushaltsjahr 2012 erlassenen Haushaltssatzung nebst (kameralen) Haushaltsplanung entsprach. Der Zweckverband hatte keine Beschäftigten. Der Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten des Zweckverbandes wurden gemäß dessen Satzung von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig getragen.

Mittelfristige Planung

Auf die vorstehenden Ausführungen, insbesondere die beschlossene und zwischenzeitlich in Kraft getretene Auflösung des Zweckverbandes, wird verwiesen.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Beteiligungsübersicht

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120
Fax 0341 52010122
Email post@kisa.it
Internet http://www.kisa.it

Gründungsdatum 01.01.2004

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Unternehmensleitung

Verbandsvorsitzender	Dr. Hans-Christian Rickauer
Geschäftsführer	Martin Schmeling

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.201.480,12

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Bei Redaktionsschluss lag kein geprüfter und testierter Jahresabschluss zum 31.12.2012 vor.



Beteiligungsbericht

der Kommunalen Informationsverarbeitung
Sachsen
(KISA)

für das Berichtsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1 Vorwort	3
1.2 Organigramm über die Beteiligungen von KISA	3
1.3 Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen der Beteiligungen	4
2. Die Unternehmen	5
2.1 Kommunale Datennetz GmbH	5
2.1.1 Beteiligungübersicht	5
2.1.2 Finanzbeziehungen	6
2.1.3 Organe	6
2.1.4 Sonstige Angaben	6
2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	7
2.1.6 Lagebericht 2012	7
2.2 SASKIA Informations-Systeme GmbH	18
2.2.1 Beteiligungübersicht	18
2.2.2 Finanzbeziehungen	18
2.2.3 Organe	19
2.2.4 Sonstige Angaben	19
2.2.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	19
2.2.6 Lagebericht 2012	20
2.3 Lecos GmbH	27
2.3.1 Beteiligungübersicht	27
2.3.2 Finanzbeziehungen	27
2.3.3 Organe	28
2.3.4 Sonstige Angaben	28
2.3.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	29
2.3.6 Lagebericht 2012	30
Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile	45

Bilanzkennzahlen	KDN GmbH		Saskia GmbH		Lecos GmbH	
	2010	2011	2010	2011	2010	2012
Umlaufvermögen	659.441	851.725	988.302	944.173	3.504.007	3.344.515
Anlagevermögen	758.571	484.430	211.371	137.936	6.745.738	6.784.197
Summe Aktiva	1.418.606	1.336.876	1.137.259	1.473.229	10.691.902	10.520.307
Eigenkapital	818.571	544.430	271.371	598.825	1.512.258	1.618.577
Sonderposten	6.661	7.599	7.051	266.598	3.258.184	3.447.091
Rückstellungen	593.474	784.546	565.889	268.283	5.890.125	4.130.181
Verbindlichkeiten	0	0	0	3.553	31.336	1.324.458
Rechnungsabgrenz.	1.418.606	1.336.876	844.311	1.137.259	10.520.307	8.751.453
Summe Passiva	1.418.606	1.336.876	844.311	1.137.259	10.520.307	8.751.453
Umsatz	742.246	847.760	914.233	4.368.324	19.604.330	19.598.349
Verlustrech.	2.433.144	2.347.915	2.348.954	224.051	293.349	1.178.189
Sonstige Erträge	2.741.172	2.751.460	2.801.252	1.046.772	1.069.992	1.675.058
Materialeinwand	111.512	113.501	128.957	2.346.693	8.813.946	9.972.287
Abschreibungen	273.118	274.140	274.439	70.325	3.024.421	3.345.102
Sonst./Aufwand	53.746	58.654	61.216	861.028	7.422.954	5.619.426
Zinsen / Steuern	4.653	2.586	2.086	184.674	158.355	125.091
Ergebnis	-	-	-	184.674	170.177	-44.688

1.3 Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen der Beteiligungen

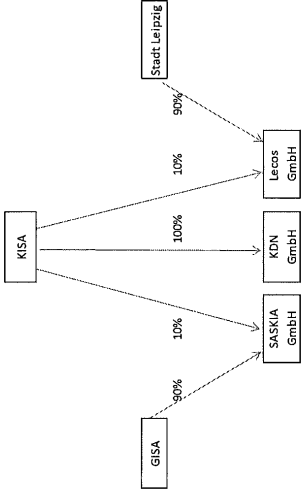
1. Einleitung

1.1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht von KISA ist Teil der Beteiligungsberichte der Verbandsmitglieder. Inhalte sind unter anderem die Lageberichte 2012 der Unternehmen, an denen KISA beteiligt ist, Informationen über diese Unternehmen und die Angabe wichtiger Finanzkennzahlen. Der Beteiligungsbericht wird den Mitgliedern des Zweckverbandes jährlich nach Beschlussfassung in der Versammlung von KISA vorgelegt.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist zum einen die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen und zum anderen der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht für Außenstehende ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

1.2 Organigramm über die Beteiligungen von KISA



2. Die Unternehmen

2.1 Kommunale Datennetz GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074).

2.1.1 Beteiligungsübersicht

Name: KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift: Käthe-Kollwitz-Ufer 88
01309 Dresden
Telefon: 0351 3156952
Telefax: 0351 3156966
Internet: www.kdn-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter: Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital: 60.000,00 EUR
Anteil KISA: 60.000,00 EUR (100,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

2.1.2 Finanzbeziehungen

Leistungen KDN GmbH an KISA	in T€
Gewinnabführungen	0
Leistungen von KISA an KDN GmbH	
Verlustabdeckungen	0
Sonstige Zuschüsse	0
Übernommene Burschaften	0
Sonstige Vergünstigungen	0

2.1.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft: Herr Frank Schlosser.

Gesellschafterversammlung: Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

Dem Aufsichtsrat gehören im Berichtsjahr an:
Herr Dr. Hans-Christian Rickauer, Vorsitzender
Herr Dr. Christoph Scheurer, 1. Stellvertreter
Herr Mischa Woitschek, 2. Stellvertreter
Herr Martin Schmeling
Herr Wolfgang Klinger
Herr Ralf Rother

2.1.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 4 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010		2011		2012	
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan
Umsatz	742.246	742.246	847.760	914.233	914.233	799.189
Personalkosten	111.512	111.512	113.501	128.367	128.367	156.800
Jahresergebnis	-	-	-	-	-	-
Eigenkapital	591.000	591.000	396.000	208.000	208.000	60.000
Bilanzsumme	1.418.606	1.418.606	1.396.000	844.311	844.311	869.394
Umlaufvermögen	659.441	659.441	851.725	632.835	632.835	136.500
Verbindlichkeiten	593.474	593.474	764.848	565.889	565.889	588.435
Anlagevermögen	758.571	758.571	484.430	211.371	211.371	211.570
Zugang Investitionen	5.600	5.600	-	1.383	1.383	6.500
Abschreibungen	273.118	273.118	274.140	274.499	274.499	279.000
Fremdkapitalzinsen	-	-	-	-	-	-
Mitarbeiter	3	3	3	4	4	4

	31.12.2010		31.12.2011		31.12.2012		Abw. %	
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan		
Vermögenssituation								
Vermögensstruktur	%	53,47	36,26	25,03	24,34	103%		
Fremdkapitalquote	%	41,84	38,75	67,02	67,68	99%		
Kapitalstruktur	%	41,86	29,87	24,64	6,90	357%		
Eigenkapitalquote	%	111,12	108,52	35,70	23,20	154%		
Umlaufzeit	€	65.867	66.877	363.888	451.935	81%		
Effektivverschuldung	€	247.415	282.587	304.744	199.797	153%		
Geschäftserfolg	€	6.866	7.47	7,12	5,10	140%		
Pro-Kopf-Umsatz								
Arbeitsproduktivität								

2.1.6 Lagebericht 2012

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

- Die KDN Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Trotz steigender Steuereinnahmen von ca. 2,6 Prozent im Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2011 sind nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen die Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Freistaats Sachsen um 1,1 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 gesunken. Dies führt insgesamt zu einem Defizit von 117 Mio. Euro, mit dem die sächsischen Kommunen das Jahr 2012 abgeschlossen haben.

Seite 7 von 51

Nach Mitteilung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) stellt dies ein Rekorddefizit dar. Zwar sind wie o. a. die kommunalen Steuereinnahmen leicht gestiegen, der Anstieg blieb jedoch hinter den Prognosen zurück (- 23 Mio. Euro). Insgesamt gingen die Einnahmen der Kommunen um 107 Mio. Euro zurück, wobei die rückläufigen Landeszuweisungen den größten Anteil ausmachten. Nur der deutliche Anstieg der Bundeszuweisungen (+ 39 %) hat ein höheres Defizit verhindert. Allein 2012 stiegen die kommunalen Ausgaben um knapp 240 Mio. Euro an. Die Steigerung der Sozialausgaben (8,8 %) machte 210 Mio. Euro aus. Verantwortlich dafür sind unter anderem höhere Ausgaben für die Jugendhilfe und die Asylbewerberunterbringung.

Für die Zukunft rechnet der SSG zwar wieder mit einer besseren Finanzlage, weist aber auch auf die Gefahren einer sich abschwächenden Konjunktur hin.

Darüber hinaus kommen auf die sächsischen Kommunen weitere Pflichtaufgaben zu. Beispielsweise sei hier die Führung des elektronischen Personenstandsregisters benannt. Den Umstieg von der kameralen Haushaltsführung in die Doppik hat die über große Mehrheit der sächsischen Kommunen zum Ende des Jahres erfolgreich gemeistert.

Zur Aufgabenerfüllung ist für die Kommunen eine sichere und leistungsfähige Vernetzung wichtiger denn je.

Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei in hohem Maße unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen.

2. Geschäftsverlauf in 2012

2.1 Verhandlungen zur Vertragsverlängerung KDN II

Gemäß Beschluss des Aufsichtsrates der Gesellschaft vom 28. Juni 2011 arbeitete die KDN GmbH aktiv im Rahmen des Projektes zur Fortführung und Weiterentwicklung des Sächsischen Vernetzungsnetzes mit.

Ende September des Jahres 2011 begannen die Verhandlungen zur Vertragsverlängerung mit dem Dienstleister T-Systems International GmbH (T-Systems), Frankfurt am Main. Seitens der Auftraggeber vertraten die KDN GmbH und die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD), Bischofswerda, die Interessen der kommunalen Seite.

Seite 8 von 51

Die Verhandlungen zur Vertragsverlängerung mit T-Systems im Rahmen des Projektes Fortführung und Weiterentwicklung des Sächsischen Verwaltungsnetzes wurden durch das Projektkernteam am 27. Januar 2012 und im Rahmen einer Nachverhandlung der kommunalen Seite zu Los 1 am 25. Januar 2012 abgeschlossen. Am 30. Juli 2012 wurden mit T-Systems gemäß Beschluss des Aufsichtsrates der Gesellschaft vom 5. Juni 2012 die entsprechenden Verträge geschlossen.

Im Rahmen der Verlängerungsverhandlungen konnte für die Kommunen im KDN II ein vorteilhaftes Ergebnis erzielt werden. Es wird eingeschätzt, dass die gesteckten Verhandlungsziele erreicht wurden und es durch das Verhandlungsergebnis sogar möglich wurde, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKO das Basismengengerüst so weiter zu entwickeln, um den gestiegenen Bandbreitenanforderungen der Kommunen Rechnung zu tragen und im Rahmen des Budgets aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu bleiben.

2.2 Neues Basismengengerüst im KDN II

In der Aufsichtsratssitzung am 5. Juni 2012 wurde im Aufsichtsrat Einvernehmen bezüglich des geänderten Mengengerüsts in der Verlängerungsphase des KDN II erzielt.

Es werden die Bandbreiten für die Kommunen erhöht, die für die Erledigung ihrer neuen Aufgaben (Führung Personenstandsregister) mehr Bandbreite benötigen oder die bandbreitenmäßig noch unter der niedrigsten Definition der Bundesregierung zur Breitbandversorgung liegen. Es ist daher vorgesehen, die Bandbreite aller Städte und Gemeinden mit eigenem Stadesamt jeweils um 1 Stufe gemäß bisherigem Basismengengerüst zu erhöhen.

0,6 Mbit/s SDSL -> 1,3 Mbit/s SDSL
 1,3 Mbit/s SDSL -> 1,8 Mbit/s SDSL
 1,8 Mbit/s SDSL -> 2,3 Mbit/s SDSL
 2,3 Mbit/s SDSL -> 2,5 Mbit/s FV (Festverbindung)

Zusätzlich sollen alle SDSL-Verbindungen mit 0,6 Mbit/s auch für Gemeinden ohne eigenes Stadesamt auf die nächsthöhere Stufe (1,3 Mbit/s) angehoben werden, um allen Städten und Gemeinden in Sachsen eine Basisbandbreite zu bieten, die der niedrigsten Breitbanddefinition des Bundes (1 Mbit/s) entspricht.

Die Vernetzung der Landkreise über P2P-Verbindungen bleibt unverändert. Abschlüsse über Festverbindungen größer 2,5 Mbit/s bleiben im Mengengerüst ebenfalls

Seite 9 von 51

unverändert. Das Risiko der Nichtverfügbarkeit von DSL ist nach wie vor vorhanden. Umgehungslösungen per UMTS/LTE sind möglich, aber auf Grund geringerer Zuverlässigkeit und Stabilität für die Versorgung kritischer Verwaltungseinheiten (Meldeamt, Stadesamt) nicht empfehlenswert. Ein möglicher Failback auf Festverbindung ist daher weiterhin nötig, ISDN genügt den Anforderungen keinesfalls mehr.

Das neue Basismengengerüst ermöglicht die Aufgabenerledigung in akzeptabler Geschwindigkeit, beachtet die minimalste Breitbanddefinition des Bundes und ermöglicht eine Einsparung von FAG-Mitteln.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde der Gesellschaft die Zustimmung zum neuen Basismengengerüst mitgeteilt.

Am 28. September 2012 wurden durch das Staatsministerium der Justiz und für Europa (SMJ) und die KDN GmbH im FAG-Beirat die Ergebnisse der Verlängerungsverhandlungen, das neue Basismengengerüst sowie der Finanzierungsbedarf der KDN GmbH während der verlängerten Vertragslaufzeit vorgestellt und vom FAG-Beirat zur Kenntnis genommen.

In der Sitzung am 7. Dezember 2012 wurde vom FAG-Beirat zur Finanzierung des KDN II in der Verlängerungsphase auf Basis des neuen Mengengerüsts gefasst.

2.3 Finanzierung KDN II im Verlängerungszeitraum, Risiken-Betrachtung der Finanzierung

Wie im Vorjahr bestehen weiterhin Risiken aus der FAG-Finanzierung.

Gemäß Festlegung im FAG-Beirat Ende 2007 sollte die Höhe der Zuweisungen für das KDN II Ende 2008 geprüft werden.

Bis Ende 2008 ergaben sich neue Sachverhalte, die eine Erhöhung der Zuweisungen für das KDN II notwendig machten. Dies waren:

- umsatzsteuerliche Behandlung der KDN GmbH gemäß verbindlicher Auskunft
- Erhöhung des FAG-finanzierten Basisanschlusses für Landkreise und kreisfreie Städte im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform von 10 Mbit/s auf 20 Mbit/s
- absehbarer Eintritt des DSL-Risikos in nahezu voller geschätzter Höhe über die Laufzeit des KDN II, auch in der Verlängerungsphase

Die FAG-Verhandlungen zur Erhöhung der Zuweisungen wurden im Februar 2009 mit einem für die KDN GmbH akzeptablen Ergebnis abgeschlossen. Das DSL-Risiko

Seite 10 von 51

wurde in der derzeit absehbaren Höhe über FAG-Zuweisungen gedeckt, ebenso die Finanzierung der Erhöhung der Bandbreite von Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Steigerung der Kosten des Budgets von P2P-Verbindungen auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wurde teils aus FAG-Mitteln, teils unter zweckgebundener Heranziehung von zusätzlichen Einnahmen der KDN GmbH aus dem Verkauf von P2P-Verbindungen gedeckt. Die Erhöhung der GmbH-Kosten auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wird ebenfalls aus FAG-Mitteln finanziert.

Mit dem neuen Basismengengerüst hat sich ein neuer Risikofaktor ergeben. Die Finanzierung des neuen Basismengengerüsts ist zwar mit Beschluss des FAG-Beirats vom 7. Dezember 2012 gesichert. Allerdings wurde das neue Basismengengerüst auch auf Grund von Annahmen von Gemeindegemeinschaften erarbeitet, so dass weniger Basisanschlüsse enthalten sind als im bisherigen Mengengerüst (8,5 %). Sollten diese Basisanschlüsse nicht im angenommenen Umfang erfolgen und die Anzahl von zu finanzierenden Basisanschlüssen nicht sinken, kann dies zu einer Überschreitung der FAG-Mittel führen. Allerdings wurden die Annahmen von der Gesellschaft mit gebotener Vorsicht getroffen.

Im Rahmen der Finanzierung des Verlängerungszeitraums wurden finanzielle Mittel für Beratung durch externe Dritte bei Neuvergabe des Netzes in Höhe von 210 TEUR eingestellt und vom FAG-Beirat bewilligt. Es besteht ein Risiko, dass die genannte Summe u. U. nicht ausreichend ist.

2.4 Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN II

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Kommunen wurde und wird sukzessive ausgebaut.

Ende des Jahres 2012 konnte folgender Beauftragungsstand im KDN II verzeichnet werden:

Gesamt	Selbstst.	Kostenfreie	Sn.-Anhalt	Kostenpfl.	AS	
411	325	10	6	70		Stand 29.05.2012
411	319	10	6	76		Stand 26.09.2012
415	322	10	5	78		Stand 31.12.2012

Seite 11 von 51

Die zeitweise rückläufige Zahl trotz mehrerer Neuanschlüsse basiert auf Zusammenschlüssen kleinerer Gemeinden bzw. der Eingemeindung durch größere. Dadurch werden die KDN-II-Anschlüsse der nicht mehr selbstständigen Verwaltungen kostenpflichtig und nicht in jedem Fall beibehalten.

Unabhängig davon gelang es der KDN GmbH, eine größere Anzahl von Kunden von der technischen Notwendigkeit einer kostenpflichtigen Bandbreiterhöhung oder, wenn dies technisch nicht mehr möglich war, einem Technologiewechsel z.B. von xDSL nach einer qualitativ höherwertigen Festverbindung zu überzeugen. Gleichzeitig wurde für mehrere Punkt-zu-Punkt-Verbindungen (kostenpflichtig) die Bandbreite erhöht.

Die Zahl der beauftragten Anschlüsse von Schulen hat sich erneut fast nicht verändert. Die T-Systems hat die Lokationen von 1.324 auf 1.322 korrigiert. Die Gründe für den Rückgang sind auch diesmal Stornierungen der Schulen. Aktuell wurden 1.297 Lokationen angeschlossen. 15 Schulen sind per LAN-RAS angeschlossen.

Die Akquise-Anstrengungen werden fortgesetzt, um eine Flächendeckung des KDN II bei den sächsischen Kommunen zu erreichen.

Die Nutzung des Zuganges zu den E-Government-Basiskomponenten ist stabil. Aktuell liegt hier die durchschnittliche Nutzung bei 0,7 %, mit Spitzen bis 5,9 %. Diese Auslastung ist als absolut unkritisch zu bewerten.

Der zentrale Internet-Anschluss gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen zeigt eine ausgesprochen intensive Nutzung. Die Statistik für Januar bis Dezember 2012 zeigt eine durchschnittliche Auslastung von 68,7 %, bei Spitzen bis 128,2 %. Die T-Systems wird auf den erhöhten Bandbreitenbedarf reagieren und bis Mai 2013 die Bandbreite auf 622 Mbit/s erhöhen. Ein entsprechender Change Request (CR) wurde vom Freistaat Sachsen im November 2012 gestellt.

Im Rahmen der Tätigkeit der Gesellschaft hat sich ein sehr hoher Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit herausgestellt. Die Gesellschaft hat auf diesen Bedarf reagiert und einen Netzwerkmanager zum IT-Sicherheitsbeauftragten ausgebildet und berät ihre Kunden aktiv zum Thema IT-Sicherheit. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten. Die Arbeitsgruppe IT-Sicherheit im KDN II arbeitet erfolgreich. Gemeinsam mit dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten und dem Geschäftlicher Zweckverband KISA – Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KI-SA), Leipzig, wurde im September ein IT-Sicherheitstag durchgeführt, der bei den Kommunen auf regen Zuspruch stieß.

Seite 12 von 51

Die Zusammenarbeit der IT-Sicherheitsbeauftragten von KISA und KDN GmbH wird als sehr erfolgreich eingeschätzt. Gemeinsame Beratungen und Kundengespräche finden regelmäßig statt. Zur Vertretungsregelung sind klare Vereinbarungen getroffen.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Mit der Verlängerung der Laufzeit bis 2017 und den bei den Verlängerungsverhandlungen erzielten Ergebnissen konnte mit dem neuen Basismengengerüst auf den erhöhten Vernetzungsbedarf reagiert werden. Die Anschlussmodule im KDN II bieten eine deutlich erhöhte Flexibilität für die Bedürfnisse der Kunden. Langfristig wird damit die Basis für eine flächendeckende kommunale IT-Infrastruktur geschaffen, die es den sächsischen Kommunen bei allen Sparsparwängen ermöglicht, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Mit den Vorbereitungen für die Neuvergabe des Netzes ab 2017 wurde seitens der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD begonnen.

Die Arbeit in Projekten, wie der Vertragsverlängerung, der Aufstellung und dem Rollout des neuen Basismengengerüsts sowie der anstehenden Neuvergabe beansprucht die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße.

2.5 Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und Qualität erbracht.

3. Wichtige Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012
Bilanzsumme	1.419 TEUR	1.336 TEUR	843 TEUR
Anlagevermögen	759 TEUR	484 TEUR	211 TEUR
Anlagenquote	53,5 %	36,2 %	25,0 %
Eigenkapital i.w.S. *)	591 TEUR	399 TEUR	208 TEUR
Eigenkapitalquote	41,6 %	29,9 %	24,6 %
Fremdkapital	828 TEUR	938 TEUR	636 TEUR
Fremdkapitalquote	58,4 %	70,1 %	75,4 %

Seite 13 von 51

	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013
Umsatzerlöse	742 TEUR (100,0 %)	848 TEUR (100,0 %)	914 TEUR (100,0 %)	728 TEUR (100,0 %)
Fremdleistungen	2.741 TEUR (369,4%)	2.752 TEUR (324,5 %)	2.801 TEUR (306,5 %)	3.110 TEUR (427,2 %)
Personalaufwand	112 TEUR (15,1 %)	114 TEUR (13,4 %)	128 TEUR (14,0 %)	159 TEUR (21,8 %)
Liquidität 1. Gra- des	80,7 %	81,2 %	75,3 %	

*) Unter Berücksichtigung von 70% des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (bis 2007: 60%)

4. Finanzierung

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2012 und in den angehängten Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen von den Kommunen betragen 914.233,48 EUR und sind höher als die geplanten Einnahmen von 798.189,24 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich auf 2.508.491,46 EUR. Das Geschäftsergebnis 2012 war ausgeglichen.

5. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2013 und Folgejahre

Das Jahr 2013 wird im Wesentlichen vom Rollout des neuen Basismengengerüsts, einem weiteren Ausbau des Anschlussgrades des KDN II sowie von der Vorbereitung der Vergabe des Nachfolgenetzes geprägt sein. Auf Grund von Gemeindezusammenschlüssen ist davon auszugehen, dass die Zahl von FAG-finanzierten Basisanschlüssen weniger stark steigen wird.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basis-

Seite 14 von 51

anschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier wird zu beachten sein, dass sich die Preisreduzierungen des Dienstleistungs-T-Systems im Rahmen der Vertragsverlängerungen auch auf die Marge der KDN GmbH auswirken werden und sich eine Anhebung der Basisbandbreiten im Rahmen eines eventuellen neuen Basismengengerüsts gleichfalls negativ auf die eigenen Einnahmen der Gesellschaft auswirken wird.

6. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2013 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben, auch wenn es keine Garantie geben kann, ob die geplanten Neuanschlüsse und Bandbreitenerhöhungen tatsächlich realisiert werden können.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt. Die hohen Tarifierhöhungen im TV-L werden sich in gestiegenen Personalkosten auswirken, welche durch eigene Einnahmen gegenfinanziert werden müssen, um den abgesteckten FAG-Bedarf nicht zu überschreiten.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei den unter Ziffer 2.4 genannten Projekten sehr erschwert bzw. bei letztgenannten nahezu unmöglich macht. Im Tagesgeschäft kam durch Einsatz von Mitarbeitern von KISA gegen erhöhten finanziellen Aufwand Abhilfe geschaffen werden, im Projektgeschäft ist dies nicht möglich.

Durch die zukünftig in höherem Maße von Kommunen genutzten Dienste des DOI kann eine Erhöhung der Bandbreiten erforderlich sein, welche u. U. erhöhte Kosten verursacht. Hinsichtlich der Risikominimierung kommt der Gesellschaft der Umstand zu Gute, dass die gleiche Anschlussbandbreite bei DOI geringere Kosten verursacht als ursprünglich für TESTA geplant. Eine Steigerung der durch die Kommunen in Anspruch genommenen Bandbreiten ist bei der FAG-Finanzierung vorgesehen, es kann zum heutigen Zeitpunkt aber nicht verlässlich eingeschätzt werden, ob diese ausreichend sind.

Als weiteres Risiko wird die durch die Kommunen in Anspruch genommene Bandbreite des zentralen Internetübergangs des SVN eingeschätzt. FAG-Mittel sind vorgesehen, die Wahrscheinlichkeit ist aber hoch, dass die Bandbreite über die gesamte Laufzeit des KDN II nicht ausreichend sein wird, auch wenn im Jahr 2013 eine für die KDN GmbH kostenneutrale Erhöhung stattfindend wird.

Seite 15 von 51

Den Risiken DOI und Internet wird zum einen durch entsprechende Vertragsgestaltung mit dem Freistaat entgegen gewirkt, zum anderen sind im Bedarfsfall die bereitgestellten und in anderen Positionen teilweise nicht vollständig ausgeschöpften FAG-Mittel in diese Position umzuschichten.

Die Ausgestaltung der Finanzierung des P2P-Budgets der Landkreise über das FAG und eigene Einnahmen bergen als weiteres Risiko, dass u. U. eigene Einnahmen der KDN GmbH durch Kündigungen kostenpflichtiger P2P-Verbindungen verloren gehen. Diesem Risiko wurde durch eine entsprechende Vertragsgestaltung mit den Landkreisen entgegen gewirkt.

Chancen werden durch die Erbringung von weiteren Beratungsleistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, gesehen sowie im Verkauf von Bandbreiten und Leistungen, die über den Basisanschluss hinausgehen.

Bund und Freistaat setzen mit ihren E-Government-Vorhaben, dem elektronischen Personenstandsregister sowie den geplanten E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN II eine notwendige Basis darstellt.

Auf der Grundlage der Zusatzleistungen ist davon auszugehen, dass sich die erlösorientierte Geschäftstätigkeit der KDN GmbH auf Grund der unter Ziffer 5 aufgeführten möglichen Preisreduzierungen und Verbesserungen der Basisbandbreiten auf hohem Niveau geringfügig negativ entwickeln wird. Für diesen Fall wird die Gesellschaft zu beachten haben, dass zusätzliche Aufwände von den verbleibenden Einnahmen finanziert werden können. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Gesellschaft auf Grund von zusätzlichen Aufgaben im Projekt Neuvergabe „SVN 2.0“ (Mitwirkung bei Anforderungsanalyse, Erstellung der Verdingungsunterlagen, Systemaufbau und Migration sowie dafür notwendige externe Beratungsleistungen) einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf aus dem FAG erwartet. Mittel in Höhe von 210 TEUR über die nächsten drei Jahre sind zwar im ersten Schritt bewilligt, es lässt sich aber nicht ausschließen, dass u. U. ein höherer Betrag für Beratungsleistungen oder für personelle Ressourcen benötigt wird.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

7. Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2012

Die KDN GmbH hat mit der Umsetzung des neuen Basismengengerüsts begonnen. Derzeit werden alle Bestandskunden angeschrieben, welchen im Rahmen des neuen Basismengengerüsts eine Bandbreitenerhöhung zusteht.

Seite 16 von 51

Dem Ansprechen liegt ein Beauftragungsschreiben bei, welche folgende wesentlichen Inhalte enthält:

- Beauftragung der Bandbreitenvermehrung
- Aktualisierung der Nutzeranzahl
- Aktualisierung der Sicherheitserklärung
- Akzeptanz der überarbeiteten AGB

Die Bandbreitenvermehrungen können nicht am Stück durchgeführt werden. Die Beauftragung der CR bei T-Systemen erfolgt in der Reihenfolge des Auftragseingangs. Es ist davon auszugehen, dass bei ca. 25 % der Lokationen eine Aufrüstung im SDSL-Bereich technisch nicht möglich sein wird. Mögliche Alternativen sind hier LAN-RAS oder Festverbindungen. Nach teilweise erfolgtem Breitbandausbau kann auch ADSL als Alternative herangezogen werden, wobei hier unbedingt auf die schlechteren Servicelevel hinzuweisen ist.

Im nächsten Schritt werden dann alle Städte- u. Gemeinden angeschrieben, welche noch keinen KDN-IT-Anschluss haben. Sie werden über die neue, ihnen zustehende Bandbreite informiert. Diesem Schreiben liegt ein kompletter KDN-Antrag bei.

Für kostenpflichtige Leistungen kommt die neue Preisliste mit den Verlängerungspreisen ab Januar 2013 zur Anwendung.

Die Rückläuferquote auf Grund der versandten Schreiben ist hoch und es wurde bereits eine Vielzahl von CR zur Bandbreitenvermehrung bei T-Systemen gestellt.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der SAKD und KISA wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die kommunalen Anforderungen an ein Nachholnetz definieren soll. Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

8. Organe

Organe der Gesellschaft sind:

- a) der/die Geschäftsführer
- b) der Aufsichtsrat
- c) die Gesellschafterversammlung

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Oberbürgermeister Dr. Hans-Christian Rickauer. Geschäftsführer ist Frank Schlosser.

2.2 SASKIA Informations-Systeme GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der SASKIA Informations-Systeme GmbH mit Sitz in Chemnitz (HRB 8137).

2.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	SASKIA Informations-Systeme GmbH
Anschrift:	An den Teichen 5 09224 Chemnitz
Telefon:	0371 8088 444
Telefax:	0371 8088 200
Internet:	www.saskia.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	GISA GmbH 500.000,00 DM
Anteil KISA:	50.000,00 DM (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der SASKIA Informations-Systeme GmbH ist die Datenverarbeitung und alle damit verbundenen Dienstleistungen für Landkreise, Städte und Gemeinden sowie für durch diese getragene Verbände oder sonstige Vereinigungen.

2.2.2 Finanzbeziehungen

Leistungen SASKIA GmbH an KISA	in T€
Gewinnabführungen	22
Leistungen von KISA an SASKIA GmbH	
Verlustabdeckungen	0
Sonstige Zuschüsse	0
übernommene Bürgschaften	0
Sonstige Vergünstigungen	0

2.2.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft waren:

- Herr Gerd Fochtmann
- Herr Martin Schmeiling
- Herr Uwe Kielhorn

Gesellschafterversammlung:

- GISA GmbH Herr Michael Krüger
- Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
- Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

2.2.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: PriceWaterhouseCoopers AG

Anzahl Mitarbeiter:

57 Mitarbeiter

Beteiligungen:

keine Beteiligungen

2.2.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010	2011	2012	
	Ist	Ist	Ist	Plan
Umsatz	4.368.324	4.424.868	4.301.707	4.736.000
Personalkosten	2.346.693	2.452.987	2.336.237	2.432.000
Jahresergebnis	184.674	181.442	223.634	223.000
Eigenkapital	598.825	595.593	637.785	637.000
Bilanzsumme	1.137.259	1.473.229	1.387.682	1.471.000
Umlaufvermögen	988.302	944.173	881.693	1.022.000
Verbindlichkeiten	268.283	621.464	454.642	562.000
Anlagevermögen	137.936	470.689	457.671	438.000
Zugang Investitionen	108.170	421.342	124.535	80.000
Abschreibungen	70.325	88.251	137.540	138.000
Fremdkapitalzinsen	-	6.458	14.170	15.000
Mitarbeiter	63	62	57	63

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Plan	Abw. %
	Ist	Ist	Ist		
Vermögenssituation					
Vermögensstruktur	65	21	110	173	64%
Fremdkapitalquote	12,13	31,95	32,98	32,98	111%
Kapitalstruktur	23,59	42,18	32,76	36,21	86%
Eigenkapitalquote	52,66	40,43	45,960	43,30	106%
Eigenkapitalreichweite	3,24	3,28	2,85	2,86	100%
Liquidität					
Effektivverschuldung	368,38	151,93	193,93	181,65	107%
Rentabilität					
Eigenkapitalrendite	30,84	30,46	35,06	35,01	100%
Gesamtrentabilität	16,24	12,75	16,12	16,18	100%
Geschäftserfolg					
Pro-Kopf-Umsatz	69.338,47	71.388,84	75.488,54	75.174,80	100%
Arbeitsproduktivität	1,86	1,80	2,14	1,95	110%

2.2.6 Lagebericht 2012

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Marktumfeld von SASKIA Informations-Systeme GmbH (nachfolgend SASKIA) war im abgelaufenen Geschäftsjahr im Finanzwesen geprägt von der Umstellung auf die Dopplik, die ab 01.01.2013 in Sachsen vorgeschrieben ist. Damit einher gingen bei unseren Kunden Investitionen im Rahmen der technischen Erneuerung der IT-Systeme, die oftmals die Basis für die Umsetzung der technischen Anforderungen aus den neuen Softwarekomponenten war. Weitere notwendige Investitionen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung hielten sich 2012 verständlicherweise eher in Grenzen. Aus unserer Sicht hat sich hier ein Investitionsrückstau gebildet, da vielfach nur das Notwendigste erneuert wurde und nicht zwingend notwendige Investitionen bzgl. Erweiterung bzw. Softwareneuausrichtungen unterblieben. Auf Grund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den gestiegenen Einnahmen der Verwaltungen und dem zunehmenden Druck zur Kosteneffizienz gehen wir davon aus, dass diese Faktoren das Investitionsklima in den Folgejahren positiv beeinflussen werden.

Das Unternehmen hat sich auf diese Entwicklung eingestellt und sowohl im Schwerpunktprodukt integrierte Finanzrechnung (IFR), aber auch in den anderen Fachverfahren Weiterentwicklungen durchgeführt, die weit über die gesetzlichen Anpassun-

gen hinausgehen. In der Softwareentwicklung entstanden eine Vielzahl von modernen Zusatzmodulen für das doppelte Finanzwesen, die mit „OWI.mobil“ begonnene Mobilisierung für Smartphone und Tablet PC wurde fortgesetzt und die medienbruchfreie Gestaltung von Arbeitsprozessen wurde verfeinert. Diese modernen Softwarelösungen sind geeignet im Rahmen der Modernisierung der Verwaltungen zur Effektivitätssteigerung und Kosteneffizienz beizutragen und damit kostenaufwendige Prozesse zu ersetzen bzw. zu ergänzen.

Nach wie vor sorgen die starken Veränderungen des Rechtsrahmens ebenfalls für eine sehr dynamische Weiterentwicklung unserer Produkte, wobei teilweise gesetzlich notwendige Anpassungen nur durch die Entwicklung von kostenpflichtigen neuen Modulen erreicht werden können.

Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SASKIA konnte im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.302 (Vorjahr T€ 4.425) verzeichnen, dies bedeutet eine Umsatzreduzierung um T€ 123. Gleichzeitig erfolgte eine Kostenreduzierung, wodurch sich das Ergebnis vor Steuern um T€ 70 auf T€ 337 (Vorjahr T€ 267) verbessert hat.

Die Umsätze und das Jahresergebnis wurden im Wesentlichen durch Projekte, durch Schulung und Beratung, durch Wartungsverträge für Eigen- und Fremdsoftware, durch Rechenzentrumsleistungen sowie durch Verkauf eigener Software realisiert. Insbesondere die Handelsware im technischen Bereich war rückläufig, wobei diese Position zum Ergebnis durch die geringe Marge auch wenig beiträgt.

Der Schwerpunkt im Bereich Entwicklung des Finanzwesens lag in 2012 in der Release- Umstellung der IFR. Bei allen Kunden wurde damit das IFR auf Basis der neuen Technologieplattform ausgerollt, deren Migration in 2011 abgeschlossen wurde. Gleichzeitig erfolgte unter Nutzung der neuen Möglichkeiten die Neuentwicklung zahlreicher Module, die zukünftig den Kunden zur Verfügung gestellt werden können. Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich Finanzwesen war die Vorbereitung der Doppel-Einführung für ca. 80 % unserer Kunden, da ab 01.01.2013 in Sachsen fast ausnahmslos doppisch gebucht werden muss. Besonders hervorzuheben ist dabei das Großprojekt mit den vier Landkreisen, welches wesentlich zum Unternehmenserfolg beigetragen hat. Unmittelbar im Zusammenhang mit dem Rollout des Release 37

Seite 21 von 51

(Technologieumstellung) war die Prüfung der IT-Komponenten beim Kunden auf Eignung für die modernisierte Software. In diesem Zusammenhang und im Ergebnis der Prüfung erfolgten umfangreiche Technikenverbesserungen, die als Grundlage für den Release-Wechsel durch den technischen Bereich von SASKIA durchgeführt wurden. Die Strukturänderungen Ende 2011 in diesem Bereich haben sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt.

Auch im Bereich der Betreuung und dem Verkauf der Fremdsoftware „Archikart“ konnten wieder Ergebnissteigerungen erreicht werden. Bereits zum vierten Mal wurde die SASKIA als umsatzstärkster Partner der Archikart Software AG ausgezeichnet. Im Bereich Personalabrechnung wurden die Verträge mit Industriekunden direkt mit SASKIA abgeschlossen, die in der Vergangenheit über die APRESYS Informations-Systeme GmbH gehalten wurden. Dieses Vertragsverhältnis wurde Ende 2011 beendet und ab 2012 werden die Umsätze direkt bei SASKIA generiert und führten zur Steigerung der Rentabilität des Geschäftsfeldes.

In den übrigen Bereichen bewegten sich die Umsätze weitgehend auf Vorjahresniveau. Ungeachtet dessen waren auch in den Fachanwendungen „OWI“, „EWO“ und „GEWIK“ eine Vielzahl von Aktivitäten nötig, um Rechtsanpassungen und Modernisierungen vorzunehmen.

Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die für die Investitionen notwendigen finanziellen Mittel sind durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet worden.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 57 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2012 waren es ebenfalls 57. Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 2.336 und ist gegenüber dem Vorjahr (Geschäftsjahr 2011 T€ 2.453) gesunken. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einzelvertraglichen Regelungen. Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufs-genossenschaftlichen Vorschriften. Im Rahmen der Vorsorgeleistungen für die Mitar-

Seite 22 von 51

beiter wurden neben den arbeitsmedizinischen Untersuchungen auch weitere Angebote bereitgestellt.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Schwerpunktaufgabe für 2012 lag in der Vorbereitung der Doppik-Einführung in Sachsen von ca. 80 % unserer Kunden. Leider führten ständige Verschiebungen zur Einführung der Doppik zu einer absoluten und nie dagewesenen Konzentration der Umstellungen im letztmöglichen Jahr. Diese Aufgabenkonzentration bei z.T. rückläufigen Personalkapazitäten führte zu einer Vielzahl von organisatorischen Maßnahmen seitens des Unternehmens.

Insbesondere hat sich dabei bewährt, dass die komplette Struktur in dem Finanzteam vorübergehend außer Kraft gesetzt wurde und damit eine sehr flache Hierarchie zum Tragen kam. Die Organisation des Großprojektes konzentrierte sich dabei weitgehend auf zwei Personen außerhalb des Bereiches und die Fachberater konnten sich dadurch komplett auf die fachlichen Schwerpunkte bei den Kunden konzentrieren. Auch bei der Prüfung der technischen Voraussetzungen beim Kunden für die modernisierte Software wurden die Prozesse von der Erhebung, über die Analyse bis hin zu den Vorschlägen zur Abarbeitung und der Abarbeitung selbst sehr konsequent geführt und abgearbeitet. Zeitgleich erfolgte insbesondere im Entwicklungsteam die länderspezifische Softwareanpassung für Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Rahmen der „OKKA-Zertifizierung“, die voraussichtlich im ersten Halbjahr 2013 abgeschlossen wird. Auf die Weiterentwicklung und Schaffung von einer Vielzahl von neuen Softwaremodulen zur IFR, die sowohl bei unseren autonomen als auch bei den Rechenzentrumskunden der KISA zum Einsatz kommen können sowie auf die Projektschwerpunkte bei der Doppik-Einführung haben wir bereits unter Punkt 2 ausführlich hingewiesen. Ein weiterer zentraler Schwerpunkt war die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der KISA. Auch bei KISA konzentrierte sich die

Doppik-Einführung auf das Geschäftsjahr 2012. Im gemeinsamen Projektteam wurden den notwendige Anpassungsarbeiten und Aufgaben vorbereitet und abgearbeitet. Die dynamische Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen schlug sich auch in der Entwicklung und Modernisierung der anderen SASKIA Fachanwendungen nieder.

Seite 23 von 51

der. So lagen die Schwerpunkte im Einwohnerwesen (EWO) im laufenden Geschäftsjahr u.a. in der:

- pilothaften Umstellung der elektronischen Datenübermittlung an das LKA Sachsen,
- Anpassung der Kommunikation der Ausländerbehörde an die Meldebehörde,
- Änderung der Datenübermittlung an die GEZ sowie der
- Aktualisierung der „XMeld-Version 1.8“.

Begleitet wurden diese Änderungen durch eine intensive Mitarbeit in der von der Bundesdruckerei initiierten Arbeitsgruppe „WebHD“, in der fast alle Hersteller vertreten sind. Im Gewerbeverfahren (GEWIK) wurde die entwickelte Schnittstelle zu „VIS-kompakt (DMS)“ mit dem Landkreis Leipzig im Echtbetrieb getestet und das Projekt „Online Gewerbedienste“ unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa, und der KISA weiter vorbereitet. Gleichzeitig erfolgte die Umsetzung des Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts (§ 34c GewO) als neues Erlaubnismodul mit Verlagerung der Zuständigkeit auf Gemeindeebene. Ein weiterer Schwerpunkt war die Weiterführung der Zertifizierung der elektronischen Weitermeldung im Format „Datm“ und der pilot-hafte Versand von Testdaten einer Kommune an die Industrie und Handelskammer zu Leipzig.

Im Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten (OWI) wurde das Konzept zum elektronischen Postfach umgesetzt. Der im Finanzwesen in 2011 erfolgte Technologiewechsel zur Softwaremodernisierung wird auch im Bereich OWI in den Folgejahren nötig sein. Hier laufen entsprechende Vorbereitungen. Ein zentrales Thema im Bereich OWI war auch die Weiterentwicklung der mobilen Anwendung zur Erfassung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr und der Start für die Erstellung der App „Sonstige OWIG“.

Darstellung der Lage

Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31.12.2012 beträgt T€ 458 (Vorjahr T€ 471). Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital finanziert. Die Gesell-

Seite 24 von 51

schaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 638 (Vorjahr T€ 596). Dies sind 46 % (Vorjahr 40%) der Bilanzsumme.

Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31.12.2012 belaufen sich auf T€ 465 (Vorjahr T€ 242). Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von T€ 233 (Vorjahr T€ 287). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 222 (Vorjahr T€ 334), denen kurzfristige Forderungen von T€ 398 (Vorjahr T€ 681) gegenüberstehen. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Kredite wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 337 (Vorjahr T€ 267). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von etwa 8 % (Vorjahr 6 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 224 (Vorjahr T€ 181). Dies entspricht einer Netto- Umsatzrendite von 5,1 % (Vorjahr 4,1%). Zur Erläuterung der Renditekennziffern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Abschnitt A. In den folgenden Jahren wird bei wachsenden Umsätzen eine positive Unternehmensentwicklung erwartet.

Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zielstellung für die SASKIA ist, die Weiterentwicklung der Gesellschaft u.a. auch durch das Umfeld der Gesellschafter positiv zu beeinflussen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der KISA und die gemeinsame Entwicklung im Finanz- und Gewerbesektor haben dazu geführt, dass alle Altsysteme der KISA in diesen Segmenten durch SASKIA-Software abgelöst werden konnten und eine hohe Kundenzufriedenheit erreicht wurde.

Neue Chancen ergeben sich für SASKIA durch die im Markt mittlerweile bekannte Stabilität und Zuverlässigkeit der Finanzsoftware IFR. Viele Verwaltungen in Sachsen, die nicht mit dem IFR, sondern mit einem anderen Produkt in die Doppik ge-

Seite 25 von 51

wechselt sind, konnten den Umstellungsprozess nur unter erheblichen Problemen durchführen. Die SASKIA Bestandskunden haben mit der Software und dem Service sehr gute Erfahrungen gemacht und empfehlen das Unternehmen gerne weiter. Hier ergibt sich durch gezielte Akquise ein Marktpotenzial, mittelfristig Verwaltungen zum Umstieg auf IFR zu überzeugen.

SASKIA hat in enger Zusammenarbeit mit den Kunden innovative Lösungen entwickelt, die die Attraktivität der Produkte und damit die Kundenbindung sowie die Chancen der Neukundenakquise erhöhen. Die Anforderungen an die kommunale IT sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen und werden auch zukünftig Triebfeder für ständige Veränderungen sein. Insbesondere die Umstellung auf eine papierlose und medienbruchfreie Gestaltung von Prozessabläufen sowie die Anbindung an die elektronische Akte werden von SASKIA als große Chance für die Weiterentwicklung des kommunalen Geschäftes gesehen.

Die SASKIA begegnet dem Fachkräftemangel im IT-Bereich mit intensiven Maßnahmen zur verstärkten Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen und mit neuen Wegen bei der Akquise von qualifizierten Fachkräften. Jedoch sind auch hier weitere Anstrengungen notwendig, um die Fluktuation gering zu halten und bei Personalbedarf leistungsfähige Mitarbeiter zu finden. Des Weiteren hat sich auch in 2012 der Trend fortgesetzt, dass die Aufwendungen für die Anpassung der Software an geänderte gesetzliche Bedingungen und der generelle Umstieg von Papierform auf elektronische Vorgänge weiter stark ansteigen.

Dies birgt einerseits die bereits oben genannte Chance auf die Entwicklung und den Verkauf neuer Module innerhalb der Fachverfahren, wie z.B im Einwohnerverfahren und bei Ordnungswidrigkeiten. Andererseits muss beobachtet werden, inwiefern der derzeitige prozentuale Pflege- und Wartungsanteil noch ausreicht, um die darin enthaltenen Rechtsanpassungen in der Software umzusetzen.

Seite 25 von 51

2.3 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608).

2.3.1 Beteiligungsübersicht

Name: Lecos GmbH
Anschrift: Prager Str. 8
04103 Leipzig
Telefon: 0341 2538 0
Telefax: 0341 2538 111
Internet: www.lecos-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter: Stadt Leipzig
Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital: 200.000,00 EUR
Anteil KISA: 20.000,00 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

2.3.2 Finanzbeziehungen

Leistungen Lecos GmbH an KISA	in T€
Gewinnabführungen	0
Leistungen von KISA an Lecos GmbH	
Verlustabdeckungen	0
Sonstige Zuschüsse	0
übernommene Bürgschaften	0
Sonstige Vergünstigungen	0

2.3.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft Herr Peter Kühne.

Gesellschafterversammlung: Herr Burkhard Jung
Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:

Herr Andreas Müller, Vorsitzender
Herr Ingo Sasama, Stellvertreter
Frau Ute Köhler-Siegel
Frau Ines Hantschick
Herr Gerd Heinrich
Herr Ansbert Maciejewski
Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

2.3.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Dr. Plöger Corporate Revision GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 172 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche hat sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entwickelt, wobei vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen den Verlauf bestimmten. Im Bereich der kommunalen IT führte die weiterhin schwierige Haushaltsituation der Kommunen zu einem erhöhten Kostendruck und darüber hinaus zu einer großen Nachfrage und Interesse an IT- und Beratungsleistungen, um durch deren Einsatz Verwaltungskosten zu optimieren.

2. Geschäftsverlauf

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Vollendienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt und hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber beobachtet und auswertet. Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH ein sehr hoher Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware erreicht werden. Ziel ist darüber hinaus die weitere Reduzierung von Insellösungen bei den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig sowie den Schulen. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10%) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2012 stark konsolidiert werden.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2012

Für die Jahre 2012 bis 2015 besteht für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Eine Option für weitere fünf Jahre wurde in dem Vertrag inkludiert.

Mit der Strategie aus 2010 durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen und zu erweitern, hat sich im Geschäftsjahr 2012 gezeigt, dass dieses Ziel für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen hat.

2.3.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2010		2011		2012		Plan
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
Umsatz	19.604.330	19.908.000	19.598.349	19.598.349	19.070.000		
Personalkosten	8.814.000	9.222.000	9.972.287	9.972.287	9.463.000		
Jahresergebnis	170.177	177.372	-44.688	-44.688	32.000		
Eigenkapital	1.344.497	1.603.296	1.558.608	1.558.608	1.280.000		
Bilanzsumme	10.691.902	10.520.307	8.751.453	8.751.453	8.765.000		
Umlaufvermögen	3.221.359	3.682.130	2.104.160	2.104.160	1.770.000		
Verbindlichkeiten	5.890.125	4.130.181	4.325.310	4.325.310	4.260.000		
Anlagevermögen	6.745.738	6.784.197	6.346.090	6.346.090	6.995.000		
Zugang Investitionen	3.083.740	3.186.636	2.950.036	2.950.036	3.412.000		
Abschreibungen	2.398.982	3.024.421	3.345.102	3.345.102	3.222.000		
Fremdkapitalzinsen	168.355	158.065	125.091	125.091	155.000		
Mitarbeiter	155	162	172	172	162		

	31.12.2010		31.12.2011		31.12.2012		Abw. %
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
Vermögenssituation							
Investitionsdeckung	78	95	113	94	120%		
Vermögensstruktur	65,86	64,49	72,52	73,81	91%		
Fremdkapitalquote	57,42	39,26	49,42	48,60	102%		
Kapitalstruktur							
Eigenkapitalquote	13,06	15,24	18,321	14,60	125%		
Eigenkapitalreichweite	7,90	9,04	-35,63	40,00	-89%		
Liquidität	54,50	89,16	48,85	41,55	117%		
Effektivverschuldung	2.688.888	448.051	2.221.000	2.460.000	1		
Rentabilität							
Eigenkapitalrendite	12,65	11,06	-2,81	2,50	-112%		
Gesamtkapitalrendite	2,91	3,19	0,91	2,13	43%		
Geschäftserfolg							
Pro-Kopf-Umsatz	126.480	122.889	113.942	117.716	1		
Arbeitsproduktivität	2,22	2,16	1,97	2,02	98%		

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung, der Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, Rechenzentrumsservices, Networkstation-Management, Daten- und Sprachnetzleistungen sowie Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben ist dabei das Projekt Einführung eines BI-Portals bei der Stadt Leipzig, sowie der Beginn des Umsetzungsprojektes eines neuen Einwohnerverfahrens mit dem Zweckverband KISA. Für den Gesellschafter KISA stand die Untertersetzung des im Jahr 2010 abgeschlossenen Rahmenvertrags sowie die detaillierte Umsetzung eines Betriebsmodells über alle von der Lecos GmbH für die KISA betriebenen Verfahren im Vordergrund. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt für diesen Gesellschafter in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice. Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet, hier ist insbesondere auf das Geschäft mit dem Gewandhaus Leipzig zu verweisen.

Die Auslastung war in allen Leistungsbereichen des Unternehmens überdurchschnittlich gut, was im erheblichen Ausbau der Integration von Fremdleistungen im Wirtschaftsjahr zum Ausdruck kommt. Hier wurde vor allem die regionale Wirtschaft beteiligt.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2012:

- Es erfolgte die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Umfeld des Hauptgesellschafters bei den Eigenbetrieben. Hier sind vor allem das Gewandhaus das Roll Outs für die Oper Leipzig zu nennen.
- Ein BI-Portal für die Kammerei der Stadt Leipzig wurde bereitgestellt und etabliert.
- Der Betrieb des SAP für die Stadt Leipzig wurde übernommen.
- Projektierung und Einführung des Wachalarms für die Branddirektion der Stadt Leipzig
- Mit dem Kunden KISA wurde die gemeinsame Implementierung einer neuen Einwohnere Software (MESO) für die Kunden der KISA begonnen. Das Projekt wird zum 30.04.2013 beendet werden und ist ein deutliches Signal für den

Seite 31 von 51

Wunsch der beiden Partner, die Zusammenarbeit auf vertieften und betrieblichen Geschäftsfeldern in Mitteledeutschland auszuweiten.

- Der Vertragsabschluss mit dem Gewandhaus Leipzig für die IT-Voldienstleistung durch die Lecos GmbH wurde vorbereitet.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde weiter ausgebaut.
- Es erfolgte die Ausweitung der IT-Dienstleistung für die Kommune Tharandt in Sachsen, für die die Lecos GmbH inzwischen ebenfalls als IT-Voldienstleister agiert.
- Die Vorbereitung des Massendrucks aus dem Kommunalmaster Veranlagung (KMV) wurde im Geschäftsjahr abgeschlossen.
- Die Ablösung der Großrechner-Verfahren für die KISA wurde umgesetzt.
- Im Jahr 2012 wurden zehn Ausschreibungen durchgeführt, eine davon aufgehoben, 8 bezuschlagt und eine Zuschlagerteilung erfolgt im Mai 2013. Diese gliedern sich in vier europaweite Offene Verfahren, davon eines mit Teilnahmewettbewerb, fünf öffentliche Ausschreibungen und eine beschränkte Ausschreibung.
- Zur Nutzung der Fachanwendung des Kindertagesstätten- Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnten nahezu alle Kita-Träger gewonnen werden, sich an dem Reservierungssystem zu beteiligen. Die Software wurde im Geschäftsjahr weiter ausgebaut und u.a. auch in Magdeburg gemeinsam mit dem dortigen kommunalen Dienstleister KID Magdeburg an den Markt gebracht. Darüber hinaus wurde die Software deutschlandweit präsentiert und das Marketing erweitert, so dass für 2013 KIVAN II in Vorbereitung ist.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE wurde im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben.
- Im Rechtsamt der Stadt Leipzig wurde in einem Pilotprojekt ein Dokumenten-Management-System zum 31.12.2012 eingeführt, so dass das Amt ab Januar

Seite 32 von 51

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung, der Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, Rechenzentrumsservices, Networkstation-Management, Daten- und Sprachnetzleistungen sowie Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben ist dabei das Projekt Einführung eines BI-Portals bei der Stadt Leipzig, sowie der Beginn des Umsetzungsprojektes eines neuen Einwohnerverfahrens mit dem Zweckverband KISA. Für den Gesellschafter KISA stand die Untertersetzung des im Jahr 2010 abgeschlossenen Rahmenvertrags sowie die detaillierte Umsetzung eines Betriebsmodells über alle von der Lecos GmbH für die KISA betriebenen Verfahren im Vordergrund. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt für diesen Gesellschafter in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice. Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet, hier ist insbesondere auf das Geschäft mit dem Gewandhaus Leipzig zu verweisen.

Die Auslastung war in allen Leistungsbereichen des Unternehmens überdurchschnittlich gut, was im erheblichen Ausbau der Integration von Fremdleistungen im Wirtschaftsjahr zum Ausdruck kommt. Hier wurde vor allem die regionale Wirtschaft beteiligt.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2012:

- Es erfolgte die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Umfeld des Hauptgesellschafters bei den Eigenbetrieben. Hier sind vor allem das Gewandhaus das Roll Outs für die Oper Leipzig zu nennen.
- Ein BI-Portal für die Kammerei der Stadt Leipzig wurde bereitgestellt und etabliert.
- Der Betrieb des SAP für die Stadt Leipzig wurde übernommen.
- Projektierung und Einführung des Wachalarms für die Branddirektion der Stadt Leipzig
- Mit dem Kunden KISA wurde die gemeinsame Implementierung einer neuen Einwohnere Software (MESO) für die Kunden der KISA begonnen. Das Projekt wird zum 30.04.2013 beendet werden und ist ein deutliches Signal für den

Seite 31 von 51

Wunsch der beiden Partner, die Zusammenarbeit auf vertieften und betrieblichen Geschäftsfeldern in Mitteledeutschland auszuweiten.

- Der Vertragsabschluss mit dem Gewandhaus Leipzig für die IT-Voldienstleistung durch die Lecos GmbH wurde vorbereitet.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde weiter ausgebaut.
- Es erfolgte die Ausweitung der IT-Dienstleistung für die Kommune Tharandt in Sachsen, für die die Lecos GmbH inzwischen ebenfalls als IT-Voldienstleister agiert.
- Die Vorbereitung des Massendrucks aus dem Kommunalmaster Veranlagung (KMV) wurde im Geschäftsjahr abgeschlossen.
- Die Ablösung der Großrechner-Verfahren für die KISA wurde umgesetzt.
- Im Jahr 2012 wurden zehn Ausschreibungen durchgeführt, eine davon aufgehoben, 8 bezuschlagt und eine Zuschlagerteilung erfolgt im Mai 2013. Diese gliedern sich in vier europaweite Offene Verfahren, davon eines mit Teilnahmewettbewerb, fünf öffentliche Ausschreibungen und eine beschränkte Ausschreibung.
- Zur Nutzung der Fachanwendung des Kindertagesstätten- Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnten nahezu alle Kita-Träger gewonnen werden, sich an dem Reservierungssystem zu beteiligen. Die Software wurde im Geschäftsjahr weiter ausgebaut und u.a. auch in Magdeburg gemeinsam mit dem dortigen kommunalen Dienstleister KID Magdeburg an den Markt gebracht. Darüber hinaus wurde die Software deutschlandweit präsentiert und das Marketing erweitert, so dass für 2013 KIVAN II in Vorbereitung ist.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE wurde im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben.
- Im Rechtsamt der Stadt Leipzig wurde in einem Pilotprojekt ein Dokumenten-Management-System zum 31.12.2012 eingeführt, so dass das Amt ab Januar

Seite 32 von 51

2013 den Prozess der elektronischen Aktenverwaltung begonnen hat. Das Projekt findet eine Fortsetzung im 1. Halbjahr 2013.

- Das Projekt RFID – eine Scanlösung zur Erfassung von Anlagegütern in der Stadt Leipzig wurde nach der Zuschlagerteilung im Jahr 2010 in 2011 in der Lecos aufgebaut, die Produktivsetzung erfolgte in 2012. In 2013 wird das letzte Modul (Inventur) produktiv gesetzt.

- Im Rahmen des neuen Rollouts für die Stadt Leipzig ab 2012 wurde mit dem Projekt „COPAL“ ein neues Betriebssystem ausgerollt. - Die Verteilung des Open Office auf ca. 1.000 Clients in Ablösung der Microsoft-Software wurde im Rahmen des Rollouts begonnen.

- Der Betrieb des Kommunalen Melderegisters Sachsen wurde abgeschlossen.

- Um im Dezember 2010 für das Rechenzentrum der Lecos GmbH erhaltene TÜV-Zertifizierung, das Prädikat „TÜV-geprüftes Rechenzentrum – Hochverfügbar Stufe 3“, weiter auszubauen, wurde die ISO-27001/BSI-Zertifizierung in 2012 fortgeführt, die gegen Ende des Wirtschaftsjahres 2013 abgeschlossen werden soll.

- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandsvorsitzender der Viko. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.

- Seit drei Jahren gibt es mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) eine Zusammenarbeit auf dem Sektor Betrieb und Anwendungsbetreuung (SAP).

- Das aus dem Wirtschaftsjahr 2011 bestehende Lizenzrisiko gegenüber der IBM Deutschland GmbH konnte zum Ende 2012 mit Abschluss eines neuen Esso-Vertrages über alle IBM-Produkte, die in der Lecos zum Einsatz kommen, abgewendet werden.

- Das Geschäftsjahr 2012 stand bei der Lecos intern im Zeichen einer stärkeren Ausrichtung an die steigenden Anforderungen der Kunden an den Dienstleister im Rahmen der Software-Entwicklung und -Beratung. Vor diesem Hintergrund wurde zum 4. Quartal 2012 eine strukturelle Evaluierung und Veränderung im Geschäftsbereich Strategie und Entwicklung vorgenommen. Die Ausdifferenzierung des Geschäftsbereichs im Rahmen der Softwarelösungen geht

Seite 33 von 51

dabei intensiv auf die Marktanforderungen sowie die Beratungsansprüche der Kunden ein.

- In 2012 wurde in der Lecos GmbH ein zentrales Controlling eingeführt, welches aufgrund eines unternehmensinternen Planungssystems und daraus abgeleiteter Kennzahlen arbeitet. Die Plausibilität und Vollständigkeit der Planungen wird durch mehrere Planungszyklen vor der finalen Verabschiedung gewährleistet.

- Angaben gemäß § 289 Abs. 3 HGB zur:

- Arbeitnehmerschaft: Die Auswahl der Arbeitnehmerschaft erfolgt entsprechend den fachlichen Anforderungen eines IT-Unternehmens. Die Arbeitszeitregelung wird von einer Gleitzeitregelung Montag bis Freitag von 6.00 – 20.00 Uhr geprägt. Die Struktur der Arbeitnehmerschaft stellt sich wie folgt dar:

Alter: 20 – 39 = 36%

Alter: 40 – 59 = 57%

Alter: 60 – 65 = 7%

- Struktur des Personalaufwands: In der Lecos GmbH kommt neben dem TVÖD auch eine Lecos individuell rechtliche Regelung zur Anwendung. Die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter erfolgt mit einer variablen Vergütung, die aus einem Anteil für die persönliche Bewertung des Mitarbeiters sowie aus einem Anteil am Gesamt-Unternehmenserfolg besteht.

- betrieblichen Sozialleistungen: Gemäß der gültigen Betriebsvereinbarungen werden u.a. ein Kindergartenzuschuss sowie auch ein Fahrtentzuschuss für den ÖPNV gezahlt.

- Aus- und Weiterbildung: Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung findet eine entsprechende Budgetplanung für interne und externe fachliche Weiterbildungen mit dem Ziel der Erreichung von Zertifizierungsabschlüssen statt.

Seite 34 von 51

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR 19,6 Mio. und lag damit um TEUR 309 unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2011 (EUR 19,9 Mio.). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Personal- und Energieaufwendungen zu einem Jahresfehlbetrag von TEUR 45 (VJ 2012: Jahresüberschuss TEUR 177).

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR %	Plan 2012 TEUR	Abweichung TEUR
Umsatzerlöse	19.598	19.907	-309 -1,55	19.070	528
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen					
Sonstige betriebl. Erträge	1.178	1.152	26 2,26	120	1.058
Gesamtleistung	20.799	21.059	-260 -1,23	19.190	1.609
Materialaufwand	1.675	2.154	-479 -22,24	1.113	562
Personalaufwand	9.972	9.222	750 8,13	9.463	509
Abschreibungen	3.345	3.024	321 10,62	3.222	123
Sonstige betriebl. Aufwendungen	5.619	6.278	-659 -10,50	5.193	426
Betriebsergebnis	188	381	-193 -50,66	199	-11
Zinserträge	9	21	-12 -57,14	10	-1
Zinsaufwand	125	158	-33 -20,89	155	-30
Finanzergebnis	-116	-137	21 -15,33	145	-261
Außerord. Ergebnis	0	0	0 0	0	0
Steuern	117	67	50 74,63	22	95

Seite 35 von 51

Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-45	177	-222	125,42	-	32	-77
--	-----	-----	------	--------	---	----	-----

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich wie folgt dar:

- Rechenzentrumdienstleistungen (22,93 vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs- und -betreuungsdienstleistungen (8,35% vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (42 % vom Jahresumsatz)
- Basisinfrastruktur (18,03 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (1,22 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (1,37 % vom Jahresumsatz)
- Fachanwendungen und Internet (2,55 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation(3,58% vom Jahresumsatz).

Im Berichtsjahr konnte eine Stabilisierung der Umsatzerlöse durch Ausbau der Zusatzleistungen gegenüber der Stadt Leipzig und den Umsatz mit den Eigenbetrieben der Stadt verzeichnet werden. Damit konnten rückläufige Mengengerüste bei verschiedenen Leistungen gegenüber der Stadt Leipzig ausgeglichen werden. Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 85 % und 11,4 % mit der KISA. Die verbleibenden 3,6 % Umsatzzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifsteigerung des TVöD.

Seite 35 von 51

Die Erhöhung der geplanten Abschreibungen ergibt sich aus der Aktivierung der Software MESO.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält neben Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten. Hervorzuheben ist hier die überproportionale Steigerung für Fremdleistungen im Wirtschaftsjahr. Dieser Aufwand resultiert vor allem aus den Leistungen eines Freelancers für die Weiterentwicklung KIVAN II, Vorbereitungen ISO-Zertifizierung und Unterstützungen bei der Durchführung von Vergaben.

3.2. Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2012 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus, im Wesentlichen geprägt durch das Investitionsverhalten des Unternehmens. Die Gesamtinvestitionen betragen im Geschäftsjahr 2012 EUR 2,7 Mio.

Schwerpunkte waren die Verbesserung und Erweiterung der Funktionsfähigkeit von Netzen und Infrastrukturen sowie die Aktualisierung der Softwarelizenzen sowie die Beschaffung einer RFID-Software.

3.3 Vermögens- und Finanzlage

Eine stabile Liquidität war während der Quartale I-III im Geschäftsjahr gegeben. Im vierten Quartal konnte die Stabilität durch Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits gewährleistet werden. Aufgrund hoher offener Forderungen gegen den zweiten Gesellschafter musste diese Maßnahme von der Geschäftsführung in Anspruch genommen werden. Die offenen Forderungen wurden nach einem anwaltlichen Mahnbescheid zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2013 ausgeglichen. Der Forderungsbestand zum Stichtag ist auch gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig auf Grund der Umstellung auf die Doppik angestiegen.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen für Personalaufwendungen, Lieferungen und Leistungen, Instandhaltungsverpflichtungen für das Mietobjekt, Zertifizierungsaufwendungen für ISO 27001 / BSI,

Aufbewahungsverpflichtungen, Vertragsrisiken und Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen.

Bei den Verbindlichkeiten ist stichtagsbedingt eine Erhöhung durch die Zunahme des Forderungsbestandes zu verzeichnen.

Vermögensstruktur

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.244	1.645	-401	-24,38
Sachanlagen	5.097	5.134	-37	-0,72
Finanzanlagen	5	5	0	0,00
Anlagevermögen	6.346	6.784	-438	-6,46
Vorräte	61	28	33	117,86
Forderungen	1.775	602	1.173	194,85
liquide Mittel	268	2.715	-2.447	-90,13
Umlaufvermögen	2.104	3.345	-1.241	-37,10
Rechnungsabgrenzungsposten	301	392	-91	-23,21
Bilanzsumme	8.751	10.520	-1.769	-16,82

Kapitalstruktur

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR	%
Eigenkapital	1.559	1.603	-44	-2,74
Sonderposten	10	15	-5	-33,33
Rückstellungen	2.857	3.447	-590	-17,12
kurzfristige Verbindlichkeiten	2.375	1.830	545	29,78
langfristige Verbindlichkeiten	1.950	2.300	-350	-15,22
Verbindlichkeiten	4.325	4.130	195	4,72
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.324	-1.324	-100,00
Bilanzsumme	8.751	10.520	-1.769	-16,82

Kapitalflussrechnung

	2012 TEUR	2011 TEUR
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-45	177
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.345	3.024
3. +/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-590	189
4. +/- Zunahme / Auflösung des Sonderpostens	-5	-3
5. +/- sonstige zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge	0	0
6. +/- Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	35	28

Seite 39 von 51

7. +	Abgang geleistete Anzahlungen	0	89
8. -/+	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferung und Leistung sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.116	285
9. +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-879	873
10. =	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	745	4.662
11. -	Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-2.950	-3.186
12. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	8	7
13. =	Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.942	-3.179
14. -	Auszahlungen an Untermehemseigner und Minderheitsgesellschafter	0	-68
15. +	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	1.000	0
16. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-1.250	-1.340
17. =	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-250	-1.408
18. =	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.447	75
19. +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.715	2.640
20. =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	268	2.715

Seite 40 von 51

4. Risikobericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und finden Berücksichtigung in den wöchentlichen Management-Meetings.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3 genannten teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden der Lecos sowie die starke Liquiditätsbelastung durch die hohe Belastung bei den Personalkosten, hervorgerufen durch die Tarifierhöhung im TVÖD.

In 2012 wurde die Lecos im Rahmen der Zertifizierung nach ISO 2001/ BSI einer großen Anzahl von Interviews unterzogen. Diese bezogen sich u.a. auf die Risiken, resultierend aus möglichen Mängeln in der Organisation, den Prozessen, der Dokumentation sowie der Leistungserbringung. Eine Überarbeitung findet ab 2013 durch die Vorbereitung auf die Zertifizierung statt und infolge der Zertifizierung dann jährlich.

Aufgrund der Anforderungen der ISO 27001 / BSI wird ab 2014 der Aufbau einer internen Revision angestrebt.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubare und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen; dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftstypischen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Seite 41 von 51

Weiterhin wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2012 geprägt von der Auflösung verschiedener Rückstellungen (u.a.: TEUR 330 IBM-Esso-Vertrag), sowie Erträgen aus der Anpassung an die Ergebnisse der Betriebsprüfung.

In den Folgejahren ist mit Erträgen dieser Art und in dieser Höhe nicht mehr zu rechnen.

Aufgrund der derzeitigen Kostenstruktur des Unternehmens könnten daraus Ertrags- und Liquiditätslücken resultieren, wenn dem nicht durch Preisanpassungen und Umsatzerhöhungen entgegen gewirkt wird.

Die Lecos hat sich in keiner Form an risikoreichen Finanzgeschäften (z.B. Cross-Border-Leasing o.ä.) beteiligt. Derivative Finanzinstrumente befinden sich nicht im Bestand.

Darüber hinausgehende bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

5. Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos sich im Rahmen des Wettbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 wurde im Sächsischen Vergaberecht die Grenze für ausschreibungspflichtige Vergaben von 13.000 Euro auf 25.000 Euro

Seite 42 von 51

erweitert. Die Lecos GmbH wird den neuen Schwellenwert bei ihren Vergaben entsprechend des gültigen Vergaberechts umsetzen.

7. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet mit einer analogen Nachfrage für das Jahr 2013. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos auch im Jahr 2013 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2013 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- mittelfristige Entwicklung zu einem SAP-Kompetenzzentrum
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos zu einem mitteleuropäischen Anbieter
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement in Sachsen,
- Vermarktung von Consulting-Leistung zur Vermögensbewertung in den Kommunen und Landkreisen vor Einführung des Neuen Kommunalen Finanzverfahrens in Sachsen,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Seite 43 von 51

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, im Jahr 2013 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern (e-Government und TK-Anlage, Facilitymanagement, Rechtsamtssoftware, Dokumentenmanagementsystem, KIVAN).

Für das Geschäftsjahr 2013 sind Neuinvestitionen in Höhe von EUR 2,5 Mio. und eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 1,5 Mio. geplant.

Der Wirtschaftsplan der Lecos geht für 2013 von einem Umsatzvolumen von EUR 19,2 Mio. und einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 61 aus.

Seite 44 von 51

Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KON GmbH in EUR	Anteil SASKIA GmbH in DM	Anteil LECOS GmbH in EUR
1	IRA Nordachsen	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
2	IRA Leipzig	30	1,44023044	864,14	720,12	288,05
3	IRA Meißen	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
4	IRA Erzgebirgskreis	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
5	IRA Görlitz	30	1,44023044	864,14	720,12	288,05
6	IRA Vogtlandkreis	30	1,44023044	864,14	720,12	288,05
7	IRA Sächsische Schweiz - Ostergebirge	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
8	IRA Zwickau	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
9	Landkreis Dahme- Spreewald	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
10	SV Altenberg	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
11	SV Annaberg-Buchholz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
12	SV Aue	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
13	SV Augustusburg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
14	SV Bad Dübau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
15	SV Bad Lausick	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
16	SV Bad Muskau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
17	SV Bad Schandau	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
18	SV Bautzen	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
19	SV Beigern	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
20	SV Bernsdorf a. d. Eigen	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
21	SV Böhlen	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
22	SV Borna	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
23	SV Brandis	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
24	SV Burgstädt	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
25	SV Chemnitz	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
26	SV Coswig	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
27	SV Crimmitschau	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
28	SV Dahle	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
29	SV Deltitzsch	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
30	SV Dippoldiswalde	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
31	SV Dohna	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
32	SV Döbeln (f. d. Ebersbach)	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
33	SV Dornitzsch VG	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
34	SV Eiterlein	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
35	SV Frankenberg/Sa.	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
36	SV Frauenstein	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
37	SV Freiberg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
38	SV Freital	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
39	SV Froburg (für Eulatal)	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
40	SV Geyer	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
41	SV Glashütte	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
42	SV Glauchau	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
43	SV Görlitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
44	SV Grimma	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
45	SV Gröitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
46	SV Grotzsch	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22

Seite 45 von 51

47	SV Großenh. (für Wilden- stein und Zabeltitz)	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
48	SV Großhirsdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
49	SV Großschirma	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
50	SV Hainichen	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
51	SV Hartenstein	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
52	SV Hartha	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
53	SV Harzgerode	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
54	SV Heidenau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
55	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
56	SV Hohnstein	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
57	SV Hoyerswerda	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
58	SV Johannisgeorgenstadt	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
59	SV Kirchberg	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
60	SV Kitzscher	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
61	SV Klingenthal	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
62	SV Kohren-Sahlis	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
63	SV Königstein	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
64	SV Landberg	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
65	SV Lauter/Sa.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
66	SV Leipzig	30	1,44023044	864,14	720,12	288,05
67	SV Leisnig	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
68	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,44023044	864,14	720,12	288,05
69	SV Lößnitz	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
70	SV Lommatzsch	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
71	SV Markkleeberg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
72	SV Markranzsch	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
73	SV Meißen	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
74	SV Meerane	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
75	SV Mittweida	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
76	SV Mügeln	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
77	SV Naumburg	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
78	SV Naunhof	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
79	SV Neustadt	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
80	SV Niesky	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
81	SV Nossen	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
82	SV Oberlungwitz	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
83	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
84	SV Ostritz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
85	SV Pausa/Vogtl.	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
86	SV Pegau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
87	SV Pirna	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
88	SV Plauen	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
89	SV Pulsnitz	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
90	SV Rabenau	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
91	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
92	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
93	SV Radeburg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
94	SV Regis-Breitingen	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
95	SV Reichenbach/O.L.	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
96	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
97	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81

Seite 46 von 51

98	SV Retha	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
99	SV Roßwein	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
100	SV Rothenburg/O.L.	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
101	SV Sayda	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
102	SV Schildau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
103	SV Schkeuditz	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
104	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
105	SV Schwarzenberg/Ergeb.	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
106	SV Stollberg/Ergeb.	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
107	SV Stolpen	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
108	SV Strecha	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
109	SV Taucha	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
110	SV Tharandt	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
111	SV Torgau (für Plückerf)	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
112	SV Trebsen/Mulde	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
113	SV Treuen	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
114	SV Waldheim	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
115	SV Weißenberg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
116	SV Weißwasser/O.L.	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
117	SV Werdau	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
118	SV Willersfeld	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
119	SV Wilkau-Haßlau	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
120	SV Wilsdorf	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
121	SV Wolkenstein	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
122	SV Wurzen	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
123	SV Zittau (für GV Hirschfel-	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
124	SV Zschopau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
125	SV Zwenkau	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
126	Schulverband Treuenen	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
127	GV Ansdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
128	GV Auerbach/Ergebige	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
129	GV Bannwitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
130	GV Beigershain	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
131	GV Bernsbach	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
132	GV Borsdorf	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
133	GV Borstendorf	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
134	GV Boßberg/O.L.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
135	GV Breitenbrunn/Ergeb.	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
136	GV Burkau	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
137	GV Burkhardtendorf	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
138	GV Callenberg	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
139	GV Claußnitz	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
140	GV Crottendorf	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
141	GV Diera-Zehren	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
142	GV Doberschau-Gaßig	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
143	GV Dornheim	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
144	GV Dürrensdorf-Dittersbach	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
145	GV Ebersbach (01561)	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
146	GV Eibau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
147	GV Elsternebnitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80

Seite 47 von 51

148	GV Eppendorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
149	GV Erbach	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
150	GV Erlau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
151	GV Eschenhain	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
152	GV Falkenstein-Losatal	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
153	GV Frankenthal	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
154	GV Gablenz	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
155	GV Glauchitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
156	GV Göda	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
157	GV Gohrisch	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
158	GV Großbubrau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
159	GV Großharthau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
160	GV Großpöna	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
161	GV Großpostwitz/O.L.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
162	GV Guttau	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
163	GV Hähnichen	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
164	GV Hartmannsdorf	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
165	GV Hartmannsdorf b. Kirchberg	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
166	GV Hartmannsdorf-Rechenau	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
167	GV Hirschstein	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
168	GV Hochkirch	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
169	GV Hickendorf	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
170	GV Hohenbubrau	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
171	GV Homersdorf	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
172	GV Käbschitztal	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
173	GV Käbschitztal	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
174	GV Klipphausen	20	0,96015362	576,09	480,08	192,03
175	GV Königswartha	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
176	GV Krauschwitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
177	GV Krebs-Neudorf	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
178	GV Kreischa	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
179	GV Krositz	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
180	GV Kubschitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
181	GV Langenlennsdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
182	GV Leubsdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
183	GV Laußig	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
184	GV Leutersdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
185	GV Lichtenau	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
186	GV Lichtenanne	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
187	GV Lieschützberg	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
188	GV Lobnitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
189	GV Lohsa	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
190	GV Malschwitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
191	GV Markersdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
192	GV Markersdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
193	GV Mildau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
194	GV Mockrehna	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
195	GV Monitzberg	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
196	GV Mücheln	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
197	GV Mügeln	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
198	GV Müldenhammer	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
199	GV Niederschmarnsdorf	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80

Seite 48 von 51

200	GV Nieschwitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
201	GV Neuensalz	5	0,14403841	144,02	120,02	48,01
202	GV Neuhausen/Ergeb.	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
203	GV Neukertitzsch	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
204	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
205	GV Niederau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
206	GV Nünchritz	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
207	GV Obersummersdorf	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
208	GV Obergung	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
209	GV Odenwitz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
210	GV Odenwitz-Okrilla	5	0,14403841	144,02	120,02	48,01
211	GV Otterwisch	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
212	GV Petersberg (f.VG Götschel-Petersb.)	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
213	GV Pöhl	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
214	GV Pretzschendorf	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
215	GV Priestewitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
216	GV Puschwitz	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
217	GV Quitzdorf am See	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
218	GV Rackwitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
219	GV Radibor	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
220	GV Rammenau	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
221	GV Rathen, Kurort	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
222	GV Reinhardttsdorf-Schöna	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
223	GV Reinsberg	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
224	GV Reinsdorf	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
225	GV Reuth	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
226	GV Rietschen	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
227	GV Rosenbach (f.VV Rosenbach)	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
228	GV Rossau	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
229	GV Schliefe	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
230	GV Schmiedeburg	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
231	GV Schmidlin-Putzkau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
232	GV Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
233	GV Schönfeld	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
234	GV Schweplitz	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
235	GV Sehmatal	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
236	GV Steinberg	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
237	GV Steinitz-Twolsdorf	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
238	GV Striegatal	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
239	GV Tannenbergl	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
240	GV Taura	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
241	GV Tauscha	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
242	GV Theuma	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
243	GV Theurichenthal (f.VG Würde/Saiba)	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
244	GV Thierdorf	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
245	GV Trossin	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
246	GV Wachau	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
247	GV Waldhufen	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
248	GV Weinböhla	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
249	GV Weischütz / Burgstein	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22

Seite 49 von 51

250	GV Weißkeißel	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
251	GV Wiernsdorf	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
252	GV Zeithain	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
253	VV Diehna	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
254	VV Eilenburg-West	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
255	VV Jägerswald	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
256	VV Wiedemar	8	0,38406145	230,44	192,03	76,81
257	VVO Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
258	Verband für ländliche Neuordnung in Sachsen	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
259	AZV „Oberer Schwarzer Schöps“ Reichenbach	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
260	AZV „Einzugsgebiet der Talsperre Malter“	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
261	AZV Elbe-Flößkanal	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
262	AZV „Heldbach“	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
263	AZV „Leinlich“	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
264	AZV „Obere Lohr“	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
265	AZV „Schlopaue“ Rietschen	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
266	AZV „Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth“	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
267	AZV „Untere Zschopau“	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
268	AZV „Unteres Pleißnitztal-Gaul“	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
269	AZV „Weiße Elster“	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
270	AZV „Wilde Sau“ Wildsdruff	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
271	AZV Kleine Spree AZV Lbbauer Wasser	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
272	Kommunales Forum Süd-raum Leipzig	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
273	ZV RAYON	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
274	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
275	Trink-WZV Milderau-Strickenwalde	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
276	ZV WAZV „Mittlere Weesen“ Stolpen	5	0,24003841	144,02	120,02	48,01
277	ZV Adaltrichs-Oberes Elbtal Dresden	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
278	ZV „Partenau“	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
279	ZV WALL	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
280	ZV Planung und Erschließung Industriestandort Behlen-Lippendorf	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
281	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
282	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
283	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,57609217	345,66	288,05	115,22
284	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
285	Lecos GmbH	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
286	Stadtwerke Scheiditz	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80

Seite 50 von 51

287	Wasser Abwasser Betriebs- gesellschaft Coswig mbH	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
288	Stiftung lebendige Gemein- de Neukieritzsch	1	0,04800768	28,80	24,00	9,60
289	Gesellsch.f.soziale Be- treuung Bona Vita	3	0,14402304	86,41	72,01	28,80
		2083	100	60.000	50.000	20.000
	Neue Mitgl.2012	10				

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Rathausplatz 1
04416 Markkleeberg

Tel. 0341 3533216
Fax 0341 3533181
Email kommunales.forum@t-online.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1996

Rechtsform

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Verband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS-Projektes im Südraum Leipzig und des Managements für die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes.

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 13 Kommunen des Südraumes Leipzig, dem Landkreis Leipzig sowie der Stadt Leipzig (sie hat sieben ihrer südlichen Stadtteile in den Verband eingebracht). Das Verbandsgebiet umfasst (ohne die Flächen der Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km², auf der 107.000 Einwohner leben. In den zum Verband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig leben ca. 50.000 Menschen.

(Der Landkreis Leipzig hat 20 von 180 Stimmenanteilen.)

Unternehmensleitung

Verbandsvorsitzender	Dr. Bernd Klose
Geschäftsführer	Dr. Steffi Raatzsch

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	16.400,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

Allgemeine Angaben zum Unternehmen im Jahr 2012

Adresse	Rathausplatz 1 04416 Markkleeberg
E-Mail	info@kommunalesforum.de
Homepage	www.kommunalesforum.de
Gründungsjahr	1996

Aufgaben und Ziele

Der Zweckverband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohleabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es wird der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, Landschaftsgestaltung, Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Dabei greift der Zweckverband nicht in die Zuständigkeiten und Befugnisse der Kommunen und bestehenden Zweckverbände ein. Die Bearbeitung der genannten Themen berücksichtigt die kommunale Planungshoheit und die bergbaulich bedingte Spezifik des Südraums. Das Kommunale Forum ist Träger bzw. Auftraggeber für die sich aus dem Zweck ergebenden Projekte.

Rechtsform	Zweckverband
Geschäftsführung	Dr. Steffi Raatzsch
Verbandsvorsitzender	Dr. Bernd Klose

Mitglieder Verbandsversammlung

Stadt Böhlen, vertreten durch BM _{in} Gangloff	7 von 180 Stimmen
Stadt Borna, vertreten durch BM Stengel	21 von 180 Stimmen
Gemeinde Deutzen, vertreten durch BM _{in} Nowak	2 von 180 Stimmen
Gemeinde Espenhain, vertreten durch BM Frisch	3 von 180 Stimmen
Stadt Groitzsch, vertreten durch BM Kunze	9 von 180 Stimmen
Gemeinde Großpösna, vertreten durch BM _{in} Dr. Lantzsch	6 von 180 Stimmen
Stadt Kitzscher, vertreten durch BM Schramm	6 von 180 Stimmen
Stadt Leipzig, vertreten durch BM Rosenthal	50 von 180 Stimmen
Stadt Markkleeberg, vertreten durch OBM Dr. Klose	25 von 180 Stimmen
Gemeinde Neukieritzsch, vertreten durch BM Graichen	6 von 180 Stimmen
Stadt Pegau, vertreten durch BM Bringer	7 von 180 Stimmen
Stadt Regis-Breitingen, vertreten durch BM Kratzsch	5 von 180 Stimmen
Stadt Rötha, vertreten durch BM Haym	4 von 180 Stimmen
Stadt Zwenkau, vertreten durch BM Schulz	9 von 180 Stimmen
Landkreis Leipzig, vertreten durch LR Dr. Gey	20 von 180 Stimmen

Beteiligungen

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) 1 von 2084 Stimmen

Gremien	Verbandsversammlung und Verwaltungsrat
Abschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig

Kurzvorstellung

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 13 Kommunen des Südraums Leipzig, dem Landkreis Leipzig und der Stadt Leipzig mit den Stadtteilen Connewitz, Dölitz-Dösen, Großschocher, Hartmannsdorf-Knautnaundorf, Knautkleeberg-Knauthain, Lößnig und Meusdorf und wurde am 2. Oktober 1996 gegründet. Das Verbandsgebiet umfasst (ohne Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km², auf der im Jahr 2011 ca. 101.000 Einwohner lebten. In den zum Zweckverband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig lebten ca. 51.000 Menschen. Entsprechend seiner Satzung verfolgt der Zweckverband das Ziel, die im Zuge der Bergbausanierung entstehende (Gewässer-) Landschaft im gemeinsamen Interesse aller Mitglieder so zu entwickeln und die entsprechenden Planungen abzustimmen, dass eine sowohl für die hier lebende Bevölkerung als auch für Besucher und Gäste attraktive Freizeitregion entsteht. Zu diesem Zweck übernimmt das Kommunale Forum Südraum Leipzig neben der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien auch die Realisierung konkreter Projekte und Vorhaben, die diese Zielsetzung unterstützen.

Als herausragendes Projekt sind dabei die Entwicklung des Gewässerverbunds des Leipziger Neuseenlands und das Management der wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbunds (Schleusen, Stege, Umtragestellen) zu nennen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnern, insbesondere dem Grünen Ring Leipzig, wird die Entwicklung des Gewässerverbundes durch Studien/Gutachten und ein Monitoring zur ökologischen Verträglichkeit der Entwicklungen begleitet.

Ein Schlüsselvorbahn des Kommunalen Forums ist das IT-Projekt "MEDIOS-Südraum Leipzig", in dessen Rahmen 36 Schulen des Südraums Leipzig mit moderner Technik ausgestattet und über eine zentrale Medienstelle miteinander vernetzt wurden. Das Kommunale Forum sichert seit 2004 den Betrieb in der Medienstelle und den angeschlossenen Schulen und gewährleistet somit die Benutzbarkeit für ca. 10.000 Nutzer.

Seit 2009 bildet das Kommunale Forum Südraum Leipzig die Trägerstruktur die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE). Die Integrierte Ländliche Entwicklung ist mit einem jährlich zur Verfügung gestellten Fördermittelbudget verbunden, über dessen Verwendung die Region in vorgegebenen Rahmenbedingungen selbst entscheiden kann.

Situationsbericht

Die Tätigkeit des Zweckverbandes richtete sich im Jahr 2012 auf die Sicherung des MEDIOS-Betriebes in den Schulen der Verbandsmitglieder und das Regionalmanagement im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) für den Südraum Leipzig, für das das Kommunale Forum mit der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes die Voraussetzungen geschaffen hatte. Darüber hinaus hat sich der Zweckverband gemeinsam mit verschiedenen Partner - maßgeblich dem Grünen Ring Leipzig - an Projekterarbeitungen wie dem naturschutzfachlichen und gewässerökologischen Monitoring zum Gewässerverbund, der Gewässerbeschilderung und einer Machbarkeitsstudie zur Beseitigung einer Wehrschwelle in der Weißen Elster bei Pegau beteiligt.

Mit maßgeblicher Unterstützung des ILE-Regionalmanagement, mit dem das Institut für Wirtschafts- und Regionalentwicklung Leipzig durch den Zweckverband beauftragt war, konnten im Jahr 2012 die Förderung für 17 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,76 Mio. Euro vorbereitend gesteuert werden. Der Förderanteil für diese Vorhaben betrug 2,046 Mio. Euro.

Mit dieser finanziellen Unterstützung wurden vor allem Vorhaben im Bereich der technischen kommunalen, aber auch soziokulturellen Infrastruktur realisiert. Darüber hinaus wurden mit diesen Fördermitteln siedlungsökologische Vorhaben und baulichen Maßnahmen zur Nachnutzung ländlicher Bausubstanz sowie die Sanierung von Kirchen unterstützt.

Auch das langfristige, überregional bedeutsame Vorhaben des Gewässerverbundes Leipziger Neuseenland war Gegenstand der Tätigkeit im Kommunalen Forum Südraum Leipzig. Wesentlichste Aufgabe war die Fortsetzung der Planungen zur Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße. Auch weitere Planungen für die Realisierung des kompletten Gewässerverbundes (Potenzialanalyse Elster-Saale-Kanal, Harth-Kanal) und im Bau befindliche Anlagen (Kanupark-Schleuse) wurden durch den Zweckverband gemeinsam mit den kommunalen Bauherren begleitet.

Das Kommunale Forum ist Mitinitiator der Charta Leipziger Neuseenland 2030 und an deren Erarbeitung maßgeblich beteiligt. Die Charta, die sich auch im Jahr 2013 noch in der Diskussion befindet, soll die Zukunftsstrategie für die Entwicklung im Leipziger Neuseenland bilden.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Die Planungen und Umsetzung des vollständigen Gewässerverbundes bilden auch künftig einen Schwerpunkt für die Arbeit des Zweckverbandes. In diesem Zusammenhang steht im Vordergrund, die Planungen für die Anbindung des Markkleeberger See an die Pleiße abzuschließen und zur Genehmigung in Form eines Planfeststellungsverfahrens einzureichen. Darüber hinaus muss die Baumaßnahme der Störstellenbeseitigung in der Pleiße mit Hilfe von Fördermitteln aus der Braunkohlesanierung zur Umsetzung gebracht werden, um das seit 2009 bestehende Baurecht nicht zu gefährden. Des Weiteren sind die Maßnahmen „Machbarkeitsstudie für die Erlebbarkeit der Wyhra“ in den Gemarkungen Neukieritzsch, Borna, Frohburg und Kohren-Sahlis und das Konzept zur dauerhaften Abführung des Oberflächenwassers und zur Grundwasserregulierung im Landpfeiler zwischen Böhlen und Markkleeberg, die im vergangenen Jahr nicht umgesetzt werden konnten, zu beauftragen.

Eine wesentliche Aufgabe für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes ist die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2014-2020. Hier gilt es, inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen und Abstimmungen für die Überarbeitung des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes vorzunehmen.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

keine

Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz} * 100}{\text{Personalaufwand}}$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss} * 100}{\text{Eigenkapital}}$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamt-EK-EK Sopo}}$	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand}) * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung} * 100}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})}$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen} * 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	%